

UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK
GRAZ

I

509006

althenaum^s
monografien

Sozial-
wissenschaften

**H. G. Zilian
Christian Fleck**

**Die verborgenen
Kosten
der Arbeitslosigkeit**

H. G. Zilian und Christian Fleck

Die verborgenen Kosten der Arbeitslosigkeit

Die verborgenen Kosten der Arbeitslosigkeit

athenäum^s
monografien

Sozialwissenschaften

Band 33

Allerorten kann man hören, daß es heute Arbeitslosen gar nicht so schlecht ginge, ja, daß das eigentliche Problem nicht die fehlenden Arbeitsplätze, sondern der Mangel an Arbeitswilligkeit sei. Die Autoren zeigen dagegen, welche vor den Blicken der Öffentlichkeit verborgenen Kosten auch – und gerade – heute Arbeitslose zu tragen haben: der Verlust von Arbeit bedeutet einen Verlust von sozialen Kontakten; die geringeren finanziellen Mittel verhindern die Teilnahme an der „Freizeitgesellschaft“; der in die Familie verbannte Arbeitslose ist auch dort häufiger mit Kritik als mit Unterstützung konfrontiert. Die in einer österreichischen Industrieregion durchgeführte qualitative Studie zeichnet ein modellhaftes und detailreiches Bild von der Lebenssituation von Arbeitslosen.

H. G. Zilian, Jahrgang 1945, studierte in Graz, Wien und Oxford (Dr. phil.); Veröffentlichungen zu Methodologie und Soziologischer Theorie.

Christian Fleck, Jahrgang 1954, studierte Soziologie und Philosophie in Graz. Veröffentlichungen: *Koralmpartisanen* (1987), zuletzt: Herausgeber von Marie Jahoda, *Arbeitslose bei der Arbeit. Die Nachfolgestudie zu Marienthal aus dem Jahr 1938* (1988).

Die beiden Autoren leiten das Büro für Sozialforschung in Graz.

H. G. Zilian und Christian Fleck
unter Mitarbeit von Josef Hödl und Anton Krickl

Die verborgenen Kosten der Arbeitslosigkeit

ANTON HAIN

Die Reihe erschien bis Ende 1987 unter dem Titel
„Hochschulschriften Sozialwissenschaften“.

I

509.006



CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Zilian, H. G.:

Die verborgenen Kosten der Arbeitslosigkeit /

H. G. Zilian u. Christian Fleck. Unter Mitarb. von

Josef Hödl u. Anton Krickl. - Frankfurt am Main :

Hain, 1990.

(Athenäum^s Monografien : Sozialwissenschaften ; Bd. 33)

ISBN 3-445-09724-0

NE: Felck, Christian.; Athenäums Monografien/

Sozialwissenschaften

© 1990 Verlag Anton Hain, Meisenheim GmbH, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlags ist es auch nicht gestattet, das Buch oder

Teile daraus auf fotomechanischem Wege (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen.

Satz: vpa Verlag Politisches Archiv, Landshut

Druck und Bindung: Poeschel & Schulz-Schomburgk, Eschwege

Printed in West-Germany

ISBN 3-445-09724-0

Q0 K 2533

Inhalt

Geleitwort von Bundesminister Alfred Dallinger	7
Vorwort von Marie Jahoda	9
1. Einleitung: Vor dem Sturm	11
2. Design und Erhebung	21
2.1. Das Design	21
2.2. Die Erhebung	26
2.2.1. Die Siedlung	26
2.2.2. Die Gemeinde	30
2.3. Ergebnisse der Kontaktinterview-Erhebung	35
2.4. Die Population der Tiefeninterviews	41
3. Arbeit in der Obersteiermark	46
4. Mündigkeit und Würde	59
5. Teilnahme und Mobilität	74
6. Freizeit	91
7. Einkommen und Konsum	106
8. Paradoxien des Familienlebens	122
9. Frauen	142
10. Jugendliche Arbeitslose	167
11. Das Dienstleistungsamt	193
11.1. Einleitung	193
11.2. Märkte und Makler	198
11.3. Versicherungsgesellschaft oder Risikogemeinschaft?	204
11.4. Beamte und Kunden	209
12. Reaktionen und Konsequenzen	231
13. Postskriptum: Ein Jahr danach	245
Danksagung	249
Verzeichnis der Tabellen	250
Verzeichnis der Abkürzungen und Glossar	251
Register der Befragten	253

Geleitwort von Bundesminister Alfred Dallinger

»Arbeitslosigkeit« wird in zunehmendem Maß zum Charakteristikum der Gegenwart – als bedrängender Tatbestand für die, die keine Arbeit haben, als Kürzel in Zeitdiagnosen und als Objekt sozialwissenschaftlichen Forschens. So verschiedenartig die Bezugnahme auf dieses Problem ist, so divergent fallen die Erklärungen aus. Darin unterscheidet sich »Arbeitslosigkeit« nicht grundsätzlich von anderen Themen, die in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden.

Eine bunte Palette von Vorurteilen, Urteilen und Perspektiven kennzeichnet die einschlägigen Veröffentlichungen. Abschreckende Bilder aus der Zwischenkriegszeit werden bemüht, um im wörtlichen Sinn zu illustrieren, wohin es noch kommen könnte: das Foto eines Mannes mit umgehängtem Schild »Habe Hunger, suche Arbeit, mache alles« fehlt hier ebensowenig wie die mahnende Erinnerung an die totalitäre Variante der Krisenüberwindung vor fünfzig Jahren. Hinweise auf die Erosion gesellschaftlicher Integration und Befunde über sozialpsychologische Konsequenzen langdauernder Arbeitslosigkeit werden von populistischen Parolen überrollt. Mit Begriffen wie »soziale Hängematte«, »Trittbrettfahrer« und »Sozialschmarotzer« werden jene verunglimpft, deren Arbeitslosigkeit als »freiwillige« bezeichnet wird.

Die Studie von H.G. Zilian und Christian Fleck, die aus einer vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebenen Untersuchung hervorging, ist einer anderen Perspektive verpflichtet. Die Autoren interessieren die »verborgenen Kosten« der Arbeitslosigkeit; damit sind jene Folgen der Arbeitslosigkeit bezeichnet, die Arbeitslose zusätzlich zum Verlust des Arbeitsplatzes und zur Einkommensminderung tragen müssen.

Diese Kosten lassen sich nicht in Schilling und Groschen messen; getragen müssen sie dennoch werden. Die Verfasser argumentieren überzeugend, daß diese Kosten deshalb so schwer wiegen, weil sie mit dem modernen Medium des Ausgleichs von Härten – nämlich Geld – nicht kompensiert werden können. Arbeitslos Gewordene könnten einen Teil der mit der neuen Lebenslage verknüpften Konsequenzen durch Einsatz von Geld zwar ausgleichen, doch gerade an diesem besteht Mangel. Auch die Zeit, die Arbeitslosen vermehrt zur Verfügung steht, kann dann kaum sinnvoll und befriedigend genutzt

werden; die Zurückgeworfenheit in die Intimität der Familie läßt eben diese Intimität als bedrängend erleben, weil sie erzwungen ist. Es entstehen selbstverstärkende Zirkel, die die Situation des Arbeitslosen, nach Meinung der Autoren, zu einer absurden machen: Einander widersprechende Imperative, die Aufforderung, Wege zu beschreiten, die versperrt sind, und die Einladung zum Mittun in einem Teufelskreis kennzeichnen die Lebenssituation von Arbeitslosen. So entstehen die modernen, der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit meist verborgenen Kosten der Arbeitslosigkeit.

Als Bundesminister für Arbeit und Soziales freut es mich allerdings zu sehen, daß der in der Öffentlichkeit weit verbreitete Zynismus wenigstens bei österreichischen Soziologen nicht zum Allgemeingut geworden ist. Die Studie von Zilian und Fleck steht in der Tradition der berühmten Studie über »Die Arbeitslosen von Marienthal« der 30er Jahre. Ich wünsche ihr eine breite Leserschaft; die Tatsache, daß diese wissenschaftliche Arbeit auch sehr spannend geschrieben ist, sollte dazu beitragen.

Die Autoren haben sich nicht mit der Analyse der Situation der Arbeitslosen am Arbeitsmarkt und ihres persönlichen und sozialen Zusammenhangs begnügt. Sie haben auch deren Erfahrungen mit der Arbeitsmarktverwaltung untersucht.

Die Ergebnisse und Aussagen dieses Teils der Studie erscheinen mir ebenso interessant und anregend wie die anderen. Mehr als diese aber spiegeln sie eine bestimmte Sichtweise wider – eine Sichtweise, die auf wichtige Fragen aufmerksam macht, z.B. auf die unterschiedlichen Gesichter, die die Arbeitsämter für Arbeitslose unweigerlich haben: Kontrolle und Unterstützung gleichzeitig zur Aufgabe zu haben.

Dies ist einerseits schon im rechtlichen und institutionellen Rahmen der österreichischen Arbeitsmarktpolitik, innerhalb dessen sich die einzelnen Dienststellen bewegen, als Widerspruch angelegt. Andererseits ist diese Sichtweise notwendigerweise nicht umfassend und viele werden ihr – vor allem mangels Alternative – nicht folgen können; ich gehöre zu ihnen. Jedenfalls verstehe ich kritische Bemerkungen nicht als Kritik an Einzelpersonen oder einer Dienststelle, sondern als Anregungen für die zukünftige Gestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Allen, die am Zustandekommen der Ergebnisse dieser Untersuchung mitgewirkt haben, vor allem den Mitarbeitern des Arbeitsamtes Leoben, danke ich in diesem Sinne.

Vorwort

Das vorliegende Buch über die Arbeitslosen in Leoben ist ein bemerkenswert origineller Beitrag zu der umfangreichen Forschungsliteratur über Arbeitslosigkeit. In Gegensatz zu den meisten anderen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, die sich vorwiegend auf Durchschnittsbefunde von Fragebogenerhebungen stützen, haben Hans Georg Zilian und Christian Fleck sowohl die individuellen Lebenssituationen als auch die staatlichen und lokalen Bedingungen, mit denen die Arbeitslosen konfrontiert sind, in ihre Forschung einbezogen. Als Resultat dieser allzu selten angewandten weiten Perspektive erlaubt die Lektüre dieses Buches eine realitätsnahe Einfühlung in die verschiedenartigsten Erlebnisse der Arbeitslosigkeit, ebenso wie ein Verstehen der allen Arbeitslosen gleichen sozialen Umwelt. Frauen und Männer, Jugendliche und Erwachsene, Alleinstehende und Familienerhalter, Qualifizierte und Unqualifizierte, Entmutigte und Hoffnungsvolle werden dargestellt, wie sie sich – jeder nach seiner Art – mit dem gemeinsamen Schicksal der Arbeitslosigkeit auseinandersetzen. Beinahe alle müssen die verborgenen Kosten der Arbeitslosigkeit mit finanzieller Not und psychischen Belastungen allzu teuer bezahlen. Viele haben ihr Anspruchsniveau gesenkt und ihre vorwiegend bescheidenen Lebenspläne aufgegeben, um Arbeit zu finden; andere suchen noch immer nach Stellen, die ihren Qualifikationen entsprechen; weder die eine noch die andere Strategie kann Erfolg haben, wenn das Stellenangebot versagt. Gerade weil die Autoren es verstanden haben, den Einzelschicksalen gerecht zu werden, können sie einen sozial-blinden Individualismus, der dem Einzelnen die Schuld für seine Arbeitslosigkeit zuschieben möchte, als Mythos entlarven.

Das »Dienstleistungsamt«, das im Leben jedes Arbeitslosen eine wichtige Rolle spielt, wird in diesem Buch einer kritischen Analyse unterzogen. Die Autoren betrachten die ganze Institution der Arbeitslosenfürsorge als eine Mißgeburt. Entstanden 1918 aus der Not der damaligen Nachkriegszeit, wurden die ursprünglichen Funktionen des Arbeitslosenamtes unter dem Druck der Verhältnisse unsystematisch erweitert, bis die Arbeitsämter in der Gegenwart eine ganze Reihe von miteinander unvereinbaren Aufgaben zu erfüllen haben: Arbeitslosenversicherung, Arbeitsvermittlung, Kontrolle der Arbeitswilligkeit, Familienberatung, Fürsorge und gelegentlich sogar die Abnahme von Beichten. Es ist kein Wunder, daß das Personal des »Dienstleistungsamtes« diesem Wirrsal von Funktionen

nicht gerecht werden kann. Im allgemeinen stellen die Arbeitslosen von Leoben den Beamten ein gutes Zeugnis aus; im konkreten aber muß sich beispielsweise ein Familienvater sagen lassen, er hätte sich keine Familie anschaffen sollen, oder eine Frau, sie hätte sich nicht scheiden lassen sollen. Solche nutzlos beleidigenden Bemerkungen sind ein Ausdruck der Hilflosigkeit der Beamten. Die Arbeitslosen müssen zum Schaden auch noch den Spott hinnehmen, wenn sie den Beamten vorrechnen, daß die zugewiesenen Summen ihre Lebenshaltungskosten nicht zu decken vermögen.

Dieses Buch verdient einen weiten Leserkreis. Man kann nur wünschen, daß es auch jene erreicht, die in ihrer Unwissenheit noch immer behaupten, daß die Arbeitslosen auf Kosten der Steuerzahler eine behagliche Existenz führen. Für Sozialpolitiker und für alle, die beruflich mit Arbeitslosigkeit beschäftigt sind, haben Zilian und Fleck Material beigebracht, das es unmöglich macht, die Not der Arbeitslosen, die nur durch politische Maßnahmen vermindert werden kann, zu bestreiten.

Marie Jahoda
Keymer, November 1988

Kapitel 1

Einleitung: Vor dem Sturm

Wie der sie umgebende Bezirk ist auch die Stadt Leoben von auffallender Heterogenität. Sie setzt sich zum Großteil aus früher selbständigen Gemeinden zusammen, die als heutige Stadtteile ihre ursprüngliche Gestalt weitgehend beibehalten haben: Göß, Donawitz und Seegraben umschließen den Stadtkern, die eigentliche Stadt Leoben, an drei Seiten. Die vierte, östliche Seite hat zwar auch einen eigenen Namen – Lerchenfeld – ist aber eine erst in jüngeren Jahren hinzugekommene Erweiterung. Während die genannten drei Stadtteile auch sehr gut durch die dort ansässigen Industrien charakterisiert werden können: Gösser Brauerei, Donawitzer Stahlwerk und die stillgelegte Kohlengrube Seegraben, vermittelt das neue Siedlungsgebiet im Osten dem Besucher jenen uneinheitlichen Eindruck, der von Nachkriegsbauten ausgeht: rasch und lieblos errichtete Wohnblocks der fünfziger Jahre stehen neben eigenwilligeren Bauwerken der späteren, besseren Jahre, als es sich auch Industriegemeinden leisten konnten, in das Äußere ihrer Wohnhäuser Geld zu investieren. Dieser Geist der Prosperitätsjahre spricht auch aus den Leobner Durchzugsstraßen: noch heute wird an einer vierspurigen »Stadtautobahn« gearbeitet, doch der Verkehr, der dadurch schneller nach Donawitz gelangen hätte sollen, ist in der Zwischenzeit auf ein Niveau abgesunken, das alte Planungen der Verkehrsauslastung obsolet werden ließ.

Von der Aufbruchsstimmung mittlerweile auch schon wieder vergangener Jahre zeugt auch ein wenig der westliche Stadtteil, Göß. Auch dort findet man Siedlungen der Nachkriegszeit und erkennt an ihrem Äußeren nicht gleich, daß die eine die Werksiedlung der Brauerei, die andere die eines Holzverarbeitenden Betriebes und eine dritte schließlich die Beamtensiedlung ist. Dagegen herrscht auf der nördlichen Seite der Mur, in Seegraben, eine Atmosphäre des Verfalls; nachdem Anfang der sechziger Jahre das Bergwerk stillgelegt werden mußte, weil die Vorräte der verbliebenen Glanzkohle zu flach unter der Mur und unter bewohntem Gebiet lagen, wurde vor allem demontiert. Die alten Fördertürme und Grubeneingänge wurden entfernt, geblieben sind die ehemaligen Werkssiedlungen; immerhin beschäftigte die Grube zu ihren Hochzeiten an die 4000 Mann. Die jüngsten stammen aus der NS-Zeit und heißen demgemäß auch »Hitlerbauten«. Damals wurden für die verschiedenen Gruppen von Beschäftigten unterschiedliche Wohnhaustypen

errichtet: die Angestellten durften in Reihenhäusern, die Fach- und Hilfsarbeiter in Wohnblocks leben. Die wenigen Vorkriegsbauten sehen schon von außen so aus, wie man sich Arbeiterburgen vorzustellen angewöhnt hat: schmucklose, mehrgeschobige Wohnhäuser mit winzigen Hinterhöfen. In ihnen wohnen heute die ganz Alten und zunehmend mehr Junge – die Enkel, die aus den teuren Wohnungen jenseits der Mur wieder hierher zurückkehren. Ihre »Heimkehr« macht deutlich, wer in dieser Region Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Armut besitzt: die Alten, die es während der Strukturkrise traf, und deren Enkel, die im Schatten der neuen Weltwirtschaftskrise den Träumen ihrer Eltern von Wohlstand und sozialem Aufstieg nicht mehr folgen können.

Im Unterschied zu Seegraben ist Donawitz belebter. Das Werk prägt die Gemeinde, die es als solche nicht mehr gibt. Rund um das Werksgelände, das fast das ganze Tal einnimmt, stehen auch hier Werkswohnungen – auch sie sind nach Statuskriterien belegt – doch die kommunale Infrastruktur ist nahe am Erliegen; nur noch wenige Geschäfte sind geöffnet, während die rostenden Rollbalken und erblindeten Fensterscheiben anderer Gebäude an frühere, belebtere Zeiten erinnern. Das Fußballstadion des Werksportvereins Donawitz teilt zwar das rußige Äußere der Hütte, ist aber noch immer eine Stätte, die eine ungebrochene Vitalität ausstrahlt. Fußballkenner erinnern sich, daß der SV Seegraben vor mehr als dreißig Jahren ebenfalls in der zweiten Division Österreichs spielte, eine ganz ungewöhnliche Errungenschaft für die Mannschaft einer mittleren Kohlengrube. Seitdem hat niemand mehr etwas von diesem Verein gehört; auch in der Obersteiermark gehen die Betriebe und die Fußballvereine gemeinsam unter.

Die Stadt Leoben liegt im südöstlichen Teil des Bezirks. Sie bildet zwar das regionale Zentrum, doch weisen die anderen Teile des Bezirks schon aus topographischen Gründen ein Eigenleben auf. Fährt man von Leoben über Donawitz weiter nach Norden, folgt man der »Eisenstraße«; während der englische Ausdruck »museum belt« eine grimmige Metapher für den nordenglischen Industriefriedhof ist, meinen es die Verantwortlichen hier wörtlich, indem sie versuchen, mit Hilfe der Arbeitsmarktverwaltung wenigstens aus der Geschichte der Region Profit zu ziehen. Für die beteiligten Arbeitskräfte ist dieses Projekt meist ein Segen; »die Wirtschaft« murr, und die Einheimischen sehen ein wenig argwöhnisch dabei zu, wie sich nicht nur alte Industriebauten in Museumsstücke verwandeln, sondern auch die ganze Gegend museale Züge anzunehmen beginnt. Folgt man der Eisenstraße, gelangt man über den Präbichl in den Talkessel von Eisenerz. Von der verkehrsmäßigen Abgeschiedenheit der kleinen Stadt gewinnt man ein Bild, wenn man etwa die Zugverbindungen betrachtet: die 37 km

zwischen Eisenerz und Leoben kann man bestenfalls in einer Stunde und 8 Minuten bewältigen, während man schon nach 60 Minuten im 70 km entfernten Graz sein kann. Diese Relationen sind nicht viel günstiger, wenn man mit dem Auto fährt. Die Randlage und die problematische wirtschaftliche Situation des Erzabbaues prädestinieren diese Subregion geradezu zum Krisengebiet. Die dominante Rolle der beiden Städte des Bezirks zeigt Tabelle 1.

Tabelle 1: Wohnbevölkerung, Beschäftigte und Arbeitslose im Bezirk Leoben 1981 bzw. 1985

	Wohnbevölkerung		Beschäftigte		Arbeitslose	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Leoben-Stadt	31 989	(40)	19 098	(61)	604	(41)
Eisenerz	10 068	(13)	3 482	(11)	120	(8)
Bezirk Leoben	80 518	(100)	31 320	(100)	1 472	(100)

Wohnbevölkerung und Beschäftigte nach Volkszählung 1981. Arbeitslose: Durchschnitt der Monate Februar und August 1985, Quelle: Arbeitsamt Leoben.

Die restlichen Gemeinden verteilen sich auf drei den Bezirk durchkreuzende Verkehrswege: Das Liesingtal, besser bekannt als Teil der sogenannten Gastarbeiterroute (Wald, Kalwang, Mautern, etc.) im Westen des Bezirks, das Murtal im Süden, von St. Michael über Leoben bis Niklasdorf, und schließlich die Eisenstraße, von Leoben nach Norden über Trofaiach, Vordernberg, Eisenerz bis hinauf nach Hieflau.

Die flächenmäßige Ausdehnung des Bezirks täuscht etwas über die Nutzungsmöglichkeiten dieser gebirgigen Region hinweg: von den 100 000 Hektar sind rund 20 000 Hektar Siedlungsgebiet. Der Rest von 80 000 Hektar kann zu einem Zehntel nicht produktiv genutzt werden, weitere zwei Drittel dieser Gesamtwirtschaftsfläche werden forstwirtschaftlich genutzt. Von der verbleibenden landwirtschaftlichen Nutzfläche sind 45 % Wiesen und 36 % Almen. Daraus wird verständlich, daß die bäuerliche Bevölkerung nahezu ausschließlich von Forstwirtschaft und Viehwirtschaft leben muß; der größte Teil des Waldes ist allerdings im Besitz einiger weniger Großgrundbesitzer.

Versuche, die ungünstige wirtschaftliche Situation der ländlichen Bevölkerung durch eine Aktivierung des Fremdenverkehrs zu verbessern, haben bisher zu keinen positiven Resultaten geführt. Wer einmal die Furchtlosigkeit besessen hat, in einen der kleinen Seen der Eisenerzer Alpen zu

tauchen, wird unmittelbar einsehen, daß der Sommertourismus in dieser Gegend keine besondere Zukunft hat. Was den Winter angeht, gäbe es Entwicklungsmöglichkeiten, die allerdings mit bedeutenden Investitionen verbunden wären. Entsprechend schwach vertreten sind daher auch die unselbständig Beschäftigten im Bereich des Beherbergungs- und Gastgewerbes.¹ Leobner Arbeitnehmer aus dem Gastgewerbe sind daher oft vor die unangenehme Wahl zwischen Arbeitslosigkeit und Saisonarbeit außerhalb des Bezirks gestellt. Wir werden in späteren Kapiteln einige davon kennenlernen. Auch in der Land- und Forstwirtschaft gibt es im Vergleich zur Steiermark (12.4 %) oder zu Österreich (8.5 %) relativ wenig Beschäftigte (4.4 %). Dies ist ein Beschäftigtenanteil im agrarischen Sektor, der ungefähr jenem in Ländern mit hochtechnisierter Landwirtschaft entspricht, wie etwa in den USA. Während dort allerdings dafür entsprechend mehr Arbeitsplätze im tertiären Sektor zur Verfügung stehen, kann davon im Bezirk Leoben natürlich nicht die Rede sein, wo Schwerindustrie und Bergbau eine wohlbekannte Vormachtstellung haben. Kommt es in diesen Branchen zu wirtschaftlichen Problemen, dann trifft das die Region mitten ins Herz. Vergleichen wir hierzu die Entwicklung der Berufstätigen in den verschiedenen Wirtschaftssektoren im Bezirk Leoben und in der übrigen Steiermark (Tabelle 2).

Tabelle 2: Entwicklung der Zahl der Berufstätigen im Bezirk Leoben 1961 – 1981

Sektor		1961	1971	1981
Land- und Forstwirtschaft	Leoben	9.7	6.8	4.4
	Stmk.	31.8	20.4	12.4
Industrie, Gewerbe, Bauwesen	Leoben	59.9	56.1	49.9
	Stmk.	37.9	42.1	42.1
Dienstleistungen	Leoben	29.6	37.1	45.6
	Stmk.	29.0	37.6	45.4

Quelle: Volkszählungen.

Die gesamtsteirische Entwicklung zeigt hier eine drastische Verschiebung der Beschäftigtenzahlen vom primären zum se-

¹ 2.9 % gegenüber 3.9 % in Österreich; der Unterschied weist die schlichte Tatsache aus, daß es sich um eine Industrie- und nicht um eine Fremdenverkehrsregion handelt.

kundären und tertiären Sektor. Die zunehmende Beschäftigtenzahl im Produktionssektor bei steigender Produktivität bedeutet einen Industrialisierungsschub – in diesen Jahren entstanden und wuchsen Betriebe, die den Grundbestand einer im Vergleich zu Leoben moderneren industriellen Struktur bildeten. Im Bezirk Leoben gab es die beiden Riesen Erzberg und Alpine, die anfangs ebenfalls prosperierten; das Lohnniveau der Alpine dürfte in den Zeiten des Arbeitskräftemangels Unternehmer nicht gerade ermuntert haben, sich in der Region anzusiedeln. Dem allgemeinen wirtschaftlichen Trend folgend, sank zwar die Zahl der Berufstätigen im sekundären Sektor in Leoben von 1961 bis 1981 um 10 %, auf 49,9 %. Auch die Beschäftigungsverluste am Erzberg fallen hier ins Gewicht – die Kleinregion Eisenerz verlor zwischen 1971 und 1981 ein Fünftel ihrer Beschäftigten. Dennoch ist die Zahl der im sekundären Sektor Beschäftigten noch immer ungewöhnlich hoch; darüber hinaus sind diese Arbeiter noch in »veralteten« Industrien tätig. Die Schwierigkeiten der Leobner Wirtschaft sind Teil der gesamten Mur-Mürz-Furche kennzeichnenden Stagnation. Die traditionelle Schwerindustrie ist nicht in der Lage, das Angebot an Arbeitsplätzen auszuweiten, und die Umstrukturierung Richtung tertiärem Sektor erfolgt sehr langsam. Ein durch viele Jahre hindurch gewachsenes Beharrungsvermögen scheint sich hier dem industriellen Wandel zu widersetzen.

Die Stadt Leoben ist durch ihre unmittelbare Nähe zur größten Erzlagerstätte Österreichs seit Jahrhunderten von Erzabbau und Erzverhüttung geprägt. Nicht zuletzt darauf ist auch die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts erfolgte Gründung der Montanistischen Hochschule zurückzuführen. Im Zuge der industriellen Entwicklung wanderte die Verarbeitung des Roheisens immer weiter vom »Berg« weg, erst über den Präbichl, später bis an die Mur, bis nach Donawitz. Der historische Weg der Verlagerung ist die schon erwähnte Eisenstraße. Jahrzehntlang wirkten der Erzberg und die Hütte wie ein Magnet für mobilitätswillige Arbeitskräfte: zuerst aus dem weiten Hinterland der Monarchie, später wurde es zum Hoffnungsgebiet für jene, die die Kriegslüsterheit des Nationalsozialismus ihrer Heimat beraubt hatte. Neben Sudetendeutschen sind daher Slowenen und Kroaten nicht zum geringen Teil die Ahnen der Leobner und Eisenerzer.

Die Anziehungskraft der Region in vergangenen Jahrzehnten war damit eine der Wurzeln der Herausbildung einer selbstbewußten oder oft kämpferischen Arbeiterklasse im Leobner Raum. Nach dem Krieg kamen die Verstaatlichung und die Erfolge des LD-Verfahrens. Legenden begannen zu entstehen, die zum Teil von den Arbeiteraristokraten der Alpine selbst in die Welt gesetzt wurden. So erzählte eine unserer Befragten: »Wissen Sie, das war so, in der VOEST haben sie jahrelang ge-

spielt, da haben sie geprahlt, sie arbeiten drei, vier Stunden und die anderen vier Stunden tun sie eh Romane lesen, jetzt haben sie den Druck drauf und schimpfen sie, oder sie müssen gehen.« Während ein anderes Populationsmitglied schlicht meinte, »wenn ich den Lohnzettel von meinem Schwager anschau, dann wird mir schwindlig...« (wegen der Höhe der Bezüge des glücklichen Alpine-Arbeiters.) Freilich hat die These von den hohen Bezügen dieser Arbeiter eine reale Basis; diese Reallöhne kamen allerdings vorwiegend aufgrund von Zusatzschichten und Überstunden zustande. Dies wissen jene Beschäftigten der Alpine nur zu gut, die in den letzten Jahren durch Überstundenabbau etc. Einkommenseinbußen bis zu einem Drittel erlitten haben. Was sich dieser Tage kaum ereignen dürfte, ist, daß ein Mittelschullehrer seinen schlecht bezahlten Job an den Nagel hängt, um im Werk endlich auch einmal gut zu verdienen. So erzählen es zumindest die Alten.

Die Verhüttung und Weiterverarbeitung im Werk ist klassische Männerarbeit. War schon die Beschäftigung einer Frau im Werk undenkbar, wurde diese Haltung noch dahingehend ausgebaut, daß die industrielle Beschäftigung von Frauen überhaupt für entbehrlich erklärt wurde; dies erschien umso plausibler, als derartige Frauenarbeitsplätze in der Region die längste Zeit unbekannt waren. Heute überrascht es auch den Außenstehenden, wenn er bei der Werksbesichtigung ein Mädchen im blauen Overall, komplett mit Plastikhelm, zu sehen bekommt – ein weiblicher Schlosserlehrling, eine Schwalbe, die für die Frauenbeschäftigung im Bezirk Leoben allerdings keinen Sommer machen wird.²

Am Leobner Arbeitsmarkt insgesamt sind noch heute Frauen unterrepräsentiert. Nur 33.8 % aller in Leoben wohnhaften unselbständigen Beschäftigten sind weiblichen Geschlechts (Steiermark: 37.3 %). Dabei sind Frauen am deutlichsten unterrepräsentiert bei den Arbeitern, von denen sie nur 24.1 % stellen (Steiermark: 29.0 %). Etwas geringer sind die Differenzen bei den Angestellten, wo in Leoben nahezu die Hälfte Frauen sind (Steiermark: 47.4 %). Arbeitslosigkeit war in Leoben lange Jahre hindurch synonym mit Frauenarbeitslosigkeit. Anfang der siebziger Jahre stellten die Frauen drei Viertel und mehr der Beschäftigungslosen; fallweise bis regelmäßig auftretende Unterbrechungen der Beschäftigung zählten mithin zum Alltag obersteirischer berufstätiger Frauen.

2 Anfang 1986 waren lt. Geschäftsleitung der Hütte Donawitz ca. 150 Frauen als Arbeiterinnen beschäftigt, alle in unqualifizierten Tätigkeitsbereichen. Die Frauenquote der Beschäftigten in der Industrie betrug 1983 11.5 % (Steiermark 22.9 %, Österreich 30 %). Quelle: AK Graz.

Tabelle 3: Durchschnittlicher Anteil der arbeitslosen Frauen an den Arbeitslosen des Bezirks Leoben insgesamt

1971 – 74	79.5 %
1975 – 78	64.25 %
1979 – 82	59.25 %
1983 – 85	46.7 %

Quelle: AA Leoben, eigene Berechnung

Erst der Konjunktur einbruch 1982, der zu einem Anstieg der Bezirksarbeitslosenrate von 2.7 % auf 4.2 % führte (Steiermark: von 2.9 % auf 4.4 %; Österreich: von 2.4 % auf 3.7 %) markierte den Wendepunkt und erhöhte die Zahl männlicher Arbeitsloser. Eine weibliche Sockelarbeitslosigkeit, die mit 400 Frauen im Jahresdurchschnitt in den siebziger Jahren feststellbar war, wuchs relativ langsam, während Männerarbeitslosigkeit im Leoben der frühen und mittleren siebziger Jahre praktisch unbekannt war, dann langsam stieg, und 1982 jene der Frauen überflügelte. Allerdings beziehen wir uns hier auf die Zahlen des Arbeitsamts – in unserer Tiefeninterviewpopulation hatten wir einen Frauenanteil von 65 Prozent, da wir auch »Entmutigte« und andere weibliche Betroffene einbezogen haben. (In Kapitel 2 wird erläutert, warum kein allzu großes interpretatives Gewicht auf diesen quantitativen Befund gelegt werden sollte; ein geschlechtsspezifischer Verzerrungseffekt der offiziellen Statistik besteht allerdings sicherlich).

Auf das Problem der Frauenarbeitslosigkeit kommen wir in Kapitel 9 ausführlicher zurück. Dasselbe gilt für Jugendarbeitslosigkeit (Kapitel 10). Eine Interpretation der überproportionalen Betroffenheit Jugendlicher läßt sich direkt aus der Verteilung auf Altersgruppen ablesen: Während die 15-19jährigen in den Jahren 1983 – 85 rund 8 Prozent der Arbeitslosen ausmachen, steigt diese Rate in der Gruppe der 19-25jährigen stark an: 35 Prozent aller Arbeitslosen des Bezirks Leoben gehören dieser Altersklasse an, wobei fast ebenso viele Frauen wie Männer betroffen sind. Die Jüngeren bekommen zwar noch eine Lehrstelle – und in der verstaatlichten Industrie werden nachwievor zahlreiche Lehrlinge aufgenommen –, doch nach dem Abschluß der Lehre und dem Ende der Behaltefrist verlieren sie oft ihren Arbeitsplatz.

Dies bringt uns zu einer wichtigen Schlußfolgerung über den Leobner Arbeitsmarkt: die »große Krise« ist in gewissem Sinn noch gar nicht eingetreten. Während in der öffentlichen Diskussion mit dieser Region die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Eisen- und Stahlindustrie assoziiert werden, hat der Kern der dort Beschäftigten die Rezession bislang nur indirekt zu spüren

bekommen: über Reallohnverluste und möglicherweise über Familienangehörige.

Freilich sind die Beschäftigten etwa der Hütte Donawitz weniger geworden,³ dies fällt allerdings nicht so stark ins Gewicht. Aber die Kaufkraft der Mitglieder dieser zentralen Konsumentenschicht ist zweifellos gesunken. Kleinere Betriebe, die schon vorher knapp kalkuliert haben, gehen in Konkurs oder bauen Teilzeitbeschäftigte ab. Andere behelfen sich mit billigen, unter Umständen geförderten Lehrlingen. Konzentrationsprozesse tragen ebenfalls zu dieser Entwicklung bei. Dabei wird nicht nur der Greißler um die Ecke ausradiert, sondern auch verhältnismäßig große Firmen werden von außen übernommen und mit der mangelnden Zartheit des Außenstehenden »modernisiert«. Dabei kommen auch Männer zum Handkuß, aber vorwiegend die älteren oder die, die sonst ein Handikap zu tragen haben.

Solche Männer, zusammen mit Frauen und Jugendlichen, machen die überwältigende Mehrheit unserer Interviewpopulation von 71 Arbeitslosen aus. Der klassische Familienvater, der nicht mehr weiß, wie er Frau und Kind ernähren soll, kommt darin kaum vor. Die Alpine-Arbeiter sind in die Pension verschwunden; die Krisenindustrie der Region erzeugt damit jugendliche Arbeitslose, indem sie sie nicht mehr einläßt, sowie eine Art von Umwegsarbeitslosigkeit – das Herz schlägt schwächer, aber zunächst verfärbt sich die Haut. Hier geht ein kleines Espresso pleite, dort stirbt eine alte Greißlerin und niemand führt das Geschäft weiter; hier ein Stukkateur, der bei seinem Versuch, selbständig zu werden, Schiffbruch erleidet, dort hat sich schon wieder ein Schlosser übernommen. Das zumindest ist das Muster, das wir gefunden haben.

Daher waren wir auch mit mannigfachen Formen einer »alltäglichen« Arbeitslosigkeit konfrontiert, die sich von herkömmlichen Denkschablonen doch unterscheidet. Was großteils fehlt, ist die große Verzweiflung, das Ringen um die nackte Existenz, die heroische Geste. Elemente von all dem sind vorhanden, doch haben wir gefunden, daß die moderne Arbeitslosigkeit auf leiseren Sohlen einherschleicht – zumindest, bevor der Sturm losbricht. Ersetzt wird das vertraute Bild nicht durch den zufriedenen Arbeitslosen einer gedankenlosen öffentlichen Meinung, sondern durch die Porträts von Menschen, die in verschiedenster Weise mit ihrem Schicksal fertigwerden, und die Kosten zu tragen haben, die subtiler sind als jene der klassischen Arbeitslosigkeit der »Ausgesteuerten«, aber nichts desto weniger als schmerzhaft empfunden werden. War damals Arbeitslosigkeit eine Geißel, dann ist sie heute meist eine chinesische Wasserfolter.

Spricht man mit älteren Donawitzern, dann kommen allerlei pittoreske Details zutage – bei manchen Arbeitsämtern bekamen die Ausgesteuerten fallweise Naturalien, z.B. einen »Arbeitslosenkäse« oder eine »Bundeswurst«, ein Stück der berühmten Braunschweiger. In einer sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde verteilte der Bürgermeister Mais an die Arbeitslosen, was dem braven Mann den Beinamen »Polentabürgermeister« eintrug. Viele Kinder mußten barfuß zur Schule gehen; dem war der symbolische Stachel zum Teil genommen, als jene Kinder, die dies nicht nötig hatten, ebenfalls ihre Schuhe zuhause ließen. Ein ehemaliger Billeteur des Donawitzer Kinos spricht von einem »großen Aufgabengebiet«, da er entscheiden konnte, welchen Bedürftigen er umsonst Zutritt zu den billigen unbesetzten Plätzen ließ. Ein anderer berichtet davon, daß er einen Kollegen um einen »Tschik« gebeten habe; die Bitte wird abgelehnt – wie bescheiden diese war, geht erst aus dem Schluß der Anekdote hervor: »Mir ist vorgekommen, ich muß dort in den Boden versinken, so geschämt habe ich mich, weil ich da gestritten habe um einen Tschik und dem gibt er eine ganze Zigarette...« Dies scheint allerdings einen gewaltigen Unterschied zu einem von unseren Interviewten zu markieren, der aus finanziellen Gründen von »Marlboro« auf »Hobby« umgestiegen ist. Der Unterschied ist natürlich da; doch sollte man sich hüten, die Entbehrungen des heutigen Arbeitslosen allesamt nach diesem Muster und damit nach dem dubiosen Modell der »relativen Deprivation« zu entwerfen (cf. Kapitel 7).

Andererseits hatten die Bewältigungsstrategien damals etwas Abenteuerliches und Heroisches: Man konnte noch auf die »Walz« gehen, eine Option, die man nicht unbedingt romantisieren sollte, die aber dem Leben des städtischen Obdachlosen wohl eindeutig überlegen ist. Das Wildern wird übereinstimmend als wichtige Subsistenzquelle der Arbeitslosen dargestellt, die auch manchmal, wenn sie mit leeren Händen von der Pirsch zurückkamen, in völlig unwaidmännischer Art ein Kalb von der Weide stahlen. Daneben nimmt sich das Schwammerlsuchen als Form der originären Aneignung einigermaßen kümmerlich aus.

Der Blick zurück mag hier manches erklärt haben, aber der Kontrast zur heutigen Arbeitslosigkeit wird doch recht deutlich. Was damals an wohlfahrtsstaatlicher Vorsorge fehlte, wurde zum Teil durch eine bessere Zugänglichkeit der öffentlichen Güter kompensiert. Die Situation heute stellt sich spiegelbildlich dar – der Wohlfahrtsstaat wurde besser ausgebaut, doch gleichzeitig bleibt dem Arbeitslosen fast *nur* der Staat, an den er sich wenden kann. Dadurch entsteht eine besonders prekäre Situation für jene, die von der durch staatliche Institutionen verkörperten Allgemeinheit im Stich gelassen werden; von diesen

werden uns einige begegnen. Aber auch die Bezieher staatlicher Unterstützungszahlungen leiden unter diesen Entwicklungen der Moderne. Zur Abstützung dieser und anderer Behauptungen werden wir in den folgenden Kapiteln eine ganze Reihe von Zeugen aufmarschieren lassen.

Kapitel 2

Design und Erhebung

2.1. Das Design

Unsere Untersuchung zielte auf die Erfassung der Lebenssituation von Arbeitslosen, um zu klären, ob der Verlust von Arbeit Folgen zeitigt, die sich als Kosten auch in Bereichen niederschlagen, die mit dem (fehlenden) Arbeitsverhältnis nur indirekt verbunden sind: dabei gingen wir von der Annahme aus, daß der Arbeitsverlust eine Entkoppelung des Akteurs von einem relevanten Teil seines sozialen Umfeldes bewirkt, die begleitet wird von einer ins Leere gehenden Aufforderung, weiterhin am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, obwohl eine bedeutende Bühne dieser Teilnahme unzugänglich wurde. Die Zurückgeworfenheit in die Familie und das Fehlen kostenfreier nutzbarer öffentlicher Räume reduzieren den Handlungsspielraum der betroffenen Akteure, die durch entwürdigende und entmündigende Praktiken verschiedener Instanzen zusätzlich belastet werden.

Die Offenheit der Fragestellung und die Notwendigkeit, einzelne Problemfelder erst zu explorieren, legten die Wahl eines offenen Erhebungsinstrumentes nahe. Die Entscheidung für eine nichtstandardisierte Befragung wirft allerdings weitere Probleme bei der Auswahl der zu Befragenden auf. Eine qualitative Erhebung kann nicht mit Stichprobengrößen gängiger demoskopischer Zuschnitte operieren. Die Unmöglichkeit einer der Umfrageforschung nachempfundenen Stichprobenziehung ergibt sich aus einem weiteren Grund: es fehlt im Fall der Untersuchung von Arbeitslosen ein Verzeichnis der Grundgesamtheit. Die amtlich erfaßten Arbeitslosen, also der Personenkreis jener, die am Arbeitsamt in irgendeiner Weise gemeldet sind, sind nur eine Teilmenge jener Population, die in Verfolgung einer begründeten sozialwissenschaftlichen Begriffsbildung als Arbeitslose definiert werden können. Es braucht hier nur an die Diskussion über die »versteckten« Arbeitslosigkeit erinnert zu werden, um diese Problematik zu illustrieren. Ein wesentlicher Aspekt eines von amtlichen Erfassungsgesichtspunkten unabhängigen Begriffs von Arbeitslosigkeit betrifft die Selbstdefinition von Akteuren als Arbeitslose. Sobald man als Population nicht mehr nur jene betrachtet, die Kontakt zum Arbeitsamt haben, sondern den Personenkreis ins Auge faßt, der sich selbst als arbeitslos bezeichnet, entsteht das

Problem: wo findet man solche Personen? Verzichtet man darauf, diese Frage a priori zu beantworten, indem man beispielsweise Obdachlosenasyle, Jugendtreffpunkte oder Hausfrauenkränzchen als wahrscheinliche Versammlungsorte »versteckter« Arbeitsloser statuiert, muß man Einheiten suchen, wo alle Mitglieder die gleiche »Chance« besitzen, sich als arbeitslos zu definieren. In der vorliegenden Studie wurden weder die amtlich Erfassten noch die »Hochverdächtigen« mit der Population gleichgesetzt. Stattdessen gingen wir folgendermaßen vor:

Als Untersuchungsgebiet war der Bezirk Leoben festgelegt. Da die Stadt Leoben und die Dörfer des Bezirks ein hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit verschiedenes Profil aufweisen, entschlossen wir uns, die Erhebung an zwei Orten durchzuführen: in einem Stadtteil von Leoben und in einem Dorf des Bezirks. Diese beiden geographischen Einheiten sollten mittels einer *Totalerhebung* der dort wohnenden Bevölkerung erfaßt werden, und bei dieser Erstbefragung sollte den Befragten selbst die Möglichkeit eingeräumt werden, sich als Arbeitslose zu definieren (Kontaktinterview-Population). Aus den Betroffenen dieser Population sollte in einem zweiten Erhebungsschritt eine ausreichende Zahl von Interviewpersonen befragt werden (Tiefeninterview-Population).

Dieses mehrstufige Verfahren weist natürlich Tücken und Unwägbarkeiten auf: Weder wußten wir, wie stark die Neigung zur Selbstdefinition sein würde, noch konnten wir die Zahl der maximal auftretenden Fälle sicher vorhersagen. Da aus nachvollziehbaren technischen Gründen die Zahl offener Interviews, die für die Auswertung transkribiert werden müssen, nicht beliebig vermehrt werden kann, mußten wir eine Schätzung mit zwei Unbekannten anstellen:

1. der Zahl der versteckten Arbeitslosen,
2. der Zahl der Verweigerungen beim Kontakt- und beim Tiefeninterview.

Als einziges bekanntes Datum konnten wir die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, gegliedert nach Wohnorten (=Postleitzahlen) heranziehen. Wir wählten schließlich ein Dorf, nennen wir es im folgenden Liesing, das im August 1985 15 gemeldete Arbeitslose verzeichnete. Wir nahmen an, daß die Zahl der versteckten Arbeitslosen maximal doppelt so groß ist wie die Zahl der gemeldeten. Im nächsten Schritt versuchten wir, einen Stadtteil Leobens zu identifizieren, der eine mit Liesing vergleichbare Bevölkerungszahl aufweist und von der in der Volkszählung ausgewiesenen Zusammensetzung der Bevölkerung her als repräsentativ für die Stadt und den Bezirk gelten darf. Unter erhebungstechnischem Gesichtspunkt sollte er eine abgrenzbare Einheit bilden. Unter Berücksichtigung der innerhalb

Jahresfrist leicht angestiegenen Arbeitslosenrate des Bezirks und unter Zugrundelegung einer Verweigerungsrate von nicht mehr als einem Fünftel hatten wir damit eine ausreichend große Zahl von Interviews als Zielgröße. Aus Gründen der Validitätsprüfung unserer Kontaktinterview-Erhebung wählten wir schließlich innerhalb der Stadt Leoben einen Zählsprenkel aus, was einen Vergleich unserer Daten mit denen der Volkszählung ermöglicht. Um für die zweite unbekannte Größe einen Erfahrungswert zu gewinnen, machten wir einen auf die Verweigerungsrate bezogenen Pretest. Während der Interviewerschulung, die allerdings in Graz stattfand, sollten in einer vom Ambiente her vergleichbaren Wohnsiedlung die Handhabung der Erhebungsinstrumente geübt werden und nebenher Hinweise auf Verweigerungsraten gewonnen werden. Das Resultat übertraf unsere schlimmsten Erwartungen: nahezu drei von vier Angesprochenen verweigerten ein Interview von zehn Minuten Dauer. Da wir zu diesem Zeitpunkt am Design nichts grundlegendes mehr ändern konnten, blieb außer gegenseitig ausgesprochenen Tröstungen, es würde in Leoben alles ganz anders sein, und dem Vertrauen in die Wirkung des per Postwurf versandten Vorstellungsbriefes nur noch eine Modifikation des Designs. Die Interviewer sollten jeden Haushalt so oft aufsuchen, bis sie ein Mitglied antrafen (um die Ausfälle klein zu halten) und diejenigen Befragten, die bei diesem Erstkontakt die Auskunft verweigerten, sollten in einem zweiten Anlauf von einem Mitglied des Projektteams unter Aufbietung aller Techniken des Eindrucksmanagements zur Auskunfterteilung »überredet« werden. Die Zweiphasigkeit der Erhebung: zuerst Identifikation der im weitesten Sinn Arbeitslosen und dann Tiefeninterviews, bot die Gelegenheit, in der ersten Phase, während der sogenannten Kontaktinterviews, auch für die Wohnbevölkerung der beiden Erhebungsgebiete einige wenige Daten zu erheben. Das war aus mehreren Gründen sinnvoll. Erstens wäre es merkwürdig gewesen, wenn die Interviewer, von Tür zu Tür eilend, nur gefragt hätten: »Ist in diesem Haushalt jemand arbeitslos?« Da Arbeitslosigkeit stigmatisiert ist, wäre die Verweigerungsrate in die Höhe geschneilt; alle tatsächlich nicht Arbeitslosen hätten sich andererseits gefoppt fühlen können, wären sie nur nach diesem einen Merkmal gefragt worden. Schließlich bot die Erhebung einiger weniger Daten darüber hinaus die Gelegenheit des Vergleichs mit den Daten der fünf Jahre zurückliegenden Volkszählung – und das in doppelter Hinsicht; einmal die Veränderungen bis zur »Halbzeit« eines Volkszählungsintervalls und zum anderen eine Validitätsprüfung von sozialwissenschaftlicher Feldforschung im Vergleich zu amtlichen Erhebungen.

Das Kontaktinterview bezog sich auf zwei Datengruppen. Diese waren im »Haushaltsblatt« und im »Personenblatt« ein-

zutragen. Bei der ersten Datengruppe wurden alle aktuell im Haushalt Wohnenden in einem »Familiendiagramm« erfaßt, die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, Angaben über Wohnungsverhältnisse und Wohnkosten ermittelt, sowie ein Schichtindikator (Beruf des Vaters des Haushaltsvorstandes) erhoben.

Für jede im Haushalt wohnende Person wurden – neben einigen soziodemographischen Daten – Angaben zur Ausbildung und zur Beschäftigungskarriere erhoben. Am Ende des Personenblatts standen Fragen zum Arbeitslosenstatus; zunächst also die Frage nach der Vormerkung beim Arbeitsamt, der Art der Unterstützung, der Länge der Vormerkung und dann eine offene Frage für all jene, die weder beschäftigt noch beim Arbeitsamt registriert waren: »Betrachtet sich die Person trotzdem in irgendeinem Sinne als arbeitslos oder arbeitssuchend?« Aufgrund der Angaben zu diesen beiden letzten Fragen sollte die »Aufnahme« in die Population der Untersuchung erfolgen.

Für die Intensivinterviews wurde ein Interviewleitfaden entwickelt, da wir zur Auffassung gelangt waren, daß ein gänzlich offenes Interviewen nicht zweckmäßig wäre. Erstens gingen wir von einer bestimmten modellhaften Annahme über die Situation von Arbeitslosen aus: von Arbeitslosigkeit als absurder Situation. Allein schon um dieses Modell überprüfen zu können, benötigten wir Aussagen zu ganz bestimmten Themen. Zweitens bemerkten wir während der Probeinterviews, daß die von uns Befragten in einem geringeren Ausmaß gesprächig waren, als wir das aufgrund der Erfahrung mit anderen Befragtengruppen angenommen hätten. So stellte sich heraus, daß bei sechs Probeinterviews die Interviewer innerhalb von 30 Minuten im Schnitt 50 mal selbst das Wort ergriffen. Es war daher naheliegend, wenigstens einen Teil dieser Interviewerinterventionen zu standardisieren. Den dafür zu zahlenden Preis verminderter Selbstdarstellungschancen der Befragten meinten wir in Kauf nehmen zu können. Drittens waren wir genötigt, auf die Mitarbeit von kurzfristig eingeschulten Interviewern zurückzugreifen. Die Neutralisierung der Effekte von saisonalen Schwankungen der Arbeitslosenzahl spielte dabei ebenso eine Rolle wie die zunehmende Unsicherheit des regionalen Arbeitsmarktes: das vom neuen Vorstand der VOEST in Aussicht gestellte Unternehmenskonzept, von dem vorweg soviel bekannt war, daß es zu Entlassungen führen würde, konnten wir nicht abwarten. Daher sollte die Erhebung abgeschlossen sein, bevor die Veröffentlichung dieses Konzepts die Meinungen und Einstellungen verändert hätte. Um den Zeitfaktor einigermaßen zu standardisieren, wollten wir beide Erhebungsphasen innerhalb von sechs Wochen absolvieren. Die Verwendung von Interviewern bei qualitativen Studien ist ambivalent: einerseits sind kurzfristig engagierte Interviewer nicht mit Projektblindheit geschlagen, die sich fast au-

tomatisch einstellt, wenn man längere Zeit an einem Thema arbeitet und an einem Modell von vernünftig erscheinenden Hypothesen bastelt (aus diesem Grund wurden die Interviewer auch nicht mit unseren Annahmen bekannt gemacht), zum anderen fehlt Interviewern aber die Vertrautheit mit dem Untersuchungsfeld, die man nur aufgrund längerer Befähtheit (und professioneller Vorkenntnis) erwirbt. Stellt das eine fraglos einen Vorzug dar, der im günstigsten Fall zu einer von strukturierten Vorannahmen »freien« Datenerhebung führen kann, so versuchten wir den möglichen negativen Effekt durch eine ausführliche Interviewerschulung klein zu halten. Neben Informationen über die gesetzlichen Grundlagen der Arbeitslosenversicherung und den Aufbau des Arbeitsamtes konzentrierten wir die eigentliche Schulung auf die Interviewtechnik. Der Interviewleitfaden gliederte sich in sieben Bereiche: Beschäftigungskarriere, Kontakte beim Arbeitsamt, Arbeitssuche, Freizeit, Familie und Konsum, Finanzielles und Ausweichstrategien und abschließend Fragen zu Diskriminierungserfahrungen. Die Reihenfolge, in der die Bereiche angesprochen würden, sollte dem Befragten überlassen werden. Zu jedem der Bereiche wurden Einstiegsfragen formuliert, die wörtlich zu stellen waren, um den Stimulus zu standardisieren. Innerhalb der sieben Bereiche wurden Sub-Bereiche aufgelistet, die in beliebiger Reihenfolge angesprochen werden konnten. Den Interviewern stand es dabei frei, eine eigene Formulierung dieser Nachfragen₁ zu finden oder vorgegebene Beispielfragen zu verwenden. In der rechten Spalte des Leitfadens listeten wir Schlagwörter auf, die die Vollständigkeit bei der Erfassung des jeweiligen Bereiches gewährleisten sollten: diese Nachfragen₂ sollten nur dann gestellt werden, wenn die Befragten die entsprechenden Themen nicht von selbst ansprachen. Als letzte Ebene des Nachfragens waren Klärungsfragen vorgesehen. Diese Nachfragen₃ waren nicht strukturiert; sie zu stellen, blieb der Kompetenz der Interviewer überlassen. Als Richtlinie galt, daß sich die Interviewer wie eine »neugierige Person, die die Situation eines anderen verstehen möchte«, verhalten sollten.

Neben der Tonbandaufzeichnung des Interviews sollten die Interviewer Situationsprotokolle verfassen, die Aufschluß über die Umstände der Kontaktabnahnung und Störungen während des Interviews geben und ethnographische Details enthalten sollten (ähnliche, wenn auch knappere Aufzeichnungen waren auch für die Kontaktinterviewphase vorgesehen). Das Interviewerteam, das schließlich die Arbeit aufnahm, umfaßte vier Personen: eine Psychologiedissertantin, eine Soziologiestudentin, einen berufstätigen Herrn Mitte vierzig und eine berufstätige Frau Mitte zwanzig. Ergänzt wurde das Interviewerteam durch zwei Mitglieder des Projektteams, die den Ausfall von zwei entmutigten Interviewern wettmachen mußten.

2.2. Die Erhebung

2.2.1. Die Siedlung

Das städtische Erhebungsgebiet besteht aus einigen Dutzend Geschößbauten, die für Statistiker und Wahlbehörden zu einer Einheit, dem »Sprengel«, zusammengefaßt sind. Ein erster Lokalausganschein zeigt jedoch, daß wir es mit mehr als einer administrativen Entität zu tun haben. An drei Seiten ist das Gebiet durch physische Hindernisse scharf umgrenzt: Im Norden und Süden durch eine Durchzugs- und eine Umfahrungsstraße, im Westen durch einen Drahtzaun, der unzugängliches Gelände noch unzugänglicher macht. Nur im Osten ist das Gebiet gegenüber dem benachbarten Sprengel offen; dadurch geht ein (schwer vermeidbares) Element der Willkür in unsere Abgrenzung ein. Im großen und ganzen haben wir es jedoch mit einer Einheit zu tun, die durchaus die Züge einer Siedlung oder Teilsiedlung trägt.

Dies zeigt sich in vielfältiger Weise. Fremde werden von Kindern artig begrüßt; auch die erwachsenen Bewohner grüßen einander viel häufiger, als dies in stärker urbanisierten Umgebungen der Fall ist. Die Leute wissen nicht nur über die Mitbewohner ihres eigenen Hauses Bescheid, sondern auch über weiter entfernt Lebende; oder zumindest glauben sie das. Die Redseligeren unter ihnen sind bereit, über diese wie jene mehr oder weniger verlässliche Auskünfte zu geben. Die öffentliche Interaktion geht weit über das Grüßen hinaus. Wir konnten Gruppen von Mitbewohnern beobachten, die sich vor der Haustür um irgendeinen Anlaß herum – ein kaputtes Fahrrad oder ein gerade erstandenes Meerschweinchen – formierten. Anders als im Stadtzentrum bleiben Leute, die einander begegnet sind, manchmal stehen, um Gespräche zu führen. Denen kann man sich auch unschwer zugesellen; so verstrickte sich ein Mitglied des Projektteams mit zwei älteren Pensionisten nicht nur in die unvermeidliche Diskussion über »die Arbeitslosen«, sondern wurde auch in den letzten Stand der Gerüchte über den Unfall oder den Selbstmord oder die Ermordung eines Bewohners der Siedlung eingeweiht, der vorige Woche aus der Mur gefischt worden war. Oder man denke an jene Frau, die in der Re-Kontaktphase angesprochen wurde, als sie auf dem Balkon ihrer ebenerdig gelegenen Wohnung stand und ein Gespräch mit einer anderen Frau führte, die auf einem Balkon des *übernächsten* Hauses stand; bei solchen Distanzen wird es notwendig, Informationen, Banalitäten ebenso wie Intimitäten, mit gewaltiger Lautstärke auszutauschen. Und natürlich sind Fremde äußerst auffällig – Kinder stellen hörbare Überlegungen über die mögliche Funktion des Interviewers an, der auf seinem Weg von einem Block zum anderen schon nach kürze-

ster Zeit das Gefühl hat, tausend Augen wären auf ihn gerichtet. Die Bewohner der Siedlung sind wachsam und neugierig, doch im allgemeinen recht freundlich. Nicht selten wird das Mitglied des Erhebungsteams, akademischer Grad hin oder her, mit dem altmodischen solidarischen »Du« der Unterschicht angesprochen. Unser improvisiertes Projektbüro im Feld war ein außerhalb des eigentlichen Erhebungsgebietes liegendes kleines Espresso. Dort verwandelten wir uns binnen weniger Tage von mysteriösen Fremden in unbekanntem Auftrag in eine zwar noch immer schlecht verstandene, aber akzeptierte ständige Einrichtung; und wenn wir am Abend gingen, dann riefen uns Wirtsleute wie Gäste ihr »Pfüat Euch« nach. Ob die von den Gästen trotz gelegentlicher Aufklärungsversuche hartnäckig vertretene Auffassung, daß es sich bei uns um Vermessungsingenieure handelte, inzwischen berichtigt wurde, wissen wir nicht.

Die Siedlung als ganzes ist von einem kleinräumigen traditionellen Sozialklima geprägt. Jenseits der Umfahrungsstraße liegt dichter Wald; er zieht sich eine Anhöhe hinan, die man als den letzten Ausläufer der Gleinalpe bezeichnen kann. Der städtebauliche Einschnitt gegenüber der ländlichen Steiermark ist damit tief; die historische Grenze jedoch, die diesen Teil der Stadt Leoben von ländlichen Siedlungsformen abtrennt, ist wesentlich verschwommener; wenn man etwa von St. Peter nach Leoben hinunterkommt, dann vermengt sich die Landluft mit den Ausdünstungen der Hütte Donawitz. In ähnlicher Weise mischt sich in unserem Erhebungsgebiet ein bäuerliches kulturelles Erbe mit einer städtischen Wohnform. Dieses Phänomen findet sich auch auf der individuellen Ebene – in den Overalls der Stahlarbeiter stecken die Söhne und Enkel von Bauern.

Doch auch in dieser kleinen sozialen Einheit, mit ihren paar hundert Haushalten, gibt es systematische Vielfalt. Die Wohnblocks wurden in drei Etappen errichtet. Zuerst jene unten an der Durchzugsstraße, in den fünfziger Jahren. Jeweils fünf viergeschossige Häuser drängen sich zu einer kurzen Zeile zusammen. Die einzelnen Wohnungen haben kaum mehr als 50 m²; der Verputz ist in jener Farbe gehalten, von der man aus der Erinnerung nicht mehr angeben kann, ob es sich um olivgrün oder braun oder grau handelt; die Rasenflächen zwischen den engstehenden Häuserzeilen sind wenig einladend. Dieser Teil der Siedlung spiegelt das Nützlichkeitsdenken der fünfziger Jahre wider, als es galt, mit begrenzten finanziellen Mitteln Leuten ein Dach über dem Kopf zu verschaffen.

Mit den Häusern sind ihre Bewohner gealtert. Es gibt hier unverhältnismäßig viele Pensionisten; dennoch kann es dem Interviewer passieren, daß er ein ganzes Haus mit seinen zwölf Wohnungen abgeht, ohne daß sich auch nur eine Tür öffnet. Und auch wenn er zu einem anderen Zeitpunkt wiederkommt, bleibt

auf sein Anläuten häufig alles still. Pensionisten sind gewöhnlich schwer anzutreffen, aber nicht, weil sie ständig außer Haus sind, sondern weil sie oft ihre Türen für immer gegenüber der Welt verschlossen haben. Des öfteren erkundigen sie sich durch die geschlossene Tür hindurch nach dem Ansinnen des unerwünschten Besuchers, oder lugen durch einen Türspalt hervor, der durch eine Kette abgesichert ist. Dieses Verhalten ist wenig überraschend; jemand, der heute in Österreich alt ist, blickt oft auf eine Biographie zurück, die reichlich Anlaß zu Mißtrauen und Bitterkeit gibt. Und jene Angst, die für die Alten den auskunftsheischenden Interviewer in einen halb-betrügerischen Lexikonverkäufer und diesen wiederum in einen Räuber oder Mörder verwandelt, hat ja auch – mag sie zwar übertrieben sein – durchaus ein sachliches Fundament.

Natürlich gibt es auch andere Reaktionen. Auch Pensionisten stellten gelegentlich die Untertanenfrage, ob man an der Erhebung teilnehmen *müsse* – um nach wahrheitsgemäßer Beantwortung der Frage erleichtert die Tür zu schließen. Oder jene alte Dame, die zum vereinbarten Termin Kaffee und Kuchen vorbereitet hatte und schließlich dem sichtbar hungrigen Interviewer noch eine Semmel aufdrängte. Auch hier konnte es einem passieren, daß man – hatte man das Vertrauen der Befragten einmal errungen – mit ausführlichen Schilderungen über Gesundheitszustände und Nachbarschaftsverhältnisse, über Tod und Leben und Gott und die Welt ergötzt wurde. Da konnte man sich dann schon bald wie ein Enkerl fühlen, das seine Besuchspflicht ein wenig vernachlässigt hat.

Im untersten Teil der Siedlung ist noch eine andere Bevölkerungsgruppe anzutreffen: die von Arbeitslosigkeit Betroffenen. In den schäbigsten und kleinsten Wohnungen der Siedlung drängen sich – wie in den Beschreibungen der sozialkritischen Literatur des neunzehnten Jahrhunderts – bis zu sechs Personen zusammen. Kunstvoll ineinander verschachtelte Betten und Matratzen verleihen dann der Wohnung den Charakter eines Massenlagers, während die von plärrenden Kleinkindern, gleichzeitig redenden Erwachsenen und dem laufenden Fernseher erzeugte Geräuschemelange die Atmosphäre eines permanenten und nicht immer vergnüglichen Jahrmarkts herstellt. Beim Re-Kontakt mit Erstverweigerern wurde auch meist erläutert, daß man an Arbeitslosigkeit interessiert sei (während wir beim Erstkontakt unser Interesse hinter der Floskel, eine Untersuchung über Arbeitsmarktprobleme des Bezirks Leoben zu machen, verbargen). Dies war eine zweiseitige Strategie. Die damit verbundenen Appelle an die Solidarität der Befragten waren zwar oft erfolgreich; doch gab es einige Fälle, in denen der Verweis auf das Interesse an Arbeitslosigkeit die endgültige Verweigerung zu motivieren schien, wenn sich ein zunächst unentschlossenes Gesicht in eine grimmige Maske verwandelte.

In den sechziger Jahren wurden die nächsten Wohnblocks errichtet. Mit den gestiegenen Ansprüchen vergrößerten sich auch die Wohnungen, auf etwas über 70 m². Dieser Teil der Anlage ist weitläufiger, die Häuser strahlen in optimistischen hellen Tönen und die gepflegten Rasenflächen dienen als informelle Kinderspielplätze. Hier herrscht die oben beschriebene gesellige Atmosphäre. Die demographische Mischung der Bewohner ist bunter, wenn auch noch die Unterschicht überrepräsentiert ist. In den siebziger Jahren schließlich kamen die achtgeschossigen Hochhäuser hinzu. Wiederum sind die Wohnungen größer geworden (82 m²), doch die Bauweise hat zumindest der öffentlichen Geselligkeit ein Ende gesetzt. Auch hier sind die Rasenflächen zwischen den einzelnen Blocks gepflegt, aber unbelebt. Im Gegensatz zum mittleren Teil ist es hier den Müttern unmöglich, ihre Kinder vom Fenster oder vom Balkon aus zu beaufsichtigen. Dies mag zum Teil durch den nahegelegenen öffentlichen Spielplatz kompensiert werden. Dieser bot allerdings ein ungenutztes Bild. Nach der Aussage einer etwa neunjährigen Expertin haben die Kinder des mittleren Teils der Siedlung für ihn jedenfalls kaum Verwendung.

Sieht man von den Pensionisten ab, dann war der Widerstand gegen die Befragung in diesen Hochhäusern am stärksten. Dort lebte auch Herr Schleinzer, der in endlosen Diskussionen das Interview ablehnte, weil er keine Zeit hätte. Seine Frau war da schon deutlicher; während der zähen Verhandlungen zwischen Tür und Angel tauchte sie plötzlich hinter ihrem Gatten auf und rief in keifendem Ton »Aber was bringt das schon für uns?« Derartig explizit egoistische Reaktionen auf unsere Argumente fanden sich des öfteren; bei Frauen häufiger als bei Männern, in den Hochhäusern öfter als im restlichen Teil der Siedlung.

Unter diesem Blickwinkel liefert die sich den Hang hinaufziehende Siedlung zusammen mit den Einstellungen ihrer Bewohner eine Art historische Sedimentierung der letzten Jahrzehnte. Oben, so scheint es, findet man jenen Zerfall der Solidaritäten und jene egozentrierte Perspektive, die uns die Entwicklung der Moderne beschert hat und die weltweit in den Dienst angeblich politischer Programme gestellt werden. Diese Haltung ist im mittleren Teil der Siedlung weniger ausgeprägt. Hier war der Hinweis darauf, daß wir auf Seiten jener stünden, die ihre Arbeit verloren hätten oder doch Gefahr liefen, sie zu verlieren, meist erfolgreich. Verweigerungsängste waren hier vorwiegend durch unliebsame Erfahrungen mit Vertretern motiviert – wie bei jenem Mann, der sich mit großer Bitterkeit daran erinnerte, daß er vor 16 Jahren einen Staubsauger aufgeschwatzt bekommen hatte, oder bei jener alleinstehenden älteren Frau, die ein Jahr lang die »Micky Maus« beziehen mußte.

Umgekehrt spiegelt die stetig wachsende Wohnungsgröße den Optimismus der Wachstumsjahre, in denen immer mehr

Leuten ein stetig wachsender Wohlstand versprochen wurde. Dieser unaufhaltsam scheinende Vormarsch in eine immer größere allgemeine Prosperität ist ebenso zum Stillstand gekommen, wie der Vormarsch unserer Siedlung, die am Waldrand nun ihre letzte Grenze gefunden hat. Und wie am Ende der kollektiven Illusion ständigen Wachstums die Wirtschaftskrise steht, so warten auf manche, die der Verheißung des individuellen Aufstiegs verfallen sind, bittere Enttäuschungen, ob sie sich nun tatsächlich »oben« wiederfinden, oder unten, in den schäbigen Löchern der Degradierten.

Auch im zweiten und dritten Teil der Siedlung fanden sich natürlich Betroffene. Deren Widerstand war oft recht stark; allgemein spielt hier, wie erwähnt, das Verhalten von Vertretern und Zeitschriftenwerbern eine wichtige Rolle, der Unterschied zu Nicht-Betroffenen ist allerdings vermutlich durch die Stigmatisierung der Arbeitslosigkeit und verwandte Phänomene zu erklären. War man jedoch einmal in einen solchen Verweigererhaushalt eingedrungen, dann trat oft eine erstaunliche Wandlung ein. Die vom Erstinterviewer als extrem unfreundlich charakterisierten Befragten erwiesen sich als äußerst herzlich; sie waren es, die Wein oder Bier oder Kaffee auffuhren, im Gegensatz zu den meisten Angehörigen der Mittelschicht, deren Widerstand im allgemeinen geringer war, sei es aus Höflichkeit oder auch in Ausübung einer undeutlich wahrgenommenen Bürgerpflicht. Dabei behandelten die Mittelschichtler den Interviewer meist als Interviewer; war der Widerstand der Betroffenen aus der Unterschicht jedoch einmal gebrochen, dann wurde man wie ein *Gast* behandelt. Dem bot sich dann – als wäre eine straffe, aber dünne Haut zerrissen – der Anblick eines bunten sozialen Organismus. In einem Goffman'schen Bezugsrahmen ließe sich sagen, daß man im ersteren Fall nur geringen Widerstand zu überwinden hatte, um auf die Vorderbühne zu gelangen. War man im zweiten Fall jedoch einmal eingedrungen, befand man sich direkt auf der Hinterbühne, weil es einfach keine Vorderbühne gab. Dort sieht man dann das kleine epileptische Mädchen, die Tochter mit dem ledigen Kind, den Vater, dessen Sohn gerade aus dem Gefängnis gekommen ist; kurz, das farbige und oft leidvolle Leben, von dem diese Studie handelt.

2.2.2. Die Gemeinde

Die von uns untersuchte Gemeinde im Liesingtal besteht aus elf Dörfern, die im 19. Jahrhundert zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt wurden. Das Hauptdorf, unten am Fluß, beherrscht die Post, das Gemeindeamt, den Gendarmerieposten, sowie drei stattliche Wirtshäuser. Die Nebendörfer sind von variierender Größe und bestehen im Extremfall nur aus wenigen

Häusern. Diese Ansiedlungen sind über ein Areal von 59 km² verstreut. Will der Bewohner der entlegeneren Dörfer an den Festlichkeiten der Gemeinde oder an ihren ausgedehnten Vereinsaktivitäten teilnehmen, oder will er Behördenwege erledigen, so muß er über die alte ländliche Tugend der körperlichen Rüstigkeit verfügen, oder über ihr modernes Äquivalent, ein eigenes Fahrzeug.

Die Willkür der spätabolutistischen Beamten wirkt heute noch nach. Der Ort ist weit weniger homogen als andere Gemeinden des Tales. Es ist hier keine Selbstverständlichkeit, daß man sich im Wirtshaus zu anderen an den Tisch setzt; und jene einst in der Obersteiermark häufigen Gasthäuser, in denen die Gäste in der Küche bewirtet wurden, gibt es nicht mehr. Vor einigen Jahren wurde erbittert um den Standort der Volksschule gestritten – hier kam es auf jeden einzelnen Meter an, um den das neue Gebäude näher an diesem oder jenem Dorf liegen sollte. Feindschaften brachen auf, die quer durch die politischen Lager gingen; sogar der Gesangsverein und der Kirchenchor, die stets über gemeinsame Mitglieder verfügt hatten, polarisierten sich. Der schildbürgerhafte Streit gefährdete damit ein wohletabliertes System der formalisierten Geselligkeit, das Schwächen der informellen Integration zumindest zum Teil kompensierte. Inzwischen sind die Wunden, die dieser Vorfall schlug, zumindest nach Auffassung unserer Informanten, mehr oder weniger gut verheilt.

Der heterogene Charakter der Gemeinde zeigt sich auch in manch anderer Weise; ganz wie die Siedlung präsentiert sich auch die Gemeinde als ein Feld des quasi-natürlichen Experiments, in dem sich eine eigenartige Alchemie von Wandel und Beharrung nachweisen läßt. Der Agraranteil der erwerbstätigen Bevölkerung betrug 1971 noch 25 Prozent und war damit etwas höher als in anderen Orten des Tales. Der lange Arm der Industrialisierung erreichte den Ort sehr spät, und sein Zugriff war mehr als unsicher. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden kleinere Fabriken, die in der Mehrheit der Fälle bald wieder zusammenbrachen. Heute gibt es noch »die Fabrik« – deren wirtschaftliche Aussichten sind gut, und die von ihr beigestellten Arbeitsplätze sind zwar nur mäßig begehrenswert, aber relativ sicher. Ergänzt werden diese Klassen von Erwerbstätigen durch Gewerbetreibende und deren Angestellte, sowie durch zwei verschiedene Typen von Pendlern: einerseits Ortsansässige, die in den großen Betrieben des Bezirks Arbeit gefunden haben, andererseits Auswärtige, die z.B. Wohnungen in den verrußten Arbeiterkasernen von Donawitz mit oft stattlichen Eigenheimen im Grünen vertauscht haben.

Und wiederum in Parallele zur Siedlung spiegeln die Eigenheime der Häuselbauer die wechselnden Hoffnungen und Aspirationen der letzten Jahrzehnte wider – von den sparsam bemes-

senen und ausgestatteten Häusern der Nachkriegszeit zu den pompösen Pseudo-Villen mit ihren Walmdächern und vorfabrizierten Holzzäunen. Auch andere Formen architektonischer Vielfalt sind anzutreffen. Im Ortskern stehen jahrhundertalte Bauernhöfe Seite an Seite mit mehrgeschossigen Genossenschaftswohnungen. Eine Subsiedlung, die vorwiegend von Stahlarbeitern bewohnt wird, reproduziert in verblüffender Weise den architektonischen Duktus einer Barackensiedlung. Der Eigentümer der Fabrik wiederum hat sein villenartiges Heim durch meterhohe immergrüne Hecken abgeschirmt.

In den Genossenschaftsbauten finden sich auch wieder die mißtrauischen Pensionisten, die sich erst nach langem Zureden davon überzeugen lassen, daß man ihnen kein Zeitschriftenabonnement aufschwätzen möchte, wenn auch in weit geringerer Anzahl als in der Stadt. Andererseits wuchert das Leben der Jüngeren ziemlich ungehemmt über den eigentlichen Wohnraum hinaus. Da sieht man etwa an einem wolkenlosen Sommertag zwei junge Arbeiter, die es sich im gepflasterten Vorhof des Gemeindebaus in Liegestühlen bequem gemacht haben. Daneben, auf Luftmatratzen, vor Sonnenöl schillernd, die Ehefrauen. Die Kinder fahren auf ihren lärmenden Plastikfahrzeugen umher und aus dem geöffneten Auto klingen dazu die Stereoboxen, um den Eindruck von Klein-Caorle im Liesingtal zu vervollständigen.

Daß hier eine entspanntere und freundlichere Atmosphäre herrscht als in der städtischen Siedlung, fand auch seinen quantitativen Niederschlag; erwähnt sei hier nur die spektakulär niedrige Verweigerungsrate von ca. 2 Prozent. Darüber hinaus berichteten die Interviewer übereinstimmend, daß die Bewohner der Gemeinde offener, freundlicher und kontaktbereiter waren als jene der Siedlung. Getränke und Zigaretten wurden wesentlich häufiger angeboten; die Interviewer hatten den Auftrag, solche Angebote »im Rahmen des Aufnahmevermögens« anzunehmen – letzteres war in der Gemeinde einige Male überfordert. In einem Fall wurde davon berichtet, daß die Interviewerin offensichtlich dabei beobachtet worden war, wie sie über den Feldweg herankam – und daß dann der Kaffee schon bereit stand. Dies verweist auch auf die große Sichtbarkeit der ortsfremden Sozialforscher. Das Aussehen und Vorhaben der Interviewer(innen) war binnen Tagesfrist zum Dorfgespräch geworden. Jene rote Haarsträhne, die einen Erstverweigerer in Leoben, einen schwerblütigen Exilungarn, aufs äußerste erbittert hatte, wurde so zum Thema einer Diskussion im Geschäft (wie die Gattin des Tierarztes der überraschten Interviewerin mitteilte). Diese Publizität hatte im allgemeinen positive Auswirkungen: Etwa vorhandenes Mißtrauen wurde dadurch im allgemeinen gesenkt, und für die zarter Besaiteten unter unseren Mitarbeitern war es eine echte Erleichterung, wenn ihnen die

Bemerkung »Ich weiß schon was Sie wollen, kommen Sie nur herein« das Aufsagen ihres Kontaktsprüchleins ersparte. Die Neugierde der Bewohner einer relativ reizarmen Region dürfte hier sicherlich eine Rolle gespielt haben. Das Rätselhafte an unserem Unterfangen wurde durch äußerliche Merkwürdigkeiten noch verstärkt. So erschien der Mecki-Haarschnitt einer Interviewerin mehreren Befragten als derart außergewöhnlich, daß sie sich gedrängt fühlten, durch Darüberstreichen seine taktile Beschaffenheit zu überprüfen.

Die auch in dieser Weise manifestierte geringere Berührungsscheu, die Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit der Bewohner der Gemeinde fügen sich zu einem recht konventionellen Bild zusammen. Auch die Kehrseite dieser Medaille überrascht nicht; wo Anteilnahme am Schicksal des anderen sich in Überwachung verkehrt und das nachbarliche Gespräch in böseartigen Klatsch. Von der Stirnseite eines der größeren Eigenheime prangt ein Kolossalgemälde, das im naiv-unrealistischen Stil Steirer in obsoleten Kostümen zeigt, ergänzt durch einen erläuternden Slogan – »Allerweil lustig, etc.« Gegenüber derartiger stehender Propaganda ist im allgemeinen Skepsis angebracht. In der Tat ist von Lustigkeit im herkömmlichen Sinn gerade bei der bäuerlichen Bevölkerung unseres Erhebungsgebiets recht wenig zu bemerken. Ein großes Fest, das unter Mitwirkung der Seegrabner Kapelle veranstaltet wird, beginnt laut Plakat mit einer Totenehrung, erst danach geht's ins Festzelt; als Städter könnte man sich einen zündenderen Auftakt einer Festlichkeit vorstellen. Auch das Klima ist nicht dazu angetan, besonders sonnige Gemüter hervorzubringen – das Land ist nicht sehr fruchtbar, die Luft scharf und der Winter lang. Die Gegenreformation lebt im Volksmund bis heute weiter – in der Obersteiermark heißt es von widerspenstigen Kindern, man werde sie »auch noch katholisch« machen. Diese und andere Faktoren verbinden sich zu einem Menschentypus von einiger Widersprüchlichkeit; hier gibt es Katholiken, die sich der protestantischen Ethik ergeben haben, Konformisten, die dennoch aufrecht dastehen und den Fremden mit dem unverwandt prüfenden Blick ansehen, der einer Mischung aus Selbstbewußtsein und Mißtrauen entspringt.

Die wenigen Befragten, die Auskünfte verweigerten, taten dies dann auch ganz und gar, unter zum Teil wüsten Beschimpfungen; wie jene ältere Frau, die fanatisch auf ihren Zwiebeln herumhackte und eine ganze Serie von mühsam erlernten Vorurteilen von sich gab, gemischt mit inbrünstigen Verwünschungen jener »da oben«, die am ganzen Schlamassel schuld seien. In dieser Festung aufgetauter Frustration gab es keine Lücke, die gegen Argumente oder Beweismaterial verletzlich gemacht hätte. Jeder Augenkontakt wurde vermieden, als fürchte die Frau, auf der Stirn des Interviewers »das Zeichen der Verdamm-

nis« zu finden; laut Weber kennzeichnet dieses für den Puritaner den ökonomisch Erfolgreichen. Tatsächlich wurden wir in diesem und einem weiteren Fall beschuldigt, die Untersuchung aus Arbeitsscheu zu unternehmen; so verschmolzen in einer kühnen pragmatistischen Wende Forscher und Forschungsobjekte. Die Weigerung, Sozialforscher (oder auch das frustrierende Herumlafen von Zeitschriftenvertretern) als Arbeit aufzufassen, entspringt einer bigott verengten Perspektive, an der das schlichte soziale Faktum der Arbeitsteilung spurlos vorübergegangen ist, als wären die Traktoren und Fernseher der Bauern vom Himmel gefallen. Es ist dieselbe Haltung, die auch den Händler als einen Blutsauger erscheinen läßt.

Es war dies nur das deutlichste Zutagetreten einer grimmen puritanischen Unterströmung, die ganz allgemein die Einstellung zu Arbeit und Arbeitslosigkeit zu bestimmen scheint. Während dem Arbeiter doch täglich der Verflechtungszusammenhang der Moderne gegenübertritt, während es in der Arbeiterklasse doch noch zumindest Spuren einer Denktradition gibt, die den einzelnen als Teil eines Ganzen begreift, ist es mit der »mechanischen Solidarität« der bäuerlichen Bevölkerung nicht sehr weit her. Hier lebt der individualistische Mythos ungebrochen fort; auf diesem Hintergrund kann der Arbeitslose nicht als Opfer widriger Umstände begriffen werden, sondern nur als jemand, der an seinem Unglück selbst schuld ist. Hinzu kommt, daß es sich bei der rationalen Diskussion um eine eminent städtische Institution zu handeln scheint. Die Idee, Begründungen für die eigene Behauptung zu finden, die Bereitwilligkeit, Standpunkte gegeneinander abzuwägen – all dies ist einer Geisteshaltung fremd, die im religiösen Denken wurzelt. Tradierte Meinungen werden daher auch mit einer Starrsinnigkeit und Hingabe vertreten, die den Andersdenkenden als einen von Bücherweisheit Verblendeten, als einen Ketzer, erscheinen läßt. Es entsteht dann ein »Wissen« von Arbeitslosigkeit, das auch die Erfahrung eigener Betroffenheit überdauern kann. So wird annähernd verständlich, wie jene bizarren Widersprüche zustandekommen können, wenn jemand z.B. seine eigenen ernsthaften und erfolglosen Bemühungen um einen Arbeitsplatz schildert und gleichzeitig behauptet, daß jeder, der »wirklich« Arbeit sucht, diese auch finden kann.

Diese Vorurteile finden zusätzliche Nahrung in jenen »Tatsachen«, die über den Dorfklatsch transportiert werden. So machte der Bauer im entlegensten Weiler präzise (unverlangte) Angaben über den Beschäftigungsstatus bestimmter Leute im Hauptort; auch über die Höhe ihrer Unterstützungszahlungen zeigte er sich informiert. Allerdings gilt für den Dorfratsch ein Gesetz der Fehlerakkumulation; wie im Kinderspiel »Stille Post« lösen sich dann die so tradierten »Informationen« sehr bald von ihrer Tatsachenbasis ab. Der von Arbeitslosigkeit Be-

troffene, der sein Stigma weniger gut verbergen kann, als dies etwa in größeren Städten möglich ist, läuft dann nicht nur Gefahr, sichtbar zu werden, sondern darüber hinaus auch in einer Zerrgestalt zu erscheinen. In dieser dient er dann einer Kultur, in die die Belletristik (ganz zu schweigen von »Dallas«) erst vor kurzem Eingang gefunden hat, als Hauptbestandteil einer moralischen Schablone, aus der andere Erbauung und Belehrung ableiten.

Erhebungen werden im allgemeinen als Mittel zum Zweck verstanden; als Phase der Datengewinnung, der keine eigene Aussagekraft zukommt. Diese Auffassung mag etwa für briefliche Fragebogenaktionen einen Sinn ergeben; sie liegt auch der szientistischen Konzeption zugrunde, nach der sozialwissenschaftliche »Instrumente« »Messungen« an »Untersuchungsobjekten« vornehmen. Es soll hier nicht argumentiert werden, daß derartige Forschungsprogramme niemals verwirklicht werden können, etwa gar aus »transzendentalen« Gründen. Es sollte lediglich daran erinnert werden, daß in Untersuchungen, die angelegt sind, wie die unsere es war, der Erhebungsprozeß mit vollem Recht als eine Phase aufgefaßt werden kann, die nicht nur »Variable« liefert, sondern darüber hinaus einen interaktiven Prozeß darstellt, der selbst Daten und Erkenntnisse liefert.

2.3. Ergebnisse der Kontaktinterviewerhebung

Wie erwähnt, wählten wir zwei Zählsprenkel der Volkszählung als Erhebungsgebiet. Dabei ist natürlich zuerst zu berücksichtigen, daß sich unsere Erhebungstechnik von der einer Volkszählung deutlich unterscheidet. Die Interviewer mußten beispielsweise ad hoc entscheiden, ob es sich um einen »Haushalt« handelt oder nicht; wobei diese Entscheidung in Leoben leichter möglich war, handelt es sich doch um ein klar gegliedertes Wohngebiet, wo praktisch Wohnungen als Haushalte definiert werden konnten. Um einiges schwieriger war diese Aufgabe in Liesing, wo sich die Einwohner über mehrere Weiler und Dörfer verteilen, was die Fehlermöglichkeit erhöhte. Die Erfassung und Zählung der Haushalte ergab eine gegenüber der Volkszählung etwas höhere Zahl von Haushalten, und, wie nicht anders zu erwarten, war diese Zahl in Liesing (32) deutlich höher als in Leoben, wo wir nur um 7 Haushalte mehr registrierten. Insgesamt wird man sagen können, daß diese Unterschiede, die aus den unterschiedlichen Definitionsroutinen resultieren, marginal sind (für beide Erhebungsgebiete + 3.7 % gegenüber der Volkszählung).

Aufgrund der Entscheidung, Haushalte als Erhebungseinheit

ten zu wählen, kann die Verweigerungsrate nur für diese Einheit berechnet werden. Wegen der weiter oben erwähnten Modifikation der Kontakthanbahnung (die Interviewer sollten so lange den Versuch, ein Mitglied eines Haushalts zu treffen, wiederholen, bis sie Erfolg hatten; falls der Erfolg in der Auskunftsverweigerung lag, sollte ein Mitglied des Projektteams einen zweiten Kontaktversuch unternehmen) gelang es, Verweigerungen weitestgehend zu unterbinden. In Leoben verweigerten 44 Haushalte die Auskunft, in Liesing gar nur 9. Wir hatten in Leoben 632 verschiedene Wohneinheiten identifiziert. In 554 Haushalten kamen Kontaktinterviews zustande. In 34 Wohneinheiten konnte während einer fünfwöchigen Erhebungsphase nie jemand angetroffen werden; in 44 Fällen wurde das Kontaktinterview verweigert (entsprechende Zahlenwerte für Liesing: siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Übersicht über die Ergebnisse der Kontaktinterviewerhebung

	Leoben	Liesing	Gesamt
Haushalte	632	466	1098
nicht angetroffen	34	41	75
kontaktierte Haushalte	598	425	1023
verweigert	44	9	53
Kontaktinterviews	554	416	970
Verweigerungsquote	7.4 %	2.1 %	5.2 %

Wir werden weiter unten noch auf die Bedeutsamkeit dieser geringen Verweigerungsraten zu sprechen kommen; hier soll nur festgehalten werden, daß der Mehraufwand, der während dieser Erhebungsphase anfiel, und sich in dieser spektakulär niedrigen Verweigerungsrate ausdrückt, gelohnt hat.¹ Bei der Auswertung der Kontaktinterviews stellte sich eine uns anfangs irritierende Überraschung ein: trotz des hohen Ausschöpfungsgrades zeigte sich eine auffallende Abweichung von den Daten

¹ Diese unbescheidene Behauptung wird von Hartmut Esser, vormalig geschäftsführend Direktor von ZUMA, an den wir uns mit der Bitte um Bekanntgabe aktueller Vergleichswerte wandten, bestätigt: »Mir ist keine vergleichbare Untersuchung bekannt, in der es ähnlich niedrige Werte gegeben hätte. Normalerweise erwartet man heutzutage bei mündlichen Befragungen Gesamtausfälle in Höhe von bis zu 40 %, wovon erfahrungsgemäß ungefähr die Hälfte Verweigerungen sind.« (aus einem Brief an die Verfasser vom 24.6.1986. Cf. Hartmut Esser, *Soziale Regelmäßigkeiten des Befragtenverhaltens*, Meisenheim 1975.)

der fünf Jahre vorher durchgeführten Volkszählung; diese weist weit mehr Bewohner aus als wir erfaßt hatten bzw. für die Gesamtheit der Haushalte hochrechnen konnten. Während der Unterschied in Liesing innerhalb tolerierbarer Bandbreiten verbleibt – gegenüber der Volkszählung um 4.5 Prozent weniger Einwohner – weichen die Zahlen für die städtische Siedlung beträchtlich voneinander ab: Die Volkszählung gibt 1718 Personen an, unsere Daten (hochgerechnet auf die Gesamtheit der Haushalte weisen um 16.5 Prozent weniger Bevölkerung aus. Eine Erklärung dieser Abweichung könnte auf den ersten Blick darin gesehen werden, daß in den fünf Jahren, die zwischen den beiden Erhebungen liegen, eben so viele Bewohner dieser Leobner Siedlung den Rücken gekehrt hätten. Diese Deutung verwarfen wir nach einem Vergleich der vor der Nationalratswahl 1986 ausgehängten Wählerlisten mit unseren Aufzeichnungen. Dabei stellte sich nämlich heraus, daß in den Wählerlisten zahlreiche Namen aufschienen, die sich in unseren Listen nicht fanden – und das sogar in jenen Häusern, deren Haushalte wir vollständig erfaßt hatten.

Eine zweite Erklärung könnte sich darauf beziehen, daß uns Mitbewohner und Familienangehörige verschwiegen wurden. Obwohl es dafür in Einzelfällen deutliche Hinweise gab – so wurden im Haushalt lebende Lebensgefährten gelegentlich nicht als Haushaltsmitglieder deklariert – wäre damit die Zahl von 284 »U-Booten« nicht zu erklären. Auch die Kombination dieser beiden Deutungen hat weniger Plausibilität für sich als die alternative Erklärung, die auf die Besonderheiten des österreichischen Wohnungsmarktes Bezug nimmt. Da es sich in Leoben um Gemeindewohnungen handelt und diese »mietergeschützt« Dauerwohnungen darstellen, versuchen Kinder, Enkel und andere potentielle Erben einer in Familienverfügung befindlichen Kommunalwohnung, ihre Anwartschaft durch polizeiliche Meldung sicherzustellen.

Bei der Haushaltserhebung haben wir 2668 Personen (Leoben: 1271; Liesing: 1397) erfaßt. Da sich das Interesse unserer Studie auf die Erwerbsbevölkerung richtet, müssen von dieser Gesamtzahl noch die Pensionisten (also alle Frauen über 60 Jahre und alle Männer über 65 Jahre) und die Kinder (alle unter 15jährigen) abgezogen werden: 656 Alte und 412 Kinder (24.6 % bzw. 15.4 % der insgesamt erfaßten Bevölkerung. Die durch Altersgrenzen definierte Erwerbsbevölkerung umfaßt daher 1600 Personen (oder 59.9 % aller Personen).

Die Kontaktinterview-Erhebung sollte auch über die Wohnverhältnisse und Wohnkosten der Befragten Information liefern. Die Gemeindewohnungen in der Leobner Siedlung sind alle mit Bad und Toilette ausgestattet und in der Gemeinde Liesing verfügen immerhin 95.5 Prozent aller Haushalte über derartigen Wohnkomfort (während es österreichweit nur 85 %

sind). Bei der jedem Haushaltsmitglied zur Verfügung stehenden Wohnfläche bzw. bei den Wohnräumen liegen die beiden Erhebungsorte durchaus im österreichischen Durchschnitt. In Leoben stehen jeder Person 27 m² zur Verfügung, in Liesing sogar 34 m² (zum Vergleich die Zahlen für die Steiermark: 25 m² und Österreich: 28 m²). Der Bevölkerung von Liesing stehen auch mehr Wohnräume zur Verfügung, wie Tabelle 5 zeigt.

Tabelle 5: Bewohner pro Wohnraum

Leoben	Liesing	Steiermark	Österreich
1.05	0.8	1.0	1.0

Quelle: Volkszählung bzw. eigene Erhebung.

Der etwas größere Komfort und die geringfügig größeren Wohnungen schlagen sich in höheren Kosten zu Buche: Je Wohnung müssen in der Leobner Siedlung 2237 Schilling und in der Gemeinde Liesing 2978 Schilling monatlich bezahlt werden (der steirische Durchschnitt lag, laut Mikrozensus Juni 1985, bei 1847 Schilling). Die absolut höheren Beträge, die in Liesing anfallen, resultieren aus den größeren Wohnflächen, wie man an einem Vergleich der Aufwendungen pro Quadratmeter sehen kann. Diese liegen in Leoben mit 32,40 Schilling sogar knapp über denen von Liesing (32 Schilling). Verglichen mit der Steiermark und Österreich müssen die Bewohner unserer beiden Erhebungsgebiete mehr bezahlen (Steiermark: 29,40 Schilling und Österreich 30,90 Schilling, wiederum nach dem Mikrozensus Juni 1985). In den Wohnungen leben durchschnittlich ebenso viele Personen wie in österreichischen Haushalten: 2.75 Personen pro Haushalt (Österreich: 2.72, Volkszählung 1981). In der Gemeinde Liesing sind es 3.3 Personen.

Neben der Erhebung derartiger Daten richtete sich unser Interesse vorrangig auf Aspekte, die mit dem Erwerbsstatus – und damit der »Anfälligkeit« für Arbeitslosigkeit – zusammenhängen. Während die Bevölkerung der beiden Erhebungsgebiete auf den bisher angeführten Dimensionen von österreichischen Mittelwerten kaum abweicht, werden die Unterschiede bei Ausbildung und Sozialstatus größer. Höhere Bildung ist bei der von uns befragten Population in geringerem Umfang vorhanden als im österreichischen Schnitt (s. Tabelle 6).

Tabelle 6: Höchste abgeschlossene Schulbildung, ausgewählte Schultypen (in Prozent der Befragten)

	Leoben	Liesing	zusammen	Österreich
AHS	3.5	3.4	3.5	6.4
BHS	3.3	3.3	3.3	4.1
Universität	1.5	0.6	1.0	3.5

AHS = Allgemeinbildende Höhere Schule (Gymnasium),
 BHS = Berufsbildende Höhere Schule (mit Maturaabschluß).
 N = 1565; Daten für Österreich aus: Mikrozensus 1984.

Die traditionelle Unterrepräsentation von Unterschichtangehörigen in höheren Bildungseinrichtungen ist für die geringe Zahl von Maturanten verantwortlich. Die von uns Befragten gehören zum Großteil der Unterschicht an, wie die Tabelle 7 über die Stellung im Beruf verdeutlicht.

Tabelle 7: Kontaktinterviewpopulation nach Stellung im Beruf

	Leoben	Liesing	zusammen	Österreich
Selbständige/ mithelfende Familienangeh.	2.8	20.4	12.4	14.8
Arbeiter	54.4	49.2	51.5	39.8
Angestellte/Beamte	42.7	30.2	35.8	45.4
N	633	764	1397	

Daten für Österreich nach Mikrozensus 1984 (Jahresdurchschnitt).

Einigen Aufschluß hinsichtlich des Leobner Arbeitsmarktes bieten schließlich Auswertungen der beruflichen Mobilität. Bei den Kontaktinterviews wurde der erlernte (bzw. als erster ausgeübte) und der zuletzt (das heißt aktuell) ausgeübte Beruf erfragt. Für alle Beschäftigten gilt, daß 61 Prozent die Berufsabteilung des Erstberufes nicht gewechselt haben (wobei natürlich zu bedenken bleibt, daß eine achtteilige Klassifikation ziemlich grob ist; bei einer differenzierteren Betrachtungsweise – wenn man die Berufsobergruppen, wovon es 62 gibt, als Bezugsgröße wählt – zeigt sich, daß nur noch 27 % in ihrem Erstberuf verblieben). Einen Hinweis auf die geschlechtsspezifische Dualität des Arbeitsmarktes beinhalten die Daten über die Berufsmobilität nach Geschlechtern getrennt; demnach bleiben 53 Prozent der Männer, aber 69 Prozent der Frauen in derselben Berufsabteilung, was umso bemerkenswerter ist, als die Klassifikation drei Produktions- aber fünf Dienstleistungs-

abteilungen umfaßt. Zwischen den beiden Erhebungsgebieten differieren die Immobilitätswerte nicht. Die deutlichste Tendenz zur Immobilität zeigen »gehobene« Berufsgruppen, wie Tabelle 8 zeigt:

Tabelle 8: Kein Berufswechsel zwischen Berufsabteilungen (in Prozent)

Berufsabteilung	Männer	Frauen	Gesamt
Technische Berufe	81	(80)*	81
Verwaltungsberufe	86	88	88
Gesundheits- und Lehrberufe	77	87	85

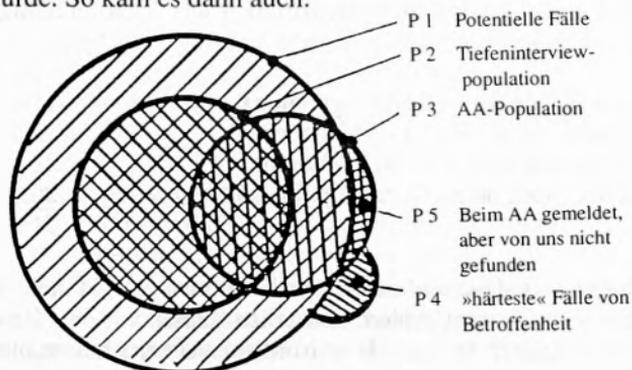
* zu geringe Besetzungszahl

Im Gegensatz zu diesen quasi mit Pragmatisierungsanspruch ausgestatteten Berufsgruppen wechseln aus den mobilitätsanfälligeren Berufsgruppen weit mehr. Beispielsweise verbleiben nur 41 Prozent der Männer in der verarbeitenden Produktion, falls sie dort einen Beruf erlernt haben. Die Mobilen dieser Berufsabteilung wanderten vornehmlich in folgende Bereiche ab: Handel- und Verkehr (16 %), sonstige Produktionsberufe (14 %), Verwaltungsberufe (10 %). Die weiblichen Beschäftigten, die konzentriert sind auf Handels- und allgemeine Dienstleistungsberufe (die beiden Gruppen stellen 52 % der Erstberufe und immerhin noch 46 % der Letztberufe) streuen in der Berufsmobilität stärker über die Berufsabteilungen. Auffallend ist dabei, daß 14 Prozent der Frauen, die einen Dienstleistungsberuf erlernten oder zuerst ausübten, zuletzt in einem Beruf der Gruppe »Sonstige Produktionsberufe« tätig waren. Neben diesen insgesamt geringen Fluktuationsraten zwischen Berufsabteilungen, die wohl nicht anders erklärt werden können, als mit dem Hinweis auf die Dualität des Arbeitsmarktes (Produktionsberufe vornehmlich für Männer und Dienstleistungsberufe für Frauen) verdient die Abwanderung aus der Landwirtschaft Aufmerksamkeit. Um sie zu illustrieren, können wir auf die Erstberufe der Liesinger Bevölkerung zurückgreifen. 22 Prozent begannen ihre Berufskarriere in der Land- und Forstwirtschaft. Davon verblieben 72 Prozent in dieser Sparte. Die »Abwanderer« verteilen sich zu 12 Prozent auf die sonstigen Produktionsberufe, zu je 6 Prozent auf Handels- und Dienstleistungsberufe: Diese Zahlen machen deutlich, daß – wenigstens im Zeitraum, den die von uns Befragten abdecken, und der reicht über die Altersklassen von 15 Jahren bis 60 bzw. 65

Jahren – nur noch geringfügige Abwanderungen aus der lokalen Landwirtschaft zu verzeichnen sind (der Gesamtverlust dieses Bereiches beträgt folglich auch nur 3 %).

2.4. Die Population der Tiefeninterviews

Durch die Kontaktinterviews wurden 156 Personen identifiziert, die als Mitglieder einer Untersuchungspopulation von »Arbeitslosen« im weitesten Sinn in Frage kamen: »Potentielle Fälle« (PF). Ausgeschieden wurden z.B. Hausfrauen, die nur eine stundenweise Beschäftigung suchten. Die Tiefeninterviewpopulation ist eine Teilmenge der PF-Population. Sie kam zustande, a) indem wir bestimmte Schichtungskriterien berücksichtigten; so hatten wir z.B. kein Interesse daran, alle Saisonarbeitslosen zu interviewen; und b) aufgrund der variierenden Kooperationsbereitschaft der Mitglieder der PF-Population. Manche verweigerten natürlich, andere stimmten zwar zu, ließen aber Termine platzen, bis wir notgedrungen aufgaben. In einem Fall zogen sich die Verhandlungen mit dem Vater einer jungen Arbeitslosen über ein Monat hin; bis er schließlich am Telefon andeutete, in seinem beruflichen Leben sei etwas Unvorhergesehenes passiert und im Namen seiner Tochter endgültig absage. In einigen Fällen stellten wir in dieser Phase fest, daß wir eine Person falsch eingeschätzt hatten und entließen sie daher aus unserer Population. Umgekehrt fanden wir neue »potentielle Fälle«, etwa den 23jährigen Peter Strasser, dessen Familie ein Kontaktinterview verweigert hatte. Er gehört der Wirtshausfußballmannschaft der Siedlung an, und wir trafen ihn anlässlich der allwöchentlichen Spielerbesprechung des Fußballklubs in ihrem Stammlokal. Er erklärte sich zu einem Interview bereit, das jedoch nie zustande kam. Er hatte von Anfang an gesagt, daß er zuhause nicht leicht anzutreffen sein würde. So kam es dann auch.



Wir brachten es schließlich auf 71 Interviews mit direkt von Arbeitslosigkeit Betroffenen; 8 davon waren retrospektiv. Diese kamen zum Teil dadurch zustande, daß jemand im Zeitraum zwischen der Anbahnung und der Durchführung des Interviews Arbeit gefunden hatte. Andere Fälle erschienen uns interessant genug, um sie unter die zu Befragenden aufzunehmen; von einem Stichtag konnte bei unserer Erhebungsmethode ohnehin nicht gesprochen werden.

Zusätzlich interviewten wir Verwandte der direkt Betroffenen als indirekt Betroffene. Diese Interviews dienen der Validierung der Auskünfte der Betroffenen und der Gewinnung von Informationen über die familiäre Dynamik der Arbeitslosigkeit. Hier war für die Auswahl ausschlaggebend, ob es sich um einen theoretisch interessanten Fall handelte; die Willigkeit und Erreichbarkeit der potentiellen Interviewpartner spielte zusätzlich eine besonders große Rolle. Wir brachten es auf 15 derartige Interviews.

Vom Arbeitsamt erhielten wir anonymisierte Ausdrücke der »Personenstammlätter« all jener, die an einem bestimmten Stichtag in der 3. Juniwoche beim Arbeitsamt gemeldet waren (AA-Population). Diese 62 PST's konnten quantitativ analysiert werden, z.B. hinsichtlich der durchschnittlichen Höhe der Unterstützungszahlungen. Wir können so auch vermuten, daß es einige wenige Personen gab, die zwar beim Arbeitsamt gemeldet waren, aber nicht in unserer PF-Population aufschienen – das Dunkelfeld 5 der Graphik. Ein zweites Dunkelfeld bezieht sich auf Personen, die sowohl dem Arbeitsamt als auch uns verborgen geblieben sind. Hier bewegen wir uns im rein Spekulativen; jener Mann mag dazugehören, der immer im Schlafrock die Tür öffnete und erklärte, er wohne nicht hier – der auch dann, als mit der Frau, die in dieser Wohnung wohnte, das Kontaktinterview gemacht wurde, konsequent so agierte, als gäbe es ihn nicht. Die Vermutung liegt nahe, daß uns einige der »härtesten« Fälle von Betroffenheit durch die Maschen gegangen sind, aber das liegt in der Natur unserer Vorgangsweise.

Die Population der direkt Betroffenen setzt sich schließlich wie folgt zusammen:

Männer (vor dem 1.1.1962 geboren)	11
Männer (nach dem 1.1.1962 geboren)	12
Frauen (vor dem 1.1.1962 geboren)	22
Frauen (nach dem 1.1.1962 geboren)	26
	<hr/> 71

Die Interviews dauerten im Durchschnitt etwa eine Stunde; sie wurden wörtlich transkribiert. Zusätzlich führten wir eine Reihe von Experteninterviews durch – mit örtlichen Unternehmern, alten Arbeitern, die sich an die Arbeitslosigkeit der Zwischenkriegszeit erinnern konnten, und einigen anderen. Ihnen allen gilt unser Dank.

Wir sind uns bewußt, daß wir einigen der Leute in unserem Erhebungsgebiet ziemlich auf die Nerven gegangen sind; unsere Schuldgefühle in dieser Angelegenheit halten sich in Grenzen. Genausowenig können wir berichten, daß wir bedeutsame aktionsforscherische Akzente gesetzt hätten. Das einzige, worauf es uns ankommt, ist, daß die von uns Befragten ihre Zeit nicht vergebens geopfert haben. In dieser Hinsicht sind wir zuversichtlich.

Aufgrund der Tiefeninterviews lassen sich keine quantitativen Angaben über verdeckte Arbeitslosigkeit machen. Auch die Kontaktinterviews lassen keinen strengen Vergleich unserer Zahlen mit jenen der offiziellen Statistik zu, wohl aber lassen sich begründete Schätzungen formulieren. Bei den uns vom Arbeitsamt übermittelten PST's handelt es sich um eine Bestandsaufnahme zu einem bestimmten Stichtag, während sich der Zeitpunkt der Diagnose von Arbeitslosigkeit bei unseren Kontaktinterviewpersonen auf mehrere Wochen verteilte, obwohl jeder einzelne natürlich an *einem* bestimmten Tag nach seiner Teilnahme am Erwerbsleben gefragt wurde.

Eine Analyse unserer Kontaktinterviewpopulation in bezug auf den Arbeitsmarktstatus ergibt folgendes Bild:

Als »Arbeitslose im weitesten Sinn« sind anzusehen:	161
Davon vermutlich vom Arbeitsamt erfaßt:	
a) Leistungsbezieher:	
Arbeitslosengeld (ALG)	27
Notstandshilfe (NH)	14
Sondernotstandshilfe (SNH)	7
Karenzurlaubsgeld (KUG)	21
Sonderunterstützung (SU)	7
	-76
b) Arbeitsmarktgeförderte:	-28
c) andere, die angaben, beim Arbeitsamt (als Nicht-Leistungsbezieher) vorgemerkt zu sein:	-22

Ergibt:
 vermutlich vom Arbeitsamt nicht erfaßte Personen: 35

Zu den einzelnen Leistungsarten s. die Erläuterungen im Anhang.

Wie man statistische Maßzahlen gestaltet, kann von einer Reihe praktischer Erwägungen abhängen, die dazu motivieren, die Zahlen so hoch oder so niedrig wie möglich zu halten. Vom theoretischen Standpunkt aus kommt es darauf an, was man aussagen oder interpretieren oder prognostizieren möchte. Geht es darum, ob jemand seine Zeit sinnvoll verbringt, dann kann man ohne weiteres die Arbeitsmarktgeförderten den Erwerbstätigen zuschlagen; aus einem anderen theoretischen Blickwin-

kel wäre dies unzulässig. In diesem Sinn kann es keine »wahren« Arbeitslosenquoten geben. Man kann jedoch verschiedene Maßzahlen angeben, solange sie vernünftig interpretierbar sind. Ein zusätzliches Desiderat wäre die genaue Angabe, wie sie zustandegekommen sind.

Im folgenden wollen wir an vier Varianten möglicher und rechtfertigbarer Berechnung der Arbeitslosenrate zeigen, wie weit die Quoten auseinanderliegen können, je nachdem für welche »Definition« man sich entscheidet (s. Tabelle 9).

Tabelle 9: Übersicht über verschiedene Formen, Arbeitslosenraten zu berechnen

	EWP 1	EWP 2
(1) offizielle Definition: ALG + NH + als »arbeitslos« Vorge- merkte ohne Leistung = 63	5.9%	6.3%
(2) enge Definition: wie (1) + 17 der 35 nicht Erfasste = 80	7.5%	8.0%
(3) mittlere Definition: wie (1) + Arbeitsmarktgeförderte + 17 der 35 nicht Erfassten = 108	10.1%	10.8%
(4) weite Definition: wie (1) + Arbeitsmarktgeförderte + Sonderunterstützungsbezieher + 35 nicht Erfasste = 133	12.4%	13.3%

EWP 1: Erwerbspotential 1 (Beschäftigte + Arbeitslose im weitesten Sinn): 909 + 161 = 1070

EWP 2: Erwerbspotential 2 (Beschäftigte + beim Arbeitsamt als arbeitslos gezählte): 909 + 91 = 1000

Rechnet man nach Art der offiziellen Arbeitslosenstatistik weist die Population der von uns Kontaktierten eine Arbeitslosenrate von 5.9 % auf. Würden wir eine sehr weite Definition von Arbeitslosigkeit verwenden und alle 35 Nicht-Erfassten, die 28 Arbeitsmarktgeförderten und die 7 SU-Bezieher (die von alten Arbeitslosen nur schwer zu unterscheiden sind) zu den offiziell erfassten 63 Arbeitslosen hinzuzählen, dann ergäbe sich eine Arbeitslosenquote von 12.4 %. Es wäre allerdings übertrieben, alle 35 Nicht-Erfassten zu verdeckten Arbeitslosen zu erklären. Von diesen 35 waren 10 (durch Ankreuzen im Personenblatt) explizit als »arbeitslos« deklariert; 9 erscheinen dort als »Hausfrauen«, 1 Person als »Schüler«; 2 als »sonstige erhaltene Personen«, 2 als »Pensionisten«. 11 Werte sind unbekannt. Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß 18 dieser Personen in die Tiefeninterviewpopulation Eingang fanden, erscheint es als nicht unvorsichtig, die Hälfte dieser Personen zur Schätzung

einer um die »Verdeckten« erhöhten Arbeitslosenrate heranzuziehen. Zählen wir also nur 17 verdeckte Arbeitslose zur offiziellen Berechnungsgrundlage hinzu, dann resultiert eine Quote von 7.5 %. Werden auch die Arbeitsmarktgeförderten einbezogen, dann springt die Arbeitslosenquote auf 10.1 %. Etc.

Nach unserem Befund senkt (oder frisiert, je nach dem theoretischen Standpunkt) die Förderungstätigkeit der Arbeitsmarktverwaltung damit die Arbeitslosenquote um 2.6 %. Eine ziemlich zurückhaltende Schätzung ergibt zusätzliche 1.6 % verdeckte Arbeitslosigkeit. Wenden wir uns nun den Menschen zu, die sich hinter all diesen dürren Zahlen verbergen.

Für das Verständnis der Lebenssituation unserer Interviewpartner ist offensichtlich die Qualität der Arbeit und der Arbeitsplätze in unserem Erhebungsgebiet von einigem Interesse. Erst wenn wir wissen, was es bedeutet, heute dort zu arbeiten, können wir die Verluste – oder auch die Gewinne – jener, die ihre Arbeit verloren haben, einschätzen. Zusätzlich spielt die bisherige Arbeitskarriere des einzelnen eine wichtige erklärende Rolle für die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und für die Ziele und die Intensität der Arbeitssuche. Unter diesem Blickwinkel tragen die Arbeitsbedingungen ein merkwürdiges Doppelseitiges Gesicht. Die Vulgarpsychologie der klassischen Ökonomie und eines bedeutsamen Teils der modernen öffentlichen Meinung konzipiert den Arbeitslosen als einen »unternehmerisch« handelnden rationalen Akteur, für den Arbeit ein unvermisches Übel darstellt – kann er sich also durch einige Behördenwege ein arbeitsloses Einkommen verschaffen, dann wird er dies der Arbeit vorziehen, und zwar umso intensiver, je geringer der finanzielle Grenznutzen der Arbeitsaufnahme ist. Kritiker der modernen Arbeitswelt konzentrieren sich von ihrer Berufung her auf die unangenehmen Seiten der Arbeitswelt und laufen damit Gefahr, den Theoretikern vom fröhlichen Arbeitslosen Munition an die Hand zu liefern. Dieses argumentative Dilemma eröffnet sich jedoch auch für letztere – gerade die vom Kritiker angeprangerten Mißstände können dem ranzigen Weltbild, in dem die Menschen die Arbeit scheuen wie der Teufel das Weihwasser, erst Plausibilität verleihen.

Beide Perspektiven leiden unter denselben Mängeln. Einerseits wird ein hedonistisches Menschenbild unterstellt, das gegenüber einer Bevölkerung, die seit Jahrhunderten mit den Ansprüchen einer Pflichtethik konfrontiert war, wenig Anspruch auf Geltung haben kann, andererseits wird der Mannigfaltigkeit der modernen Arbeitswelt zu wenig Rechnung getragen. Die folgenden Seiten können von dieser Vielfalt nur eine blasse Ahnung vermitteln; doch sollte klar werden, daß die geschilderten argumentativen Probleme vermieden werden können, wenn nur die – hinreichend triviale – Tatsache in Rechnung gestellt wird, daß Menschen auch über ein *Arbeitsethos* verfügen, das sich bei den Kosten des Arbeitsverlustes niederschlägt. Diese Binsenwahrheit bedarf der gesonderten Erwähnung, da sie aus dem Blickfeld vieler zeitgenössischer Kommentatoren ver-

schwunden ist; und da nur ihre Berücksichtigung eine Betrachtungsweise ermöglicht, nach der sich arbeitslose Menschen *trotz* oft schlechter Arbeitsbedingungen um Arbeit bemühen, statt *wegen* dieser Bedingungen einen permanenten Urlaub zu genießen.

Die Reaktionen auf unsere Fragen nach den Beziehungen zu den Arbeitskollegen fielen in ihrer überwältigenden Mehrheit positiv aus – in 68 Prozent der Fälle (n=56) kam als erste Reaktion ein stereotypes und dennoch glaubwürdiges »Super«. Hier finden wir gewaltige Ressourcen der Solidarität und natürlichen Freundlichkeit, die zwar unter anderem auch durch die Arbeitsbedingungen gefährdet sind, aber doch fast unerschöpflich scheinen. Wenn etwa Brigitte Kristandl auf ihre Arbeitserfahrung als Verkäuferin in einem Familienbetrieb zurückblickt, dann berichtet sie von der freiwilligen Übernahme von Einschulungsaufgaben, die vom Lehrherrn vernachlässigt wurden – »...also die Auslagen und das, die ganze Geschäftsfrent, die Fensterscheiben, das ist auch alles zum Putzen gewesen, da haben wir freilich zusammengeholfen, weil da kann der Lehrling ja nichts lernen außer Putzen, nicht?« In der Fabrik verkürzen sich die jungen Mädchen am Fließband die Zeit durch Singen oder rudimentäre Gesellschaftsspiele, ein aus der bäuerlichen Arbeit entlehntes Muster. Jene Ränke und Intrigen, die für den Alltag moderner Büros so charakteristisch sind, fehlen weitgehend; ein Grund dafür dürfte in der Tatsache liegen, daß die uns beschriebenen Arbeitsplätze kaum Aufstiegsmöglichkeiten boten und damit der für das Entstehen antagonistischer Interaktionsformen und Verhaltensweisen wichtige Konkurrenzdruck fehlte. Nur in wenigen Fällen kam es vor, daß die Bindungen horizontaler Solidarität zugunsten von vertikalen Koalitionen gebrochen wurden; dies wurde dann auch folgerichtig als deviantes Verhalten interpretiert – in Frau Kristandls Erzählung ist das »Liebchen« der »Chefleute« natürlich das »falsche Biest« der Angestellten.

Diese Loyalitäten dürften bei Männern stärker ausgeprägt sein als bei Frauen. Hilde Walter, eine junge Hausfrau, die vergeblich der Einsamkeit ihrer vier Wände zu entrinnen versucht – ihr Mann ist Vertreter, und sie ist die meiste Zeit mit ihrem Kind allein zuhause – formulierte dies stellvertretend für andere Frauen, die den eigenen Geschlechtsgenossinnen ein weniger gutes Zeugnis ausstellten: An ihrem letzten Arbeitsplatz »waren ein Haufen Frauen, und natürlich Streiterei, und immer so hintenherum mit allem«. Zu beachten ist hier, daß sie für eine Behörde arbeitete, wo eben wesentlich mehr Raum für die klassische Bürointrige und andere Sportarten der Mittelschicht besteht. Allgemein jedoch – und ähnliche Klagen kamen auch von Arbeiterinnen – dürfte hier die geringe Einübung von Frauen in die Mechanismen der modernen Arbeitswelt eine

Rolle spielen. Wir werden in Kapitel 9 noch ausführlicher auf diese Fragestellung zurückkommen.

Die am Arbeitsplatz geknüpften sozialen Kontakte erstrecken sich in vielen Fällen auch auf die Freizeit; in einigen Fällen überdauerten sie sogar den Arbeitsverlust. Ausnahmen bestehen dort, wo Arbeitsplatz und Wohnort räumlich getrennt sind und auch jene Interaktionsgelegenheiten fehlen, die aus der gemeinsamen Reise zum oder vom Arbeitsplatz oder aus dem Warten auf öffentliche Verkehrsmittel entstehen. Im allgemeinen jedoch war ein Gutteil der Einbindung in ein Netz öffentlicher Geselligkeit über den Arbeitsplatz vermittelt. Maria Roscher, eine Langzeitarbeitslose, faßt all dies in einer einfachen Formel zusammen, wenn sie über ihre ehemaligen Arbeitskollegen sagt: »Ich finde, das sind meine Freunde gewesen, waren meine Freunde, gute Freunde eigentlich«. Allerdings gehörte sie nicht zu den Glücklichen, bei denen diese Freundschaft stark genug war, den Arbeitsverlust zu überstehen.

Die hier skizzierten persönlichen Ressourcen der Kollegialität sind zwar groß, werden aber in vielfältiger Weise beansprucht. Die Organisation der Arbeitsbedingungen spielt dabei natürlich eine wichtige Rolle, wie etwa im Fall eines von mehreren Betroffenen geschilderten Textilbetriebes, wo der Interaktion und Kooperation physische und administrative Schranken gesetzt waren. Der Zeitfaktor spielt dann natürlich eine wichtige Rolle – zehn oder zwanzig Jahre unter derartigen Arbeitsbedingungen können auch das sonnigste Gemüt verdunkeln.

Waltraud Klameritsch arbeitete in dem betreffenden textilverarbeitenden Betrieb und blickt mit Schauern auf diese Erfahrung zurück: »Das hab ich ausgehalten, 2 1/2 Jahre lang, wie, weiß ich nicht. Ich sage nur eins, das mach ich nie wieder, das weiß ich...« Wie alle anderen nähte sie im Akkord, und »...da sitzt du acht Stunden dort und nähst und nähst, und Neonlicht, also es war einfach ein Wahnsinn, die Maschinen, die lauten, und nur sitzen und rattern und rattern...« Das Ganze findet in einer Großraumwerkstätte statt; die ca. 50 Näherinnen werden von einem Mann, der in einem erhöhten Glaskasten sitzt, überwacht; die Vorarbeiterinnen sind eine weitere Instanz der hierarchischen Struktur. Die Akkordnormen werden aufgrund laufender Stoppungen adaptiert – »also, es ist um Sekunden gegangen«. Frau Klameritsch fühlt sich zusätzlich schikaniert, da sie stets, wenn sie einen Bewegungsablauf beherrscht, zu einem neuen Arbeitsgang versetzt wird; darunter leidet auch ihr Verdienst. Der ganze Betrieb steht in ihrer Darstellung unter einer Art nervöser Spannung – Zeitdruck und Angst um den Arbeitsplatz, Lärm, Staub und grelles Licht erzeugen eine Hektik, die sich auch den wenigen Pausen mitteilt: »Dann hast du aber nur 20 Minuten Zeit gehabt, dann gehst du dir schnell einen Kaffee herausdrücken, dann stehst du draußen beim Bäcker... alles geht schnell, schnell, schnell, und kaum kommst du ein, zwei

Minuten zu spät herauf, dann gibt es schon wieder einen Dämpfer, als wie eine Sklaverei...«. Nach zweieinhalb Jahren hat Frau Klameritsch genug von diesem Leben und provoziert ihre Entlassung.

Frau Klameritsch ist 26 Jahre alt. Sie wohnt jetzt mit ihrem achtjährigen Sohn bei den Eltern, der dort seinen achtjährigen Onkel zum Spielgefährten hat. Sie wäre gerne Fotografin geworden; gelernt hat sie Lebensmittelverkäuferin. Ein Großteil ihrer Träume knüpft an einen Mannequinkurs an, den sie absolviert hat, und nach dessen Abschluß sie auch an einigen Vorführungen teilgenommen hat. Daher wäre sie gerne Mannequin oder Statistin beim Film; sie ist hübsch und hat eine gute Figur, aber nicht einmal diese verwässerte Version eines Jungmädchentraumes dürfte große Erfolgsaussichten haben.

Michaela Michlmayer, die es im selben Betrieb nur eineinhalb Monate ausgehalten hat, liefert hierzu ein fast wörtliches Echo: »Da könnte es mir noch so dreckig gehen, ich ginge da nie mehr hinauf, nie«; und zu den Methoden der Arbeitskontrolle fällt ihr die zum Zeitalter des Leistungssports passende Metapher ein: »Da steht eine daneben, die hat eine Stoppuhr, also wie die Sportler«. Die beiden jungen Frauen haben sich gegenüber dieser Form der Arbeit verweigert; Waltraud Klameritsch beschreibt, wie es jenen geht, die sich eine solche Weigerung nicht leisten können oder wollen: »Da gibt es Frauen, die sind zehn Jahre schon dort, aber wie... wenn du die anschaust, so enden will ich nicht, das gibt es ja nicht, denen ist alles wurst, die gehen hinein und radeln das herunter und gehen wieder hinaus.« Und Sandra Bretterklierer, ein optimistisches junges Mädchen mit einem Hang zu koboldhaften Streichen, faßt zusammen, was derartige Formen der Gewöhnung und Abstumpfung bedeuten können, wenn sie über einen lebensmittelverarbeitenden Betrieb in Liesing spricht: »Ja, da sind Frauen drinnen, die das schon 25 Jahre lang machen... die das ganze Jahr dort arbeiten, das sind ungefähr an die zehn Frauen, aber die darfst du nicht anreden, die sind so grantig und so böse ... die sind so böse, die werden durch das so böse und so grantig, mit denen kannst du nicht reden oder was, die schreien dich gleich an, oder...«

Die hierarchischen betrieblichen Beziehungen boten ein komplexeres Bild. Zunächst muß zwischen Großbetrieben, in denen sich strukturelle Faktoren gegenüber den einzelnen Individuen zum Teil verselbständigt haben, und Klein- und Familienbetrieben unterschieden werden; in letzteren spielen persönliche Faktoren natürlich eine vergleichsweise bedeutsamere Rolle. In Großbetrieben erstreckt sich die soziale Reichweite des einzelnen im allgemeinen nur bis zur nächsthöheren Ebene; die »Chefleute« gibt es nicht, sondern anonyme oder nur höchst selten ins Blickfeld gelangende Manager und Direktoren.

ren. Hier herrschen abstrakte Regelsysteme und die skizzierten Zeit- oder Stückvorgaben. Die Vorgesetzten der Arbeiter sind in dieses Regelsystem eingebunden; sofern sie überhaupt sichtbar sind – was auf Höhergestellte selten zutrifft –, bleibt im allgemeinen zwar Raum für Sympathie und Antipathie, doch sind deren Ausdruck Schranken gezogen. Die Organisation hat ihr Eigenleben entfaltet und prägt die Beziehungen der ihr angehörenden Akteure.

In den Kleinbetrieben spielen Temperament und Einstellung der Unternehmer eine wichtige Rolle; erwischst du einen »bösen« Chef, dann hast du eben Pech gehabt. Dieses personalistische Element kommt in farbigen Ausprägungen einher. Frau Kristandls Ehemann Herbert, ein Kfz-Mechaniker, meint über seinen »launischen« Chef: »Sagen wir, wenn jetzt Vollmond ist, dann fangt er an zu spinnen. Nein, das ist echt so, das haben wir herausgefunden.« Der Chef droht dann mit Kündigungen (»Kannst gleich den Rucksack packen...«), die er dann – vermutlich bei abnehmendem Mond – wieder zurücknimmt.

Doch auch jene angeblichen Zufälligkeiten, die in den weniger malerischen Fällen das Verhalten von »guten« und »bösen« Vorgesetzten umschreiben, wurzeln in systematischen Bedingungen. So finden sich etwa provinzielle Dünkelhaftigkeit und kleinbürgerliche Statusbesessenheit, die für jene typisch sind, die noch nicht sehr hoch gestiegen sind, und die noch nicht sehr sicher in ihren eher kümmerlichen Elitepositionen sitzen. Denen, die angeblich tiefer stehen, ist dies nur zu bewußt. Beate Becker, eine ungewöhnlich unternehmungslustige und warmherzige Frau, arbeitete unter anderem als Aufräumerin in einer Bank; sie charakterisierte ihren Status relativ zu den Angestellten mit den Worten: »Da kommst du gleich nach den Ratzen im Keller«. Und die Serviererin Gisela Spirk trägt einige Jugenderinnerungen an »Studenten« mit sich herum – sie meint Mittelschüler – die sie bezichtigt, lediglich »mit Zettel und Bleistift« umgehen zu können. Im weiteren Verlauf des Interviews legt sie eine der Wurzeln dieser Aggressionen frei:

»Ja, mit dem Autobus sind sie mit herauf gefahren, und so viel gescheit, mein Gott, nein. In der Hauptschule haben wir so eine Wut gekriegt auf die, echt, weil sie so viel gescheit geredet haben... wenn du das gehört hast, eingestiegen bist, Maria, die Tschapperln kommen, da hab ich eh schon eine Wut bekommen.«

Diese Kinder passen sehr gut zu den von Beate Becker beschriebenen Eltern; ganze Generationen lösen einander hier ab, um offen in jenen Wunden zu wühlen, die in moderneren Gesellschaften angeblich bereits verborgen sind.¹

¹ Cf. Richard Sennett and Jonathan Cobb, *The Hidden Injuries of Class*, New York 1972.

Diese fühlbaren Einstellungen werden durch Handlungen ergänzt, die uns auf – im Fall der Obersteiermark gar nicht so weit zurückliegende – feudalistische Abhängigkeitsverhältnisse zurückweisen. Die Idee der Leibeigenschaft hat ihr Echo in der Vorstellung, daß der Arbeitnehmer auch in seiner Freizeit dem Herrn »gehört«. Die extremste Maßnahme ist hier, Freizeit gleich gar nicht zuzulassen, indem der Arbeitnehmer rund um die Uhr beansprucht wird.

Gisela Spirk arbeitet seit kurzem wieder als Serviererin. Ähnlich wie die »Studenten« sind ihr auch die Gäste zuwider. Sie würde gerne mit Kindern oder älteren Leuten arbeiten – »...weil ich glaube, die Leute sind zufriedener da oben, wenn ich ihnen einen Schuh anziehe, als wenn ich da unten, was weiß ich, denen ein Bier hinstelle.« Gisela leidet unter den sexuell gefärbten Anzüglichkeiten und Belästigungen der Gäste; läßt sie sich diese nicht gefallen, dann beschweren sich die Gäste beim Wirt, sie sei eine »Bißgum«, als gehörte es zu ihren Dienstpflichten, sich betatschen zu lassen; (Interviewerin: »Du bist hübsch und blond auch noch« – Gisela: »Furchtbar«). Ihre letzte Arbeitsstelle vor der Arbeitslosigkeit beschreibt sie wie folgt:

»Das habe ich nicht ausgehalten mehr. Da, als Stubenmädchen war ich angemeldet, habe ich müssen die ganzen drei- ah achtzehn Zimmer alleine machen, und dann haben sie so ein kleines Kind gehabt, auf das habe ich müssen auch schauen, und wenn ich dort fertig war, dann habe ich müssen servieren gehen, und da habe ich dann am Tag, habe ich eine Stunde frei gehabt, wenn es gut geht, 7000 Schilling habe ich bekommen und da haben sie sich auch meistens aufgeregt, daß 7000 Schilling zuviel sind. Nachher habe ich gesagt, ich muß ja tun auch alles, nicht, na, um halb sieben habe ich müssen anfangen, und um 10 Uhr habe ich meistens aufgehört, und eine Stunde habe ich dazwischen frei gehabt.«

Einen freien Tag gab es für Gisela ebenfalls nicht, wie sie auf die Nachfrage der Interviewerin hin ergänzt. Mit solchen Erfahrungen steht sie keineswegs allein; aus dem Gastgewerbe wird des öfteren über geradezu abenteuerliche Arbeitsstunden berichtet. Eine rühmliche Ausnahme stellt ein staatliches Sportheim dar, von dem Maria Roscher, eine Frau mit großer Erfahrung in dieser Branche, voll Begeisterung erzählt, daß dort das offiziell Selbstverständliche Wirklichkeit ist: »...und dann hat man jede Überstunde bezahlt bekommen, also das, muß ich sagen, war wirklich Spitze.« Aber auch in anderen Branchen finden sich Relikte älterer Abhängigkeiten – so etwa beim Ausgangsverbot, das über die Verkäuferinnen eines mittelgroßen Geschäfts verhängt wird, wenn besonders viele Kunden erwartet werden, wie zum Beispiel kurz nach dem Ersten. Und auch dort, wo sich angeblich die »formale Rationalität« großer Organisationen durchgesetzt haben soll, wirkt das Irrationale

mächtig weiter; wenn Waltraud Klameritsch von ihrer Akkordarbeit berichtet, bei der die Überschreitung der Pausenzeit um eine Minute zu einem »Dämpfer« Anlaß gibt, dann spießen sich hier die Prinzipien – das auf Leistung abgestellte Akkordsystem ist mit bürokratischen Anwesenheitspflichten nicht sonderlich vereinbar. Auch dies fanden wir mehr als einmal; eine empirisch häufige Variante stellt die Erwartung von Arbeitgebern dar, daß Arbeitnehmer auch nach Dienstschluß noch zuzupacken hätten, wenn es sich so ergibt – der *Beginn* der Arbeit wird allerdings peinlichst genau überwacht. Dieses Verwandlungskunststück – morgens extrinsisch, abends intrinsisch motiviert – kann nur unter Bedingungen erwartet werden, wo sich reine Organisationsformen der industriellen Beziehungen noch nicht durchgesetzt haben. Schließlich gab es auch reichlich Belege für den recht unbürgerlichen Umgangston, der besonders in Kleinbetrieben die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen prägen kann – da kommt es den »Chefleuten« auf ein »Rotzmensch« oder »Dreckmensch« mehr oder weniger nicht so an.

Freilich wurden die neuen Wertprädikate der Obersteirer – »super« und »spitze« – auch des öfteren auf die vertikalen innerbetrieblichen Beziehungen angewendet, ob es sich nun um korrekte Vorgesetzte in größeren Firmen oder um halb partnerschaftliche Beziehungen in Kleinbetrieben handelte. Auch hier haben wir es mit verbliebenen persönlichen Ressourcen zu tun, die sich gegen die strukturellen Zwänge der Moderne ebenso wie gegen überlieferte Denkmuster durchsetzen, in denen die Idee des zugeschriebenen Status und damit auch die Vorstellung einer essentiellen Minderwertigkeit der Armen oder Glücklosen eine zentrale Rolle spielt. Die Überlebensfähigkeit dieser vertikalen Integrität und horizontalen Loyalität dürfte auch vom Weiterbestand lokaler Organisationsformen und lokal gebundener Verantwortlichkeiten abhängen; wie der angehende Frühpensionist Michael Renner berichtet, genügt oft schon die Übernahme einer Firma durch westösterreichische Unternehmer – »die Tiroler« –, damit soziale Anstellungs- und Entlassungskriterien unter die Räder kommen.

Die Mitglieder unserer Untersuchungspopulation gehören vorwiegend den unteren sozio-ökonomischen Schichten an; es gibt unter ihnen verhältnismäßig viele Ungelernte oder Umgeschulte und auch das schulische Ausbildungsniveau ist im allgemeinen niedrig. Bei 84 Befragten erhoben wir die höchste abgeschlossene Schulbildung – 69 davon (=82 %) hatten nur Volks- und Hauptschulbildung aufzuweisen, 14 hatten Berufsbildende Mittlere Schulen absolviert; hinzu kam ein Interviewter mit Hochschulbildung. Im Vergleich dazu haben im Bezirk Leoben immerhin 7.5 Prozent der Bevölkerung die Matura oder einen Hochschulabschluß.² Dementsprechend

sehen die Arbeitswelten aus, über die unsere Interviewten berichten können. Zwar fallen auch an den Arbeitsplätzen der mittleren und höheren Schichten Kosten aller Art an, doch sind dort einige Merkmale, die für Arbeitsplätze am unteren Ende der sozialen Pyramide charakteristisch sind, nur mehr in abgeschwächter und sublimierter Form zu identifizieren. Die Arbeitswelt der Unterschicht und der ehemaligen Arbeiterklasse ist harscher und anstrengender, gefährlicher und gleichzeitig monotoner als jene der Mittelschicht. Sie ist vor allem geprägt durch ein großes Ausmaß von Stumpfheit gegenüber den Bedürfnissen und Verletzlichkeiten des menschlichen Körpers. Hier wirken die Bedingungen der industriellen Produktion und die formbaren Einstellungen der betroffenen Individuen zusammen: Unter den Kriterien betriebswirtschaftlicher Effizienz und unter dem Druck internationaler Wettbewerbszwänge entstehen Arbeitsbedingungen, die schließlich Arbeiter hervorbringen, die sich an diese Bedingungen »gewöhnt« haben; als Nachfahren jener Knechte und Mägde, deren gesellschaftlicher Status nur geringfügig über dem des lieben Viehs lag, sind sie für einen solchen Prozeß auch prädisponiert.

Die Unwirtlichkeit der uns beschriebenen Arbeitsplätze manifestiert sich auf einer Reihe bekannter und weniger bekannter Dimensionen. Die Mädchen und Frauen in der Rollmopserzeugung arbeiten im Winter bei schmerzhafter Kälte. Darüber hinaus bleibt der Fischgeruch in den Haaren hängen und ist kaum mehr wegzubringen – »Da mußt du ledig sein... weil wenn du heimkommst, du stinkst, das ist eine Katastrophe, nein, nein, um Gottes willen« beschreibt dies eine ehemalige Arbeiterin. Der Ofenmaurer, ausgerüstet mit Asbestanzug und Sauerstoffmaske, verbringt jeweils eine Stunde im Ofen, der drei Tage nach dem Abschalten noch immer zwischen 140 und 150 Grad hat; nach zwanzig Minuten Pause geht es zurück in diese »Sauna ohne Aufguß«. Der Lärm im Walzwerk oder in der Textilfabrik klingt noch nach der Arbeit in den Ohren weiter. Schmutz wird selten erwähnt – vielleicht hat auch hier schon Gewöhnung eingesetzt – wenn er sich nicht in indirekter und virulenter Form bemerkbar macht, wie an Gisela Spirks neuer Arbeitsstelle, wo sie im Keller die Ratten und in der Küche die Mäuse verscheuchen muß. Verbesserungen auf diesen Dimensionen können sehr bescheidene Formen annehmen. Michael Renner hatte von der Alpine, wo er es mit der Lunge zu tun bekommen hatte, in die Holzindustrie übergewechselt. Das tat ihm gut, denn zwischen »Eisenstaub und Holzstaub ist ein bißchen ein Unterschied«, wie er mit nachträglicher Erleichterung kommentiert. Die zeitlichen Belastungen sind, wie erwähnt, im Gastgewerbe besonders hoch, doch kommen in anderen Berufs-

zweigen noch die Wegzeiten hinzu, die auch bei Berufstätigen mit regelmäßigen Arbeitszeiten für oft spektakuläre Gesamtzeitbelastungen sorgen (vgl. Kapitel 5). Von Schichtarbeit sind noch immer viele arbeitende Menschen betroffen, unter anderem auch die Arbeiteraristokratie der VOEST-Alpine. Die immer wiederkehrende Umstellung des Schlafrhythmus verlangt natürlich ihren Preis, im physischen, psychischen und sozialen Bereich. Daher spielen vor allem körperliche Krankheit und körperliche Beschwerden in den Darstellungen unserer Interviewten eine hervorstechende Rolle. In 8 von 62 Fällen wurde Krankheit explizit als Grund für den Übergang von Arbeit in Arbeitslosigkeit genannt; in vielen weiteren Fällen leistete dieser Faktor zumindest einen Beitrag. Über (oft berufsbedingte) Krankheit klagen viele unserer Befragten; da tut sich eine Enzyklopädie der Syndrome auf, vom Asthma bis zur Zuckerkrankheit. Diese Krankheiten wirken sich im allgemeinen als Vermittlungsbehinderungen aus; ohne viel böse individuelle Absicht wird so der Mensch in die Nähe des Wegwerfartikels gerückt. Und Josef Scherz, ein arbeitsloser Schlosser mit einer Gabe für prägnante Formulierungen, erinnert uns daran, daß die industrielle Welt auch heute noch ganz buchstäblich ein Schlachtfeld darstellen kann, wo der einzelne seinen Körper ins Gefecht wirft; ihm behagte die Arbeit in einer ostösterreichischen Glasfabrik nicht, »...weil so ein Haufen Leute da waren mit abgeschnittenen Händen«. Diesen makabren Tatbestand erläuterte er durch die lakonische Formel »Glasscheiben niedergestürzt.«

Zu diesen physischen und psychologischen Belastungen, zu den quasi-militärischen Zwängen und Gefahren treten noch Faktoren, die ihre Wurzel in Abhängigkeitsverhältnissen haben, die über den einzelnen Betrieb weit hinausreichen. Aktuelle Beispiele für Auswirkungen der wechselhaften Lagen der österreichischen Innen- und Wirtschaftspolitik auf individuelle Schicksale gibt es bekanntlich zur Genüge; doch auch die immer stärker werdende internationale Verflechtung schafft soziale Realitäten, gegen die sogar kollektive Anstrengungen – solange sie nicht globalen Maßstab erreicht haben – machtlos sind. Ob zum Beispiel ein Betrieb »produktiv« ist oder nicht, kann auch durch noch so fanatische individuelle oder kollektive Bemühungen nicht beeinflußt werden. »Produktivität« ist ein essentiell komparativer Begriff; das bedeutet, daß das Schicksal von Unternehmen und das der in ihnen arbeitenden Individuen durch Faktoren entschieden wird, die völlig jenseits der praktischen Beeinflußbarkeit und meist auch der kognitiven Reichweite dieser Arbeiter liegen. Ein Staatsstreich in Nigerien oder ein Subventionsbeschluß der italienischen Regierung kann so nicht nur den Arbeitsplatz eines Obersteirers zerstören, sondern auch darüber entscheiden, was er *ist*, ein »produktiver«

Arbeiter oder ein unnützer Esser, der »vom Steuerzahler« durchgefüttert werden muß.

Ironischerweise sind es gerade diese gegenüber der »internationalen Krise« anfälligen Berufe, die einmal der Arbeiterklasse Nischen zur Verfügung gestellt hatten, in denen sich das sonst überall bedrohte Selbstwertgefühl von Arbeitern behaupten konnte. Dies gilt besonders für den Bergbau mit seiner eigenen Folklore, der solidaritätsstiftenden Gefährlichkeit der Arbeit und den traditionellen familiären Bindungen, als deren Ausdruck die Söhne den Vätern in die Grube nachfolgten; ebenso aber auch für die Stahlindustrie. Ein Besuch im Werk Donawitz zeigt, daß dieser Sachverhalt am Hochofen seine symbolische Kulmination findet. Im übrigen Werk herrscht eine Betriebsamkeit, die von den mannigfachsten, aber stets aufdringlichen Geräuschen und Gerüchen untermalt wird; die Atmosphäre ist so hektisch, daß der ungeübte Betrachter nach zwei Stunden von der bloßen Anwesenheit und dem Erklettern einiger Leitern physisch erschöpft ist. Anders am Hochofen; auch dort regieren Hitze und Lärm, doch die Arbeiter selbst bewegen sich im gemessenen Rhythmus der Mitglieder einer Priesterkaste; ihre golden und silbrig schimmernden feuerfesten Gewänder verstärken diesen Eindruck. Ein Gutteil ihrer Arbeit besteht im Beobachten und Warten; gelegentlich entnimmt einer eine Probe des geschmolzenen Erzes und gießt sie mit feierlicher Geste in einen Behälter. Sie sind Besucher gewohnt, und ihr hohes Selbstwertgefühl äußert sich direkt in der Freundlichkeit, mit der sie den Gruß erwidern. Wer sollte diesen Hohepriestern der Arbeit, oder ihren Akoluthen in den Hallen, jemals klarmachen können, daß ihre Arbeit nichts mehr wert ist? Es sei der Vollständigkeit halber angemerkt, daß das getragene Arbeitstempo nichts mit etwaigen Privilegien der verstaatlichten Industrie zu tun hat, sondern mit der einfachen Tatsache, daß dort ein falscher Schritt den Tod bedeuten könnte.

Diese Reservate, in denen Arbeit auch Arbeitern ein gesichertes Selbstwertgefühl vermitteln konnte, werden kleiner und kleiner; eine Kernschicht schrumpft, wobei die »Verbürgerlichten« nach oben entweichen und die abwärts Mobilien zu Ungelernten und Arbeitslosen absinken. Die Ohnmacht der Verbliebenen hat eine neue Gestalt angenommen – konnte man sich einst gegen »Ausbeuter« und »Kapitalisten« organisieren, so steht heute der einzelne eben dieser Organisation weitgehend rat- und hilflos gegenüber. Und diese Organisation selbst kann sich zwar einiger Erfolge im Binnenbereich der staatlichen Wirtschaft und der nationalen industriellen Beziehungen rühmen, ist aber ohnmächtig gegenüber den Kräften der globalen Entwicklungen – oder stellt sich zumindest so, was für den einzelnen Akteur auf dasselbe herauskommt. Entsprechend waren auch die Reaktionen unserer Befragten zum Thema po-

litische Vertretung. In kleineren Betrieben gibt es natürlich keinen Betriebsrat, und auch gewerkschaftliche Aktivitäten sind weitgehend unbekannt. In einigen größeren Betrieben darf man kein Gewerkschaftsmitglied sein; und dort, wo es einen Betriebsrat gibt, sind dessen Aktivitäten, so der Großteil unserer Interviewpartner, im allgemeinen »zu vergessen«.

Für die Mehrzahl der Arbeitenden hat sich der einst greifbare Gegner verflüchtigt; er wurde durch Phantome wie den »internationalen Konkurrenzdruck« oder »die Multis« oder schlicht »die Krise« ersetzt. Diesen amorphen Gespenstern ist gemeinsam, daß man sie nicht bestreiken kann; man kann nicht vor ihr Hauptquartier ziehen und die Fäuste schütteln, weil sie kein Hauptquartier haben. Man denke an die jüngste Demonstration von Puch-Arbeitern, die sie zu einer Bankfiliale und deren verdutzten und selbstverständlich völlig unzuständigen Angestellten führte. Ganz Ähnliches liegt der politischen Inaktivität von Arbeitslosen zugrunde – auch diese wissen nicht, vor wessen Gebäude sie eigentlich aufmarschieren sollen.

Die neue Machtlosigkeit zeichnet sich dadurch aus, daß die ihr korrespondierende Macht diffus geworden ist und keinerlei Angriffsflächen mehr bietet. Sie trifft auf eine Population, deren Charakter durch eine Jahrhunderte währende Tradition der Knechtschaft mitgeformt wurde. Dann wird Ohnmacht zu einem zentralen Element der Lebenswelt dieser Menschen, die sich nicht nur am Arbeitsplatz manifestiert.

Maria Bretterklieber ist knapp über vierzig. Ihre Stimme ist allerdings die einer alten Frau. Sie mußte ihre Arbeit in einem großen Betrieb der Elektroindustrie krankheitshalber aufgeben. Sie ist von einigem Durchsetzungsvermögen und konnte sich auch an ihrem Arbeitsplatz durchsetzen; sie war sogar Abteilungsbetriebsrätin. Die eigene Entlassung konnte sie jedoch ebensowenig verhindern, wie sie auf das Geschick des Betriebes Einfluß nehmen konnte. Als Schuldige im Zyklus der Subventionen und des Personalabbaus und des Ausstiegs aus der Verantwortlichkeit seitens der Manager sieht sie »die Deutschen«, rücksichtslose Ausländer, die österreichische Arbeiter und den österreichischen Staat geprellt haben. Außerhalb des Arbeitsplatzes ist ihr Leben bei aller persönlicher Durchschlagskraft von einem fatalistischen Grundmuster durchwirkt. Nachdem sie ihre Stelle durch Krankheit verloren hat, findet sie über einen Bekannten eine neue Erwerbsmöglichkeit. Ein Buffet wird formlos gepachtet und geht ebenso formlos wieder verloren; damit auch die Wohnung. Wie die gute Fee im Märchen taucht wiederum ein Bekannter auf, der ihr zu einer Wohnung verhilft. Sie hat drei Töchter, zwei davon arbeitslos; deren Arbeitslosigkeit wird von ihr als Schicksalsschlag hingenommen. Sie kauft gern Brieflose: »Wir haben kein Glück nicht, ich tu auch so gern die zehn Schilling da hineinschmeißen, wissen Sie eh... Ich kann nicht vorbeigehen bei so einem Apparat, und immer steht ›Leider nicht‹ oben.«

Dieses »Leider nicht« ist voninigem Symbolgehalt für das übrige Leben dieser vor der Zeit gealterten Frau. So wie ihr geht es vielen anderen. Bei den Arbeitskarrieren unserer Population spielen psychologische und sozio-ökonomische Faktoren nahtlos ineinander. Von Berufswahl ist nicht immer zu sprechen – man schlittert häufig irgendwie in einen Beruf hinein und wird irgendwie wieder hinausgeschleudert. Nur 58 Prozent (n=48) der Befragten konnten Berufe ergreifen, zu denen sie eine besondere Bindung – durch Begabung, häusliches Vorbild, Neigung, etc. – gehabt hätten. Oft tat sich, wieder durch Zufall, irgendwo eine Lehrgelegenheit auf, die dann eben genutzt wurde und heute um jeden Preis genutzt werden muß. Durch äußere Umstände induzierter Stellen- und Berufswechsel ist häufig – in unserer Population arbeiteten 41 Prozent (n=76) nicht in den Berufen, in denen sie gelernt hatten. Im allgemeinen besteht eine Kluft zwischen der Arbeit, die die Leute verrichten oder verrichtet haben und jener, die sie sich wünschen; wobei diese Wünsche meist ungewöhnlich bescheiden sind. Auch die Gründe für den Verlust der letzten Arbeit (und damit meist den Übergang in Arbeitslosigkeit oder Frühpension) weisen unsere Befragten als häufige Opfer äußerer und oft undurchschaubarer Mächte aus:

Bei 27 von 62 Befragten lag der Grund für den letzten Arbeitsverlust »außen«, also bei 43 Prozent. Dabei hatten wir eine extrem enge Definition dieser äußeren Gründe gewählt – hiezu zählen lediglich betriebliche Maßnahmen wie Lehrlingsabbau, Freisetzung von Arbeitskräften aufgrund von Rationalisierungen, meist im Gefolge der Übernahme einer Firma, Einstellung der Firma, vor allem aufgrund eines Konkurses, sowie Krankheit. Alles andere wurde dem Bereich der inneren Gründe zugeschlagen, auch Kündigung durch den Arbeitgeber oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses aufgrund von Schwangerschaft. Angesichts dieser Operationalisierungen ist der Anteil der »äußeren Gründe« erstaunlich hoch.

Eine Aufgliederung nach dem Geschlecht ergibt folgendes Bild:

Tabelle 10: Grund für den Verlust der letzten Arbeit

	Außen	Innen	Gesamt
Männer	13 (62%)	8 (38%)	21
Frauen	14 (34%)	27 (66%)	41
Gesamt	27 (43%)	35 (57%)	n=62

Männer scheinen hier in stärkerem Ausmaß den Auswirkungen wirtschaftlicher Entwicklungen ausgesetzt, die jenseits ihrer Kontrolle liegen. Dies ist angesichts des Einbezugs von

Schwangerschaft unter die »inneren Gründe« auch nicht sehr überraschend. Ob im Zeitalter der Empfängnisverhütung tatsächlich angenommen werden kann, daß Frauen durch ihre biologischen Funktionen ein größerer Entscheidungsspielraum eröffnet wird, soll hier nicht diskutiert werden. Jedenfalls zeigt die von dieser Komplikation bereinigte Verteilung für Männer, daß Arbeitslosigkeit sehr häufig von Faktoren herbeigeführt wird, für deren Auftreten man die Betroffenen auch beim besten (oder schlechtesten) Willen nicht verantwortlich machen kann.

Aus diesem Blickwinkel und aufgrund der vorliegenden Daten scheinen unsere Untersuchungspersonen vom aufkläreren Ideal des autonomen Akteurs, der durch seine freien Entscheidungen seinen rationalen Lebensplan verwirklicht, ebenso weit entfernt wie vom Zerrbild des Sozialschmarotzers, der sich mutwillig seiner Arbeit entledigt und fortan auf Kosten »des Steuerzahlers« lebt. Stattdessen sehen wir Individuen vor uns, die sich unter Arbeitsbedingungen ablagen, die sich oft an der Grenze der Zumutbarkeit bewegen; und die dennoch den Entfall derartiger Arbeitsmöglichkeiten als *Verlust* interpretieren. Freilich haben es nicht alle gleichermaßen schlecht getroffen – wir werden im folgenden auch Schilderungen von Arbeitsplätzen begegnen, an denen sich die Betreffenden sehr wohl gefühlt haben. Oder man denke an Viktor Smetana, der im gehobenen Facharbeiterberuf des Zahntechnikers tätig war; er blickt auf Arbeitsbedingungen zurück, die ihn als einigermaßen privilegiert erscheinen lassen – abwechslungsreiche Tätigkeit, Eigenverantwortlichkeit, freie Zeiteinteilung, gute Bezahlung. Derartige Arbeitsplätze sind jedoch eindeutig in der Minderheit. In Summe jedenfalls findet sich bei unserer Population eine Ansammlung von meist unattraktiven Arbeitsmöglichkeiten, wo Hitze und Kälte, Staub und Lärm und Schmutz, Monotonie und Leistungsdruck, Entwürdigung und Ohnmacht die alltägliche Arbeitswelt prägen, wie eh und je.

Mündigkeit und Würde

Wie wir alle sind auch Arbeitslose mit einer gesellschaftlichen Rhetorik konfrontiert, deren Herzstück ein individualistischer Mythos darstellt: die Idee, daß jeder seines Glückes Schmied sei, daß Unglück entweder auf Gottes unerforschlichen Rat-schluß zurückzuführen ist, oder das Resultat individueller Schwäche sei; mit dem Korollar, daß »Erfolg« stets aus den hervorragenden Eigenschaften des Akteurs zu erklären sei. Dieser Gedanke ist den Erfolgreichen aus einleuchtenden Gründen besonders lieb; doch auch jene, denen der Erfolg oder auch ein bescheidenes Lebensglück verwehrt blieb, haben ihn sich in erstaunlichem Ausmaß zu eigen gemacht. Diese Mythologie ist von einem Menschenbild unterlegt, das im Abstrakten attraktive Züge hat; der freie und verantwortliche Akteur, der seinen Lebensplan verfolgt, dessen Früchte genießt und dessen Scheitern selbst ausbaden muß.

Wir haben im vorhergehenden Abschnitt gesehen, daß sich schon im normalen Lebensablauf unserer Befragten wenig von diesem Ideal verwirklicht findet. Die aus der individualistischen Rhetorik erfließenden Imperative finden in der Alltagswelt unserer Population ihre Schranken in strukturellen Faktoren – unter den vorherrschenden Bedingungen können dort Lebenspläne vielleicht geschmiedet, aber kaum mit einiger Aussicht auf Erfüllung verfolgt werden; und selbst wo die Neigung dazu vorhanden ist, können Lebensläufe nicht gestaltet werden, wenn es an den Möglichkeiten einer solchen Gestaltung fehlt.

Der hier skizzierte Konflikt zwischen kulturellen Imperativen und strukturellen Gegebenheiten, dem wir alle in mehr oder weniger intensiver Weise ausgesetzt sind, stellt eine Variante von Robert Mertons Konzept der Anomie dar; Merton hatte einen derartigen Widerspruch für die amerikanische Gesellschaft diagnostiziert, nämlich zwischen dem kulturellen Imperativ, finanziell erfolgreich zu sein, und der sozial vorgegebenen Gelegenheitsstruktur, die bestimmt, wie die Mittel zur Verfolgung dieses Ziels verteilt sind.¹ Das hier vorgelegte Konzept weist hiezu zunächst eine recht abstrakte Parallele auf – wie bei Merton haben wir es mit einem Widerspruch zwischen ideologischen und sozio-strukturellen Faktoren zu tun. Auch die Ungleichheit der Gelegenheitsstruktur findet ihre Entsprechung

¹ Robert Merton, *Social Theory and Social Structure*, New York 1968, Kap. 4.

in der Ungleichheit der Verteilung von Chancen der Lebensgestaltung, die in unserer Gesellschaft zweifellos existiert. Wenn wir den Begriff jedoch auf die Situation der Arbeitslosen anwenden, dann tritt ein Merkmal hinzu, das bei Merton fehlt. Arbeitslosigkeit löst Prozesse aus, die es dem einzelnen noch schwerer machen, dem Imperativ nachzuleben – er wird entmündigt, entmutigt, entrechtet und er wird in einer Lebensphase zu Aktivität und Mobilität aufgefordert, in der gleichzeitig die materiellen und immateriellen Mittel, die für Aktivität und Mobilität notwendig sind, entzogen werden. Wir haben es nicht nur, wie bei Merton, mit unerfüllbaren oder nur schwer erfüllbaren Imperativen zu tun, sondern mit einem Paradoxon – der Imperativ richtet sich in besonders fordernder Weise an jene, die gleichzeitig durch eine Fülle von Faktoren stärker als andere daran gehindert werden, ihm nachzukommen.

Betrachten wir die Elemente dieser anomischen Paradoxie im einzelnen. Die hier erörterte gesellschaftliche Rhetorik bildet einen wichtigen Strang des populären Denkens über menschliche Schicksale; dieses Denken ist jedoch keineswegs homogen und widerspruchsfrei. Auch in unserer Population vermengen sich traditionelle Konzeptionen, denen zufolge sozialer Status aufgrund bestimmter Merkmale zugeschrieben wird, mit moderneren individualistischen Ideen, für die zumindest dem Programm nach die Erwerbung gesellschaftlicher Positionen vorgesehen ist. Die klassische Distinktion zugeschriebener/erworbener Status wäre in der Moderne wohl auch ergänzungsbedürftig; durch eine Kategorie, die dem Lotterietypus der modernen sozialen Welt Rechnung trägt und damit auch dem Versicherungsgedanken – »zugeloster Status« wäre hier der passende Ausdruck. Jedenfalls fließen diese Gedankenstränge nicht nur innerhalb eines kollektiven Weltbilds, sondern auch bei einzelnen durcheinander. Ein ausgezeichnetes Beispiel liefert hier Maria Bretterklieber, deren Aussagen zur Arbeitslosigkeit die geschilderten Widersprüchlichkeiten im eigenen Leben widerzuspiegeln scheinen.

Ihre Tochter Sandra, die mit ihr im gemeinsamen Haushalt lebt, ist lebendes Beweismaterial für die These, daß Arbeitslose unschuldige Opfer sind: »...weil selber Schuld ist sie ja nicht, sie sucht eh, aber sie kriegt nichts... es ist heute nicht mehr so leicht, eine Arbeit zu kriegen.« Wenig später wird das Problem auf einer generelleren Ebene thematisiert: »Aber ich gebe nicht der Jugend die Schuld, daß sie keine Arbeit haben. Ich gebe da mehr, wie soll ich sagen, überhaupt der ganzen Entwicklung, der wirtschaftlichen Entwicklung, Schuld, daß die Arbeitslosigkeit steigt.« Diese soziologische Perspektive gerät jedoch schon wenig später ins Wanken. Nach einem Verweis auf den Massencharakter des Phänomens wird zunächst relativiert – »...es sind sicher auch welche darunter, die gar keine Arbeit wollen,

die gar nicht arbeiten wollen, weil es geht ihnen so auch gut«. Und wenig später landet Frau Bretterklieber bei einer Sichtweise, die der von ihr zuerst geäußerten völlig konträr läuft: »Erstens einmal gibt es viel Jugend, die gar nicht arbeiten will, die lieber herumtackeln und alten Leuten zwanzig Schilling stehlen..«; und schließlich: »Die Jugend will gar nicht arbeiten; wenn du in Leoben auf dem Bahnhof bist, was da herumgammeln die Buben und die Menscher, also das ist ja ein Wahnsinn, da muß ich mir denken, was tun die da. Die haben ja alle keine Arbeit.«

Dieses schrittweise Heranarbeiten an jenes langweiligste und zugleich mächtigste Klischee, das wir auch anlässlich unserer informellen Diskussionen im Feld ad nauseam zu hören bekamen (»Jeder, der wirklich will, kann auch eine Arbeit finden«) ist sprachlich sehr deutlich markiert – wird zunächst der Gedanke ausgedrückt, daß kein Jugendlicher selbst an seiner Arbeitslosigkeit schuld ist, sind es später »welche«, dann »viele« und schließlich »alle«. Solche Inkohärenzen sind, wie noch belegt werden soll, eher die Regel als die Ausnahme. Wir sehen an diesem Beispiel auch, wie es geschehen kann, daß die Erfahrung aus erster Hand – die erfolglose Arbeitssuche der Tochter – bestenfalls die Oberfläche des Bewußtseins berührt. Diese Erfahrung geht im allgemeinen über solche Details weit hinaus; das ganze Leben der meisten unserer Befragten widerlegt die Idee, daß man alles Glück und Unglück sich selbst zuschreiben habe. Ihr wurde allerdings durch religiöse Überlieferungen der Boden aufbereitet, und sie übt nun auch in ihren profanen Varianten, wo etwa der Markt für allumfassende Gerechtigkeit sorgt, einen mächtigen Einfluß aus. Dies schlägt sich dann auch in der Kostenbilanz des Arbeitslosen nieder: Er ist aufgerufen, sich aus eigener Kraft aus seinem Schlamassel zu befreien, und gelingt ihm das nicht, dann ist er eingeladen, die Schuld bei sich selbst zu suchen. Die Hindernisse, die der Entfaltung von Eigeninitiative im Wege stehen, werden dabei weggeblendet.

Die Voraussetzungen individueller Problemlösung sind besonders bei unserer Population, mit ihrem geringen Bildungsniveau und ihrer Geschichte von Fremdbestimmung, nicht sonderlich gut. Hinzu tritt der Sachverhalt, daß der Arbeitslose einem Bombardement von Maßnahmen und Botschaften ausgesetzt ist, die auch die etwa vorhandenen Reste von Risikofreude und Einzelinitiative aushöhlen und schließlich zerstören. Ein Paradoxon der Situation des Arbeitslosen liegt darin, daß er in systematischer Weise zu Boden getrampelt wird und dennoch zum aufrechten Gang eingeladen ist. Betrachten wir einen kurzen Katalog dieser selbstwertzerstörenden Faktoren.

An erster Stelle kommt hier natürlich der Arbeitsverlust selbst. Wie wir gesehen haben, liegen die Gründe für den Ar-

beitsverlust meist außerhalb der Wirkungssphäre des Betroffenen; dies wird in einigen Fällen zwar klar gesehen, sodaß es zu keiner Verinnerlichung von Schuldzuschreibungen kommt, doch wirkt der meritokratische Mythos selbstverständlich auch in Arbeitslosen weiter. Zumindest Zweifel über die eigene Kompetenz und Tüchtigkeit können auftauchen, die durch erfolglose Arbeitssuche verstärkt werden können – endlos wiederholte Erlebnisse der Ablehnung nagen am Selbstwertgefühl, auch wenn man auf der rationalen Ebene nicht bereit ist, sich stigmatisieren zu lassen. Es geht hier nicht allein um das oft erwähnte Gefühl, »nicht gebraucht zu werden«, sondern um die Erfahrung der erfolglosen Suche selbst; sie wird zu einer Wanderung in einem Irrgarten, dessen vermutete Ausgänge sich als fest verrammelt herausstellen, oder auch in oft bizarre Sackgassen führen. Friederike Pabst, die ebenfalls durch das Eindringen der »Tiroler« ihre Stelle als Sekretärin in der Produktionsleitung der Firma verloren hat, antwortet auf eine Annonce, in der Heimarbeiten und die dazugehörigen Adressen angepriesen waren: »Da hat man für diese Information 250 Schilling bezahlen müssen. Da ist der Briefträger gekommen und hat gesagt, nehmen Sie es? Wird schon gewußt haben wahrscheinlich... und ich habe dann gesagt, ich nehme es, wegen einmal 250 Schilling, die gebe ich halt aus, nicht, aber da waren so komische Arbeiten da drinnen, da hat man wirklich nichts nehmen können davon.« Unbekannte Geschäftemacher hatten hier dafür gesorgt, daß Frau Pabst zum Schaden auch noch den Spott hatte; zu den eingekauften Informationen gehörte auch eine Anleitung zum Züchten von Mehlwürmern.

Viele unserer Befragten präsentierten allerdings ein ungebrochenes Selbstwertgefühl, das zum Teil auch der allgemein akzeptierten Übereinkunft entspringen mag, daß es sich bei Leoben um eine »Krisenregion« handelt. In einigen Fällen entsprach dieser erfolgreichen Etikettenabwehr auch die relevante psychologische Realität, vor allem wenn der Betroffene durch seine bisherige Arbeitskarriere als vollwertiges Mitglied der arbeitsorientierten Gesellschaft ausgewiesen war. Die Interviews mit den Angehörigen der Betroffenen gestatteten allerdings des öfteren einen Blick hinter die Fassade. Jene Selbstauskünfte, die gerade bei Fragen, die den eigenen Selbstwert berühren, von notorischer Unverlässlichkeit sind, erhielten so eine Korrektur.

Es sollte jedoch nicht überraschen, daß es des öfteren *nicht* zu jener Internalisierung von Schuldgefühlen, zum Verlust der Selbstachtung und zum Gefühl, »Ausschußware« zu sein, kommt, die allesamt zu den bewährtesten Versatzstücken der Betroffenenforschung gehören. Wie angedeutet, spielt die Stellung im Lebenszyklus hier eine wichtige und nicht immer eindeutige Rolle. Wem es gelingt, seine Rolle als Arbeitsloser zu

jener des Pensionisten umzudefinieren, der kann auch einen Teil der mit Arbeitslosigkeit verknüpften Folgekosten abwälzen. Häufig wird er dabei auch durch seine Umwelt gestützt werden. Herr Smetana empfand sich in keiner Weise als Gegenstand der Kritik: »Im Gegenteil, ich muß sagen, daß die meisten gesagt haben, du hast eh lang genug gearbeitet, schau, daß du die Pension kriegst.« Er war bei weitem nicht der einzige, der auf diese Weise aus der Verantwortung entlassen wurde. Michael Renner, der unter anderem auf eine dreißigjährige Tätigkeit in der papierverarbeitenden Industrie zurückblicken kann, legitimierte sich selbst nach diesem Muster und setzte sich gleichzeitig gegen den stigmatisierenden Sprachgebrauch der Beamten der Arbeitsmarktverwaltung zur Wehr. Als baldiger Frühpensionist sah er sich als Nutznießer einer Maßnahme, die gesetzt wurde, »damit sie die Leute von der Straße wegbringen, wie sie beim Arbeitsamt so schön sagen«; und er ergänzt, untermal von Vogelgezwitscher auf dem Tonband: »Aber ich sitze eh nicht auf der Straße, ich sitze eh am Balkon«.

Jugendliche hingegen können ihre Arbeitslosigkeit als vorübergehendes Phänomen auffassen, als »Urlaub« oder als Bestandteil einer ihnen zustehenden Suchphase (vgl. Kapitel 10). Zu vermuten ist, daß die beschriebenen psychologischen Konsequenzen am ehesten bei jugendlichen Langzeitarbeitslosen und bei Akteuren in der mittleren Phase des Lebenszyklus auftreten werden; dort vielleicht auch bei kürzerer Dauer der Betroffenheit, da eben einige der Bewältigungsstrategien, die Mitgliedern anderer Altersgruppen offenstehen, hier fehlen – die durch Arbeit vermittelte Unabhängigkeit und Bestätigung ist selbstverständlich in der mittleren Lebensphase am wichtigsten. Ältere können sich gegen Stigmatisierung zur Wehr setzen, indem sie auf ihre vergangene Arbeit verweisen; Jüngere, indem sie sich selbst und anderen plausibel machen, daß sie schon bald arbeiten werden. Die verbliebene logische Möglichkeit, sich durch gegenwärtige Arbeit oder deren Substitute zu legitimieren, wird dann in der mittleren Phase des Lebenszyklus recht bedeutsam. Das Ehepaar Scherz, das in einer Periode, während der beide Partner von Arbeitslosigkeit betroffen waren, begann, kunsthandwerkliche Gegenstände herzustellen und dadurch den Schritt in die Laufbahn des Kleinunternehmers vorzubereiten, gehört hierher. Für Herrn Scherz war die *Sichtbarkeit* seiner zahlreichen Aktivitäten dabei ziemlich wichtig: »...weil in der Zeit der Arbeitslosigkeit haben die Leute eigentlich schon gesehen, daß ich arbeite, daß wir einen Garten gekauft haben und gebaut haben und eben irgendwie durch das Schnitzen und so...eher im Gegenteil, die Leute haben gesagt, die arbeiten wirklich einen Haufen und so, denen ist das gar nicht aufgefallen, daß ich arbeitslos bin, nicht, die haben geglaubt, ich bin überhaupt Freischaffender.«

Wie bei Markus Klug, einem jungen Elektriker, der keine große Mühe hat, die Proben mit seiner Band als Vorstadium einer beruflichen Karriere aufzufassen, ist auch hier die legitimierende Tätigkeit des Schnitzens und Tischlerns mit Hoffnungen für die Zukunft besetzt; die psychologischen Kosten der Arbeitslosigkeit fallen in solchen Fällen meist erst an, wenn diese Hoffnungen scheitern sollten, dann vermutlich jedoch mit aller Wucht.

Quantitativ betrachtet bestritten 46 Prozent der Befragten, jemals von Kritik betroffen gewesen zu sein; 54 Prozent räumten ein, daß sie entweder offen oder »hintenherum« kritisiert worden waren (n=59). Von jenen 32, die sich kritisiert fühlten, sagten 14 (=44 %) aus, daß sie nur versteckt kritisiert worden seien. Besonders dies verrät Einsicht in den oft subtil stigmatisierenden Charakter der Arbeitslosigkeit; man ist sich bewußt, daß man das Mißfallen bestimmter Anderer erregt, und daß dieses auch artikuliert wird. Auch die – vielleicht nur auf den ersten Blick – gegen Etikettierungsversuche Widerstandsfähigen sind sich bewußt, daß sie unter *Verdacht* stehen. Herr Kaltenbrunner, der auch dadurch auffällt, daß er nicht einmal weiß, wem die Firma gehört, in der er jetzt arbeitet, formuliert dies sehr schön: »Aber indirekt spürt man das auf alle Fälle. In der Familie und genauso auswärts, nicht. Also generell kannst du sagen, das liegt direkt in der Luft, oder man bildet sich auch viel ein, das kann auch sein, nicht«. Was die Intensität der Kritik anging, gab es zwischen Leoben und Liesing keinen Unterschied; bei der Form ergab sich allerdings folgendes Bild:

Tabelle 11: Form und Intensität der Kritik, die Arbeitslose erfahren

	Leoben	Liesing	Gesamt
mehr oder weniger offen	12 (63%)	6 (46%)	18 (56%)
»hintenherum«	7 (37%)	7 (54%)	14 (44%)
gesamt	19	13	n=32

Dies spiegelt die Existenz des Dorftratsches wider. In Liesing wurde uns immer wieder gesagt »Hier weiß eh jeder alles von jedem« – damit weiß man aber auch, wer über einen tratscht.

Ganz abgesehen von den allgemeinen Reaktionen der Umwelt und von den Oberflächenresponsen unserer Interviewpartner gibt es jedoch eine Unzahl von stärker objektiven Maßnahmen und Mechanismen, die direkt die Würde, Autonomie und Integrität des Arbeitslosen attackieren und die auch bei

den Stärksten irgendwann einmal ihre Wirkung zeigen müssen. Die Liste dieser Erinnerungen an den eigenen inferioren Status ist lang. Staatliche Unterstützungszahlungen werden selten als Versicherungsleistungen definiert, weder von den Auszahlern noch von den Empfängern; auch das Arbeitslosengeld hat den Geruch des Almosens. Dies trifft natürlich auf andere Formen der Unterstützung in erhöhtem Maße zu. Handelt es sich um Gutscheine (wie etwa die Essensbons der USA) oder Sachleistungen, dann beschneidet dies – so lebenswichtig diese Leistungen im einzelnen Fall auch sein mögen – die freie Konsumentenentscheidung, die unserer Gesellschaft so am Herzen liegt. Ganz ähnliches widerfährt dem Betroffenen, wenn er bei seiner Bank das Formular zur bargeldlosen Überweisung der Unterstützung einreicht; er kommt dann darauf, daß dadurch sein Überziehungsrahmen hinfällig wird. Beides erfolgt unter anderem unter der Prämisse, daß dem Arbeitslosen kein vernünftiger Umgang mit Geld zuzutrauen ist. Man denke an die Meldepflicht des Arbeitslosen, die nicht nur seine Mobilität entscheidend einschränkt, sondern auch ein Merkmal darstellt, das er mit gewissen Klassen von anderen Devianten teilt: Straffälligen mit »Bewährung«, Ausländern, Prostituierten, etc. Dramatisch wird es, wenn in der moralischen Karriere jener Punkt erreicht wird, an dem er keine angebotene Arbeit mehr zurückweisen kann, wenn also das verfassungsrechtlich geschützte Recht auf »freie Wahl des Arbeitsplatzes« gänzlich zu Papier geworden ist. Hier wird eine Arbeit »zugewiesen«, wie es Eltern bei Kindern, Unteroffiziere bei Soldaten, Krankenhauspersonal bei Schwachsinnigen zu tun pflegen. Auch das »Berliner Modell«, das Arbeitslosen eine Art ständigen Bereitschaftsdienst aufnötigt, gehört hierher. Subtilere Varianten dieser Vorgangsweise entstehen auch in Österreich. Man vergleiche folgende Meldung aus einer Grazer Tageszeitung:

Aufruf an Arbeitslose. In einem Aufruf wandte sich der Krisenstab auch an Arbeitslose, die sich heute ab 8 Uhr früh beim Portier des Amtshauses in der Schmiedgasse melden können. Für vierstündiges Schneeschaufeln werden 180 Schilling bezahlt. Das ist genau jener Betrag, den ein Arbeitsloser *pro Tag* dazuverdienen darf, ohne seine staatliche Unterstützung zu verlieren.²

Es ist klar, daß jeder einzelne Arbeitslose, der nicht sofort zum Schneeschaufeln herbeieilt, den Stammtischbrüdern und Kolumnenschreibern als lebendes Beweisstück dafür zählt, daß es den Arbeitslosen ohnehin viel zu gut geht.

Diese Beispiele erinnern an einen häufig vernachlässigten Aspekt. Daß Arbeitslose bei der Strukturierung der ihnen zur

Verfügung stehenden Zeit Schwierigkeiten haben können, ist seit der Marienthal-Studie ein Gemeinplatz der Betroffenenforschung. Seltener finden wir erwähnt, daß auch andere mit der Zeit von Arbeitslosen recht großzügig umgehen. So berichtet ein verbitterter englischer Betroffener von stundenlangem Anstellen um die Information, wo man sich als nächstes anzustellen habe.³ Überflüssige Vorladungen gehören hierher, sowie die Praxis, Arbeitslose an Arbeitgeber zu »vermitteln«, die ihre Stellen längst besetzt hatten, oder die Übung seitens der Arbeitgeber, eine viel zu große Zahl von Bewerbungen anzulocken. All diese Machinationen verschwenden die Zeit des Arbeitslosen, deren Wert dadurch als äußerst gering angesetzt wird; damit aber auch der Wert des Arbeitslosen selbst als kompetenter Akteur. Darüber hinaus entstehen ihm dadurch auch zusätzliche, meist vermeidbare Frustrationserlebnisse.

Hinzu treten Rechtfertigungszwänge, ob es sich um die Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen um Arbeit, Abwesenheit vom Wohnort oder hundert andere Dinge handelt. Diese entstehen auch in der Familie – die Frage, ob der Betroffene ernsthaft nach Arbeit sucht, wo er seine Freizeit verbringt etc., kann er in den Augen seiner Nächsten lesen. Und zu den Verwaltungsmaßnahmen der unterstützenden Behörde treten jene zuhause; ähnlich dem etikettierten Trinker oder Geisteskranken kann es dem Arbeitslosen geschehen, daß er auch in der Familie mit mehr oder minder sanftem Zwang administriert wird. Kommt noch die finanzielle Abhängigkeit von Verwandten hinzu, ist die Entmündigung komplett. Schließlich denke man an jene Langzeitarbeitslosen, deren Anstellung dem Unternehmer durch mehr oder weniger saftige Subventionen schmackhaft gemacht werden muß; hier muß es dem Betroffenen wie jener Braut aus den Schwänken des neunzehnten Jahrhunderts gehen, die nur um den Preis einer hohen Mitgift an den Mann gebracht werden kann.

Maria Brettertkliebers Tochter Sandra bietet einen starken und lehrreichen Kontrast zu ihrer Mutter. Während sich die Mutter einen Tonfall resignierter Bitternis zugelegt hat und so klingt, als hätte sie mit ihrem aktiven Leben mehr oder weniger abgeschlossen, ist die Tochter noch voll Optimismus und Lebensfreude. So muß sie sich zum Beispiel beim Konsum einschränken, doch sieht sie dies als vorübergehende Härte an: »Das hol ich alles nach« kündigt sie an. Sie hat an verschiedenen Lehrstellen als Serviererin gearbeitet; sie möchte jedoch jetzt nicht mehr auf Saison gehen. Während des letzten Winters hat sie in der Rollmopsfabrik gearbeitet. Sollte sich nichts anderes anbieten, erwägt sie, im nächsten Winter wieder dort zu arbeiten. Sie hat die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld nicht erfüllt und gehört damit zu jenen, die durch die Maschen des sozialen Netzes gefallen sind.

Daher ist auch das Ausmaß der erwähnten Einschränkungen bemerkenswert. Sie erhält kein Taschengeld, sodaß sie in gewissem Sinn noch schlechter gestellt ist als ein Kind – die Mutter gibt ihr zwar Geld, wenn sie ihren Bedarf ausreichend begründen kann, aber sie verfügt über keinen Groschen, den sie nach eigenem Gutdünken ausgeben könnte. So kann sie sich nicht einmal Zigaretten kaufen; sie bekommt Zigaretten von der Mutter und ist somit in die Rolle einer Dauerschnorrerin verwiesen. In einer interessanten Passage des Interviews weigert sich Frau Bretterklieber, hier bei ihrer Tochter ein Problem zu diagnostizieren:

»...die Sandra hat überhaupt keinen Lohn. Sie hat überhaupt kein Geld; weil sie keinen Lohn hat, wird das Geld auch nicht knapp, weil sie gar keines hat. Und das ist für sie überhaupt kein Problem, weil wenn sie eine Zigarette rauchen will, dann raucht sie eine von mir, die ich gekauft habe, oder wenn sie telephonieren gehen will, dann gebe ich ihr das Geld dazu, oder wenn sie irgendwas braucht oder wenn sie nach Leoben fährt, dann zahle auch ich die Fahrt, also hat sie keine Probleme. Sie hat die Probleme nicht, nur ich habe hie und da Probleme, wenn das Geld ausgeht.«

Wie so viele andere, die sich mit dem Phänomen der Arbeitslosigkeit auseinandersetzen, weigert sich Frau Bretterklieber hier, den sozialen und psychologischen Aspekt des Problems zu sehen; ihre Perspektive ist auf die ökonomische Frage reduziert, wie das notwendige Geld beschafft werden kann, um die Bedürfnisse ihrer Tochter zu befriedigen. Sandras finanzielle Entmündigung wird im Sinne der obigen Auflistung komplementiert. Ihre Zeiteinteilung wird von der Mutter gesteuert, indem sie sie jeden Morgen weckt: »...nachher lasse ich ihr die Katze hinüber und dann kann sie eh nicht mehr lange schlafen, dann kommt sie eh gleich. Weil die läßt ihr eh keine Ruh'«. In einer entlarvenden Formulierung sagt Frau Bretterklieber auf die Frage nach den Berufswünschen ihrer Tochter: »..in den Haushalt kann ich sie nicht recht gehen lassen;« man bedenke, daß Sandra schon seit zwei Jahren formal volljährig ist. Und wenn die Mutter als Begründung anführt: »..weil beim Kochen, da hapert es dann ein wenig...«, dann steht dies im krassen Widerspruch zu Sandras Selbstwahrnehmung, die an einer ihrer Arbeitsstellen als einzige der Serviererinnen bei einem großem Betrieb in der Küche einspringen mußte, weil sie »die ganze Speisekarte« kochen konnte. Auch dies paßt ins Bild der Arbeitslosigkeit als »master-label«⁴; der Grundgedanke bei dieser Form der Etikettierung ist der, daß ein bestimmtes Etikett auf andere, auf den ersten Blick weit entfernte Bereiche übergreifen kann – so etwa, wenn man mit Blinden besonders laut und deutlich spricht, als wären sie auch hörbehindert, oder

4 Cf. Erving Goffman, *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*, Frankfurt am Main 1975, S. 14.

wenn man sich weigert, einem Homosexuellen die Kasse des Sparvereins anzuvertrauen. Im vorliegenden Fall werden Sandra Kompetenzen abgesprochen, die sie sehr wohl zu besitzen scheint. Allerdings wäre durchaus denkbar, daß im vorliegenden Fall familienzufisische Tatbestände wichtiger sind als die Dynamik der Arbeitslosigkeit. Allgemein jedoch ist es ein häufig zu beobachtender Bestandteil des Etikettierungsprozesses, daß dem Etikettierten Fähigkeiten oder Neigungen abgesprochen werden, unabhängig davon, ob er diese nun hat oder nicht.

Auch bei Sandras Arbeitssuche und bei ihrem Umgang mit dem Arbeitsamt spielt die Mutter eine wichtige Rolle. Sie bemerkt zuerst den Zettel im Schaufenster »Lehrling und Anlernkraft gesucht«, und sie schlägt vor, daß Sandra sich bewerben soll; sie ruft schließlich auch empört beim Arbeitsamt an, als die Stellenbewerbung erfolglos bleibt. Eine zweite Tochter der Frau Bretterknieber ist behindert; Sandra ist zwar, so die Mutter, »stark und kräftig« doch in den Stoßseufzer »Was tun die einmal, wenn wir einmal nicht mehr sind?« wird auch sie eingeschlossen. Damit wird Sandra selbst wie eine Behinderte dargestellt, deren allgemeine Lebensuntüchtigkeit nur durch elterliche Fürsorge mühsam kompensiert werden kann.

Im öffentlichen Bereich war Sandras Selbstbild weit weniger Attacken ausgesetzt als zuhause. Fern von der dominierenden und beschützenden Mutter entwickelt sie Fähigkeiten, die ihr zuhause abgesprochen werden; sie manifestiert auch beträchtliches soziales Geschick, wenn sie zum Beispiel an ihrer letzten Arbeitsstelle zu einer Art Vertrauensperson und Mittlerin zwischen den anderen Lehrmädchen und der Chefin wird. Vor allem aber hat Sandra derzeit wenig Kontakt mit der weiteren Öffentlichkeit und bietet ihr daher wenig Angriffsflächen. Da sie keine Leistung der Arbeitsmarktverwaltung bezieht, sind ihre Kontakte zum Arbeitsamt eingeschränkt; allgemein ist sie durch Geldmangel doch relativ stark auf den häuslichen Bereich zurückgeworfen. Dort kann sie sich auch durch Hausarbeit legitimieren: Die Mutter ist kränklich und fühlt sich durch die Tochter entlastet. Zwei Männer – Sandras Vater und ihr Freund – sind zu betreuen, und man hat den Eindruck, daß sich Sandra und ihre Mutter dieser Aufgabe als ein recht gut eingespieltes Team entledigen. Nur anlässlich einer früheren Arbeitslosigkeit hatte Sandra ein markantes Erlebnis mit einem Beamten der Arbeitsmarktverwaltung, das auf den ersten Blick sehr gut ins theoretische Bild paßt. Sie will nicht wieder auf Saison gehen, da ihr Freund im Bezirk eine feste Anstellung hat und diesmal nicht mit ihr gehen würde. In der Darstellung der Mutter begab sich dann folgendes:

»Die kannst du vergessen, da tun sie groß Protaganda machen im Fernsehen vom Arbeitsamt, und wenn du dann hin-

kommst, ja haben wir eh genug Arbeit für Kellnerinnen, kannst eh gehen. Kannst eh arbeiten, genug Arbeit als Kellnerin. Ja, wie stellst Du dir das vor, ich habe ja meinen Freund da, – geh, sagt er, den kannst Du eh hocken lassen, dort sind eh andere auch, oder stehst Du nur auf den einen? Solche Antworten kriegst du vom Arbeitsamt.«

Wir sehen hier deutlich, wie dem immer wieder an Arbeitslose herangetragenen Imperativ, »mobil« zu sein, ein Menschenbild zugrundeliegen kann, wo alle Arten von persönlichen Bindungen – an Menschen, Gemeinschaften, Regionen – ökonomischen Zwängen unterzuordnen sind, wo Personen austauschbar werden wie Hemden. Offensichtlich werden solche Ansinnen nicht an alle Mitglieder der Gesellschaft gleichermaßen gerichtet. Dies spürt auch Sandra:

»... habe gesagt, gingest Du auf Saison, wenn Du verheiratet bist, habe ich zu ihm gesagt, gingest Du sicher nicht, Deine Frau möchte das sicher auch nicht, wenn Du dann ein halbes Jahr weg bist, und außerdem findest Du dort eh auch eine ...«

Die Verwendung des Du-Wortes verweist uns auf eine zusätzliche Dimension des Vorfalls: Sandra kennt den Beamten aus ihrer Tätigkeit im Gastgewerbe; er ist ihr früher »nachgelaufen« und wurde verschmäht. So persönlich, wie das Problem entstanden ist, wird es auch gelöst – Sandra geht zu einem anderen Beamten, den sie ebenfalls kennt, und der für sie interveniert. Zusätzlich beschwert sich Frau Brettertklieber beim »Vorsitzenden« des betreffenden Arbeitsamts. In Summe haben diese Aktionen Erfolg, und Sandra erhält Arbeitslosenunterstützung, die ihr damals zustand und die ihr der erste Beamte vorenthalten wollte.

Allgemein erhielt zumindest das Arbeitsamt Leoben von unseren Befragten sehr gute Zensuren, was den Interaktionsstil der Beamten betraf. 76 Prozent (n=38) antworteten hier mit einem stereotypen »nett« oder »sehr nett«. Soweit es zu Frustrationen und zu Gefährdungen des Selbstbildes der Betroffenen kam, war dies vor allem auf institutionelle Zwänge zurückzuführen. Wir werden in Kapitel 11 noch ausführlich auf diese Problematik zurückkommen. Nur in wenigen Fällen wurde berichtet, daß Unhöflichkeit, Barschheit oder ein genereller Antagonismus die Beziehungen zwischen den Akteuren der Institution und ihren Klienten belasteten. Die Vermutung, daß es sich hier um Sonderfälle handelt, die durch Temperament und Beschäftigungskarriere bestimmter Betroffener zu erklären sind, ist nicht von der Hand zu weisen.

Franziska Kogler etwa hat für das Verhalten der Beamten kein gutes Wort übrig. Allerdings ist ihre Situation von spezieller Ausweglosigkeit, was ohne Zweifel auch ihr Verhalten gegenüber den Beamten einfärbt – sie wirft ihnen zum Beispiel, in der typischen Manier der

Verbitterten, ihre »Jugend« vor. Besonders klagt sie darüber, daß auch während der Zeit, in der sie mit den für sie zuständigen Beamten sprach, an diese Telefongespräche durchgestellt wurden, die lange dauerten und oft auch privater Natur zu sein schienen – »Ja, die kümmern sich um Privattelefonate, ja, da geht es, Scheißerl hin und Scheißerl her, wo man neben sitzen muß und warten muß, aber dann wird nur mit dem Computer gespielt ...«

Frau Kogler hat sich durch die Übernahme von Bürgschaften für ihren als Geschäftsmann erfolglosen Ex-Gatten in ein unlösbares finanzielles Dilemma verstrickt; es wäre für sie sinnlos, eine Arbeit anzunehmen, da sie bis aufs Existenzminimum gepfändet würde. »So, wenn du arbeiten gehst, dann nehmen sie dir alles weg, und gehst du nicht arbeiten, dann traktieren dich halt die anderen, nicht. Also Zukunft hat es auf keinen Fall.« »Die anderen« sind die Beamten der Arbeitsmarktverwaltung, die ihr seit vier Jahren – mit kleinen Unterbrechungen – Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe auszahlen und offensichtlich durchschaut haben, daß sie keine Arbeit annehmen kann. Frau Kogler wird in Abständen mit Vermittlungsangeboten traktiert, die meist auch objektiv unzumutbar sind. Durch den Verweis auf ihre zehnjährige Tochter kann sie sich verschiedenen Stellenangeboten widersetzen. Die Tochter wird von Frau Kogler unablässig als Darstellungs- und Rechtfertigungskrücke benutzt – sie empfängt keine Besuche, da sie nichts »aufwarten« kann, weil dies ihrer Tochter dann abgehen würde. Was sie einmal tun wird, wenn die Tochter selbständig ist, kann nur zu pessimistischen Spekulationen Anlaß geben.

Eine weitere Verschärfung von Frau Koglers Situation ergibt sich aus der Tatsache, daß sie mit der Stromrechnung in Rückstand geraten ist. Das E-Werk installierte einen Münzautomaten, der erst dann Strom liefert, wenn gleichzeitig ein Teil der Ausstände beglichen wird; die Maschine erscheint Frau Kogler wie ein geldfressendes Monstrum, das darüber hinaus noch ihren inferioren Status publik macht – so sieht sie sich etwa genötigt, ihre Wäsche bei einem gutmütigen Nachbarn zu waschen. Solche innerhäuslichen Mechanismen der Degradierung gibt es auch in anderen Formen. Klaus Holzer ist bereits über sechs Monate arbeitslos, obwohl er als gelernter Maler zu jenen Facharbeitern gehört, an denen angeblich so großer Mangel bestehen soll. Er berichtet, daß er der Nachbarin gegen ein kleines Entgelt beim Kohlenschaufeln behilflich war. Seine Lebensgefährtin Silke Waidacher, ebenfalls arbeitslos, gibt an, daß sie oft die »Dachbodentouren« für die Leute im Haus macht, »für ein paar Hundert Schilling«. Die Idee dieser Dachbodentouren ist ursprünglich eine kooperative, wo gleichberechtigte Mitbewohner ein wenig von ihrer Arbeitskraft der Instandhaltung des Hauses widmen; wird dies zum Gegenstand der beschriebenen finanziellen Transaktion, dann wird Frau Waidacher dadurch – wenn auch nur kurzfristig – zum Lohn-

diener theoretisch Gleichgestellter, was wiederum eine Doppelfunktion erfüllt: Ihr hausinternes Sozialprestige sinkt, während gleichzeitig ihre finanzielle Bedürftigkeit publik gemacht wird.

Im Gegensatz zu Frau Kogler und einigen anderen Unzufriedenen – Irmgard Hausner, eine arbeitslose Lohnverrechnerin, behauptet, sie hätte »eine Ewigkeit« warten müssen, »wie beim Arzt« – kommen recht wenig Klagen über die Wartezeiten beim Arbeitsamt. Gewöhnungseffekte können auch hier eine Rolle spielen; und wie so oft, schalten sich auch hier die Stigmatisierten selbst in den Prozeß der Etikettierung und Selbstetikettierung ein. Erika Brett, die als Selbständige Schiffbruch erlitten hat und nun von der Notstandshilfe lebt, berichtet von einem Mann, der, wie sie darauf wartete, zum zuständigen Beamten vorgelassen zu werden, und für ihren Geschmack zuviel Ungeduld bewies: »Sie, habe ich gesagt, für das sind Sie ja arbeitslos, daß Sie da warten können.« Auch hierin manifestiert sich ein Merkmal des Stigmas Arbeitslosigkeit, das es mit anderen temporären Etiketten teilt – die Tendenz von Betroffenen, sich der Kategorie nicht wirklich zugehörig zu fühlen, zwischen sich und den anderen Arbeitslosen oder Insassen von Gefängnissen oder Nervenheilstätten einen dicken Trennstrich zu ziehen (»die sind alle verrückt hier«). Frau Brett führt die zuvorkommende Behandlung am Arbeitsamt zum Teil darauf zurück, daß sie sich »distanziert« hat; auch den Grund für ihre Distanziertheit kann sie erläutern: »Am Anfang habe ich, ganz ehrlich gesagt, Schamgefühle gehabt, also ich habe mich geniert, ganz ehrlich gesagt, wie ich dort gestanden bin, weil ein Großteil, die hinkommen, das sind Stammgäste drinnen, und ich bin mir da ein bißchen fehl am Platz vorgekommen ...« Ganz anders wiederum Herr Kaltenbrunner, ebenfalls arbeitsloser Maler und wie Frau Brett ebenfalls erfolgloser ehemaliger Kleinunternehmer, der zwar darüber klagt, daß er einmal wie ein Jo-Jo zwischen Arbeitsamt und Krankenkasse hin und hergeschickt wurde, allerdings den Zeitaufwand beim Arbeitsamt in keiner Weise als belastend empfand: »Das macht mir nichts, das macht mir gar nichts aus, zwei, drei Stunden, vier Stunden. Ich habe so Zeit, ich bin ja ein Arbeitsloser, nicht«; und so andersartig diese Reaktion auch erscheinen mag, markiert sie dennoch nur den logischen weiterführenden Schritt im Prozeß der Selbstdefinition, ein Schritt, den Frau Brett noch nicht vollzogen hat, aber vielleicht eines Tages vollziehen wird.

Daß man zu Stellen geschickt wurde, die bereits besetzt waren, wurde immer wieder berichtet (cf. Kapitel 11); und selbst in jenen Fällen, wo Vermittlungen tatsächlich zustande kamen, spiegelt sich der begrenzte Handlungsspielraum der AMV-Beamten in den Frustrationserlebnissen der Vermittelten. Dies wird überdeutlich, wenn Helene Mittelstrasser, eine arbeitslose Putzfrau, über zwei ihr vom Arbeitsamt vermittelte

Stellen aussagt: »Jede Arbeit, die ich noch gekriegt habe, war beschissen, auf deutsch gesagt.« Dies äußert eine Frau, deren Traumjob Aufräumerin in einem Spital ist.

Natürlich spielt unter solchen Umständen der Sanktionsapparat der Arbeitsmarktverwaltung eine sehr untergeordnete Rolle – wo es keine Stellen zu vermitteln gibt, kann es auch nicht zur Arbeitsverweigerung kommen. Die in den Medien häufig vertretene Auffassung, daß die Beamten in der Handhabung dieses Apparats zu lax seien, sowie die in diesem Zusammenhang zur Disziplinierung der »Arbeitsscheuen« vorgeschlagenen Maßnahmen, zielen daher zumindest im Fall Leoben völlig ins Leere. Für unsere Betroffenen bedeutet das, daß ein Teil des Degradierungsapparats ausgeschaltet ist; dies ist gerade auf die aussichtslose Situation des Arbeitsmarktes zurückzuführen, und folgt damit der Logik des homöostatischen Prozesses. Es kam dennoch in einigen Fällen zu versuchten Arbeitszuweisungen, die in ihrer bitteren Komik ein Schlaglicht auf die von unseren Meinungsbildnern herbeigewünschte Verschärfung der Situation werfen. Josef Scherz berichtet mit einiger Verwunderung über einen Freund, der zum Zirkus vermittelt hätte werden sollen; er selbst setzte sich erfolgreich gegen die Vermittlung an eine Arbeitsstelle zur Wehr, bei der er Metalle aus Müllhalden hätte ausklauben müssen. Er faßt seine Meinung über diese Wirkungsstätte in den schlichten Worten zusammen »Ich bin kein Magnet.«

Auch derartiges gehört zu den für viele unsichtbaren Kosten der Arbeitslosigkeit. Im Banne der empirisch unfundierten Legende, daß es keine »absolute« Armut mehr gebe, wird das Problem unter der Rubrik »relativer« Deprivation abgehandelt; in einer Zeit, da allgemein zum »Maßhalten« aufgerufen wird und eine vergleichende Perspektive gedankenlos mit »Neid« gleichgesetzt wird, kann dieser Akzent, der auch von meist wohlwollenden Sozialwissenschaftlern immer wieder gesetzt wird, das Problem verharmlosen und den Blick auf die wahren Kosten des Phänomens verstellen. Jemandes Würde – oder die Achtung, die ihm entgegengebracht wird – muß sehr wohl als etwas Absolutes konzipiert werden; nur ein bereits pervertiertes Gemüt kann Tröstungen daraus beziehen, daß andere Leute noch stärker mißachtet werden als er selbst. Der Arbeitslose, der durch zahlreiche, oft subtile Maßnahmen systematisch degradiert wird, verliert ein primäres soziales Gut, wie John Rawls es nennt, jenes der Selbstachtung.⁵ Diese Verluste schmerzen, auch wenn sie der Sicht jener entzogen sind, die es verlernt haben, in anderen als ökonomischen Kategorien zu denken. Darüber hinaus ist die Würde und Selbstachtung des einzelnen eine Vorbedingung jener individueller Anstrengungen, zu

5 Cf. John Rawls, *A Theory of Justice*, Oxford 1972.

denen er aufgefordert wird; daß diese Aufforderungen von Leuten ausgehen, die meist längst schon ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben und die alle nur denkbaren Maßnahmen befürworten, die eben diese Selbstachtung zerstören müssen, das schließt den beschriebenen Kreis.

Manchmal nimmt diese metaphorische Entmündigung eine erstaunliche Buchstäblichkeit an. Beate Beckers Tochter war als Legasthenikerin in die Sonderschule gekommen; aus der gab es kein Zurück. Frau Becker erläutert dies: »... wobei sie eigentlich dort ein Vorzugszeugnis gehabt hat, und ich immer wieder versucht habe, sie in die Normalhauptschule zu bringen, hat das einfach die Direktorin abgelehnt, weil sie war das Renommierstückchen, nicht, wir haben auch gescheite Kinder, ja.« Auch die Lehrstellensuche gestaltete sich dann schwierig; Frau Becker spricht hier vom »Makel« oder der »Marke« der Sonderschülerin – »... das geht nicht weg, das kriegt man, glaube ich, nie mehr weg.« Entsprechend empört war sie dann über ein Ansinnen, das sie folgendermaßen schildert:

»Und mit dieser Marke ist es verdammt schwer, eine Arbeit zu finden. Der erste Lehrplatz, das war da – eine Schneiderlehre wäre es gewesen. Und der Meister hat gesagt, wir müssen unser Kind entmündigen, dann nimmt er sie, weil es geht da um die Förderungsgelder, die er vom Staat kriegt, wenn er das Mädchen einstellt.«

Teilnahme und Mobilität

In der Marktwirtschaft ist es die erste und vordringlichste Verpflichtung des einzelnen, jemanden zu finden, der das brauchen kann, was er anzubieten hat. Je marktwirtschaftlicher eine Gesellschaft organisiert ist, desto verpflichtender ist die Teilnahme an ihren Aktivitäten. Verweigerer gehen unter, oder überantworten sich der Philanthropie ihrer Mitmenschen; dadurch enden jene, die oft den größten Freiheitsdrang haben, als Abhängige. Auswanderung und originärer Erwerb stellen heute keine realen Optionen mehr dar – die Welt ist weggegeben, und Schillers Poet kommt nun endgültig zu spät. Der Arbeitslose wird aus diesem Zwangssystem hinausgeschleudert und gleichzeitig aufgefordert, den Wiedereintritt zu suchen; er wird in recht unzweideutiger Art zu einem Tanz gebeten, der hinter verschlossenen Türen stattfindet.

Dieser Teilnahmewang entsteht natürlich auch in Gesellschaften, deren politisch-ökonomisches System nicht oder nur teilweise unter marktwirtschaftlichen Imperativen steht. Im Extremfall der totalitären Gesellschaft entsteht er vor allem im politischen System, wird im allgemeinen von der Wiege bis zur Bahre unablässig ausgeübt und ist durch oft brutale Sanktionen abgesichert. Doch korrespondiert diesem kollektivistischen Druck nicht bloß eine Pflicht, sondern auch ein Recht des einzelnen auf Teilnahme; Arbeitslosigkeit hat daher zumindest in der Ideologie dieser Gesellschaften keinen Platz. Steht der Arbeitslose in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften in einer quasi partnerschaftlichen Beziehung zu einer Gesellschaft, die ihn mit dem einen Arm umfängt und mit dem anderen wegstößt, so ist die Umarmung im totalitären Staat zumindest unzweideutig, mag sie von vielen auch als beklemmend empfunden werden. Der freie Markt operiert da subtiler – letztlich vernichtet auch er jene, die seinen Regulativen nicht gehorchen können oder wollen; und ganz wie die totalitäre Gesellschaft verheißt auch er allen die Teilnahme, wenn sie sich nur an die Spielregeln halten.

Betrachten wir zunächst kurz, worin diese über Arbeit vermittelte Anteilhabe an einer Gesellschaft besteht. Dies geht ganz offensichtlich über die in der Arbeit selbst liegenden Möglichkeiten der Interaktion und Kooperation mit anderen weit hinaus. Man denke etwa daran, daß es auch Bürofeste und Betriebsausflüge gibt: im Vergleich dazu gibt es wenig Kränzchen

für Arbeitslose, die vermutlich, wenn sie stattfänden, an Ausgelassenheit eher zu wünschen übrig ließen. Thomas Schelling wiederum hat darauf verwiesen, daß nicht nur staatliche, sondern auch Privatunternehmen Instrumente des Staates sind – er nennt zunächst die Einbehaltung der Einkommensteuer und die Ablieferung von Beiträgen zur Pensions- und Krankenversicherung. Dies kann jedoch wesentlich weiter gehen: In Entwicklungsländern werden Analphabetentum, Seuchen und Überbevölkerung am Arbeitsplatz bekämpft; dort, so Schelling, sind Menschen genau wie in Schulen in für solche Maßnahmen geeigneter Form zusammengefaßt.¹

Neben dem unmittelbaren Produkt werden am Arbeitsplatz sozusagen auch immaterielle Güter hergestellt, wie Geselligkeit, Sicherheit oder Qualifikation; und auch das Produkt selbst hat meist eine symbolische Bedeutung, da angenommen wird, daß es sich an irgendwelche menschlichen Bedürfnisse richtet und den Erzeuger dadurch in ein weiteres Ganzes einbindet, das über ihn und seinen engsten Kreis hinausverweist. Der von dieser zentralen gesellschaftlichen Veranstaltung Ausgeschlossene hat in den meisten Fällen den dringlichen Wunsch, wieder Einlaß zu finden – paradox wird seine Situation dann, wenn eben die Tatsache des Ausgesperrtseins die Schwierigkeit, eingelassen zu werden, erhöht. Wir haben es hier also nicht bloß mit einer schlichten Doppelbotschaft zu tun, noch einfach mit dem Widerspruch zwischen Teilnahmezwängen und strukturellen Hindernissen, diesen Aufforderungen auch nachzukommen; für Arbeitslose besteht die spezielle Verschärfung der Situation in der weiteren Ausgestaltung dieser Hindernisse und in der Errichtung neuer Barrieren, die ihren Ursprung im Faktum der Arbeitslosigkeit selbst haben. Eine Etikettierungsschleife kommt in Gang, deren einfachste statistische Quintessenz darin besteht, daß sich mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die Wahrscheinlichkeit verringert, Arbeit zu finden. Die dieser statistischen Generalisierung zugrunde liegenden Mechanismen sind vielfältig. So werden in Zeiten der Rezession Stellen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor in zunehmendem Ausmaß entweder »von innen« oder doch mit Arbeitswechslern besetzt.² Bei jenen Arbeitnehmern, die bezahlte Arbeit haben, breitet sich »Job-Stagnation« aus, eine Verringerung der Tendenz, einen Arbeitsplatz aus welchen Gründen auch immer zu räumen. Auch informelle Vermittlungsmechanismen spielen hier eine Rolle – man denke an Klubs oder Vereine als Umschlagplätze beruflicher Chancen, und die Möglichkeit, daß diese Klubs von Arbeitslosen gemieden werden.

1 Thomas Schelling, »Command and Control«, in: Thomas Schelling, *Choice and Consequence*, Cambridge, Mass. 1984, S. 44 ff.

2 John Creedy, *The Economics of Unemployment in Britain*, London 1981, S. 25.

Die Gewerkschaften sind hier zu nennen: in manchen Ländern verlieren Arbeitslose überhaupt ihre Mitgliedschaft; allgemein werden die Interessen der Arbeitslosen von Gewerkschaften meist recht halbherzig wahrgenommen. Und in der Langzeitarbeitslosigkeit verfallen berufliche und soziale Geschicklichkeiten: die Meinung, daß mit einem solchen Arbeitslosen »etwas nicht stimmen kann«, daß er »nichts taugt« erhält so die Gelegenheit, sich selbst zu bestätigen.

Der skizzierte Mechanismus zeigt sich besonders deutlich in der Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamtes. Die Theorie, nach der das Arbeitsamt nur »minderwertige« und »unterqualifizierte« Arbeitskräfte zu vermitteln hat, hat sich in den Köpfen der Unternehmer festgesetzt, obwohl ihr zumindest in Zeiten höherer Arbeitslosigkeit die faktische Grundlage entzogen sein müßte. Somit wirkt die Tatsache, daß man sich über das Arbeitsamt – eine Institution, die ja nach offizieller Auslegung gerade zu diesem Zweck besteht – um eine Stelle umsieht, häufig als Anstellungshindernis. Die von uns befragten Arbeitgeber schalteten das Arbeitsamt bei ihrer Arbeitskräftesuche entweder überhaupt nicht oder nur unter großen Vorbehalten ein. Die Personalchefin eines großen Kaufhauses gab an, daß sich potentielle Mitarbeiter bei ihr vorwiegend aufgrund von Mundpropaganda bewerben; genau dieselbe Antwort erhielten wir vom Inhaber einer Großwäscherei. Auch Zeitungsannoncen wurde im allgemeinen gegenüber dem Arbeitsamt der Vorzug gegeben; vom Arbeitsamt geschickte Bewerber wurden mit wechselnden Prozentangaben als »untauglich« oder gar »unwillig« qualifiziert. Für besonders gesuchte Arbeitsstellen scheint das Arbeitsamt überhaupt vollkommen irrelevant zu sein, etwa für Anstellungen bei Banken. Zwar erklärt sich ein Zweigstellenleiter, der sich beim Interview um eine paternalistische Selbstpräsentation bemüht, bereit, unter Umständen auch vom Arbeitsamt geschickte Stellenwerber aufzunehmen – »Vielleicht ist doch einmal einer dabei, der zu brauchen ist«; allerdings scheint diese Bereitschaft sehr theoretischer Natur zu sein, da dies nach Aussage des Bankbeamten in den 25 Dienstjahren seiner Tätigkeit noch nicht vorgekommen sei. Besonders gegenüber Langzeitarbeitslosen herrscht ein profundes Mißtrauen, das von den befragten Unternehmern auch recht unverblümt artikuliert wird. Der Betriebsleiter eines mittelgroßen Holzverarbeitenden Unternehmens erklärte sich nicht bereit, Langzeitarbeitslose einzustellen; in solchen Fällen müsse seiner Meinung nach ein sachlicher Grund – etwa schlechte Arbeitsleistung – für die lange Dauer der Nichtbeschäftigung vorliegen. Ähnlich ein Gastronom, der angab, daß es für einen Koch oder Kellner nicht »normal« sei, länger arbeitslos zu sein. Und der Hochbauleiter einer Leobner Baufirma suchte Zuflucht bei den orakelhaften Äußerungen des Volksmundes: »Bei einer

länger dauernden Arbeitslosigkeit denkt man schon nach – es ist eine alte Weisheit, daß man sagt: Gute Leute haben Arbeit«. Dies kontrastiert mit der extrem leistungsorientierten Haltung eines Dachdeckermeisters: Er erklärte soziale Gründe bei Personalentscheidungen für »vollkommen nebensächlich« – »nur die Leistung zählt«. Folgerichtig jedoch kümmert ihn auch die Dauer der Arbeitslosigkeit nicht; innerhalb der einmonatigen Probezeit hätte er ohnehin Gelegenheit zur Überprüfung, ob jemand »etwas taugt« oder nicht. Dies illustriert sehr hübsch den relativen Vorteil, den eine *unvermischte und eindeutige* Leistungsideologie dem Arbeitslosen in diesem Zusammenhang bietet – bei diesem Arbeitgeber erhält er (angeblich) zumindest die Chance, seine Tauglichkeit unter Beweis zu stellen. Hierin steckt die Lektion, daß es konsistente Ideologien den mit ihnen konfrontierten Akteuren oft leichter machen, als jene gesellschaftlichen Rhetoriken, die je nach Lust und Laune des Interpreten gehandhabt werden können – wie im bereits erwähnten Fall, wo sich der Leistungsdruck des Akkords mit formalistischen Regeln der Pünktlichkeit verbindet. Auch bei den Ablehnungsgründen, mit denen die Stellenwerber unserer Tiefeninterviewpopulation konfrontiert waren, wird dies deutlich; es leuchtet z. B. noch ein, daß ein potentieller Mitarbeiter unter bestimmten Kriterien »zu alt« oder »zu jung« sein kann. Ein und derselbe Befragte konnte jedoch einmal zu jung, einmal zu alt sein; wenn dann noch eine 30jährige für »zu alt« befunden wird, dann wird das Alter immer mehr zum Anstellungshindernis, unabhängig davon, wie alt man eigentlich ist – und ein ziemlich formidables Hindernis angesichts der einleuchtenden Tatsache, daß jeder Mensch irgendein Alter aufweisen muß. Zwar müssen die tatsächlichen Anstellungskriterien und die Rationalisierungsstrategien von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern auseinandergelassen werden; doch manifestieren sich hier Erwartungen von einer Nebelhaftigkeit, die beim Betroffenen die entsprechenden Orientierungsschwierigkeiten auslösen. Ein besonders drastisches Beispiel liefert der körperlich behinderte Erich Drageric: »...und man bekommt dann den Vorwurf, man sei schon zu alt zum Arbeiten, das hat man mir auch gesagt. Ich bin 24 Jahre alt – was wollen Sie, Sie sind eh schon zu alt zum Arbeiten, bleiben Sie daheim, geben Sie eine Ruhe...in Ihrem Alter kann man Sie nicht vermitteln. Ich muß Ihnen aber sagen, so geht das schon seit einigen Jahren, ja. Damals hat es geheißen, ja, es ist schwer, und heute heißt es, Sie sind zu alt dazu.«

Als Behinderter hat Erich einen einigermaßen geschärften Blick für das Absurde seiner Situation; daß er unter anderem keine Stelle bekommt, weil er nicht genug Praxis hat und daß er ohne Praxis keine Stelle bekommen kann, ist ihm schmerzlich bewußt – »es ist ein einziger Kreislauf«. Diese Rückkopplungsschleifen stellen die Basis des Teilnahmeparadoxons

dar, wo der Tatbestand der Arbeitslosigkeit auf Faktoren wie die individuelle Qualifikation, die Dauer der Arbeitslosigkeit und das arbeitsmarktrelevante Wissen zurückwirkt, allesamt Faktoren, die ihrerseits den Zustand der Arbeitslosigkeit verlängern oder perpetuieren (während man nicht behaupten könnte, daß Arbeitslosigkeit auf das biologische Alter zurückwirkt). Betrachten wir nach der Dauer der Arbeitslosigkeit noch weitere dieser Faktoren.

Fragen der Qualifikation sind besonders durch die Debatte um den »Facharbeitermangel« ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Dieses eigenartige Phänomen wäre am einfachsten damit zu erklären, daß es »zuwenig« Schlosser oder Spengler oder Tischler gibt. Allerdings steht dieser Interpretation einiges im Wege. Von unseren Befragten arbeiteten 41 Prozent zuletzt nicht in jenen Berufen, die sie gelernt hatten, hatten also für ihre Ausbildung in meist klassischen Lehrberufen wie Tischler, Bäcker oder Schneiderin keine Verwendung mehr gehabt (n=76). Eine Tabelle, bei der auch zwischen jenen unterschieden wird, die eine Lehrabschlußprüfung haben bzw. diese nicht haben, ergibt folgendes Bild:

Tabelle 12: Zusammenhang von Ausbildung und aktueller Beschäftigung bei den befragten Arbeitslosen

	Lehrabschlußprüfung		gesamt
	ja	nein	
zuletzt im erlernten Beruf beschäftigt	22 (59%)	23 (59%)	45 (59%)
zuletzt nicht im erlernten Beruf beschäftigt	15 (41%)	16 (41%)	31 (41%)
	37	39	n= 76

Auch bei jenen, die ihre Lehre formell mit der Lehrabschlußprüfung beendet haben, mußten 41 Prozent ihrer Bildungsinvestition zumindest teilweise abschreiben. Allerdings muß man sich die Zusammensetzung dieser Population vor Augen halten. Unter den 31 Personen, die zuletzt nicht im erlernten Beruf arbeiten, finden wir eine Reihe von Herabgestuften, wie den Bäcker Hans Musker, der Handelsarbeiter wurde, den Stukkatteur Max Kaltenbrunner, der jetzt als Hilfsarbeiter im Kalkwerk beschäftigt ist, gelernte Verkäuferinnen, die als Aufräumerinnen arbeiten; oder auch den Zimmerer Peter Bernardi, der mit Unterstützung der Arbeitsmarktverwaltung zum Steinmaurer umgeschult wurde. Sie alle haben von einem Facharbeiterman-

gel nichts gemerkt; doch sind z.B. Verkäuferinnen mit der These vom Facharbeitermangel offensichtlich nicht gemeint. Betrachten wir daher die Daten aus unseren Kontaktinterviews, indem wir die Variable »Lehrabschlußprüfung« zur jeweiligen Stellung im Beruf in Beziehung setzen:

Tabelle 13: Zusammenhang von Ausbildung und aktueller Beschäftigung bei allen Befragten der Erhebungsgebiete

	Lehrabschlußprüfung		gesamt
	ja	nein	
Facharbeiter	185	18	203
Sonstige Arbeiter	170	273	443
Angestellter	214	185	399
Beamter	24	24	48
Selbständig	33	82	115
	626	582	1208

Worauf es hier ankommt, ist die Tatsache, daß 170 Absolventen der Lehrabschlußprüfung sich als »Sonstige Arbeiter« (meist Hilfsarbeiter) wiederfanden; 38,4 Prozent der sonstigen Arbeiter sind damit überqualifiziert – anders betrachtet mußte mehr als ein Viertel der auch formal Ausgelernten mit einer Hilfsarbeiterstelle oder etwas Ähnlichem vorlieb nehmen. Der Ruf nach mehr oder besserer Ausbildung verliert damit an Glaubwürdigkeit; in den vergangenen Jahren wurde anscheinend mehr Ausbildung produziert, als der Arbeitsmarkt – zumindest im Raum Leoben – aufnehmen konnte. Es drängt sich der Verdacht auf, daß gestiegene und vielleicht überzogene Erwartungen auf Seiten der Unternehmer für den angeblichen Facharbeitermangel verantwortlich sein könnten.

Es ist hier zunächst von einigem Interesse, daß Klagen über die »schlechte Ausbildung« von Arbeitskräften zu einem gewichtigen Teil auf jene zurückfallen sollten, die sie erheben – diese Vorwürfe werden ja im allgemeinen von Unternehmern geäußert, denen bekanntlich auch ein guter Teil der Ausbildung von Arbeitskräften obliegt. Während Volksschullehrer sich hüten würden, über das schlechte Ausbildungsniveau von Volksschülern zu klagen, bestehen auf Unternehmerseite keine solche Hemmungen. Dies kann darauf zurückzuführen sein, daß viele Unternehmer ihre Ausbildungsaufgaben irgendwie aus den Augen verloren haben, oder daß in Unternehmerkreisen der Unterschied zwischen kollektiver und individueller Perspektive nicht genügend gewürdigt wird – ist Unternehmer A mit einem schlecht ausgebildeten Schlosser konfrontiert, dann bedeutet das, daß es irgendwo einen Unternehmer B gibt, der

dafür ein gerüttelt Maß an Verantwortung zu tragen hat. Klagen »der Wirtschaft« oder »der Unternehmer« gewinnen dadurch den Charakter des Schizophrenen; hinzu tritt die falsche Prämisse, daß ein allgemein niedriges Ausbildungsniveau auf höhere Gewalt oder auf moralisches Versagen der arbeitenden Menschen zurückzuführen ist.

Im Kontrast dazu läßt sich eine ganz andere Erklärung skizzieren, die der Spannung zwischen individueller und kollektiver Rationalität Rechnung trägt. Es sei vorausgeschickt, daß die folgende Skizze zum Teil prognostischen Charakter hat: einige der diagnostizierten Tatbestände liegen zumindest in Ansätzen bereits vor, andere stehen uns vielleicht erst bevor. Dieser dynamische Aspekt einer Entwicklung, die schon in statistischer Betrachtung einigermaßen komplex ist, sollte im folgenden stets im Auge behalten werden.

Wenn Unternehmern eine größere Auswahl von Bewerbern zur Verfügung steht, wie dies in der ökonomischen »Krise« natürlich der Fall ist, dann ist es betriebswirtschaftlich rational, sich die Ausbildungs- und Einschulungs- oder Umschulungskosten zu sparen; manche Unternehmer werden aufgrund der Wirtschaftslage auch zu einer derartigen Personalpolitik gezwungen sein. Unter diesem Blickwinkel ist der angeblich nicht existierende Facharbeiter einer mit schlechter Ausbildung, jemand, der nicht spezialisiert genug ist, der den Anschluß verloren hat, der »zu alt« oder »zu jung« ist, etc. Für jeden einzelnen Unternehmer ist es rational, die Ausbildung und Umschulung anderen Unternehmern zu überlassen, mit dem bei solchen Prozessen üblichen Ergebnis, daß schließlich niemand solche Kosten übernimmt. Das allgemeine Ausbildungsniveau sinkt stetig, die Konkurrenz um qualifizierte Kräfte verschärft sich, während die weniger Qualifizierten als Arbeitslose im Regen stehen gelassen werden und gleichzeitig noch die Verantwortung dafür aufgebürdet bekommen. Facharbeiterausbildung wird zum kollektiven Gut, das von betriebswirtschaftlich denkenden Individuen nicht finanziert werden kann; die einzelnen Unternehmer verfangen sich in einem n-Personen Prisoners' Dilemma, das nur mehr durch zentrale Koordination behoben werden könnte.

Die Datenbasis für diese Erklärungs konstruktion ist bei weitem nicht vollständig, doch könnte sie relativ leicht ergänzt werden. Wie bereits belegt, mußten auch in früheren Jahren viele gelernte Tischler und Bäcker oder Schlosser in Berufe abwandern, für die ihre Ausbildung irrelevant war; damals wurden diese Leute eben eingeschult. Ein Arbeitgeber, der einen Spengler gesucht hatte, beklagte sich darüber, daß ihm das Arbeitsamt »vom Schlosser bis zum Installateur« »alles mögliche« geschickt hätte, nur eben keinen Spengler – in früheren Zeiten hätte er diese »Unqualifizierten« nehmen müssen und wahr-

scheinlich auch gerne genommen. Ein anderer Arbeitgeber erläutert, daß ein »Supertischler« stets eine Arbeit finden könne; auch dies paßt ausgezeichnet ins theoretische Bild, ebenso wie die Erfahrungen der befragten Lehrlinge.

Schließlich wissen wir aus der Theorie des kollektiven Handelns, daß solche zu suboptimalen Ergebnissen führenden Prozesse durch die Neubildung eines für die Situation relevanten Ethos zum Stillstand gebracht werden können; gelingt dies nicht, bleibt vor allem zentrale Intervention übrig. Im vorliegenden Fall bedeutet dies die Übernahme der Aus- und Weiterbildungsaufgaben durch den Staat, also die Arbeitsmarktverwaltung. Staatlich geförderte Schulungen könnten also zumindest für Unternehmer eine Entspannung der Situation herbeiführen, indem Ausbildungskosten von der Allgemeinheit übernommen werden. Für die Betroffenen handelt es sich hier um streng individualistische Strategien; gibt es ein Stellendefizit, und werden Leute z.B. darin geschult, bei Einstellungsgesprächen überzeugend aufzutreten, dann kann dies natürlich das bestehende Arbeitsplatzmanko nicht beheben – auf der Strecke müssen immer irgendwelche Leute bleiben, unter der hier thematisierten Prämisse eben jene, die sich selbst am wenigsten geschickt präsentieren können. Unter diesem prinzipiellen Defekt leiden alle individualistischen Strategien, von den Schulungen der Arbeitsmarktverwaltung angefangen über psychologische Beratung bis zu den Tätigkeiten von Sozialarbeitern und Philanthropen.

Damit aber muß sich auch zentral koordinierte Intervention in dieser Angelegenheit als Fehlschlag erweisen. Durch das Bestehen solcher staatlicher Maßnahmen wird die Neigung der Unternehmer, Ausbildungskosten abzuwälzen, natürlich noch verstärkt, auch wenn über die Kurse der AMV ebenso geklagt wird wie – implizit – über die Ausbildungserfolge anderer Unternehmer. Das von solchen Maßnahmen erzeugte kollektive Bildungsgut ist nicht selten inferior (cf. Kapitel 10): damit rückt aber schließlich die Lösung des kollektiven Problems in immer weitere Ferne. Die als »schlecht qualifiziert« Abgestempelten bleiben weiterhin ausgeschlossen, wodurch ihnen die Gelegenheit verwehrt wird, ihre Qualifikationen zu verbessern. Die »moderne Wirtschaft« kann sie nicht brauchen, wobei vergessen wird, daß es eben diese Wirtschaft ist, die in passiver Konsumentenhaltung abwartet, daß sich die von ihr geforderten Kunstfertigkeiten wie durch ein Wunder bei den Arbeitnehmern einstellen. Ebenfalls verschwiegen wird, daß sich bei einem Überhang von Stellensuchenden die Anforderungen immer höher schrauben lassen; angesichts struktureller Arbeitslosigkeit erzeugt ein allgemein gestiegenes Ausbildungsniveau letztlich nur besser ausgebildete Arbeitslose. Auch diese einfache Wahrheit geht im Getöse des Geschreis nach »qualifizierten Arbeitskräften« völlig unter.

Auch im Bereich der Arbeitssuche läßt sich die vitiöse Schleife des Teilnahmeparadoxons identifizieren. Die zunehmende Verhärtung des Arbeitsmarktes und die Abschottung ganzer Betriebe und Sparten, ob durch Aufnahmeperrren, Job-Stagnation oder andere Mechanismen, schließt den Teilnehmer nicht nur einfach aus, sondern beeinträchtigt auch andere Strategien der Arbeitssuche. Zwar kann jeder Arbeitslose die Zeitungen nach Stellenannoncen durchsehen, wie dies auch bei der Mehrheit unserer Befragten der Fall war, doch sinken die Erfolgsaussichten dieser Vorgangsweise mit steigender Arbeitslosigkeit. Da Mundpropaganda billiger kommt und ebenfalls ihren Zweck erfüllt, nehmen manche Arbeitgeber davon Abstand, freiwerdende Stellen zu inserieren; und auch dann, wenn dies geschieht, dürften informelle Mechanismen meist schneller wirken. Unsere Befragten hatten jedenfalls keinerlei Erfolgserlebnisse im Zusammenhang mit Zeitungsinseraten zu vermelden. In einer solchen Situation sinkt der Informationswert der allgemein zugänglichen Annoncen, während jener der mündlich weitergegebenen und exklusiver gehandhabten Berichte über freiwerdende oder freigewordene Stellen und deren Eigenschaften steigt. Die Einbindung in die Arbeitswelt und die Teilnahme an der Kultur der Berufstätigen begünstigt offensichtlich die Chance, sich dieser qualitativ besseren Informationen zu bemächtigen. Unsere Befragten hatten nur in seltenen Fällen noch Kontakt mit früheren Arbeitskollegen, bei vielen bestand nur eine indirekte Ankoppelung an die Arbeitswelt durch im Haushalt lebende berufstätige Familienmitglieder – und bei etlichen nicht einmal diese. Die allgemeine soziale Isolation des Arbeitslosen sorgt hier dafür, daß der Grund der Isolation weiterbesteht.

Die Marginalisierung im Basar der Informationen kann durch größere Aktivität teilweise oder gänzlich kompensiert werden. Diese Aktivität erfordert Zeit, von der der Arbeitslose im allgemeinen genug zur Verfügung hat, doch ebenso Geld. Der mit Arbeitslosigkeit meist verbundene Einkommensverlust behindert damit auch die Arbeitssuche. Ein dynamischer junger Mann aus unserer Population klapperte alle potentiellen Arbeitgeber der Region im Auto ab; diese aufwendige Suchstrategie blieb vielen anderen schon aufgrund der Tatsache verwehrt, daß sie über kein Auto verfügen (cf. unten). Über die Ausgaben, die mit der Fahrt zum Arbeitsamt oder zu Arbeitgebern verbunden waren, wurde mehr als einmal geklagt. Beate Becker, eine 43jährige, deren Wünsche auf ein absolutes Minimum zusammengeschrumpft sind (»Mein Traum wäre halt, einen Beruf zu haben, von dem ich leben kann, so schlecht und recht..«) verfiel auf eine Pioniertat im Bereich der Arbeitssuche – sie setzte sich in den Zug und besuchte persönlich die Arbeitsämter in Wien, Linz und Salzburg, wo sie erstaunt, aber wohlwollend aufge-

nommen wurde. Allerdings blieb auch diese teure Eskapade ohne Erfolg. Solche Suchkosten werden natürlich desto widerwilliger erbracht, je öfter der finanzielle Aufwand vergebens war. Auch dies ist ein wesentlicher Bestandteil des Entmutigungsprozesses.

Daß Frau Becker auf solch extravagante Arbeitssuchstrategien verfiel, spiegelt ihre verzweifelte Situation wider. Sie bezog 3000 Schilling »Stempelgeld« und ihre Wohnung kostete 2800 Schilling. Sie mußte die Wohnung aufgeben, und verdankt es ihrem Ex-Gatten, daß sie überhaupt ein Dach über dem Kopf hat; er ist die Woche über auswärts beschäftigt und Frau Becker hat mit ihm eine Art Wohngemeinschaft gebildet, bei der sie sich am Wochenende mit ihrem Baby, einem zwei Monate alten Mädchen, in ihr Zimmer zurückzieht. Ihr Alter türmt sich vor ihr als Hindernis auf, wo immer sie sich hinwendet – am Arbeitsamt, bei Politikern »beider Parteien«, bei potentiellen Arbeitgebern. Auch an Kursen, etwa über Informatik, wäre sie sehr interessiert; aber die Teilnahme an diesen, so wird ihr beschrieben, ist Jüngeren und angeblich intellektuell Leistungsfähigeren vorbehalten. Im Krankenhaus, wo sie sich ebenso wie im Werk Donawitz um eine Stelle als Aufräumerin beworben hat, wird sie für drei Jahre auf eine Warteliste gesetzt. Diese Wartezeit ist inzwischen »verjährt«; in Donawitz herrscht Aufnahmesperre. Geschicklichkeiten, die sich Beate Becker im Laufe eines vielfältigen Arbeitslebens erworben hat, sind inzwischen obsolet geworden – »Weil ich bin schon zu lange weg. Ich habe wohl eine Zeitlang in einer Spinnerei gearbeitet, aber da war ich 18 Jahre, 19, nicht. Da ist das halt flott dahingegangen; heute hat sich die Technik geändert, und ich mich selber auch...«. Schließlich ist Frau Beckers Abgeschnittenheit von der Welt recht beklemmend – manchmal dreht sie Fernseher oder Radio an, »daß ich weiß, wie das klingt, wenn jemand spricht.«

Beate Becker ist in der absurden Situation von jemandem, der sich verzweifelt nach der Decke streckt, während der Boden unter ihm ständig tiefer sinkt. Wie vieles andere ist ihr auch dies nur zu bewußt: »...sie haben immer das Alter hervorgehoben, haben es immer vorgeschoben. Na ja, gut, mittlerweile habe ich die vierzig Jahre überschritten und jetzt bin ich dann nachher wirklich alt. Schön langsam glaubt man es nämlich, nicht, die machen das schon so, daß man das Gefühl kriegt, ah du bist zu alt, die Wirtschaft braucht dich nicht mehr...«

Durch ihre Formulierung verrät Frau Becker Einsicht in die Tatsache, daß der Ablehnungsgrund »Alter« bloß ein Vorwand sein kann; der allerdings die besondere Eigenschaft hat, daß er eines Tages, wenn er nur fleißig genug gebraucht wird, aufhört, ein Vorwand zu sein. All dies hat Beate Becker verstanden, eine begabte und sehr intelligente Frau, die nicht einmal als Aufräumerin Arbeit finden kann. Wie auch bei anderen – bei Frau

Roscher etwa, die »einfach nur leben« möchte – ist ihr Anspruchsniveau beim Nullpunkt angelangt. Und nicht einmal das einfache Überleben scheint bei Frau Becker selbstverständlich – schon einmal hat sie überlegt, »nehme ich jetzt den nächsten Zug, unter den ich mich lege, oder was tue ich jetzt?«. Von ihr geäußert, klingt dies nicht wie eine leere Floskel, sondern wie der glaubhafte Ausdruck einer Situation, die eine schwächere Frau vermutlich schon längst überwältigt hätte.

Es sei ergänzt, daß auch – zumindest partiell – kontraproduktive sozialpolitische Maßnahmen zu den strukturellen Hindernissen gehören, die sich dem Arbeitslosen in den Weg stellen. Gesetzlich vorgeschriebene Mindestlöhne für Jugendliche können diesen den Eintritt oder Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt erschweren, wenn sie entweder durch erfahrene Arbeitskräfte oder durch billige und unter Umständen staatlich subventionierte Lehrlinge ersetzt werden. (cf. Kapitel 10) Bei älteren Arbeitslosen können deren höhere Lohnansprüche und Einkommenserwartungen ausschließend wirken. Dort kommt hinzu, daß die Berechnung der Alterspension aufgrund des letzten Arbeitseinkommens die Bereitschaft senkt, eine schlechter entlohnte Stelle anzunehmen. Solche sozialpolitischen Errungenschaften stellen sich dann außerhalb der Vollbeschäftigung als äußerst zweischneidig heraus – sie wirken sich zum Nutzen jener aus, die Arbeit haben, stehen aber den Interessen der Arbeitslosen entgegen. Dies trägt natürlich zur Polarisierung bei, zur Zerlegung der erwerbsfähigen Bevölkerung in jene, die immer mehr Vorteile auf immer mehr Dimensionen genießen, und in jene, auf die das Umgekehrte zutrifft. Auch dies wirkt an Mechanismen mit, die zu einer immer stärkeren Konzentration von Betroffenheit auf einen bestimmten Ausschnitt der Bevölkerung führen können, auf ein stabiles Sediment von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und »Springern«³. Dann wird auch jene kleine politische Hoffnung, die an die potentielle Betroffenheit vieler Arbeitsbesitzer anknüpft, zunichte gemacht sein. Zur Zeit schwebt die Drohung, in die Gruppe der Unterprivilegierten verstoßen zu werden, auch über letzteren. Je schwieriger die umgekehrte Bewegung ist, und je effizienter die Ausschlußmechanismen der Arbeitsbesitzenden sind, desto theoretischer wird diese Drohung, zumindest in den primären Arbeitsmärkten. In anderen Ländern mit einer längeren Geschichte der modernen Arbeitslosigkeit zeichnet sich diese Entwicklung schon deutlich ab. Wird diese Vision Wirk-

3 Cf. Christoph F. Büchtemann, »Der Arbeitslosigkeitsprozeß«, und Rolf G. Heinze, »Soziale Strukturierung der Arbeitslosigkeit: Auf dem Weg zu einer »gespaltenen Gesellschaft?« beide in: Wolfgang Bonß und Rolf G. Heinze (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft*, Frankfurt 1984, S. 53 ff. bzw. 106 ff.

lichkeit, dann wird unsere Gesellschaft den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen können, gleichsam vorsätzlich eine ökonomische und soziale Unterkaste gebildet zu haben.

Zu den vielen, und manchmal unverschämten Ansinnen, die an Arbeitslose herangetragen werden, gehört der Ruf nach Mobilität. Einem Wiener Geschäftsmann, der erst nach einiger Suchzeit eine »erstklassige« Sekretärin finden kann, oder einem Hotelier, der für eine Weile niemanden für die von ihm gebotenen Arbeitsbedingungen begeistern kann, mag dies als eminent vernünftiges Ansinnen erscheinen – hier gibt es Arbeitsstellen, dort gibt es Arbeitssuchende, was wäre vernünftiger, als wenn diese zueinanderfänden, in diesem Fall durch Bewegung der Arbeitslosen? Ohne »Marktverzerrungen« – wenn z.B. der Arbeitslose vom Hungertod bedroht wäre – würde diese Bewegung auch erfolgen, zwar nicht mit der von der klassischen Ökonomie ersonnenen unendlich hohen Anpassungsgeschwindigkeit, aber immerhin doch recht rasch.

Dieser einfache Gedankengang ist theoretisch ebenso zwingend wie praktisch irrelevant. Zunächst kann eine derartige Mobilität bestenfalls die Reibungsarbeitslosigkeit ein wenig verringern – für das Gesamtvolumen an Arbeitslosigkeit ist sie ebenso irrelevant wie die Heftigkeit des Gedränges um Eintrittskarten für die limitierte Anzahl der Sitzplätze. Mobilität muß daher vor allem als eine individuelle Anpassungsleistung gesehen werden, die eventuell dem mobilen Arbeitssuchenden, sicher aber jenen Unternehmern zugute kommt, in deren Region die Arbeitslosigkeit »zu niedrig« ist. Als Teil einer gesellschaftlichen Rhetorik ist das Verlangen nach Mobilität darüber hinaus mit einer irreparablen Doppelzüngigkeit behaftet, die von den Erzeugern dieser Rhetorik nur zum Teil gesehen wird, und die die geforderte Mobilität auch als individualistische Strategie einigmaßen zweifelhaft erscheinen läßt.

Mobilität wird von jenen gefordert, die den Staat und seine Aktivitäten in die Schranken weisen wollen und damit auch die angebliche Hypertrophie der wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen. Deren Aufgaben – sollten sie trotz des ungehinderten Ablaufs der Marktmechanismen dennoch entstehen – können in diesem Szenario ja wieder vom informellen Sektor übernommen werden, von Wohltätigen, die dem betroffenen Individuum mehr oder weniger nahe stehen. In ein solches informelles soziales Netz muß man jedoch *eingebunden* sein – der mobile Mensch ist jedoch genau jener, der diese Einbindung hinter sich gelassen hat. Nicht umsonst sind Großstädte, in die es die Mobilen immer gezogen hat, voll von Obdachlosen. Auch in unseren Daten finden sich genug Beispiele für die Abstützung von Arbeitslosen durch informelle Hilfeleistungen; diese erfordern selbstverständlich eine gewisse geographische Nähe und

ein bestimmtes Ausmaß an Interaktionshäufigkeit. Unter diesem Blickwinkel ist die Aufforderung zur Mobilität ein vergifteter Ratschlag, der denen am leichtesten fällt, die seine Kosten nicht zu tragen haben.

Neben diesem riskanten Ausstieg aus einem informellen Netz von sozialen Beziehungen legt auch der Wohnungsmarkt (mitsamt seinen österreichischen Besonderheiten) der geographischen Mobilität Schranken auf. In wirtschaftlich abgesackten Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit sind Wohnungen billig, in prosperierenden, wo es unter Umständen noch freie Stellen gibt, sind sie teuer. In der Obersteiermark sind Eigentumswohnungen und Eigenheime nur nach langen Wartezeiten und unter großen Verlusten absetzbar; die Bereitschaft, diesen oft unter Entbehrungen geschaffenen Besitz aufzugeben, ist denkbar gering. Ein Großteil unserer Population wohnt in Gemeindefwohnungen; die Aussicht, anderswo eine Unterkunft von ähnlicher Qualität zu einem ähnlichen Preis zu erlangen, sind offensichtlich minimal. Hier haben wir es wiederum mit »Marktverzerrung« zu tun; wenn auch zugegeben werden muß, daß das österreichische System der Wohnraumbeschaffung an diversen wohlbekannten Mängeln leidet, müssen wir es hier als vorgegeben hinnehmen. Zu diesen Vorgaben gehört, daß ein Arbeitsloser schlecht beraten wäre, wenn er in seiner Situation auch auf seine Gemeindefwohnung verzichten würde; im schlimmsten Fall würde er sich dadurch selbst die Weichen in die Obdachlosigkeit stellen. Dieter Adamer, ein arbeitsloser Kraftfahrer, bewohnt mit seinen vier Kindern eine 52 m² große Gemeindefwohnung; irgendwie ist es ihm gelungen, trotz seiner chaotischen Wohnverhältnisse seine Kinder zu den freundlichsten der ganzen Siedlung heranzuziehen. Den Nutzen seiner kleinen Wohnung sieht er ganz klar: »Und darum sage ich ja.. wenn ich jetzt 10 Kinder hätte, die Bude gebe ich nicht auf, weil wo kriege ich das her um das Geld, nirgends mehr.«

Man könnte diese Formen von Besitz als Klotz am Bein des arbeitsuchenden Herrn Adamer betrachten; eine weniger zynische Sicht müßte allerdings das Eingeständnis beinhalten, daß es sich Dieter Adamer schlicht nicht leisten kann, diesen winzigen Teil des allgemeinen Kuchens, den er ergattern konnte, aus der Hand zu geben. In der Tat ist bemerkenswert, daß sich der von Apologeten der Mobilität und Flexibilität entworfene Mensch vom Obdachlosen, dem möglichen Endprodukt solcher Mobilität, kaum unterscheiden läßt. Besitz in den meisten seiner Spielarten bindet Menschen an bestimmte Orte, wie all die anderen Faktoren, die den Seßhaften vom Nicht-Seßhaften abgrenzen. Der homo oeconomicus, ebenso wie der Obdachlose, verfügt über keinen Besitz, der seine Beweglichkeit einschränken könnte; und auch die mannigfaltigen Bindungen, die einen Menschen an andere Menschen, an eine

Region und deren Kultur binden, fehlen, Getrieben werden beide von ökonomischen Imperativen; den Obdachlosen zieht es dorthin, wo es Abfälle und Ausspeisungen und improvisierte Nachtquartiere gibt, während der homo oeconomicus dorthin geht, wo es Arbeit gibt. Beide sind Entwurzelte; verlagern sich die Orte ihrer wirtschaftlichen Chancen, dann werden auch sie verlagert. Da Selbsthaftigkeit bekanntlich zu unseren kulturellen Normen gehört, bildet die Aufforderung zur Mobilität Teil einer Doppelbotschaft. In der Praxis kann dies bedeuten, daß sich »mobile« Personen sehr schnell als solche »unsteten Aufenthalts« wiederfinden. Das der Rhetorik von Mobilität, Leistungsbereitschaft und Flexibilität zugrundeliegende Menschenbild entpuppt sich unter diesem Blickwinkel als jenes des Wegwerfmenschen.

Der Abwanderung als Form der Mobilität stehen somit große Hindernisse entgegen; statt zur Wiedereingliederung in die Arbeitsgesellschaft kann sie zum totalen Ausschluß führen. Dennoch war Abwanderung eine Option, die zwischen 1971 und 1981 von sehr vielen Einwohnern des Bezirks Leoben ergriffen wurde – die Wanderungsbilanz beträgt -4983 Einwohner, das sind 5.7 Prozent der Wohnbevölkerung⁴. Da Kinder und Pensionisten unter den Abwanderern unterrepräsentiert sind, würde das Verhältnis zwischen Personen im erwerbsfähigen Alter und der Erwerbsbevölkerung eine noch wesentlich dramatischere Zahl ergeben. Was jedenfalls aus diesen wanderungsfreudigen Leobnern im einzelnen wurde, wissen wir nicht; einen Hinweis finden wir in der Klage Grazer Sozialarbeiter, derzufolge die städtischen Sozialdienste in zunehmendem Ausmaß von obersteirischen Klienten in Anspruch genommen werden.

Die zunehmende Kritik an der mangelnden »Flexibilität« der Arbeitslosen kommt auch in Hinblick auf die Pendelbereitschaft zu einem merkwürdigen Zeitpunkt. Schon vor der offiziellen Eröffnung der »Krise« stieg der Auspendleranteil der steirischen Beschäftigten zwischen 1971 und 1981 von 29 Prozent auf 41 Prozent; daß er seit der letzten Volkszählung gesunken ist, dürfte eher unwahrscheinlich sein. Während die Bereitschaft zur täglichen Mobilität im allgemeinen durchaus gegeben ist, stehen auch dieser Strategie, sich unter verschiedenen Opfern die Teilnahme an der Arbeitswelt zu sichern, Hindernisse entgegen, darunter eben auch das Ausmaß dieser Opfer. Das öffentliche Verkehrssystem errichtet spezielle strukturelle Hindernisse – nicht nur leidet es unter der allgemeinen Benachteiligung gegenüber dem Individualverkehr, sondern in Leoben auch durch seine Ankoppelung an den Arbeitsrhythmus der Alpine. Diese Begünstigung der Werksarbeiter hat für die

4 Quelle: *Volkszählung* 1981.

überwiegende Mehrheit unserer Population nachteilige Folgen. So kann es dazu kommen, daß eine Entfernung von wenigen Kilometern (noch unter 15) den Arbeitstag um Stunden verlängern kann. Wenn Politiker in unbefangener Manier davon sprechen, eine tägliche Pendlerdistanz von 100 km wäre »zumutbar«, dann ist dies ein Ausfluß entweder der Naivität oder des Zynismus; solche geographischen Distanzen sind ja offensichtlich im Vergleich zu den entstehenden finanziellen und zeitlichen Wegkosten von völlig untergeordneter Bedeutung – 100 Kilometer an der Südbahnstrecke bedeuten etwas ganz anderes als dieselbe Distanz in einem verkehrsmäßig wenig erschlossenen Gebiet. Hier z.B. der schematisierte Tagesablauf von Rudolf Burger, der die gewaltige Distanz von 11 km zwischen Wohnort und Arbeitsstätte zu überwinden hat.

Aufstehen	ca. 4 00 Uhr
Bus ab Liesing	4.55 Uhr
Bus an St. Michael	5.20 Uhr
Arbeitsbeginn	6.00 Uhr
Arbeitsende	18.00 Uhr
Bus ab St. Michael	18.52 Uhr
Bus an Liesing	19.14 Uhr

So wird Rudolf Burgers Arbeitstag auf 14 Stunden aufgebläht, und seine Freizeit praktisch eliminiert. Die Abhängigkeit vom öffentlichen Verkehr würde endgültig groteske Resultate liefern, wenn er – sagen wir – eine Stelle in dem schönen Krauthath, 19 km von Liesing entfernt, bekäme; um um 6.00 Uhr früh auf der Baustelle beginnen zu können, müßte er bereits am Vortag abreisen.

An Alternativen zum öffentlichen Transportsystem bieten sich zunächst mehr oder weniger mühsame Fortbewegungsarten an: Fußmärsche, Fahrrad oder Moped, was bei zunehmender Distanz und den rauen klimatischen Bedingungen der Obersteiermark zu einigen Beschwerlichkeiten führt. Auch in diesem Bereich zeigt sich die willige Unterordnung unter Widrigkeiten, die wir bereits im früheren Kapiteln charakterisiert haben und die immer wieder unter Bezug auf »Gewöhnung« legitimiert wird. Antonia Stürmer, eine Friseurin in Karenzurlaub, erwartet sich ganz allgemein nicht viel von der Welt; auch über die Wegzeiten, die mit einer Arbeitsstelle verknüpft sind, hat sie keinerlei exaltierte Vorstellungen: »... wir sind das gewöhnt, daß wir da so weit hatschen müssen«. Klima und Distanz ziehen jedoch auch den Abgehärtetsten Schranken; das Auto entfällt aber häufig aus finanziellen Gründen als Alternative. Nur ein Drittel unserer Betroffenen verfügte überhaupt über ein eigenes Auto; in einigen Fällen tat sich hier eine Variante der *Mobilitätsfalle* auf – ohne Arbeitseinkommen kann man sich kein Auto

leisten, ohne Auto kann man bestimmte Stellen nicht annehmen. Dies schien bei Markus Klug, einem gelernten Elektriker und Hobbymusiker, schön illustriert.

Markus wurde arbeitslos, als er nach der Elektrikerlehre in einem Industriebetrieb zu arbeiten begonnen hatte; er wurde nicht in seinem Beruf eingesetzt, sondern mußte diverse Maschinen bedienen. Die Bezahlung war seiner Auffassung nach nicht sonderlich gut; der Betrieb fuhr dreischichtig, und besonders bei der Frühschicht hapert es bei den Verkehrsverbindungen. Es gab keinen Bus und er war daher auf das eigene Auto angewiesen; nachdem er sein Auto unter bizarren Umständen verloren hatte, ließ er sich von Arbeitskollegen mitnehmen. Auch dies funktionierte nicht sehr gut, was ebenfalls zu seiner Entscheidung beitrug, die Stelle aufzugeben. Markus ist ein liebenswürdiger junger Mann; er spricht artikuliert und offen über seine Situation. Er träumt vom Erfolg mit seiner eigenen Band, die Lieder im Post-Dylan-Stil macht; dazu paßt, daß er Hesse und Castaneda liest. Eine gewisse Weltferne erklärt auch den Verlust seines Transportmittels. Im Urlaub in Italien gelang es ihm, auf einem unbeschränkten und schief hängenden Bahnübergang mit einem Rad bei den Schienen »einzufädeln« (»Bin ich auf den Schienen herumgestanden mit dem Auto«). Gemeinsam mit seinem Freund unternommene Bemühungen, den Wagen zu entfernen, blieben fruchtlos: »...auf einmal hören wir schon hinten das Tuten vom Zug, die Lichter, drei Lichter...war ein schönes Auto«. Jetzt zahlt Markus an den Raten für das zerstörte Auto und braucht eine Arbeit, bei der er nicht auf ein eigenes Transportmittel angewiesen ist. In seinem Arbeitsleben sind Verkehrsmittel von allgegenwärtiger Bedeutung – an seiner letzten Arbeitsstelle kam es sogar zu gewerkschaftlichen Aktionen, um die Einrichtung einer Busverbindung zu erreichen. Diese blieben erfolglos, unter anderem aufgrund mangelnder Solidarität; »...das ist eh klar, daß sich da keine Leute finden, weil so viele waren da nicht drüben ohne Auto«. Schließlich wird ihm vom Arbeitsamt die Mitarbeit am Eisenstraßenprojekt angeboten; auch dies scheidert daran, daß er nach Vordernberg »ja nicht zu Fuß gehen kann«.

Ein anderes Populationsmitglied, Toni Loidl, arbeitet an eben diesem Projekt mit und besitzt ebenfalls kein Auto; er ist allerdings fast doppelt so alt wie Markus Klug, und er ist Familienvater. Es überrascht nicht, daß die Bereitschaft, größere Wegzeiten in Kauf zu nehmen, mit zunehmendem Alter und einer stärkeren normativen Einbindung in den Erwerbsprozeß steigt; auch die Einschätzung der offenstehenden Alternativen spielt hier natürlich eine Rolle. Der junge Elektriker hat wesentlich mehr Freiraum für seine Entscheidungen; darüber hinaus scheint er mit seiner Band und anderen Aktivitäten derart ausgelastet zu sein, daß ihm sein Arbeitslosenstatus auf dieser Dimension gar nicht zu Bewußtsein zu kommen scheint. Damit

wird ein Faktor für ihn zum Ablehnungsgrund, der von anderen Leuten in ähnlicher Situation als unvermeidliche Erschwernis hingenommen wird. In diesem Sinn ist die »Mobilitätsfalle« für ihn zu relativieren.

Das soll nicht heißen, daß diese nicht auch in schärferer Form und in verschiedenen Varianten auftreten kann. Von manchen Unternehmern wird zwar nicht Mobilität, aber der Tatbestand der Entfernung vom Arbeitsort als Anstellungshindernis aufgefaßt oder vorgeschützt. Wir hörten zahlreiche Klagen darüber, daß Einwohner der Stadt Leoben gegenüber Bewerbern aus dem Bezirk bevorzugt würden; auch das Arbeitsamt wird beschuldigt, an dieser Praxis mitzuwirken. Damit wird Mobilität allerdings zum untauglichen Mittel, und die Bereitschaft dazu redundant. Gründe für diesen Mechanismus gibt es verschiedene. Bei manchen potentiellen Arbeitgebern manifestiert sich eine paternalistische Sorge um die Freizeitgestaltung Auswärtiger während der Mittagspause; ein anderer erläuterte, daß ihm »ausgeschlafene« Mitarbeiter lieber seien als solche mit langen Wegzeiten. So wird Mobilität zwar allseits gefordert, aber dann bei denen, die tatsächlich willens sind, diesen Imperativen nachzukommen, nicht honoriert.

Kapitel 6

Freizeit

Arbeitslosigkeit stellt eine im allgemeinen knappe Ressource, Freizeit, in überreichlichem Ausmaß zur Verfügung, entzieht aber gleichzeitig die Mittel, diese Freizeit zu nutzen. Zu diesen Mitteln gehören zunächst einmal Geld, aber auch symbolische Ressourcen: die Fähigkeit und die Motivation, Freizeit zu gestalten und zu genießen. Schon die Marienthal-Studie enthielt hier relevante Beobachtungen: so etwa wurden die Bibliotheksgebühren zwar abgeschafft, die Inanspruchnahme sank jedoch mit zunehmender Dauer der Beschäftigungslosigkeit; damit scheiterte der Versuch, ein strukturelles Hindernis für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu eliminieren, an der Psychologie der Arbeitslosigkeit.¹

Wir können hier von einem *Freizeitparadoxon* sprechen, das in der populären Mythenbildung zum Thema Arbeitslosigkeit keine Berücksichtigung findet. Dort wird – wider alle Plausibilität – dem Arbeitslosen der Sozialcharakter eines Renaissancefürsten oder des »gentleman of leisure« angedichtet; der vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossene erscheint dann nicht nur wie ein »Schmarotzer«, der keine Leistung in die arbeitsteilige Gesellschaft einbringt, sondern auch wie jemand, der sich in dieser Situation auch noch vergnügt, während andere schuften müssen, um ihm dieses Leben ermöglichen zu können. Diese Rekonstruktion der Lebenssituation nach dem Modell des Aristokraten vergangener Epochen ist offensichtlich bizarr; sie widerspricht aller empirischen Erfahrungen ebenso wie dem common sense, der ironischerweise eben diesen Mythos hervorgebracht hat.

Betrachten wir dagegen zunächst jene strukturellen Faktoren, die im allgemeinen dem Ausleben der Genußsucht der Arbeitslosen im Wege stehen. Freizeitvergnügen und -aktivitäten erfordern im allgemeinen Geld und ebenfalls kostspielige Mobilität. In der Moderne hat sich dieser Zusammenhang durch den gemeinsamen Effekt der *Kommerzialisierung* und der *Privatisierung* verstärkt.² Öffentliche Freizeitgüter – der Fluß, der Park, das Volksfest – wurden im Lauf der Jahrzehnte in Quantität und Qualität meist drastisch beeinträchtigt, oder überhaupt

1 Marie Jahoda, Paul F. Lazarsfeld, Hans Zeisel, *Die Arbeitslosen von Marienthal*, Frankfurt am Main 1980, S. 57.

2 Cf. Fred Hirsch, *Social Limits to Growth*, London 1977.

appropriert. Die Verdrängung von Natur durch Kultur – man denke an »Abenteuerbäder« mit künstlichen Wasserfällen, etc. – kann, wenn man will, auf einer ästhetischen Dimension bewertet werden; zusätzlich jedoch erfordert das künstliche Paradies meist beträchtliche Eintrittsgelder. In Graz entstand vor kurzem ein »Tennisparadies«, in das die von der Erbsünde der Armut Befleckten keinen Einlaß finden werden. So bieten sich immer mehr Freizeitmöglichkeiten für die Gutverdienenden, während unentgeltliche Vergnügungen ständig auf dem Rückzug befindlich sind. Je dichter besiedelt und je urbanisierter eine Region, desto stärker setzen sich diese beiden Faktoren durch.

Selbst wo die Motivation zum Genießen der plötzlich reichlichen Freizeit ungebrochen ist, wie zum Beispiel am Anfang der Betroffenheitsphase, kann es passieren, daß man an finanzielle Schranken stößt. Dies wird recht deutlich beim Schifahren – 19 von 24 unserer Befragten, die als Schifahrer identifiziert wurden, gaben an, daß sie während der Arbeitslosigkeit diese Sportart aufgegeben oder stark eingeschränkt hatten. Angesichts der Kosten ist dies auch nicht sonderlich überraschend; und gerade das Schifahren liefert natürlich das drastischste Beispiel für die Kommerzialisierung einer Freizeitaktivität, verbunden mit der Privatisierung der Pisten. Konnten sich früher Reiche wie Arme nur durch die Arbeit des Aufstiegs das Privileg des Abfahrens erwerben, so leistet heute die gegen Geld erhältliche Liftkarte denselben Dienst; und dem ärmeren Einwohner von Orten wie Schladming kann es passieren, daß er sich den Laden gegenüber, das Wirtshaus an der Ecke, kurz, seine eigene Umgebung nicht mehr leisten kann.

Ähnliche Erwägungen gelten für die meisten Arten von Veranstaltungen, die einst öffentlichen Charakter hatten und bei denen es regelmäßig zu Transferleistungen kam. Kinokarten etwa sind teuer, sodaß auch hier eine Hürde für Einkommensschwache und damit die meisten Arbeitslosen besteht. Allerdings bieten die visuellen Unterhaltungsmöglichkeiten ein komplexes Bild. Das Kino war einmal ein relativ billiges Mittel der Volksunterhaltung; die Entwicklung des Fernsehens hat dem bekanntlich ein Ende gemacht. Da Fernsehgeräte praktisch zur Grundausstattung des österreichischen Haushalts gehören, und es darüber hinaus die Möglichkeit der Gebührenbefreiung für verschiedene Klassen von Bedürftigen gibt, kann man von einer Demokratisierung dieser Unterhaltungsmöglichkeit sprechen. Die neue Video-Kultur leistet ebenfalls einen Beitrag – vor allem die Jugendlichen unter unseren Befragten verfügten des öfteren über ein Videogerät; da der gegenseitige informelle Verleih von Videokassetten häufig ist, kann man sich auf diese Weise relativ billig neue und neueste Filme anschauen. Manchmal führt dies zu häuslicher Geselligkeit; im allgemei-

nen ist jedoch der Preis dieser Entwicklung eine zunehmende Individualisierung. Ganz ähnliches trifft auf andere Konsumakte zu: Das Bier, das man zuhause trinkt, ist billiger als im Gasthaus, aber man trinkt es auch einsamer.

Dieter Adamer war schon lange nicht mehr im Kino. Das letzte Mal »...ein Jahr oder zwei, bevor ich meine Frau kennengelernt habe. Das sind gute zwölf, dreizehn Jahre...« Er würde ganz gerne manchmal gehen, aber er will kein steifes Genick bekommen und die 200 Schilling für hintere Sitzplätze sind ihm zuviel. Im Gasthaus war er seit über einem Jahr nicht mehr – »...wenn ich mir ein Bier heimtrage, kostet es, Nummer eins, nicht einmal zehn Schilling; Nummer zwei, wenn ich da wirklich um ein Bier zuviel erwische, dann lege ich mich schlafen...« Der Fernseher in Herrn Adamers Haushalt läuft, »bis er glüht«.

Seit einem Herzinfarkt (»können Sie auch kriegen« – zum Interviewer) kann Herr Adamer seine Tätigkeit als LKW-Fahrer nicht mehr ausüben. Der Amtsarzt hat ihm geraten, die nächsten zwei Jahre einmal »spazieren zu gehen«. Folgerichtig fühlt sich Dieter Adamer, obwohl er noch nicht vierzig ist, ziemlich aufs Abstellgleis geschoben: »Haha, wie verwenden Sie die Zeit? Ich muß Ihnen sagen, ich komme mir vor wie ein Rentner. So wie der Rentner seine Zeit verwendet, so verende ich sie auch«. Das Herumbasteln an seinem alten Auto scheint einen guten Teil dieser Zeit in Anspruch zu nehmen. Seine Funkausrüstung hat er verkauft, obwohl er leidenschaftlicher Amateurfunker ist; ebenso seine teure Uhr, beides aus Geldmangel. Bekannte hat er genug, »aber Freunde habe ich schon lange nicht mehr; weil Freunde, das sind die Leute, die kommen dann, wenn man was hat, und wenn man nichts hat, dann sind die Freunde auch nicht da.«

Anders als bei den Videogeräten der Jugendlichen hat bei Herrn Adamers Funkerei-Hobby das Freizeitparadoxon mit voller Wucht zugeschlagen, da ihm finanzielle Zwänge die Ausstattung für ein im laufenden Betrieb billiges Hobby genommen haben. Auch das Phänomen der Verlagerung von kapital- auf arbeitsintensive Freizeitaktivitäten sehen wir bei Herrn Adamer illustriert. Dies hat allerdings seine Grenzen; entweder sachlicher Natur, wenn sich das Basteln oder Heimwerken in ein sinnentleertes Herumrumoren verwandelt, oder wiederum finanzieller Art – auch im freiwilligen Sektor können sich die Materialkosten unangenehm bemerkbar machen; Klaus Holzer etwa räumt ein, daß es im Haus genug zu tun gäbe, »aber da fehlt dir dann das Geld«. Diese Beschränkungen entfallen für Personen mit hochfliegenden Plänen, die Erfinder, die Romanverfasser und die Entwerfer philosophischer Weltformeln. Arbeitslosigkeit trifft aber die am schlechtesten Ausgebildeten, die symbolisch Unterprivilegierten am ehesten, das sind offensichtlich

jene, die für »kreative« Freizeit am wenigsten gerüstet sind. Und selbst wenn sie es wären, bliebe noch die Frage offen, wo sie diese Aktivitäten ausüben sollten – das eigene Heim ist aus naheliegenden Gründen selten der ideale Ort für derartige Betätigungen.

Dennoch fanden sich auch in unserer Population Musiker, Maler und Kunsthandwerker. In den meisten Fällen knüpften sich an diese »kreativen« Hobbys jedoch berufliche Hoffnungen; sie wurden nicht als bloßer Zeitvertreib gesehen. Markus Klug etwa hat einen eigenen Proberaum für sich und seine Band zur Verfügung; auch zuhause übt er unablässig, was seine verständnisvolle Mutter nicht zu stören scheint. Karin Klug hatte einst selbst Ambitionen als Schlagersängerin – sie weiß daher, wie das ist, »wenn man sich etwas vornimmt«. Markus' Band ist zwar erst einmal öffentlich aufgetreten; in den Augen der Mutter allerdings mit beträchtlicher Breitenwirkung »...einen Haufen Fans haben sie schon...« Markus erläutert der Interviewerin das Zustandekommen der Texte: «... ja, einer, der hat keinen Englischunterricht gehabt, der schreibt das auf deutsch und wir übersetzen ihm das halt...ja, da haben wir einen HAK-Schüler, der das gut kann.. verhältnismäßig gut Englisch und Grammatik, und der tut halt auch bei uns da die Fehler ausbessern... also ganz hundertprozentig sind wir uns ja nicht sicher, ob es paßt... aber er läßt immer von seiner Englischlehrerin einmal alles durchschauen.»

Für die Zukunft der Gruppe ist zu hoffen, daß die Musik in einem weniger umständlichen Verfahren entsteht. Ein schweres Defizit im Bereich der Professionalität hindert Markus nicht daran, seine kreative Freizeitgestaltung mit optimistischen beruflichen Hoffnungen zu besetzen. Die älteren sind da schon bescheidener.

Ottillie Schaller hat früher im Lebensmittelgeschäft ihres Mannes gearbeitet. Sie erzählt sehr anschaulich und auch glaubwürdig von den Härten des Berufslebens der »kleinen Selbständigen«. Die Erzählung – »wir haben praktisch von der Hand in den Mund gelebt, von den Wurstresteln, was wir gehabt haben im Geschäft« etc. – sollte jedoch nicht unbedingt als typisch aufgefaßt werden, da ihr Mann das Geschäft aus Familienloyalität zusammen mit einem gewaltigen Schuldenberg übernommen hatte. Ihr Mann arbeitet jetzt in der Straßenverwaltung; ihre eigene Arbeitssuche ist von der Wahrnehmung motiviert, daß ihre Ehe gefährdet ist. Sie hat das Gefühl, sie »steht einmal allein da«, das von ihrem Mann verstärkt wird – »ich soll mich auf eigene Füße stellen, nicht, es könnte ja sein...« Ihr Mann bewundert beruflich erfolgreiche Frauen, während er Hausarbeit abwertet.

Frau Schaller hat vor fünf Jahren an einem Malkurs teilgenommen. Seitdem ist die Malerei sehr wichtig für sie geworden, einerseits als Vehikel der Selbstbestätigung, andererseits als mögliche Berufschan-

ce. Sie sieht sich bereits derart als Künstlerin, daß sie nicht putzen gehen möchte, um sich »nicht die Hände zu ruinieren«. Sie träumt davon, Kurse abzuhalten und berechnet bereits mögliche Einkünfte – ».. und wenn ich jetzt 10 Leute zusammenkriege und zwei Stunden mit denen durcharbeite, habe ich 40 S pro Kopf, das wären 400 S in zwei Stunden..«

Über die Pfarre hält sie bereits einen Kurs ab, der ihr allerdings kaum nennenswerte Einkünfte verschafft; trotz ihrer Träume nimmt sie an, daß sie einen Posten brauchen würde, »der Hand und Fuß hat«, sollte es zur Scheidung kommen. Solange die Ehe Bestand hat, vertraut sie jedoch darauf, ihr Hobby in der geschilderten Form ausbauen zu können. Die Auswirkungen der Armut auf die Freizeit kennt sie jedenfalls aus erster Hand – »Ich bin Jahre nicht einmal in einem Kaffeehaus gesessen; nicht einmal einen Kaffee getrunken. Ab und zu, wenn ich in die Stadt gekommen bin, dann habe ich mich zum Eduscho hineingeschlichen, für einen Kaffee für 5 Schilling.«

Waltraud Klameritsch stellt gelegentlich Modeschmuck her; im Augenblick fehlt ihr aber das Geld zur Materialbeschaffung. Beate Becker malt ebenfalls und spielt auf einer elektrischen Orgel, die sie von ihrem Exfreund übernommen hat, zusammen mit den Rückzahlungsraten, die ein Drittel ihres verfügbaren Einkommens aufzehren. Sie stellt auch kleine Kunstgegenstände her. Ihre größere Entmutigung und ihr höheres Alter verleihen ihr allerdings eine andere Perspektive auf diese Aktivitäten; sie sind für sie eher Ausdruck abgestorbener Hoffnungen, eine Erinnerung daran, was hätte sein können, als – wie für die meisten anderen – der mehr oder weniger zielstrebige Versuch eines Neubeginns. Wie mehrere andere auch liefert sie Beweismaterial dafür, in wie großem Ausmaß zumindest Neigungen, oft aber auch Begabungen brachliegen können, in einer Welt, die mit menschlichen Ressourcen immer schon verschwenderisch umgegangen ist.

Je passiver und je isolierter eine Freizeitaktivität, desto billiger ist sie auch. Nach dieser Faustregel finden wir an den Polen des Kontinuums den Schlaf einerseits, die Kreuzfahrt nach Westindien andererseits. Andere Dinge fügen sich problemlos ein, wenn man den Theaterbesuch mit dem Fernsehen vergleicht, das Kreuzworträtsellösen mit der Teilnahme an der Großtombola, das Wandern mit der Jagd. In einigen Fällen bricht die allgemeine Regel zusammen.

Leopold Weingrill ist ein arbeitsloser Biologe, der als Lehrer noch keine Anstellung gefunden hat, ebensowenig wie im Bereich des Umweltschutzes, wo er selbst einen großen Bedarf an biologisch geschulten Experten diagnostiziert hat. Er hat zunächst als Student gelernt, wie man mit wenig Geld das Maximum aus seiner Freizeit machen kann, z. B. Urlaub in

Griechenland. Auch dies gehört zu den symbolischen Ressourcen, über die viele Mitglieder der Unterschicht nicht verfügen – jene Unbefangenheit gegenüber dem Abenteuer, die man sich unter anderem in der studentischen Freizeitkultur erwerben kann. Man vergleiche hier die Vorliebe von Arbeitern für im voraus organisierte Pauschalreisen an Orte, wo ihnen die Gesellschaft vieler Landsmänner ebenso geboten wird wie die vertraute Kost und die erlernte Sprache. Darüber hinaus besitzt Herr Weingrill ein Paddelboot – und der Fluß, wie seine Mutter anmerkt, kostet ja nichts. Diese Ausnahme ist allerdings von geringer Bedeutung – Wildwasserpaddeln ist für die Mehrheit der Arbeitslosen keine Option, und wäre sie es, dann würde auch dieser Sport mit Sicherheit kommerzialisiert.

Das Beispiel Leopold Weingrills erinnert uns daran, daß auch zum Urlauben sowohl materielle als auch symbolische Voraussetzungen erforderlich sind. In unserer Population von Betroffenen gaben 33 von 57 Befragten (58 %) an, überhaupt oder praktisch nie Urlaub gemacht zu haben. Viele konnten nicht einmal mit dem *Begriff* etwas anfangen – sie verstanden unter »Urlaub« Dinge wie ein Wochenende bei der Schwester in Graz und ähnliches. Für unsere Befragten ist offensichtlich das Zeitalter des »Massentourismus« noch nicht angebrochen; die Gründe dafür sind Geldmangel, zeitliche Faktoren, aber auch die fehlende Einübung in die Urlauberkultur, wo kosmopolitische Neugierde und Bildungsbeflissenheit zuerst die Angehörigen der Oberschicht und dann die Mittelschicht in Bewegung setzten. Die Urlauber in unserer Population sind auch eher die jüngeren, die bereits in den Genuß der zunehmenden Demokratisierung dieser Freizeitform kommen, oder die eher dem white-collar Milieu Zuzuzählenden, wie etwa der ehemalige Zahn-techniker Viktor Smetana. Von jenen 24, die im allgemeinen auf Urlaub fuhren, gaben jedenfalls 12 an, daß der heurige Urlaub gestrichen sei.

Kehren wir zu dem im allgemeinen stabilen Zusammenhang zwischen Arten der Freizeitgestaltung und dem dafür nötigen finanziellen Aufwand zurück. Eng verbunden mit dem bereits erwähnten Kommerzialisierungseffekt ist ein langfristiger Trend der Individualisierung und Intimisierung. Moderne Produktionsformen mit ihrer immer ausgeprägteren Arbeitsteilung und der damit verbundenen Fraktionierung der Arbeitswelt haben die Basis jenes materiellen Wohlstands gelegt, der seinerseits moderne Wohnformen und Freizeitaktivitäten ermöglichte, die die Grundlage der Intimisierung und Privatisierung darstellen. Die moderne Familie wohnt in einer Kiste aus Beton und steigt am Wochenende in eine Kiste aus Blech. Hier wachsen individuelle Sicherheit und individuelle Beweglichkeit; der logische Preis dafür ist ein Absinken der allgemeinen Kooperation und der öffentlichen Geselligkeit. Dadurch ist

jedoch der einzelne in viel stärkerem Maß auf die eigene Erwerbsfähigkeit zurückgeworfen. Ein kollektives Gut kann auch erhalten werden, wenn bestimmte einzelne keinen Beitrag leisten; aus dem Dorfbrunnen konnte noch jeder trinken, der durstig war. Es entsteht dann eine individualistische Spirale, in der das Eigentum immer wichtiger wird, und auch die Bereitschaft, Eigenes von anderen unentgeltlich nutzen zu lassen, verfällt. Auch dadurch entsteht eine Kultur der verschlossenen Türen und des allgemeinen Verbarrikadierens.

In Liesing finden wir noch Reste jener versunkenen sozialen Welten – Haustüren stehen sperrangelweit offen, es gibt keine Klingel, und man muß manchmal in weitläufigen Behausungen umständlich suchen, bis man einen Bewohner gefunden hat; niemand findet etwas an dieser Invasion des Privatbereichs auszusetzen. So wandern auch die Nachbarskinder in formloser Weise in fremde Häuser und werden dort auch verköstigt, wenn es sich gerade so ergibt. Was bedeuten diese Entwicklungstendenzen der Moderne für die Freizeit?

Es fehlt nun die spontane Geselligkeit, wenn man bei einem Nachbarn bloß »vorbeischaute« und dort in irgendwelche Formen der sozialen Aktivität integriert wird. Es entsteht der Zwang zu Einladungen und zu Voranmeldungen; dies fördert wiederum die Rechenhaftigkeit des ganzen Systems – es wird mitgezählt, ob man nicht gegenüber anderen zu kurz kommt. Das universell gestreute Geschenk wird zum bilateralen Tausch, womit ein Riesenschritt in Richtung Vermarktlichung getan ist. Folgerichtig spielt die Angst, eine Einladung nicht »erwidern« zu können, für den Armen eine wichtige Rolle; und führt man kein geselliges Haus, dann ist der Drang, den eigenen vier Wänden in die Öffentlichkeit zu entfliehen, desto stärker. Diese Öffentlichkeit ist aber kommerzialisiert und damit oft jenseits der finanziellen Mittel des Arbeitslosen. Das Einkommen spielt ebenfalls eine Rolle, wenn man aus der Not der Intimisierung eine Tugend zu machen versucht, indem man das Heim wohnlich einrichtet und mit den technischen Hilfsmitteln der Freizeitgestaltung ausstattet; vom Video-Gerät über die Heimsauna bis zum eigenen Swimming-pool. Im Verlauf des beschriebenen Prozesses wurden die Einkommensschwachen mit den finanziell Bessergestellten mitintimisiert, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß ihnen die Mittel für kompensatorische Maßnahmen fehlen. Der allgemein gestiegene Wohlstand hat bestimmte soziale Folgekosten für zunächst jedermann; jene, die ökonomisch stärker sind, können allerdings individuelle Abwehrmaßnahmen setzen, die den Schlechtergestellten verwehrt sind. Wie schon die Kommerzialisierung sorgt auch die Individualisierung und die damit verbundene Intimisierung für neue Ungleichheiten.

Zu diesen strukturellen und historisch bedingten Faktoren, die

gemeinsam mit dem Einkommensverlust des Arbeitslosen seine Freizeitmöglichkeiten beeinträchtigen, tritt dann die Entkopplung aus dem durch die Arbeit gestifteten Beziehungsgeflecht; wir haben dieses Problem bereits kurz thematisiert. Arbeitslose haben im Gegensatz zu Arbeitskollegen ein sehr geringes Ausmaß an sozialer Kohäsion. Ausnahmen findet man bei Jugendlichen – ein Mädchen aus unserer Population geht mit »ein paar Arbeitslosen« schwimmen; Gruppen männlicher Jugendlicher können überhaupt zur Gänze oder auch zum Teil aus Arbeitslosen bestehen. Ein Beispiel ist der Fußballklub, der sich im Wirtshaus gegenüber der Siedlung organisiert hat. Der Unterschied ist durch verschiedene Faktoren zu erklären. Jugendliche können sich ohne große Gefahr, stigmatisiert zu werden, in Parks oder auf der Straße zusammenfinden. Das Etikett »arbeitslos« kann als vorübergehend oder überhaupt als irrelevant aufgefaßt werden. Die Statuszuweisung unter Jugendlichen erfolgt seltener über berufliche Leistungen und Errungenschaften, sondern über andere Dinge – Konsumgüter, Erfolg bei Mädchen oder fußballerisches Geschick sind bessere Vehikel des Prestigegewinns als das Finden oder Beibehalten einer Arbeit.

Im Gegensatz dazu ist die Öffentlichkeit der Parks und Straßen Erwachsenen verschlossen, wenn sie sich nicht der Population der Sandler zuzählen lassen möchten. Die bereits beschriebene Etikettendistanzierung leistet hier ebenfalls einen Beitrag – wie bei den Jugendlichen wird zwar der eigene Status als temporär aufgefaßt, gleichzeitig aber als stigmatisiert. Man schämt sich des eigenen Status, aber man möchte gleichzeitig mit den anderen, den »wirklichen« Arbeitslosen nichts zu tun haben. Erst wenn die Degradierung unwiderruflich ist, wenn das Etikett endgültig angenommen wurde, kann es zur Identifikation mit anderen Betroffenen kommen, wie bei Sandlern oder wie bei Alkoholikern, die sich einer therapeutischen Gruppe angeschlossen haben. Naturgemäß gibt es kaum Arbeitslose, die ihre Karriere in dieser Weise als abgeschlossen betrachten. Dies verringert die Möglichkeiten des sozialen Kontakts, ganz zu schweigen von der politischen Organisationsfähigkeit.

Im schlimmsten Fall ist der Arbeitslose dann sowohl von der arbeitenden Bevölkerung als auch von anderen Arbeitslosen abgeschnitten. Auf dieser Dimension müßten die Dinge schlimmer werden, bevor sie besser werden können – wenn etwa Arbeitslosigkeit ein echtes Massenschicksal geworden ist und auch als solches wahrgenommen wird. Arbeitslose Lehrer können sich auch deshalb besser organisieren als arbeitslose Fliesenleger, nicht bloß wegen ihrer höheren symbolischen Kompetenzen. Das Bewußtsein einer kollektiven Erfahrung ermöglicht dann auch soziale Kontakte, die anderen Betroffenen verwehrt bleiben.

☛ Diese extreme Abgeschnittenheit haben wir bei Beate Becker und Franziska Kogler bereits kennengelernt. Auch Dieter Adamer sieht sich von allen »Freunden« verlassen, während er nach eigener Aussage noch weiterhin über »Bekannte« verfügt. Allgemein geben die meisten Befragten an, daß der Kontakt zu früheren Arbeitskollegen verlorengegangen ist. Da dieser im allgemeinen sehr gut war, wie wir im Kapitel 3 dargestellt haben, ist hier der Verlust ein doppelter – man büßt an sachlicher Kameradschaft ebenso ein wie an stärker emotional besetzter Geselligkeit. Irmgard Hausner, eine arbeitslose Bürokräft, ist zwar im Prinzip bereit, ihre neugewonnene Freizeit wie einen aktiven Urlaub zu gestalten – sie belegt einen Schneider- und einen Französischkurs und *beginnt* mit dem Tennisspielen – doch sieht sie die Grenzen dieses Verhaltens: »...ich glaube, da reicht dann schon ein Monat. So wie halt oft der Urlaub ist, drei Wochen ist oft eh schon viel, das reicht einem dann schon«. Daß wir in Liesing einige tennisspielende Arbeitslose fanden – im Gegensatz zu Leoben – hat eine einfache Erklärung, die haargenau zu der hier vorgetragenen Auffassung paßt. In Liesing wurde die örtliche Tennisanlage als ein kollektives Unternehmen eingerichtet; man konnte z.B. anläßlich der Erbauung seine Arbeitskraft einbringen und sparte sich dadurch einen Teil der Mitgliedsgebühren. Die Tennisplätze haben nun den Charakter eines partiell öffentlichen Gutes – sie können immer genutzt werden, wenn sie gerade frei sind. Dieses Recht ist natürlich den Klubmitgliedern vorbehalten; die Gebühren sind jedoch niedrig, und der Klub ist nicht sehr exklusiv – im alten Wortsinne, den die Besucher z.B. »exklusiver« Restaurants schon vergessen haben.

Irmgard Hausner verweist uns auch auf ein Koordinationsproblem des Arbeitslosen – Freizeit kann nur dann gesellig genutzt werden, wenn andere ebenfalls frei haben. Dies führt nach ihrer Aussage dazu, daß sie sich mehr allein beschäftigen muß – sie geht z.B. spazieren, »...wenn ich die eigenen vier Wände nicht mehr aushalten kann«. Für Rudolf Krizaj verkehrt sich eben dieses Koordinationsproblem in eine glückhafte Fügung. In seiner Familie, so sagt er aus, gibt es wenig Streit, denn »meistens sind sie nicht da, die arbeiten alle.« Daß ihn dies auch einsamer macht, wird von ihm nicht erwähnt.

Rudolf Krizaj ging nach der Handelsschule zum Bundesheer. Nach dem Abrüsten wechselten bei ihm Phasen der Arbeitslosigkeit mit Kursen und Praktika, die ihm das Arbeitsamt vermittelte, ab. Er hat noch nie eine Anstellung in der offiziellen ungeforderten Wirtschaft innegehabt. Er lebt zuhause und erhält vom Arbeitsamt ca. 3000 Schilling im Monat. Wenn er seine Freizeit beschreibt, dann spiegelt sein Erzählstil deren Ödnis: »Ja, in der Früh stehe ich meistens ein bißchen später auf; nachher gehe ich entweder einkaufen oder tue was lesen;

dann Mittagessen, dann gehe ich vielleicht in die Stadt oder Bewerbungen schreiben, mit irgendwas geht dann die Zeit drauf, oder ich treffe mich mit anderen, die ebenfalls arbeitslos sind«.

Auf die Nachfrage des Interviewers stellt sich heraus, daß nur zwei von der Gruppe arbeitslos sind. Rudolf selbst stellt die dort angeführten Gespräche als nicht gerade funkelnd dar: »Ja, was reden wir da? Über Autos, Schwammerl Suchen, über lauter Blödsinn halt«; und auf die Frage nach der Wahl dieser Themen sagt er »Ja, weiß ich auch nicht, daß die Zeit vergeht«. Er hat früher Fußball gespielt und war oft schwimmen; obwohl er erst 22 ist, hat er diese Aktivitäten aufgegeben. Sein Ausschluß aus der Berufswelt wird durch ein sehr passives Freizeitverhalten komplementiert – er liest, schaut sich gelegentlich bei Freunden Videofilme an, geht manchmal ins Kino. Im Fußball ist er vom aktiven Spieler zum reinen Zuschauer geworden. Er wirkt allgemein entmutigt, fast apathisch, und orientierungslos; er ist eine Stammkundschaft des Arbeitsamts. Zwar bewirbt er sich bei Firmen, doch gerät dies bei ihm in die Nähe von Alibihandlungen; nicht weil er keine Arbeit wollte, sondern weil er sich der Schwierigkeit seiner Lage, die von Praktikum zu Praktikum und von einer Phase der Arbeitslosigkeit zur nächsten immer aussichtsloser wird, zumindest undeutlich bewußt ist.

Mangelnde Mobilität ist schließlich ein weiterer Faktor, der einerseits zur sozialen Isolierung beiträgt, andererseits von bestimmten Freizeitaktivitäten ausschließt. Besonders auf dem Land stellt angesichts des Verfalls lokaler Strukturen der Besitz eines Autos oft eine absolute Notwendigkeit dar, will man Verwandte besuchen, ins Kino gehen oder die Diskothek aufsuchen. Die ländliche Freizeitszene erstreckt sich über viele Quadratkilometer – die Diskothek liegt 10 km im Süden, das Schwimmbad 6 km nach Osten, das Kino hinter dem Berg usw. Und auch wenn man über ein Auto verfügt, schränken die Benzinkosten die Beweglichkeit und damit die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung ein. Ernst Holzpfel, ein bis vor kurzem arbeitsloser Tischler, der jetzt als allgemeiner »Professionist« in einer Textilfabrik arbeitet, erwähnt zum Beispiel, daß er mit einer Tankfüllung ein Monat lang gefahren sei – aufgrund der Ausgedehntheit des beschriebenen Freizeitnetzes kommt er damit nicht weit herum; darüber hinaus muß er ja auch Fahrten unternehmen, die nicht mit Freizeitaktivitäten verbunden sind. Unter diesem Blickwinkel bietet das Leben auf dem Lande Vor- und Nachteile; während man zur Teilnahme an bestimmten urbanen Vergnügungen noch stärker als in der Stadt auf Geld und Transportmittel angewiesen ist, sind traditionelle und weniger kostenintensive Freizeitbeschäftigungen natürlich weit eher zugänglich. Herr Holzpfel illustriert das sehr schön, wenn er davon berichtet, daß er mit einem Kollegen auf Schiern Wildfüttern war: »Schifahren

gehe ich im Winter vielleicht zwei-, dreimal, öfter nicht, weil es viel zu teuer ist... Obwohl ich irrsinnig gern Schifahren täte. So wie heuer im Winter, bin ich mit einem Bekannten fortgegangen Wild füttern, sind wir in der Woche zweimal gegangen, sind wir mit den Schiern 30 Stunden unterwegs gewesen, das hat mir getaugt.«

Herr Holzapfel wurde arbeitslos, als er sich bei der Arbeit als Reifenmonteur verletzte. Es war dies sein erster Krankenstand innerhalb von drei Jahren; er hatte sich die Finger gequetscht und gebrochen. Die Hand hat »den ganzen Tag nur geblutet, das hat nicht aufgehört zum Bluten, immer den Verband gewechselt und immer wieder durchgeblutet...« Er meldet sich krank und erscheint trotz Aufforderung nicht zur Arbeit: »Und eine Woche später habe ich dann die Kündigung gekriegt. Weil es hat geheißen, solche Leute, die immer in den Krankenstand gehen, wegen jeder Kleinigkeit, die können nicht gebraucht werden.«

Die Gewerkschaft ist ihm später dabei behilflich, Lohnrückstände und Urlaubsabgeltung einzutreiben. Seine Situation ist dennoch finanziell beengt. Als er am Arbeitsamt die Meinung vorträgt, 6000 Schilling für drei Leute seien nicht viel, erhält er zur Antwort: »Hätten sie sich keine Familie angeschafft.« Dies, so Herr Holzapfel, ließ ihn sprachlos zurück.

Ernst Holzapfel ist stolz auf seine Vielseitigkeit. Als Reifenmonteur machte er alles, »von der Putzfrau bis zum Filialleiter«. Als Professionist hat er nun überall Zugang, auch dort, »wo oben steht ›Zutritt für Unbefugte verboten.« Diese Vielseitigkeit kompensiert vermutlich bei seiner Tätigkeit als Reifenmonteur den Abstieg zum Angelernten. Das Arbeitsamt wollte ihn als Hilfsarbeiter zu einem Fleischauger vermitteln. Herr Holzapfel weigerte sich – »ich weiß nicht, was ich da tun sollte, Sau abstechen oder was...«

Aufgrund seines aktiven Naturells – sein Traumberuf ist Testpilot – erfährt Herr Holzapfel auch die psychologischen Kosten der Arbeitslosigkeit recht drastisch. Mit seiner Frau kam es zu Reibereien – »...weil ich lästig geworden bin, oft habe ich einen Tag gehabt, da bin ich nur gesessen und habe Fernsehen geschaut, da war nichts anzufangen .. da habe ich wieder studiert, wo ich noch fragen könnte wegen einer Arbeit.«

In dieser Phase hat Ernst Holzapfel »alles angezipft«, er hat »nichts mehr tun wollen« und Fernsehprogramme hat er »einfach angeschaut...«, obwohl ich das gar nicht recht registriert habe«. Diese psychischen Auswirkungen stellen das dritte in diesem Zusammenhang relevante Faktorenbündel dar. Selbstverständlich sind diese Konsequenzen nur zum Teil Folgen des Arbeitsverlustes per se; sie sind auch auf die zahlreichen Nebenwirkungen der Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Isolation, partielle Entmündigung, die Frustration vergeblicher Anstren-

gungen, Bedrohung oder auch Schädigung des Selbstwertgefühls und ganz allgemein die durch die Verstoßung in die Arbeitslosigkeit zugefügte Kränkung verbinden sich zu einem wohldokumentierten depressiven Syndrom.³ Damit aber sind die symbolischen Ressourcen entzogen, die man in die Gestaltung der einem zur Verfügung stehenden Zeit einbringen muß. Ganz einfach gesprochen braucht man für Freizeitvergnügungen gute Laune oder zumindest die Bereitschaft, im Verlauf der Aktivität gutgelaunt zu werden; für arbeitsähnliche Hobbys braucht man eine arbeitsähnliche Motivation – weshalb die Legitimation des Hobbys als potentielle Verdienstquelle so wichtig sein dürfte. Damit verwandelt sich das Arbeitsähnliche in Arbeit selbst; so wandelt sich auch der Status des Arbeitslosen. Zu erwarten ist das Auftreten solcher psychischer Folgekosten, wie erwähnt, eher bei Männern als bei Frauen und eher bei Personen in der Mitte des Lebenszyklus als bei jenen, die am Anfang oder am Ende ihres Arbeitslebens stehen. Das Ausbleiben bestimmter psychischer Belastungen bei den verschiedenen Gruppen ist verschieden zu erklären: Frauen werden meist von einem Typ Arbeit zu einem anderen verdrängt, während Jüngere und Ältere sich viel unbeschwerter bestimmten Hobbys und Vergnügungen überantworten können als Männer in der mittleren Lebensphase. Daß sich Herr Adamer mit einem Rentner vergleicht, kommt natürlich nicht von ungefähr; wie auch sein Widerwille gegen diese Selbstdefinition offensichtlich ist. Ihm fehlt jene Legitimation durch vergangene Arbeit, die dem wirklichen Rentner zur Verfügung steht; und wie letzterer dem Tod tatsächlich näher ist, so sieht Herr Adamer sich als Opfer eines künstlich von irgendwelchen gesellschaftlichen Mächten herbeigeführten Lebensabends – »Im Endeffekt heißt es dann, ja, der hat ja gar kein Recht mehr zu leben, zwicken wir ihm die Luft ab, na ja ...« (lacht).

Dieter Adamer ist noch keine 40; wir können ihn mit Michael Renner vergleichen, der seine 53 Jahre als massives Anstellungshindernis erfährt, nachdem sie zuerst den Kündigungsgrund dargestellt haben. Seine Firma, bei der er 28 Jahre lang gearbeitet hatte, wurde von Auswärtigen – den bereits erwähnten »Tirolern« – übernommen.

Michael Renner beschreibt, wie sich die anschließende »Modernisierung« für ihn ausgewirkt hat: »... dann war der, der, der Wechsel, der Inhaberwechsel, nicht, und dann hat es geheißen, die Alten, die brauchen wir nicht mehr, die hauen wir hinaus ... wir haben halt dann die Tiroler hereingekriegt ... die haben uns dann hinausgeputzt.« Sein Alter ermöglicht ihm aber auch, sich als »Pensionist« zu definieren, und er zeichnet ein Porträt eines

3 M. Harvey Brenner, *Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und psychische Erkrankung*, München – Wien – Baltimore 1979.

geselligen, aktiven und fast genießerischen Freizeitens. Sein Freundeskreis sei *größer* geworden – »weil die anderen sind ja praktisch auch in Pension gegangen, nicht. Da trifft man sich halt, da redet man, unterhält man sich. Weil der, der was sich nicht unterhalten will, der bleibt eh daheim.« Bei diesen Geselligkeiten »geht die Zeit schnell dahin« – man geht wandern und »ja, was halt irgendwie anfällt, Konzerte usw., Platzkonzert ... oder draußen im Gösserbräu usw. ... oder Lichtbildervorträge, nicht.« Er geht ins Gasthaus, weil »das gibt die Würze«; vor allem aber zieht es ihn immer wieder an die »frische Luft«. Andere scheinen größere Schwierigkeiten mit der Umstellung gehabt zu haben; als »die Tiroler« ihre Modernisierungsaktion durchführten, »hat es ja viele gegeben, die gesagt haben, sie bringen sich um, und lauter solche Tanz, aber das ist ja ein Blödsinn«.

Michael Renner war sofort zum Interview bereit gewesen; während des Interviews scherzt er des öfteren und stellt eine ungebrochene und sonnige Gemütsverfassung zur Schau; erst bei recht genauer Betrachtung beginnt das Porträt einige Sprünge und Risse zu zeigen. Den Beamten der Arbeitsmarktverwaltung gegenüber nimmt er eine extrem souveräne Haltung ein. Er kennt die Mehrzahl der Beamten persönlich, und wenn dringend ein Formular auszufüllen war, »dann bin ich irgendwo hingegangen, wo es mir gerade gefallen hat, nicht, habe ich gesagt, du paß auf, tipp mir das runter, nicht ...«. Kontrollmeldungen brauchte er sich keinen zu unterziehen, aber: »Dann ist es ja so ... ich hätte ja gar nicht brauchen hineingehen, nicht, aber ich bin selber hineingegangen, weil ich sie kenne.« Herr Renner machte praktisch *Besuche* im Arbeitsamt, und das ist genau das Verhalten von Personen, die recht viel Zeit zur Verfügung haben. In einem anderen Zusammenhang erläutert er, daß er sich nun zwar finanziell einschränken müsse, daß er aber auch weniger verbrauche: »Wenn ich heute jausne, dann ist das meistens schon Langeweile, nicht« – wiederum verrutscht die Maske ein wenig. Schließlich unterscheidet er fein zwischen Arten von Pensionisten, zwischen sich und seinem vitalen Freundeskreis und den Mitbewohnern im Haus: »Drei Aktive sind herinnen, also einer ist alleinstehend, und ein Ehepaar; und alle anderen sind alles Pensionisten, also ein richtiges Pensionistenhaus, nicht. Und da läuft nichts mehr, ist eh klar.«

Michael Renner steht seiner neuen Rolle offensichtlich mit einiger Ambivalenz gegenüber; er ist jedoch fest entschlossen, das Beste daraus zu machen oder sie zumindest im bestmöglichen Licht zu präsentieren. Selbstverständlich stehen ihm bessere Darstellungsstrategien offen als etwa Herrn Adamer; und derselbe Typus von Heiterkeit, der von beiden verstrahlt wird, wirkt bei Herrn Renner wesentlich weniger bitter als bei seinem um 14 Jahre jüngeren Schicksalsgenossen. Trotz allem

finden wir auch bei ersterem eine dunklere Unterströmung, die sich mit der heiter-ungetrübten Oberfläche zu einem komplizierten Gewässer verbindet.

Daß der Arbeitslose bei aller empirischen Vielfalt im Grunde auf passive und passivierende, auf isolierte und isolierende Aktivitäten zurückgeworfen ist, trägt zur Erklärung der psychischen Konsequenzen bei, wobei jedoch strukturelle Gegebenheiten und psychische Deformationen einen speziellen Teufelskreis bilden. Je nach Ausgangssituation fallen diese Kosten in verschiedenen Formen und verschiedener Höhe an; daß sie jedoch bestehen, kann nur von jenen geleugnet werden, durch deren Gehirne das Zerrbild des arbeitslosen Genießers spukt. Dies sind meist Leute, die einer Rhetorik von »Arbeitswillen«, »Leistung« und dergleichen huldigen, die also ironischerweise genau jenen kulturellen und historisch geformten Zwängen unterliegen, die sie dem Arbeitslosen absprechen. Wir können diesen Abschnitt abschließen und gleichzeitig zum nächsten überleiten, indem wir kurz auf die Lesegewohnheiten unserer Population eingehen. Einerseits scheint die Lektüre in besonders enger Beziehung zur *expressiven* Komponente des Konsums zu stehen, die uns noch beschäftigen soll; andererseits tritt gerade deshalb das methodologische Problem der Selbstpräsentation im Interview an diesem kleinen Beispiel besonders deutlich hervor.

Unsere Frage nach den Lesegewohnheiten traf auf einigen Widerstand; dies ist nur auf den ersten Blick überraschend. Eine Befragte etwa meinte bloß, sie lese »vermischte Lektüre« und ließ sich auch durch das Nachfragen des Interviewers zu keiner näheren Erläuterung herbei. Eine andere gab auf die Frage »Was lesen sie?« die Antwort »Und vor allem backen tue ich auch gerne«. Edith Maurer gab an, sie lese »Bücher, Däniken oder Konsalik, so auf die Art«, aber auch »Romane«; ihr Lebensgefährte hingegen behauptete, er selbst lese Däniken, während Ediths Lektüre aus Liebes- und Gruselromanen bestehe. Simmel und Konsalik wurden häufig genannt; mit ihrem Eingeständnis, »Heftl« zu lesen, stand Ingrid Geisler jedoch ziemlich vereinzelt da. Eine Erklärung auf dieses eigenartige Reaktionsmuster bietet sich an, wenn man von jenen ausgeht, die sich als symbolische Kapitalisten fühlen – die hatten keine Schwierigkeiten, sich zu »wissenschaftlichen Büchern« und zu Hesse oder Castaneda zu bekennen. Roswitha Sommer wiederum, deren einzige Berufserfahrung bei der Übungsfirma des BFI gesammelt wurde, gehört einer religiösen Sekte an. Sie sucht eine Halbtagsbeschäftigung, um ihrer Missionstätigkeit nachgehen zu können, und sagt, daß sie nichts anderes lese als die Pamphlete ihrer Sekte. Die Unsicherheit anderer dürfte in ihrem Bedürfnis nach Selbstpräsentation zu suchen sein. Sie hatten einen Brief von einem Doktor der Uni-

versität bekommen und saßen einer Interviewperson gegenüber, die ihre Zugehörigkeit zu den gebildeten Schichten nicht verleugnen konnte. In diesem Kontext ist das Eingeständnis, daß man nichts oder bestimmte Dinge liest, einigermaßen schwierig über die Lippen zu bringen. Die diversen Arzt- und Liebesromane etwa gehören noch immer zur Lieblingslektüre der unteren Schichten; es besteht kein Grund zur Annahme, daß sie in unserer Population nicht gelesen werden. In jeder Trafik kann man die interaktiven Verrenkungen beobachten, unter denen diese Lektüre gekauft wird; dies und anderes hat sie mit der Pornographie gemeinsam, und ebenso wie letztere wird sie nur ungern als Bestandteil des alltäglichen Lesepensums angegeben; im Gegensatz dazu sind Simmel und Kinsale durch Umfang und Einband als »Bücher« legitimiert, wie sie auch von den Bildungsbürgern gelesen werden. Natürlich wäre die erwähnte Lektüre mit ihrem Ersatzbefriedigungscharakter von großem theoretischen Interesse gewesen. Aus den geschilderten Gründen können wir darüber im vorliegenden Zusammenhang keine Aussage treffen; auch darüber, ob eine explizite Frage nach diesem Material ein anderes Resultat erbracht hätte, könnten wir bestenfalls Spekulationen anstellen.

Einkommen und Konsum

Je stärker vermarktet und kommerzialisiert eine Gesellschaft ist, desto wichtiger wird das individuelle monetäre Einkommen zur Befriedigung einer immer größeren Palette von Bedürfnissen. Theoretiker des »Wohlfahrtsstaates« sind immer von der Annahme ausgegangen, daß manche Bedürfnisse in spezieller Weise ausgezeichnet sind; es wird angenommen, daß Menschen ein Recht auf die Befriedigung dieser Bedürfnisse haben, sodaß in jenen Fällen, wo andere soziale Mechanismen bei der Einlösung der aus diesen Ansprüchen erwachsenden Forderungen versagen, staatliche Intervention notwendig und gerechtfertigt ist. So entsteht eine Verknüpfung zwischen dem Bedürfnis nach Freisein von Krankheit und der Einrichtung eines staatlichen Gesundheitssystems, zwischen den elementaren Lebensbedürfnissen und einem kollektiven System der Absicherung eines »minimalen« Lebensstandards. In dieser Auffassung bilden zentral organisierte Maßnahmen ein notwendiges Gegengewicht zu dezentralisierten Mechanismen, die nicht in der Lage sind, diese besonderen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Gegner des Wohlfahrtsstaates gestehen im allgemeinen zu, daß es zu den Staatsaufgaben gehört, das »Existenzminimum« von Personen zu sichern, die »unverschuldet« in Not geraten sind. Worin ein solches »Minimum« allerdings besteht, darüber gibt es selbstverständlich Meinungsverschiedenheiten; vor allem ist unklar, ob dieses Minimum »absolut« oder »relativ« zu konzipieren ist.

Jenen, die die Aufgaben des Staates möglichst begrenzt halten möchten, schwebt üblicherweise etwas »Absolutes« vor – die Deckung materieller Grundbedürfnisse. Dem Armen wird hier ein Recht zugestanden, sich halbwegs satt zu essen, nicht zu frieren, und dergleichen. Daß es schon hier kulturelle Variationen gibt, ist offensichtlich – für den Bewohner der Slums von Mexico City können einige Wellblechplatten bedeuten, daß er sich eine Behausung schaffen kann, während dem obdachlosen Wiener nicht geholfen wäre, würde man ihm dieselbe Quantität desselben Materials zur Verfügung stellen. Derartige Sachverhalte haben Soziologen bewogen, den Begriff der »relativen Deprivation« einzuführen – hier wird an »Normalitätsstandards« angeknüpft und an die Teilnahmemöglichkeit an »allgemein üblichen« Aktivitäten, Vergnügungen etc. Dies ist sicherlich kein abwegiger Gedanke, doch ist er mit Vorsicht zu hand-

haben. Einerseits birgt er die Gefahr, den Wachstumswahn der konventionellen Politik zu reproduzieren – wäre der Besitzer zweier Autos »relativ« arm, wenn es »allgemein üblich« geworden ist, drei Autos zu besitzen? Andererseits legt er nahe, daß das Gespenst der »absoluten« Armut zumindest in den industrialisierten Staaten endgültig verscheucht wurde, daß wir uns nur mehr um Differentiale Sorgen machen müssen. In beiden Fällen droht die Verharmlosung dessen, was Ungleichheit und Einkommensdefizite in unserer Gesellschaft immer noch bedeuten. Darüber hinaus wird der innere Zusammenhang zwischen dem »Relativen« und dem »Absoluten« in der kommerzialisierten Gesellschaft übersehen, wenn man den Unterschied zwischen »alter« und »neuer« Armut allzu einfach entwirft – in der Moderne kann Geldmangel zu Krankheit, Einsamkeit usw. führen, und solche Defizite sind beileibe keine Sache des Vergleichs: Wer krank ist, dem ist nicht damit geholfen, daß andere noch kränker sind. Ein zweiwöchiger Urlaub kann als ungenügend beurteilt werden, weil andere vier Wochen Urlaub machen (»relative Deprivation«); aber er kann auch einen geringeren Erholungswert haben, und das ist sicherlich unabhängig davon, wie erholt andere sind. Eine Theorie der Armut ist eine Theorie der Bedürfnisse; diese aber kommen in den verschiedensten Formen einher – es gibt Bedürfnisse mit oder ohne Sättigungsniveau, mit oder ohne Nutzeninterdependenz (ein Telephon ist desto nützlicher, je mehr andere eines haben, ein Auto, je weniger andere über ein Auto verfügen), es gibt Dinge, die wir gewöhnlich vergleichend betrachten (den Prestigewert eines Autos) und solche, bei denen eine komparative Betrachtungsweise irrelevant oder inadäquat ist (die Schönheit kleiner Katzen, eine gelungene persönliche Beziehung). Das Gerede von »relativ« und »absolut« kann diese Vielfalt nur verdunkeln; vor allem aber besteht die Gefahr, daß man »relativ Deprivierte« als Leute konzipiert, die gelegentlich einmal den Winterurlaub streichen müssen, als Minderbegünstigte eines allgemeinen Überflusses.

Anna Tiefenbacher arbeitete während ihrer Ehe 15 Jahre lang als Verkäuferin. Als ihr Sohn in der Schule Schwierigkeiten bekam, kehrte sie zurück in den Haushalt; als es später zur Scheidung kam, mußte sie wieder ins Erwerbsleben eintreten. Sie arbeitete noch für ein Jahr in einem kleinen Geschäft, das dann jedoch in Konkurs ging. Nach einer ersten dreijährigen Phase der Arbeitslosigkeit fand sie nur mehr Arbeit als Aufräumerin, und dies nur als Vertretung für ein Jahr. Jetzt ist sie krank – sie ist Stammgast der Heilanstalt Stolzalpe – und bezieht Notstandshilfe. Ihre Chancen, mit 53 überhaupt noch eine Arbeit zu finden, sind praktisch inexistent.

Voll Bitterkeit berichtet sie über die Begegnung mit einer Geschäftsfrau, die dem Arbeitsamt eine Stelle gemeldet hatte: »..und da stelle

ich mich vor, und da sagt die Frau dann drinnen – sage ich, ich komme vom Arbeitsamt – dann schaut sie mich an und sagt, na was mir das Arbeitsamt alles schickt! Und ich sage dann, warum?, und sie sagt dann drauf, wortwörtlich, »Ich suche ja niemand alten, ich suche ja jemand jungen«. Jetzt habe ich mir gedacht, ich habe mich verhört, dann habe ich nocheinmal gefragt, und dann hat sie das nocheinmal gesagt, und dann habe ich sie angeschaut, ich war vielleicht auch unhöflich, ich weiß es nicht, dann habe ich gesagt, wissen Sie was, habe ich gesagt, wenn Sie nicht alt werden wollen, dann kaufen Sie sich gleich einen Strick und hängen Sie sich auf, weil Sie werden ja auch einmal alt.«

Wie alle anderen, hatten wir Frau Tiefenbacher nach ihrem beruflichen »Werdegang« gefragt; wie viele andere hatte sie keine Schwierigkeiten mit diesem Ausdruck gehabt. In einigen Fällen erwies er sich jedoch als Stolperstein; Rosa Schrank, die ehemalige Näherin und Aufräumerin bewies hier das richtige soziolinguistische Feingefühl, als sie sagte »Ja, beruflicher Werdegang, das ist eigentlich zuviel gesagt..«. Die Sache verhält sich ungefähr wie folgt. Im Wort »Werdegang« ist ein kleines Modell des beruflichen Lebenslaufs verborgen, die Idee des »Werdens« und »Wachsens«, die mit bürgerlichen Aufstiegs Hoffnungen ebenso verknüpft ist wie mit dem geordneten Auf rücken der Beamten von Sprosse zu Sprosse; so muß der Ausdruck jenen im Grunde fremd bleiben, deren berufliches Leben anderen Mustern folgt. Frau Tiefenbachers Arbeitsbiographie zeigt, daß man statt eines beruflichen »Werdegangs« auch eine Geschichte des ähnlich geordneten Niedergangs haben kann. Die Macht des in Ausdrücken steckenden sozialen Modells wird überdeutlich, wenn wir uns vorstellen, wir hätten unsere Einstiegsfrage anders formuliert – »Können Sie uns bitte ihren beruflichen Niedergang schildern?« Dies wäre mindestens so angemessen gewesen wie die Verwendung von »Werdegang«, hätte allerdings vermutlich wenig Anklang gefunden.

Frau Tiefenbacher gab eine halbwegs gut bezahlte Arbeitsstelle, an der sie nach eigener Aussage auch gerne tätig war, aus familiären Gründen auf; und ebenfalls aus familiären Gründen mußte sie den Wiedereintritt in die offizielle Arbeitswelt suchen. Dort wurde sie allerdings nicht mit offenen Armen aufgenommen; stattdessen geriet sie in eine Spirale des Abstiegs, die sich von schlechten Arbeitsplätzen zu Phasen der Arbeitslosigkeit zu noch schlechteren Arbeitsplätzen drehte und sie schließlich gänzlich aus der Arbeitswelt hinausschleuderte. Ihr Einkommensniveau machte diese Bewegung mit.

Die Schilderung ihrer finanziellen Situation wurde von folgendem Dialog eröffnet: Frau Tiefenbacher: »...soll ich Ihnen ehrlich die Wahrheit sagen? Interviewer: »Bitte«. Frau Tiefenbacher: »Das

glauben Sie gar nicht«. In der Folge erläuterte sie ihre Misere im einzelnen. Ihr geschiedener Mann war zwar zu 4000 Schilling Alimenzahlung verurteilt worden, ging aber als Selbständiger in Konkurs. Darüber hinaus hat der Mann jetzt mit seiner Lebensgefährtin drei kleine Kinder, wodurch die Forderung vollends uneintreibbar wurde. Dennoch wurde ihr die Notstandshilfe erst bewilligt, nachdem sie einen Exekutionstitel gegen den Mann erwirkt hatte. Als ihr Mann die Alimente noch bezahlen konnte, kam sie zusammen mit ihrem Gehalt als halbtägige Aufräumerin auf 8600 Schilling netto; nach Wegfall der ersteren Einnahmequelle und Schrumpfen der zweiten auf den üblichen Satz des Bruttobezuges bekam sie während des Bezugs der Notstandshilfe um die 2200 Schilling. Frau Tiefenbacher: »Jetzt können Sie sich aber vorstellen – 2000 Schilling muß ich schon wegzahlen – was mir zum Leben bleibt. Dann kriege ich von meinen Eltern ab und zu etwas, weil sonst stehe ich da und habe nichts; und es ist nichts zu holen.«

Wir sehen hier ganz deutlich einen der Fälle vor uns, bei denen das Fehlen einer unteren Schwelle – wie es sie in Großbritannien und anderen europäischen Ländern gibt – bei der Bemessung der Unterstützungszahlungen dafür verantwortlich ist, daß nicht einmal für den auch von wildentschlossenen Anhängern des Leistungsprinzips akzeptierten »minimalen« Lebensstandard vorgesorgt ist. Das grobe Kalkül, daß man mit 40 Prozent des früheren Bruttogehalts zumindest physisch überleben könne, geht hier, wie in anderen Fällen, nicht auf. Was ihre Eigenmittel betrifft, ist Frau Tiefenbacher *absolut verarmt*; daß sie von ihren Eltern unterstützt wird, ist nicht mehr als ein glücklicher Zufall. Sie wartet jetzt darauf, daß ihr Antrag auf Frühpension durchgeht; viel wird sie auch dort nicht bekommen, aber wenigstens gibt es für die Rente einen Mindestsatz. Daß sie die Möglichkeit hat, sich in die Frühpension zu flüchten, verdankt sie ihrem Alter, das sich dadurch – wiederum zufälligerweise – in einen Rettungsanker verwandelt.

Die finanzielle Verstrickung der Frau Tiefenbacher ist auf eine Reihe verschiedenartiger Faktoren zurückzuführen. Das private Unglück ihrer Scheidung und die spätere Zahlungsunfähigkeit ihres geschiedenen Mannes ist einerseits in den Zusammenhang der spezifischen ökonomischen Abhängigkeit von Frauen in unserer Gesellschaft zu stellen, andererseits werden an ihrem Fall auch die Unzulänglichkeiten der österreichischen Varianten des »sozialen Netzes« deutlich. Ein von Bürokraten erdichtetes und später dem chaotischen Wachstum durch eine Fülle gesetzgeberischer, administrativer und judizieller Entscheidungen überlassenes System der sozialen Absicherung *muß* eine von niemandem intendierte Steuerungsfunktion annehmen. Hierher gehört etwa der Effekt, der die Strategie des Kleinunternehmers zur Tollkühnheit werden läßt; im

vorliegenden Fall werden wir darauf verweisen, daß die offiziell als Privatangelegenheiten definierten Entscheidungen im Bereich der Eheschließung oder Scheidung von eben diesem Wust öffentlicher Normen umschrieben werden; diese laden den Partnern einer persönlichen Beziehung ökonomische Risiken auf, die sie zwar in ihrem ganzen Umfang nicht ermessen können, die jedoch dunkel wahrgenommen werden. Das Resultat ist eine Scheu davor, sich formal zu binden; ein Indikator dafür ist die hohe Zahl von Lebensgemeinschaften – im Gegensatz zur formal absegneten Ehe – in unserer Population von ökonomisch exponierten Individuen. Während das Verhältnis der Zahl von Lebensgemeinschaften zur Zahl der Ehen für das Volkszählungsjahr 1981 mit 1:10 zu Buche schlägt, beträgt dieses Verhältnis in unserer Population 1:1.7. Ein solcher Vergleich dient nicht nur zur Illustration der Lebenssituation von Arbeitslosen, er wirft auch ein zweifelhaftes Licht auf die Validität amtlich erhobener Statistiken. Der große Unterschied kann nicht allein auf die Andersgeartetheit der Grundgesamtheit zurückgeführt werden.

Während sich Frau Tiefenbacher sehr ausführlich über die Genese ihrer finanziellen Situation äußert, bleibt sie in Bezug auf deren Auswirkungen äußerst verschlossen – außer einem lakonischen »Na klar, wenn ich kein Geld habe, dann kann ich auch nichts kaufen«, ist aus ihr nicht viel herauszubekommen. Lediglich auf dem Umweg über ihre Freizeitgestaltung erfahren wir ein wenig über die Konsequenzen ihrer Verarmung. Sie ist viel allein; gelegentlich besucht sie ihre Eltern, manchmal wird sie von ihrem Enkel besucht. Sie gehört seit langer Zeit einer Damenrunde an, die sich regelmäßig trifft; Höhepunkt dieser Geselligkeit ist der alljährliche Ausflug. Im Kino war Frau Tiefenbacher schon seit 20 Jahren nicht mehr; zu Veranstaltungen kommt sie nicht, »höchstens, es nimmt mich wer mit«. Sie löst manchmal Kreuzworträtsel, sonst hat sie keine Hobbys. Auf ihre familiären Beziehungen hat ihre Arbeitslosigkeit keinen Einfluß – »Ja, ich bin eh allein, also ich müßte dann auf mich selbst böse sein«.

Frau Tiefenbacher ist offensichtlich weit davon entfernt, an den »allgemein üblichen« Unterhaltungsmöglichkeiten ihrer Gesellschaft teilzunehmen; in diesem Sinn ist sie »relativ depriviert«. Da sie ohne familiäre Zuwendungen nicht überleben könnte, ist sie auch »absolut« verarmt. Sie teilt dieses Schicksal mit Beate Becker, die nur dank ihrem Ehemann überhaupt ein Dach über dem Kopf hat; mit Sandra Bretterklierer, die zuhause lebt; mit Franziska Kogler, die ihre Stromrechnung nicht zahlen kann und die ihre Wäsche bei einem freundlichen Nachbarn waschen muß. In all diesen Fällen erweisen sich die Maschen des sozialen Netzes als ziemlich groß. Wie es von den Ideologen der Leistungsgesellschaft vorgesehen ist, ergänzen

hier informelle Mechanismen das System staatlicher Vorsorge für das physische Überleben des einzelnen. Was diese Theoretiker jedoch meist verschweigen, ist die einfache Tatsache, daß diese Überwälzung solidarischer Leistungen auf dem Betroffenen mehr oder weniger Nahestehende zu neuen Ungleichheiten führt – die Verwandten und Bekannten von Armen sind meistens selbst arm. Dem informellen Sektor der sozialen Abstützung ist eigentümlich, daß jene, die es sich leisten könnten, am seltensten in die Verlegenheit kommen, ein bedürftiges Familienmitglied subventionieren zu müssen; und umgekehrt.

Großes Vertrauen zum freiwilligen Sektor manifestierte sich auch in dem seltsamen Rat, den Johanna Rauchwalder, 44, beim Arbeitsamt erhielt:

»Na ja, beim Arbeitsamt, der eine Herr war ja recht nett, und der zweite Herr hat dann überhaupt gleich gesagt, nein, hat er gesagt, was wollen Sie denn mit diesem Alter noch arbeiten gehen, also bleiben Sie daheim und irgendwer wird dann schon für sie sorgen.«

Interviewerin: »Irgendwer?«

Johanna Rauchwalders Verkäuferlehre fand nach einem halben Jahr ein Ende, als ihr Lehrbetrieb in Konkurs ging. Sie arbeitete später jahrelang im Gastgewerbe und als Fabrikhilfsarbeiterin. Daneben heiratete sie zweimal und wurde zweimal geschieden. Von ihren vier Kindern leben noch zwei bei ihr. Nach ihrer letzten Scheidung suchte sie erfolglos Arbeit. Schließlich sprang doch das Arbeitsamt in die Bresche und vermittelte ihr eine geförderte Arbeitsstelle in einer Tischlerei. Am Montag nach dem Interview soll sie diese antreten; bis dahin lebte sie von der Sozialhilfe, da sie unangemeldet gearbeitet hatte und daher die Anwartschaft nicht erfüllt hatte.

Frau Rauchwalder lebt erst einige Jahre in Liesing; nach der Scheidung brach zusätzlich der gemeinsame Bekanntenkreis zusammen, sodaß sie nun völlig isoliert ist. Im Ort hat sie eine einzige Bekannte. Sie traut sich nicht fortzugehen, etwa in die Konditorei, da man hinterher nur »ausgerichtet« würde. Vor der feindseligen Umwelt verkriecht sie sich in ihre Wohnung; »...am besten ist, man zieht sich da in die Wohnung zurück und geht nicht einmal gescheit in den Hof, weil da gibt es eh nur Streitereien und Leutausrichtereien, wie es halt so üblich ist, nicht«. Sie reagiert so auf massive stigmatisierende Maßnahmen: Telefonanrufe, in denen sie aufgefordert wird, über ihren Tagesablauf Rechenschaft abzulegen, die Fürsorge, die man ihr ins Haus schickt, weil die Kinder angeblich schlecht beaufsichtigt sind. An den diversen Kursen, die in Liesing abgehalten werden, nimmt sie nicht teil: »...und dann sind die Frauen, die da Kurse hingehen, derartig überheblich, daß einem das alles vergeht. Daß man...am besten ist, man bleibt daheim und schaut

in den Fernseher hinein, oder man liest irgendetwas; aber sonst hat man da heroben überhaupt keine Chance...«

Und an einer anderen Stelle sucht sie den Grund ihrer Isolierung direkt in ihrem Status als Arbeitslose und Sozialhilfeempfängerin: »...während ich gearbeitet habe, und solange ich ein Geld gehabt habe, da war ich noch immer willkommener Gast; aber wie ich dann nichts mehr gegeben habe, dann hat sich das alles abgestumpft...und seit Weihnachten, also November, Ende November, Anfang Dezember spricht man mich überhaupt nicht mehr an. Also mit knapper Not, daß man dankt, also daß man dankt, wenn man grüßt.«

Frau Rauchwalder hat noch nie einen Urlaub gemacht. Ihr Einkommen ist »zum Sterben zuviel, zum Leben zuwenig«; sie spart beim Essen, beim Anziehen, leistet sich allerdings Zigaretten als »Luxus«, »daß man irgendetwas noch vom Leben hat«. Ausflüge mit den Kindern kann sie nicht unternehmen, da die öffentlichen Verkehrsmittel so teuer sind – »..wenn du irgendwo hinfährst, 500 Schilling mit zwei Kindern sind gleich weg; und da kann ich aber fast eine ganze Woche wieder damit leben«.

Obwohl Frau Rauchwalder ihre Arbeitslosigkeit als äußerst schmerzhaft empfindet, kann man die Ursachen ihrer Verletzlichkeit in ihrer Biographie wesentlich weiter zurückverfolgen. Wenn man die Kinder nicht »anständig« anzieht, so meint sie, werden sie verspottet: »Das ist, ich sage, ich weiß das, ich kenne das, ich habe das am eigenen Leibe verspürt, mein Vater war auch nur Hilfsarbeiter, ich bin verspottet worden, und das will ich meinen Kindern eben ersparen, daß sie jemals so verspottet werden, wie ich verspottet worden bin.« Wie nahe ihr diese Angelegenheit geht, sieht man schon am mehrmaligen Anlauf, den sie zur Formulierung des Problems braucht; und es ist zu befürchten, daß dieser für ihr Leben symptomatische Wunsch nicht erfüllt werden wird. Sie konnte z.B. ihren Buben aus finanziellen Gründen nicht am Schikurs teilnehmen lassen (er hat nicht einmal eine Ausrüstung). Es ist kaum anzunehmen, daß ein derart deutliches Symptom der ökonomischen Schwäche von den Klassenkameraden unbemerkt bleiben wird; dies gilt auch für die anderen, subtileren Signale der Armut, die von Frau Rauchwalders Kindern notwendigerweise ausgesendet werden.

Daß Armut eine Erbkrankheit ist, sehen wir auch an diesem Beispiel illustriert; und daß Frau Rauchwalders Ringen um Achtung der eigenen Person vergeblich war, wird ebenfalls sehr deutlich. Sie führt den Kampf fort, indem sie nun für ihre Kinder das Ziel anstrebt, das sie selbst nicht erreicht hat; auch dies ist eine prekäre Anstrengung. Jedenfalls übersetzen sich hier Einkommensunterschiede in Beschädigungen des Selbstwertgefühls; diese schmerzen, unabhängig davon, wie es um das Selbstwertgefühl anderer beschaffen ist.

„Auch Hermann Kainer, ein gelernter Koch, könnte nicht überleben, würde er nicht von seinen Eltern unterstützt: »...von meinen Eltern bekomme ich die Milch, Brot und Fleisch; wenn ich das nicht hätte, dann wäre ich sowieso aufgeschmissen«.

Hermann Kainer bezieht 4800 S Arbeitslosengeld. Seine Lebensgefährtin ist in Karenz; obwohl die beiden zwei verschiedene Wohnsitze haben, wirtschaften sie nach Herrn Kainers Aussage mit einem gemeinsamen Budget. Anders ginge es auch nicht, da er 3000 S Kreditrückzahlungen, fast 3000 S Wohnungskosten und 1500 S Alimente an ständigen monatlichen Ausgaben hat. Auf die Frage danach, wer eigentlich die Kosten seiner Wohnung trage, antwortet er mit einer sprachlichen Melange, die eine Ikone seiner verworrenen finanziellen Situation darstellt – »Ja, die zahlt ...ich...«.

Die Lebensgeschichte dieses Mannes ergibt trotz seiner erst 22 Jahre ein buntbewegtes Bild. Koch hat er gelernt, weil ihn dies schon als Kind interessierte; zuhause kocht er auch heute noch gern. Beim Bundesheer lernte er allerdings den Betrieb einer Großküche kennen – seitdem hat er die Freude an der Arbeit als Koch verloren. Dies wird allerdings beim Arbeitsamt nicht zur Kenntnis genommen: daß er einen Antrag auf den Besuch eines Schweißerkurses stellen durfte, konnte er nur »mit Mühe und Not« durchsetzen, einen Kochkurs hätte er hingegen jederzeit machen dürfen. Nach dem Bundesheer begann eine hektischbewegte Hilfsarbeiterkarriere, wo Phasen der Arbeitslosigkeit von Arbeitsperioden als Bauarbeiter, in der Papierfabrik, als Sägearbeiter und Dachdecker durchsetzt waren. Eine dieser Stellen verliert er aufgrund eines Konflikts, der aus Kompetenzunklarheiten bei seinen Vorgesetzten entstand – der »junge Chef« hatte ihm Urlaub zugesagt, damit er den Führerschein machen könne; Herr Kainer hatte bereits die Anzahlung geleistet, als der »alte Chef« aus dem Urlaub zurückkam und ihm den Urlaub verweigerte: »...habe ich gesagt, ich muß da den Kurs hinunterfahren; dann hat er gesagt, nein, ich kriege keinen Urlaub, habe ich gesagt, jetzt hab ich schon angezahlt alles, nicht. Die zahlen das nicht zurück, und ich habe das Geld auch nicht so zum Hinauswerfen, weil verdient haben wir auch einen Dreck, nur einen 50 Schilling-Stundenlohn; dann hat er gesagt, dann können sie gleich daheimbleiben...«

Dies illustriert eine Schwierigkeit, über die mehrere Populationsmitglieder berichteten – in einem Fall kamen gar »fünf Chefleute auf vier Angestellte« – nämlich die unklaren Erwartungen, die besonders in kleinen Familienbetrieben durch eine schlecht definierte Autoritätshierarchie erzeugt werden.

Andere Stellen verlor Hermann Kainer unter dubiosen Begleitumständen; er liegt in einer Dauerfehde mit der örtlichen Gendarmerie. Wie immer es bei den von ihm erzählten haar-

sträubenden Episoden um die Wahrheit bestellt ist, die Tatsache bleibt bestehen, daß er auf ein »negatives Einkommen« gesetzt ist. Seine finanzielle Situation wird durch seine hohen Kreditraten verschärft; es ist daher naheliegend, ihm seine wirtschaftliche Lage als selbstverschuldet vorzuwerfen. Ein Blick auf unsere Daten mahnt hier allerdings zur Vorsicht. In unserer Population fanden wir solche Belastungen durch Rückzahlungen vor allem in der (soziologischen) Altersgruppe, der Hermann Kainer angehört. Die älteren, wie Herr Smetana oder Herr Adamer, hatten die Phase der Hausstandsgründung schon längst hinter sich. Stellvertretend für diese Gruppe faßte Max Kaltenbrunner den Sachverhalt zusammen; auf die Frage nach Einschränkungen bei irgendwelchen größeren Einkäufen meinte er: »Na ja, es ist ja alles ... es ist schon alles da, ich habe ja alles... Ich habe zwei Fernseher, ich habe ein Auto, die Wohnung ist eingerichtet; sicher kann man heute was wegschmeißen, was noch gar nicht zum Wegschmeißen ist, wenn man mehr Geld hat...«

Die jüngeren hingegen waren meist gerade in jene Phase des Lebenszyklus eingetreten, in der man durch die Anschaffung von Wohnung, Auto etc. einen dauerhaften *Kontrakt* mit der Konsum- und Leistungsgesellschaft eingeht. Das Vertragsartige dieser Bindung ist unübersehbar – durch die bei uns sozial akzeptierte und in fast allen Fällen auch unumgängliche Vorfinanzierung bestimmter Teilnahmebedingungen (Auto etc.) wird der Akteur festgelegt und verpflichtet; mit Hilfe der Bank, die einen nicht ganz selbstlosen Beistand abgibt, hat er sich dann seiner Gesellschaft quasi ehelich verbunden. Einigermaßen fair kann dieses Arrangement nur sein, wenn sich auch »die Gesellschaft« an die Abmachung hält und dem einzelnen die Möglichkeit bietet, sich seiner Obligationen zu entledigen, indem er arbeitet, seine Schulden zurückzahlt, seine Kinder heranzieht usw. Es ist dies ein finanzielles Joch, das gerade die Integrationswilligen auf sich nehmen und das als Resultat von Handlungen auferlegt wird, die mit »leichtfertigem Schuldenmachen« recht wenig zu tun haben. Der im Kapitel 5 geschilderte Teilnahmezwang wird dadurch noch zusätzlich verschärft.

Es gibt nur wenige Konstellationen im modernen Leben, für die der Ausdruck »Falle« angebracht wäre. Besonders der Wohnkonsum wird bei den meisten Verbrauchern nicht vom aktuellen Einkommen, sondern von *Einkommenserwartungen* bestimmt, die sich auf einen längeren zukünftigen Lebensabschnitt beziehen. Unter stabilen wirtschaftlichen Bedingungen können diese Erwartungen durchaus als Grundlage rationaler Konsumententscheidungen dienen; ist jedoch das ökonomische Schicksal des einzelnen von verschiedenen Ereignissen bedroht, die sich – wie die Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit

– der Kontrolle des Akteurs weitgehend entziehen, dann wäre bei langfristigen Konsumententscheidungen extreme Vorsicht geboten. An diese ist man entweder nicht gewöhnt, oder man ist gezwungen, sie über Bord zu werfen, wenn z.B. der Autobesitz Vorbedingung der Teilnahme am Erwerbsleben ist. Geldgeber, die solche Investitionen vorfinanzieren, finden sich gerade in der »Krise« genug, wenn Bankiers nicht wissen, was sie mit den Geldern tun sollen, die ängstliche Sparer bei ihnen angehäuft haben und an denen ebenso ängstliche Unternehmer keinen sonderlichen Bedarf haben. Der Kreditgeber orientiert sich daher nur ungenügend an der ökonomischen Prognose seines Kunden und unterstützt damit seine »Unvorsichtigkeit« – der finanzielle Köder wird ausgelegt und verschlungen, und die Falle schnappt zu, wenn der Besitzer des vorfinanzierten Autos seine Arbeit verloren hat. Die ehemalige Sparkassenangestellte Dagmar Wurm faßte dies schön zusammen, als sie auf die Frage nach irgendwelchen finanziellen Einschränkungen von sich aus auf dieses Thema kommt – »...weil ich war in der Kreditabteilung beschäftigt, und ich muß ehrlich sagen, alles, nur keinen Kredit..«

Es überrascht nicht, daß die Mitglieder unserer Population in dieser Angelegenheit sehr zurückhaltend waren; dennoch wissen wir, daß z.B. Markus Klug und Walter Knappitsch die Raten für ihr Auto (das ersterer allerdings gar nicht mehr besitzt) nur bezahlen können, weil sie zuhause leben, und daher bei anderen Ausgaben sparen können. Sie und andere liefern die Indizien für das oben entworfene Bild – in einer Atmosphäre allgemeinen Händeschüttelns und Schulterklopfens (wie bei einer Hochzeit) wird eine finanzielle Last übernommen; kann man allerdings seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, unter anderem, weil einem durch Arbeitslosigkeit die Möglichkeit genommen wurde, ihnen nachzukommen, dann ist diese festliche Stimmung nur mehr eine blasse Erinnerung, und statt der Glückwünsche empfängt man nun die Drohungen von Rechtsanwältinnen, ganz wie bei der Scheidung.

Manchen Arbeitslosen geht es finanziell auch recht gut. Antonia Stürmer etwa fand nach der Friseurlehre keine Arbeit und lebt nun mit ihrem Kind daheim; sie wird dort als willkommen, vom Staat bezahlte zusätzliche Arbeitskraft wahrgenommen. Das Karenzgeld übersteigt natürlich die Lehrlingsentschädigung, sodaß sie nun finanziell besser gestellt ist als vorher – zumindest für eine Weile. Eine ähnliche Konstellation von Umständen erleichterte es auch Peter Bernardi, während der Phase seiner Betroffenheit finanziell gut über die Runden zu kommen. Mit 23 Jahren hatte er noch keine der finanziellen Verpflichtungen übernommen, die manche seiner Alterskollegen belasten. Er lebte zuhause und gestaltete sein Leben nach dem Muster »verlängerte Kindheit«. Bevor er arbeitslos wurde, hatte

er als Zimmerer auf Montage jedoch einen »richtigen Männerlohn« verdient; damit fiel auch die Arbeitslosenunterstützung vergleichsweise hoch aus. So konnte er durch das Zusammenwirken dieser Faktoren das Leben eines Jugendlichen mit sehr hohem Taschengeld führen.

Peter verlor seine Arbeit, nachdem er sich einen komplizierten Bruch der Hand zugezogen hatte. Nach längerem Krankenstand erklärte ihn der Chefarzt für untauglich für die Art von Arbeit, die er vorher getan hatte. An den Krankenstand schloß sich eine Phase der Arbeitslosigkeit, bis er als Langzeitarbeitsloser zum Projekt »Eisenstraße« vermittelt wurde. Trotz einiger Definitionsprobleme – »Es läuft ab wie eine Firma, es ist aber keine Firma« – gefällt ihm die Arbeit dort sehr gut (»Es ist wirklich super drinnen«).

Auch die Schilderung seiner Freizeit gerät ihm sehr widersprüchlich. Dies dürfte unter anderem darauf zurückzuführen sein, daß er einerseits die psychologischen Kosten der Arbeitslosigkeit verspürte, andererseits doch ein urlaubsähnliches Leben führen konnte. Seine erste Aussage zu diesem Bereich war folgende: »Naja, was soll ich sagen – daheim sitzen, herumsandeln, was soll man den ganzen Tag in der Stadt herumlaufen? Das..ich meine..ein bißchen fortgehen und so, ich meine, was anderes kann man eh nicht machen; und warten.« Dies erinnert ihn allerdings an seine Einbindung in die jugendliche Arbeitslosenkultur der Stadt, die er dann als sehr lebhaftes Szenario darstellt: »..es waren eh genug Arbeitslose und so, da lernt man sich mit der Zeit eh kennen, nicht. Langweilig war mir halt nicht«. In diesem Zusammenhang ging man schwimmen, ins Kino und in die Disco. Hier stellte sich auch das Urlaubsgefühl ein: »Es war irgendwie so wie ein Urlaub, so ausrasten einmal, richtig erholen von der Arbeit, nicht«; an dieser Stelle meldet sich jedoch das Über-Ich sofort wieder zu Wort – »Das war das einzig Positive beim Stempeln...ich habe ihm gleich gesagt drinnen, sie sollen schauen, daß ich wieder eine Arbeit habe, weil das Herumlümmeln, das den ganzen Tag Sitzen, es ist eine komplette Tages...jeder Tag ist gleich, es ist immer der gleiche Ablauf, man kann nichts anfangen, was soll man tun als Arbeitsloser? Man kann nur warten und hoffen, daß man bald eine Arbeit kriegt.«

Ähnliche Darstellungsschwierigkeiten hat Peter im finanziellen Bereich – »..sicher, irgendwie habe ich gespart, und irgendwie habe ich mich gehen lassen..« Nach eigener Angabe erhielt er 6000 Schilling »Stempelgeld«; sein Realeinkommen war damit auf die Hälfte gesunken. Die daraus entstehenden finanziellen Härten hielten sich jedoch durchaus in Grenzen: Der Urlaub war gestrichen, beim Fortgehen mußte er sich »ein bißchen einbremsen«, und die Kleidungsstücke, die allmonatlich gekauft wurden, mußten statt in bar auf Raten bezahlt werden.

Peter Bernardis objektive Umstände würden ihn für die Rolle des fröhlichen Arbeitslosen, der in der Folklore unserer Journa-

listen und damit auch der allgemeinen Öffentlichkeit eine so bedeutsame Funktion hat, geradezu prädestinieren. Dennoch war er weit davon entfernt, seinen »Urlaub« auch als ungetrübtes Vergnügen zu genießen. Die Widersprüche zwischen seiner materiellen Situation und den von ihm internalisierten moralischen Ansprüchen seiner Umgebung spiegeln sich in den Widersprüchen seiner Darstellung, die manchmal in extrem verdichteter Form auftreten – wenn er etwa sagt, »Ja, ich habe mir die Zeit totgeschlagen, ich meine, gut verwendet«. Solche Fehlleistungen liefern weitere Indizien dafür, daß wir es nicht mit einem Charlie Kappl zu tun haben, der gelernt hat, konventionelle Porträts der Tristesse des Arbeitslosenlebens zu entwerfen. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, daß seine günstige materielle Situation ein Zufallsprodukt bestimmter Umstände ist; nicht alle Arbeitslose können die dubiosen Privilegien einer verlängerten Kindheit genießen.

Bei der Schilderung der Auswirkungen seiner Arbeitslosigkeit auf das Familienleben liefert Peter eine weitere Version seiner Zeitgestaltung:

»Ja, sicher, wir haben schon, ich meine, ich habe schon, mit der Mutter und so, schon Streitereien gehabt...Es ist eh klar, ich meine, man tut auch nichts anderes als wie...man geht fort, kommt wieder heim in der Früh, geht liegen, steht wieder zu Mittag auf, geht essen, geht wieder fort und so...«

Von Apathie ist hier ebensowenig die Rede wie von Spiel und Sport mit den Freunden; auch die Idee des »Einbremsens« beim Fortgehen ist offensichtlich verschwunden. Mit dieser letzten Variante scheint auch seine Mutter am ehesten vertraut: »Ja, Vormittag hat er geschlafen und Nachmittag ist er gerannt; das war eigentlich alles, was ich sagen kann. Auf d'Nacht war er natürlich nie daheim, gelt, das ist eh klar. Geld hat er auch gehabt.« In der letzten Frage gibt es eine Diskrepanz zu Peters Darstellung – Frau Bernardi betont zweimal, daß er 10 000 Schilling Arbeitslose bezogen hätte, »wenn Ihnen das was sagt«. Dieses Geld hätte er »mehr hinausgeschmissen«; Peter war, so Frau Bernardi, »praktisch ja nur in den Gasthäusern«. Er kam im allgemeinen erst in der Früh heim. Frau Bernardi war bereit, dies zu tolerieren – »ich habe gesagt, du renn, solange du rennen magst, das ist mir eh wurst, solange du mir nichts anstellst...« Ihr zweiter Mann, der damals noch zuhause lebte, war da weniger gelassen – »Weil mein Mann das nicht eingesehen hat, daß der Bub mit dem Geld so abarbeitet. Er hat gesagt, du schau, du hast fast mehr wie ich als Familienvater und schmeißt das Geld so hinaus.«

Zumindest rückblickend erscheint diese Phase im Leben ihres Sohnes Frau Bernardi als ein Übergangsphänomen; abgesehen von seinem »Rennen« war der Sohn ohnehin »brav« und heute arbeitet er wieder. Hinzu kommt, daß die Mitglieder

seiner Clique jetzt alle ein festes Mädchen haben. Peters Freundin lebt sogar im gemeinsamen Haushalt und übt ihren mäßigen Einfluß aus: »Sie kommen wohl, sagen wir, her da und sagen Peter, weißt du was, magst du nicht mitgehen, oder was; dann hat sie eh die Hand drauf, nicht. Dann traut er sich eh nicht«. Deutlich wird allerdings, daß Peters Eltern den Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates einigermaßen fassunglos gegenüberstehen; ein Grund für diese Verwunderung dürfte darin liegen, daß sie die atypische Situation ihres Sohnes mit dem Typischen verwechseln. Auch Frau Bernardi neigt dazu, hier gängige Klischees zu reproduzieren – »Ja, weil sie nicht arbeiten wollen, ich meins, das stimmt eh, es gibt genug solche, die nur das hinausziehen und nur von der Arbeitslosen leben...« – doch kennt sie auch Gegenbeispiele, die sie veranlassen, das Sozialversicherungssystem für »eine gute Einführung« zu erklären: »So wie der Gerhard, der kann nicht heimgehen, der hat einen Stiefvater noch, der hat ihn hinausgeschmissen, der Bub kugelt bei fremden Leuten herum; der hat jetzt eine Freundin, eh auch schon eine Zeitlang, bei der schläft er, aber heim darf er nicht. Der hat nichts zu essen gehabt, der Bub oft...«. Frau Bernardi ließ den jungen Mann öfter zum Essen einladen – »Du, sag dem Gerhard, heute ist eh ein bißchen mehr da, er kann, wenn er will, soll er dann kommen, wenn der Vater nicht da ist...«. So leistete sie ihren Beitrag in einem System informeller Unterstützung, in einem Fall, wo das offizielle ganz offensichtlich versagt hatte; und gewährte uns durch ihre Erzählung Einblick in eine Szene, die es natürlich gibt, und wo auch heute noch das Drama der absoluten Armut stattfindet.

Das Durchschnittseinkommen der zum Erhebungszeitpunkt beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen im Erhebungsgebiet aus Zahlungen der Arbeitsmarktverwaltung betrug 4950 Schilling; das entspricht ziemlich genau dem österreichweiten Durchschnitt. Auch hier zeigt sich das oben illustrierte Muster. Einem vielfachen Familienvater mit 369 Schilling Arbeitslosenunterstützung als Spitzenreiter steht ein 42jähriger verheirateter Mann gegenüber, der vom Arbeitsamt mit täglichen 21 Schilling und 30 Groschen verwöhnt wird. Wer die alleinstehende Geschiedene ist, die mit täglich 65,70 auskommen muß, wissen wir nicht; und von jenem jungen Mann, der 90,20 Notstandshilfe bekommt – das sind in guten Monaten genau 2796,20 – wissen wir nur, daß er *nicht* Peter Bernardi ist, daß er irgendwann einmal um die 7700 Schilling verdient haben dürfte, und daß es ihm nun vermutlich finanziell dreckig geht.

Bei jenen von unseren Befragten, die vorher in Arbeit gestanden waren und nun Zahlungen vom Arbeitsamt erhielten, ergab sich ein durchschnittliches Einkommen während der Arbeitslosigkeit von 4750 Schilling (n=37). Da wir auf die obenstehende Berechnung als Validierungshilfe zurückgreifen können, läßt

sich sagen, daß wir in dieser Angelegenheit vermutlich aufrichtige Auskünfte erhalten haben. Die Auskünfte über das Einkommen vor der Arbeitslosigkeit ergaben ein Mittel von 8120 Schilling (n=30); damit sank im Schnitt das Einkommen unserer Betroffenen auf 58.5 Prozent des vorherigen Einkommens – auch das klingt durchaus plausibel. Daß sich in vielen einzelnen Fällen dann totale finanzielle Verzweiflung einstellen muß, ergibt sich mit arithmetischer Notwendigkeit – die Durchschnitts, über die wir hier berichtet haben, sind ja schließlich niedrig genug, um Personen, die darüber liegen, als arm erscheinen zu lassen, von denen, die darunter liegen, ganz zu schweigen. Nicht mitgezählt wurden hier jene, die überhaupt kein eigenes Einkommen haben, wie Sandra Bretterklieber oder Markus Horvath. Diese leisten ihren Beitrag zur Verschönerung der Arbeitslosenstatistik, indem sie einerseits die Anzahl der Arbeitslosen verringern, andererseits, da sie niedrige Arbeitseinkommen hatten, die Ersatzrate besser aussehen lassen (aus diesem Grund ist ein direkter Vergleich der österreichischen globalen Ersatzrate mit jener anderer Länder wie etwa Großbritannien unzulässig).

Die Idee, daß es keine absolute Armut mehr gibt, hält sich dennoch hartnäckig, auch in Soziologenkreisen; und ist es nicht tatsächlich so, daß die nackte wirtschaftliche Not, von der uns noch aus den 30er Jahren berichtet wird, verschwunden ist? Die älteren Mitglieder unserer Population erzählten uns gelegentlich von früheren ökonomischen Zwängen und von den ihnen entsprechenden Ausweichstrategien, die heute weitgehend obsolet geworden zu sein scheinen. Sylvia Drageric etwa erinnert sich an eine harte Kindheit: der Vater war im Krieg, die Mutter mußte vier Kinder allein aufziehen, von denen drei der Reihe nach starben. Aus zweiter Ehe kommen drei Kinder dazu. Frau Drageric hat »den Christbaum gekannt, aber keine Zuckerln«; in das von Jahr zu Jahr aufbewahrte Seidenpapier wurden Kohlenstückchen eingewickelt. Diese Armut schärfte allerdings den Blick – »So bin ich halt aufgewachsen, und ich kenne heute im Wald alles, ich weiß aus jeder Wurzel und aus jedem Klumpert, also aus jedem Kräuterl, was man machen kann daraus...« Gertrude Menger, die Mutter Gertis, kommt ebenfalls aus einer sehr armen Familie und hebt noch heute im Wald »jedes Stückl Holz« auf, und umgekehrt berichtet die Mutter Peter Bernardis mit einer Mischung aus Mißbilligung und Amüsement, daß sich ihm sogar eine so bewährte Strategie der Einkommensaufbesserung wie das Schwammerlsuchen ins reine Vergnügen verkehrt – »Da haben sie mehr Rausch heimgetragen, als was sie daher gebracht haben«.

Die von uns vorgefundene Bedeutungslosigkeit klassischer Alternativstrategien kann natürlich im Licht eines allgemein gestiegenen Wohlstandes interpretiert werden; doch darf die

Kehrseite dieses Phänomens nicht übersehen werden. Die große Mehrheit unserer Befragten heizt elektrisch oder mit Gas; damit scheidet das Sammeln von Holz als Alternative von vornherein aus. Aber so eigenartig die Idee derartiger Alternativen den meisten unserer Befragten erschien, so unerbittlich wirkt der hier thematisierte Mechanismus. Die Strom- und Gasrechnungen, und auch jenes Gemüse aus dem Geschäft, das nach Auffassung einiger Interviewter billiger kommt als das selbst gezogene, müssen schließlich bezahlt werden. Man ist damit in Bereichen vom Geld abhängig, wo früher zumindest die theoretische Möglichkeit bestand, diese Geldleistungen durch eigene Arbeit zu ersetzen; dies bedeutet jedoch eine weitere Einschränkung des Handlungsspielraumes des Arbeitslosen. Und im einzigen Fall, wo wir tatsächlich Holzsammeln als Strategie der Einkommensergänzung identifizieren konnten, trat prompt ein Förster auf; der benahm sich so, als hätte er im Wald nichts anderes zu tun, als die Hypothesen städtischer Soziologen zu untermauern. In den Worten von Helene Mittelstrasser: »Holzsammeln war ich einmal, ich sage Ihnen, ich habe mich abgeschleppt, da hinten hinauf und da hinten herunter; und wie wir da hinten runter gehen, fährt der Förster gerade nach mit dem Auto. Sagt er »Hallo, waren wir Holz sammeln?«; habe ich gesagt: »Ja, für den Winter«; hat er gesagt »Haben wir einen Ausweis auch...Nein? Aber dann gehen sie aber schnell heim.«

Die Auskünfte über Einschränkungen beim Konsum variierten natürlich mit dem Ausmaß der finanziellen Beschränkungen. Daß die Qualität des Essens reduziert wurde, kam relativ selten vor; häufiger wurden Einschränkungen bei dauerhaften Konsumgütern genannt, vorwiegend bei der Bekleidung. Die Tatsache, daß wir in einer »Konsumgesellschaft« leben, hat Autoren wie Erich Fromm Anlaß zu ebenso wortreichen wie wirkungslosen Klagen gegeben. Wir müssen diese Tatsache allerdings hinnehmen; hiezu gehört, daß sich ein Gutteil des Werts einer Person in dem manifestiert, was er »hat«. Diese Entwicklung besitzt in der Massengesellschaft ihre eigene Logik. In den zahllosen flüchtigen und doch oft lebensentscheidenden Begegnungen in der modernen Gesellschaft – zwischen Lehrern und Eltern, Richter und Angeklagten, Bankier und Kreditwerber usw. – haben wir zu wenig Zeit, die Persönlichkeit des anderen zu ergründen; wir sind auf Dinge wie Bekleidung und hochstandardisierte Bestandteile der Persönlichkeitsfassade (»Manieren«) angewiesen, wenn wir uns ein Urteil über andere bilden. Dadurch fungieren Konsumartikel als Symptome und Symbole, als Informationsträger, die trotz ihrer Krudheit handlungsbestimmend werden. Darüber hinaus wird natürlich auch weltlicher Erfolg in Besitztümern ausgewiesen; auch hier handelt es sich um kognitive Abkürzungen, die man oft kaum umgehen kann. Damit aber gewinnt die *expressive* Komponen-

te von Konsumgütern eine oft ins Groteske übersteigerte Bedeutung, ebenso wie der Ausschluß vom Konsum.

Mag eine so definierte Würde und Autonomie des Individuums dem Kulturkritiker auch suspekt sein, so gehört sie dennoch zur sozialen Realität unserer Befragten. Konsumgegenstände werden so zum Vehikel der Verwirklichung eines (wenn man so will: verstümmelten) Selbst, und dies umso zwingender, je knapper die Möglichkeiten anderer Formen der Selbstverwirklichung sind oder werden. In diesem Sinn gehören auch Einschränkungen beim Konsum zu jenen zahlreichen Mechanismen, die aus den Arbeitslosen Menschen zweiter Klasse machen, besonders dort, wo sich modische Gegenideologien des Konsumverzichts noch nicht herumgesprochen haben. Rudolf Krizaj verleiht all dem in elliptischer Form Ausdruck, wenn er resigniert einbekennt: »Früher habe ich ein Rad gehabt, nicht einmal ein Rad habe ich mehr. Kein Fahrzeug, kein Videogerät und keine Stereoanlage.«

Paradoxien des Familienlebens

Wir begannen Anfang Juni mit unserer Erhebung. Einige Tage vorher hatte sich ein Vorfal ereignet, der die Siedlung auf Wochen hinaus mit Gesprächsstoff versorgte. Helmut Trummer, 35, in den Zeitungen abwechselnd als »Bäcker« oder als »Arbeitsloser« ausgewiesen, befand sich kurz nach Mitternacht mit seiner Lebensgefährtin auf dem Weg nach Hause. Dieser führte die beiden über die Murbrücke; am Tag ist der Fluß dort schlammfarben, des Nachts schwarz und glänzend. In dieser unappetitlichen Brühe fand das kurze und vermutlich nicht sehr glückliche Leben des Helmut Trummer sein Ende. Wochen später wurde die Leiche bei der Brucker Wehr angeschwemmt. Eine Zeitung meldete, er hätte sich »nach einem Streit mit seiner Freundin« in die Mur gestürzt; eine andere meinte knapp: »Über das Motiv des Selbstmordes herrscht Unklarheit«.

Solche Ereignisse sind die Spitze des Eisberges von familiärer Frustration und Gewalt, der sich im Gefolge besonders der Langzeitarbeitslosigkeit bildet. Ein systematischer Blick unter die Oberfläche gelingt selten; in unserem Fall war es reiner Zufall, daß sich in unserem Erhebungsgebiet ein so dramatisches Gegenbeispiel gegen die These vom glücklichen Arbeitslosen fand, vom »Sozialschmarotzer«, der es sich im Nest seiner Familie gemütlich macht. Ähnlich hartnäckig wie derartige Legenden hält sich die romantische Idee, daß die Zuneigung und die Loyalität der unmittelbaren Bezugspersonen die psychologischen und sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit irgendwie kompensieren könnten. Hiezu fehlt es nicht an literarischen Vorlagen – noch in Hans Falladas Roman »Kleiner Mann – was nun?«, bei einem Autor, dem ein Ausmaß an Klarsichtigkeit gegenüber der sozialen Realität kaum abgesprochen werden kann, finden wir die Vorstellung, daß der kleine Mann des Titels sein kleines privates Glück auch unter widrigsten ökonomischen Umständen bewahren kann; dort setzt sich die romantische Liebe gegen eine Geschichte der öffentlichen Entwürdigung und Entrechtung durch und zwingt ihr ein Happy End auf. Fallada muß zugute gehalten werden, daß solche Szenarios früher plausibler waren als heute; dennoch sollte man gegen die überlieferte Denkschablone, die einen privaten Rückzug aus der öffentlichen Misere gestattet, auf der Hut sein, auch wenn das literarische Muster zählebig fortwirkt, von Alltagsinterpretationen bis zu den Deutungen mancher Soziologen.

Dagegen spricht zunächst, daß die Familie des zwanzigsten Jahrhunderts ein störungsanfälliges System ist, das einerseits neuen Belastungen ausgesetzt wurde, andererseits die Gelegenheit erhielt, solche Störungen publik zu machen – bis hin zum öffentlich dokumentierten Zusammenbruch. Das Familiensystem bricht auch ohne massive extern verursachte Krisen immer häufiger zusammen; vor allem die eheliche Partnerschaft war hier Belastungen ausgesetzt, die das Führen einer »glücklichen« Ehe vom Schwierigkeitsgrad her in die Nähe der Quadratur des Kreises rückt. Dennoch gehört dieses ehrgeizige Ziel zum kulturellen Auftrag der allermeisten Menschen; es wird auch immer wieder in Angriff genommen und in den seltensten Fällen erreicht. Die moderne Ehe erscheint dann wie eine Lotterie, an der lauter rettungslose Optimisten teilnehmen, eine gesellschaftliche Veranstaltung voll verlogener Versprechungen und eingebauter Enttäuschungen.

Helene Mittelstrasser lebt heute mit ihren beiden Töchtern aus zwei verschiedenen Ehen ohne Partner. Beim Erstinterview wollte sie über ihren Ex-Mann keinerlei Aussagen machen, sie wollte nicht an ihn erinnert werden. Dem Tiefeninterview steht sie sehr skeptisch gegenüber. Sie läßt sich schließlich überreden; als die Interviewerin zum vereinbarten Termin erscheint, erklärt sie, sie hätte wegen eines angekündigten Besuchs höchstens eine halbe Stunde Zeit. Während des Interviews legen sich Unfreundlichkeit und Mißtrauen; sie erzählt viel, lacht und fragt die Interviewerin nach ihrem Woher und Wohin. Nach mehr als einer Stunde spricht sie noch immer, auch als das Tonband schon abgeschaltet ist – bis die Interviewerin gehen muß. Der angekündigte Besuch ist nicht eingetroffen.

Frau Mittelstrasser sucht eine sichere Stellung als Putzfrau im Spital. Zur Zeit bezieht sie Notstandshilfe; ihrer früheren stundenweisen Beschäftigung als Aufräumerin kann sie derzeit wegen verschiedener Krankheiten nicht nachgehen. Ihr berufliches Anspruchsniveau ist offensichtlich drastisch reduziert und ihre privaten Träume sind ebenfalls ausgeträumt: »Ja, zuletzt habe ich dann meinen Mann kennengelernt, mit dem ich auch verheiratet war, sechs Jahre, da habe ich die Große; und dann, im 80er Jahr, war die Scheidung und dann habe ich wieder jemanden kennengelernt, ja, ein Pech nach dem anderen, da habe ich die Kleine davon, und jetzt bin ich geheilt.«

Ihre früheren Hoffnungen erscheinen Frau Mittelstrasser nun als pathologischer Wahn; sie mag zwar davon geheilt sein, doch der Preis dieser Heilung ist eine Vereinsamung, die sich auch im Umgang mit der Interviewerin bemerkbar macht. Eine andere, wesentlich jüngere Befragte spricht von ihrer »dritten großen Liebe« – ihre Illusionen sind noch intakt und haben sogar den Zählprozeß überlebt.

Autoren wie Edward Shorter haben den Wandel der eheli-

chen Partnerschaft mit der Entstehung der Ideologie der romantischen Liebe in Verbindung gebracht. Er stellt hier eine Beziehung zwischen einer individualistischen Wirtschaftsordnung und dem Gefühlsleben her – »der Wunsch, frei zu sein« betrifft das Wirtschaftsleben ebenso wie die Sphäre der privatesten Empfindungen: »Der Wunsch, persönliches Glück zu finden, jene lange Reise der Entwicklung zur Persönlichkeit und der Selbstentdeckung, die die Suche nach Selbstverwirklichung darstellt, dringt als Romantik an die Oberfläche des Bewußtseins: Man sieht einer anderen Person in die Augen in der Hoffnung, sich selbst zu finden.«¹ Was Shorter merkwürdigerweise nicht erwähnt, ist die Paradoxie dieses Individualismus – der Drang nach freier und selbständiger Entscheidung ist ja im persönlichen Bereich darauf gerichtet, sich auf »ewig« zu binden. Wir haben es hier mit einer eingebauten Ungereimtheit in der Idee der romantischen Liebe zu tun, die noch heute Kosten für alle jene erzeugt, denen ein großes und dauerhaftes privates Glück verwehrt ist; hiebei dürfte es sich um die Mehrheit handeln.

Dieser Widerspruch pflanzt sich fort, wenn sich die Ehe von einer Schicksalsgemeinschaft in Richtung einer Interessensgemeinschaft wandelt. Dies führt zwar direkt zur Vermarktlichung der partnerschaftlichen Beziehungen, hat aber mit romantischer Liebe herzlich wenig zu tun. Noch heute beschwört das Eheversprechen diese noble Idee eines Abkommens, das vom wechselhaften Schicksal der beteiligten Individuen unabhängig ist – seien sie arm oder reich, krank oder gesund. Die zunehmende Berücksichtigung persönlicher Neigungen bei der Partnerwahl und die Ermöglichung der Scheidung haben gemeinsam mit anderen Faktoren dazu beigetragen, diese vornehmen Aspirationen zu unterhöheln. Neue Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten haben sich eingestellt, deren offensichtlichen Positiva einiges an Negativem gegenübersteht. Der kranke, alte, häßliche oder arbeitslose Partner erscheint nun nicht mehr als eine Aufgabe, die einem ein blindes Geschick aufgeladen hat, sondern als eine Bürde, derer man sich entledigen kann. Der Wert des Partners kann erstmals in ökonomischer Währung oder in jener Münze, die den Jahrmarkt der Eitelkeiten regiert, berechnet werden – die alternde Frau kann gegen eine jüngere, der einkommenslose Mann gegen einen gut verdienenden ausgetauscht werden. Hinzu tritt, daß diese neuen Wahlmöglichkeiten den Partner in stärkerem Maß als Indikator des eigenen Werts erscheinen lassen; kann man sich auf dieser Dimension verbessern, dann erscheint dies als Resultat der eigenen Tüchtigkeit. Jene Rechenhaftigkeit, die auch die nachbarlichen Beziehungen durchsetzt, geht nun auch in die ehelichen ein – der

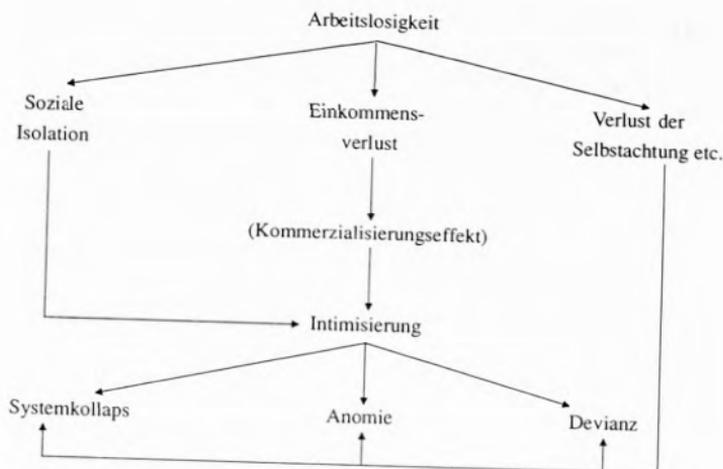
Partner wird wie ein Konsumartikel nach seinem Nutzen bewertet, ob nun auf einer Skala der finanziellen Sicherheit, des sozio-ökonomischen Status oder des erotischen Prestiges. War der Mensch in der alten Schicksalsgemeinschaft eine Art unverlierbarer und manchmal unerwünschter Besitz, so wird er nun zur zirkulierenden Ware. Dies ist die Kehrseite einer Medaille, auf deren Vorderseite die Parole der individuellen Freiheit eingraviert ist.

Zu dieser Vermarktlichung der persönlichen Beziehungen treten Intimisierung und der »Funktionsverlust« oder auch nur »Funktionswandel« der Familie. Kindererziehung, Altenbetreuung und Krankenfürsorge haben sich zunehmend von der Familie nach außen verlagert, von früheren gemeinsamen Betätigungen im Bereich der Güterproduktion ganz zu schweigen. Konsum und Freizeitgestaltung rücken damit ins Zentrum der gemeinsamen familiären Aktivitäten – die verbliebenen arbeitsähnlichen Aufgaben werden ja bekanntlich in strenger Rollentrennung wahrgenommen. Während der zur gemeinsamen Nutzung zur Verfügung stehenden Zeit ist die Familie dann wie ein Freizeitklub; da auch im Freizeitbereich – zumindest bis vor kurzem – geschlechtsspezifische Stereotypen etc. regierten, war dies ein Klub mit geringen Erfolgsaussichten, als hätte man einen Philatelisten und einen Großwildjäger zur gemeinsamen Freizeitgestaltung zusammengespant.

Dies sind zwei verschiedene Blickwinkel, unter denen der Arbeitslosigkeit eine besondere Bedeutung zukommt. Zur Vermarktlichung der privaten Beziehungen gesellt sich die einleuchtende Tatsache, daß der »Marktwert« – der symbolische, der finanzielle, etc. – arbeitsloser Personen vergleichsweise gering ist; und angesichts unserer Befunde über die Freizeitwelt des Arbeitslosen ist klar, daß die zusätzliche Zeit, die er nun in der Familie verbringen kann, von vornherein von zweifelhaftem Wert ist. Steht schon die normale Familie unter Belastungen, die häufig zu ihrem Kollaps führen, so zieht Arbeitslosigkeit die Schraube genau dort fester an, wo ohnehin schon der größte Druck herrscht.

Den zu vermutenden Variablenzusammenhang können wir in einem Diagramm skizzieren (s. nächste Seite).

Wie im vorherigen Abschnitt beschrieben, sind unstigmatisierte billige öffentliche Geselligkeit und billige Freizeit in der Moderne einer zunehmenden Verknappung unterworfen. Diese Unwirtlichkeit der Öffentlichkeit, gemeinsam mit der Entkopplung von dem in der Arbeitswelt konstituierten Netz persönlicher Beziehungen, wirft den Arbeitslosen auf die Vergnügungen und sozialen Beziehungen seiner häuslichen Welt zurück. Diese gewaltsame Relegierung aus einer weiteren Gesellschaft fällt zusammen mit einer Bedrohung der persönlichen Identität, mit einer Zunahme des Konfliktpotentials auf zahlreichen Di-



mensionen, mit einer Einschränkung des Wohlstandes und der damit verbundenen materiellen und symbolischen Belohnungen oder Notwendigkeiten – eine durch strukturelle Faktoren vergiftete Intimität entsteht, bei der es wenig verwunderlich ist, wenn sie sich in Selbst- oder Fremdaggression entlädt. Hinzu kommt, daß die Opfer dieser erzwungenen Intimisierung aufgrund der schichtspezifischen Verteilung der Arbeitslosigkeit quantitativ und qualitativ schlechtere Wohnverhältnisse haben – die durchschnittliche Wohnraumgröße für die im Erhebungsgebiet wohnenden Arbeitslosen beträgt je Person 25.18 m², während dieser Durchschnitt für alle Erwerbshaushalte des Bezirkes bei 27.7 m² liegt – und im allgemeinen auch mehr Kinder haben. Dort, wo es weniger lebendig hergeht, kann sich anstelle eines nervlich strapaziösen Chaos eine kaum weniger anstrengende Langeweile ausbreiten. All dies lädt der häuslichen Zweisamkeit, der Partnerschaft und dem gesamten Familiensystem eine gewaltige Bürde auf.

Klaus Holzer und Silke Waidacher leben in einer der ca. 50 m² großen Wohnungen der unteren Zeile der Siedlung. Silke ist als verdeckte Arbeitslose aufzufassen – sie wünscht sich eine Halbtagsbeschäftigung und würde sie aus finanziellen Gründen auch brauchen. Ihre Berührung mit der Arbeitswelt war kurz und schmerzhaft: In einem Gasthaus mit angeschlossenem Geschäft war sie zwar als kaufmännischer Lehrling angestellt, mußte jedoch zwölf Stunden täglich als Mädchen für alles tätig sein. Nach einem halben Jahr hat sie genug davon; sie verläßt die Lehrstelle, wird schwanger und flüchtet sich in eine Frühehe. Heute, mit 20 Jahren, ist Silke geschieden und hat einen dreijährigen Sohn. Das berühmte soziale Netz versagt in ihrem Fall – nach der Scheidung sucht sie um Notstand an und wird selbstverständlich abgelehnt, da sie erst ein halbes Jahr berufstätig war. Ihr jetziger Lebensgefährte muß ihr da wie der Retter in der Not erschienen sein. Sie

lernt ihn kennen, als er beim Bundesheer ist; nach dem Abrüsten findet er bald eine relativ gut bezahlte Arbeit in einer Firma, die Plastik zur Wiederverwertung aufbereitet. Er verdient 11.000 Schilling netto, für die er allerdings 12 Stunden täglich arbeiten muß. Nimmt man die Fahrtzeiten hinzu, ist er allein aus beruflichen Gründen ca. 14 Stunden von zuhause fort.

Das ändert sich, als er – vermutlich, weil er im Krankenstand war – gekündigt wird. Die weitere Geschichte des Paares liefert eine perfekte Illustration des weiter oben wiedergegebenen Diagramms. Zunächst der Einkommensverlust – wie Klaus angibt, bekommt er vom Arbeitsamt 207 Schilling pro Tag. Da Silke 1500 Schilling Alimente erhält, wird ihm der Familienzuschlag verweigert. Sein Einkommen hat sich damit fast um die Hälfte verringert, und das macht sich auch bemerkbar. In Silkes Darstellung:

»Ja, ... Mitte des Monats geht das Geld aus, und dann wissen wir nicht, woher damit; und dann mußt du halt immer nachgrübeln, wo sollst du das hernehmen, und wo nimmst du das her.«

Was den Kontakt mit seinen Freunden betrifft, gibt es laut Klaus keine Probleme; er hatte ursprünglich selbst Befürchtungen gehabt, daß sich die Arbeitslosigkeit auf dieser Dimension bemerkbar machen würde, doch sind diese nicht eingetroffen – »das ist ganz gleich wie früher«. Silke sieht dies jedoch etwas anders. Sie hat nur eine Freundin, und Besuch kommt selten: »... erstens einmal reicht das Geld dann meistens nicht, und wenn du wen einlädst, dann muß auch was dasein, das ist selten.« Auch die gemeinsamen Unternehmungen des Paares werden eingeschränkt – »das Fortgehen halt, auf Deutsch gesagt«; auch die Radausflüge zum Badensee wurden aus finanziellen Gründen drastisch reduziert. Das Radfahren sei natürlich nicht teuer, erläutert Silke »... aber du willst ja, wenn es warm ist, etwas trinken gehen oder einmal am Vormittag weg und was essen ...«. Auch wenn man von Klaus' optimistischer Darstellung Abstriche machen möchte, scheint Silke stärker unter dem kombinierten Effekt der sozialen Isolation und des gesunkenen Einkommens zu leiden.

Zusätzlich wird sie zum Opfer von Klaus' Aggressionen, die in der Leere seines Tagesablaufs und den Mißerfolgserlebnissen seiner Arbeitssuche wurzeln. Er wird vom »Sitzen« müde – »... dann bist du müde und du legst dich hin und schläfst, nicht, das ist das einzige, wie du die Zeit ein bißchen ...«. Oft löst er Kreuzworträtsel; manchmal geht er mit dem Kind ins Wirtshaus: »Ja, ab und zu, daß ich hinüber gehe, was trinken mit dem Kind, aber sonst, da mußt du eh schauen, daß du ... mit dem Geld auskommst, da kannst du es nicht vertrinken oder ins Kino gehen, wenn du dann mit dem Geld nicht auskommst.« Sein Hobby ist Elektronik und Technik; auch dazu fehlt ihm das

Geld. Auf diesem Gebiet würde er auch gerne einen Kurs machen, über den er sich nicht sehr artikuliert äußert: »Von mir aus, ich möchte gerne so ein Dingsbums, einen ganzen Umschulungskurs machen, auf ... eben ... Dingstechnik.« Hier haben wir es mit mehr als sprachlicher Unbeholfenheit zu tun; die diffusen Hoffnungen, die sich an die »elektronische Revolution« und den Anbruch der »Informationsgesellschaft« (was immer das sein soll) knüpfen, finden hier ihr Spiegelbild in der Nebelhaftigkeit der Erwartungen und Berufswünsche, die sich mit solchen verschwommenen Visionen verbinden. Auch die Erfolglosigkeit seiner Arbeitssuche wird von Klaus zur Erklärung seiner Wutausbrüche herangezogen:

»Wie soll ich da sagen, wenn ich zurückkomme von der Arbeitssuche und das war negativ, dann lasse ich irgendwie die Aggressionen, kannst du sagen, an ihr aus, obwohl sie nichts dafür kann; ich schlage sie nicht, aber ich schreie sie gleich momentan so an. Ich weiß selber nicht, ich denke mir dann, du bist ein Dodel, denn was kann sie dafür, daß du keine Arbeit kriegst. Ich weiß nicht, aber das ist irgendwie ... Ich kann mir nicht helfen.«

Er sieht auch die Mehrdeutigkeit des erzwungenen Beisammenseins. Er sagt einerseits: »Das ist klar, ja, das ist mir auch schon aufgefallen, daß es öfters einen Dings gibt, nicht, durch das, daß wir eigentlich viel zu viel beieinander sind«; andererseits sagt er auf die Frage, ob es eine intensivere Beziehung gebe: »Dann klammerst du dich wieder fest an den anderen, nicht, das ist schon viel.« Obwohl er bemüht ist, die Intensivierung der Beziehung zu seiner Lebensgefährtin positiv zu werten, unterläuft seine eigene Formulierung diese Absicht; er präsentiert eine Intimität, die gleichzeitig tröstlich und beklemmend ist.

Erzwungener Konsumverzicht ist ein weiteres Thema von Klaus' Darstellung. Zu Konflikten kommt es »..hauptsächlich wegen des Geldes, nicht, weil du doch ein bißchen weniger hast, nicht, da willst du dir irgendwas leisten, da siehst du, die anderen haben das, die können dort hingehen und ...das mußt du alles zurückstecken; dann hast du Aggressionen und die läßt du dann halt heraus bei dir...« Das Zusammenwirken all dieser Faktoren erzeugt bei Klaus ein Gefühl, daß er sich in einem Labyrinth ohne Ausgänge befindet; während er einzelne Defizite deutlich sieht und verbalisiert, kann er die Gesamtsituation nur mit vielen »irgendwie« und »Ich weiß nicht« charakterisieren: »...ja, wie soll ich sagen, mit dem, daß ich sie anschreie so richtig, ich weiß nicht, wie ich sagen soll dazu, nicht, da schreie ich sie an ohne irgendwas, daß sie ab und zu zum Weinen anfangt, nicht, da denke ich mir echt selber, wieso, nicht, ich weiß nicht, irgendwie ist schon so alles...gehst du dorthin, heißt es wieder nein, gehst du hinaus auf das Arbeitsamt, das Geld

holen, heißt es auch nein, das staut sich irgendwie, ich weiß auch nicht, wieso das so...«

So münden die beschriebenen Faktoren in eben jenem diffusen Gefühl der Ohnmacht und Orientierungslosigkeit, die zusammen ein anomisches Syndrom bilden; die aufgestaute Aggression wird dann dort abgeladen, wo es am leichtesten geht. Dadurch wirkt das öffentliche Problem der Arbeitslosigkeit tief in den privaten Bereich hinein; dadurch führt eine ökonomische Konstellation, auf die der einzelne nicht den geringsten Einfluß hat, zur Entfremdung von jenen, die uns am nächsten stehen oder doch stehen sollten. Silke und Klaus sind jung und noch nicht lange beisammen; die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit hält sich ebenfalls noch in Grenzen. Ihr kleines privates System jedoch beginnt unter dem Druck des öffentlichen Problems bereits nachzugeben. Noch sieht Klaus ganz deutlich, daß er gegenüber seiner Lebensgefährtin ungerecht handelt; mit längerer Dauer der Arbeitslosigkeit könnte auch diese Einsicht verloren gehen.

Die Geschichte des Paares liefert eine fast bruchlose Illustration des für »typische« Fälle behaupteten Variablenzusammenhangs. Bei anderen Interviewten fanden wir Teilaspekte des Gesamtphänomens verwirklicht; in anderen Fällen wiederum traten bestimmte Folgekosten aufgrund abgewandelter Ausgangsbedingungen oder spezieller Bewältigungsstrategien nicht auf.

Günter Griesbauer hat nach 30jähriger Arbeitszeit seine Stelle als Bademeister im Betriebsbad der Alpine verloren; im Dorf sagt man, durch eigene Schuld. Sein Einkommen ist von ca. 10 000 Schilling auf 6000 gefallen; er hat jetzt mehr Zeit, die er mit seiner Lebensgefährtin verbringen kann oder muß. Die Formulierung des Interviewers »mehr Zeit für Ihre Partnerin« wirkt wunderbar gestelzt, wenn Herr Griesbauer auf die Frage nach den Auswirkungen antwortet: »Naja, schimpfen tut sie mehr mit mir (Lachen).«

Günter Griesbauer arbeitete zunächst in der Landwirtschaft und als Holzarbeiter. Nach einem Zwischenspiel am Bau beginnt er Mitte der 50er Jahre bei der VOEST-Alpine zunächst im Walzwerk und dann bei der Verladung. Dort passiert auch der Arbeitsunfall, der ihn für die Arbeit, die er bisher getan hat, untauglich macht – »Im 64er Jahr hab ich den Unfall gehabt, das weiß ich, das merk ich mir bis zum Sterben«. Nach neunmonatigem Spitalsaufenthalt kehrt er als Bademeister in die Alpine zurück. 23 Jahre lang fuhr er mit dem Moped in die Arbeit, bis die Bahn einen Bus einrichtete. Jetzt bezieht er Arbeitslose und wartet auf die Erledigung seines Ansuchens um Frühpension.

Seine Lebensgefährtin ist während eines Großteils des Interviews anwesend und stört häufig. Zu Beginn erklärt sie, es hätte keinen Sinn, Herrn Griesbauer zu interviewen – »Sie

müssen wissen, er hat heute schon etwas getrunken, er lügt sie an, warum machen sie das überhaupt...« Im weiteren Verlauf gibt sie einen Strom weiterer diskreditierender Informationen oder Meinungen bezüglich ihres Lebensgefährten von sich. Wurde er zunächst als Lügner und Trunkenbold hingestellt, so erwähnt sie als nächstes, daß er die Schule nicht fertig gemacht habe. Dann berichtet sie, daß er als Unfallfolge Kopfverletzungen davongetragen hat; er ist »zu klein« und »der eine Fuß ist kürzer und alles«. Er ist »zu blöd«; sie muß ihn daher zum Arbeitsamt begleiten – »na, wissen Sie, er versteht das nicht. Die können ihm da einreden, was sie wollen, auf den Ämtern, da muß alles ich erledigen. Wissen Sie was, er ist ein armer Bub, er ist arm aufgewachsen, Zieheltern, er kann gerade seinen Namen schreiben, ich sage es Ihnen ehrlich...«. Günter Griesbauer versucht an dieser Stelle zwar, schwächlich zu protestieren – »Ja, das hat mit dem nichts zu tun«, doch hat er sich im allgemeinen einen Gutteil der Perspektive seiner Lebensgefährtin zu eigen gemacht: Auf die Frage nach irgendwelchen weiterbildenden Kursen sagt er »Na, ich bin zum Lernen zu blöd ein bißchen, weißt Du...« Während des ganzen Interviews drängt die Frau ihn, endlich damit aufzuhören. Er solle Holzschneiden und/oder zu einem Begräbnis gehen (Herr Griesbauer: »Aber, mußt Du eh Begräbnis gehen«. Lebensgefährtin: »Ich geh nicht, Du gehst.«) Günter Griesbauer hingegen interpretiert das Interview als »Besuch«. Seine Versuche, in der Person des Interviewers eine Art Freund zu finden, gipfeln in seiner letzten Frage: »Sind Sie verheiratet?« Die Frau versteht den Sinn dieser Frage sofort: »Na, Du sei still, weil wenn Du mich nicht hättest, könntest Du – ; sei schön still; wenn Du mich Trottel nicht hättest, wärest Du ein armer – ». Damit hat sie auch im Interview das letzte Wort.

Diese Interaktionsmuster sind selbstverständlich aus langer Übung entstanden; die Arbeitslosigkeit fügt der Reihe von Stigmata, die die Frau unter mehrmaligen Wiederholungen beharrlich aufzählt, lediglich ein neues Glied hinzu, auf das es schon nicht mehr anzukommen scheint. Für Günter Griesbauer liegt die Bedeutung der Arbeitslosigkeit wohl vor allem darin, daß er nun den Bevormundungen und Beschimpfungen seiner Lebensgefährtin gantzätzig ausgesetzt ist. Ansonsten hat er wenig Sozialkontakte; er war vor seinem Unfall ein guter Kletterer und geht heute noch in die Berge, »aber nicht sehr hoch hinauf«. Er geht allein – »Ja, bin ein Einzelgänger«; zuhause spielt er mit der Frau, die er einmal liebevoll »Mauserl« nennt, Menschärgere-dich-nicht. Er hilft im Garten mit und putzt auch manchmal im Haus; kochen kann er nicht und für häusliche Instandsetzungsarbeiten fühlt er sich nicht kompetent – »Nein, da bin ich kein Fachmann«. Wenn er jemals Selbstvertrauen besessen hat, dann wurde dies von seiner Lebensgefährtin erfolgreich un-

terhöhlt. Auf deren Schreckensregime reagiert er mit gelegentlichen Ausbruchversuchen – so kommt das Interview zunächst nicht zustande, weil, so die Frau, er »abgepascht« sei.

Trotz allem dürfte seine Lebensgefährtin recht damit haben, daß er sie braucht. Die Gelassenheit, mit der er ihre Beschimpfungen an sich abprallen läßt, hat etwas Routinehaftes, wie auch die Beschimpfungen selbst; und unter der barschen verbalen Oberfläche schwingt doch manchmal etwas mit, was an Fürsorge und Anteilnahme erinnert. So lebt gerade in diesem Komödienstadl der Beziehungen die Idee der Partnerschaft als Schicksalsgemeinschaft weiter. Dies ist durchaus folgerichtig; ebenso wie die Vermutung – die sich natürlich als falsch herausstellen kann –, daß trotz allem erst der Tod die beiden trennen wird, auch wenn sie ihn noch auf dem Sterbebett mit alten und neu dazugekommenen Vorwürfen überhäufen sollte.

Wenn von einer Vermarktlichung der partnerschaftlichen Beziehungen hier nichts zu bemerken ist, so hat doch die Intimisierung in diesem Fall ihren Preis gefordert. Besuche gibt es im Hause Griesbauer keine. Die Kinder aus einer früheren Ehe der Frau leben in Niederösterreich; das Paar fährt manchmal hinaus, um sie zu besuchen. Erwidert werden diese Besuche allem Anschein nach nicht. In diesem Licht ist auch die von der Frau beklagte »Blödheit« (»Er läßt sich immer einkochen«) zu sehen: Wie unser Interviewer gelten ihm vermutlich auch Staubsauger- oder Versicherungsvertreter als sein »Besuch«, dem er sich gefällig erweisen muß.

In jenen Haushalten, wo der Mann in Arbeit steht und die Frau in irgendeinem Sinn arbeitslos ist, treten selbstverständlich andere Probleme auf als dort, wo der konventionell definierte Familienerhalter in die Privatsphäre zurückgedrängt wurde. Solche Familien können nach dem traditionellen Muster ablaufen, nach dem der Mann das Geld heimbringt und die Frau den häuslichen Herd bestellt. Ein wichtiger Unterschied ergibt sich allerdings daraus, daß solche Frauen die offizielle Arbeitswelt kennengelernt haben, und das Paar sich unter Umständen an den Lebensstandard gewöhnt hat, der mit einem Doppelverdienst einhergeht. Dies schafft ein Konfliktpotential, das in Familien, die überhaupt nur die traditionelle Rollenverteilung kennengelernt haben, in dieser Form fehlt.

Vera Silberbauer arbeitete zuletzt als Buchhalterin. Nach Auslaufen des Karenzgeldes hat sie keinen Leistungsanspruch; ihr Lebensgefährte Harald Prem verdient in seinem kaufmännischen Beruf recht gut. Vera sucht derzeit aktiv keine Arbeit – sie möchte bei ihrem einhalbjährigen Sohn bleiben, während Harald es wesentlich lieber hätte, wenn sie arbeiten ginge, vor allem aus finanziellen Gründen. Die Dinge, die er anstrebt, z.B. ein Eigenheim, können sich heutzutage seiner Auffassung nach überhaupt nur Doppelverdiener leisten –

»da müssen zwei arbeiten gehen, oder einer bringt soviel heim, und das ist sehr schwer.«

Vera vermisßt die Arbeit allerdings sehr: »Ja, das macht mich seelisch fertig daheim... Ich wollte nie Hausfrau werden, die täglich putzt und kocht und wäscht und bügelt, und jetzt bin ich es«. Die Arbeit, so Vera, »geht mir schon wahnsinnig ab«; damit auch ihre finanzielle Unabhängigkeit, denn über Anschaffungen wird des öfteren gestritten – wie überhaupt, denn »wir streiten halt wahnsinnig viel«, sagt Vera.

Obwohl in diesem Haushalt keinerlei finanzielle Not herrscht, dreht sich das ganze Familiensystem um einen Fixstern, das Geld. Für alles und jedes werden Preise genannt, ob sich Harald in Graz einen Mercedes anschaut (200 000 S, und ein Schaden von 50 000 S), ob der Bewunderung für die Bundesrepublik Ausdruck verliehen wird (»mehr verdienen und billiger ist es auch...wir haben das alles umgerechnet«) oder ob von einem sagenumwobenen Tischler berichtet wird, der durch Pfuschen 30 bis 40 000 Schilling im Monat verdient (Vera: »Der hat im Monat, jedes Monat, 30 bis 40« – Harald: »Ja, in zwei Monaten hat er sicher seine 30 verdient«). Harald arbeitet mehr, als er müßte; er substituiert Freizeit durch Geld:

«...ich habe lieber mehr Geld und kann mir dann, wenn ich auch einmal Freizeit habe, kann ich mir sagen, naja, kaufe ich mir halt...als wie ich habe wenig Geld und viel Freizeit und bin pausenlos angefressen und...kann mir nie etwas kaufen. Da arbeite ich, was weiß ich, 20 Stunden oder 30 Stunden in der Woche mehr, aber wenn es darauf ankommt, leiste ich mir etwas«.

Auch die ungrammatische objektlose Verwendung von »kaufen« – »kaufe ich mir halt« – verweist auf die ziemlich ausgeprägte Konsumorientierung Haralds. Vera steht ihm auf dieser Dimension um nichts nach. Als Buchhalterin hat sie wenig Gelegenheit zum Nebenerwerb, aber »wenn ich eine Friseurin wäre, wäre ich eh reich«. In Anwesenheit ihres Lebensgefährten sagt sie (á propos de rien): »Jetzt wünsche ich mir noch einen Mann, der viel Geld hat, dann brauche ich nicht mehr arbeiten gehen« (Harald: »Wer suchet, der findet, haha«). Ihre Frustration wegen des ungeliebten Hausfrauenstatus und ihrer finanziellen Abhängigkeit von einem Mann, der sie zu dominieren versucht, manifestiert sich noch in zahllosen weiteren Bemerkungen. Sie schimpft über »die Männer«, und meint natürlich ihn; sie sagt belehrend zu ihm »Du mußt dazu sagen, du ißt sehr viel, das kostet auch Geld«, als wäre ihr Mann ein großes und luxuriöses Haustier; sie klagt über sein Ansinnen, sich auf dem Balkon bräunen zu lassen (»Weil er sagt blöd, zu Mittag lege dich am Balkon...«); und sie krönt ihre Distanzierungsleistungen, indem sie zum Interviewer, der seine Anweisungen wieder einmal über Bord wirft und ihr ein unnötiges

Kompliment macht, sagt: »Wollen Sie mich heiraten? Ich bin noch frei«. (Dem Interviewer kann allerdings zugutegehalten werden, daß ohne sein unorthodoxes Verhalten diese unorthodoxe Reaktion nicht erfolgt wäre).

Die offene Haltung beider und ihre aufgeschlossene Einstellung zu unserer Untersuchung – Harald doziert anlässlich des Interviews seiner Frau: »Solche Gespräche, wie sie da machen, finde ich sehr sinnvoll und es sollte überhaupt öfter gemacht werden« – könnte zu einer Aufhellung des bisher gewonnenen Bildes beitragen. Während man in anderen Fällen den Eindruck hat, daß sich hinter einer sorgfältig gewahrten Fassade alles mögliche verbergen kann, kommen hier vermutlich Rauch und Feuer gleichzeitig zutage; daß in dieser Familie viel gestritten wird, daß er oft pompös agiert und sie sich mit Bosheiten und Sticheleien zur Wehr setzt, ist unbestreitbar, aber die Vermutung liegt nahe, daß es in *Abwesenheit* des Interviewers wenigstens nicht viel ärger zugeht. Daß ein wesentlicher Grund für die Aggressionen Veras in ihrem Ausschluß von der offiziellen Arbeitswelt und in ihrer Abhängigkeit von einem ohnehin dominanten Mann zu suchen ist, stellt hingegen mehr als eine Vermutung dar.

Vera und Harald haben den Vorteil, daß sie sich an ein etabliertes und sozial akzeptiertes Szenario halten können; so wird etwa das gemeinsame Kind häufig in Darstellungsstrategien eingebaut. Auf andere Möglichkeiten verweist uns das Beispiel jenes englischen Geschäftsmannes, der noch als Arbeitsloser jeden Tag den Zug nach London nahm und am Abend zur gewohnten Stunde zurückkehrte, bis seine Saisonkarte ungültig wurde;² er verbarg einerseits seinen neu zugewiesenen devianten Status, andererseits lebte er sein Leben nach einem Drehbuch weiter, das er über die Jahrzehnte hinweg eingeübt hatte. Während er unter Tags vielleicht Tauben fütterte oder Museen besuchte, kehrte er doch jeden Abend in der Rolle des Ernährers wieder heim; die war ihm vertraut, und er spielte sie weiter, solange er konnte. Es gehört zu den Kosten der Arbeitslosigkeit, daß man – um in der dramaturgischen Metapher zu verbleiben – urplötzlich aus einem Repertoiretheater auf eine Stegreifbühne versetzt wird.

Auch unsere Befragten hatten recht starre Vorstellungen über die geschlechtsspezifische Rollenverteilung; und, allgemeiner, über die Stellung von Mann, Frau und Kindern im Weltenplan. So wird etwa die Teilnahme von Frauen an der offiziellen Ökonomie weniger als Recht, denn als temporäre Maßnahme gesehen, die stets zurückgenommen werden kann, wenn sich andere – arbeitslose Männer oder Jugendliche – mit einem an-

2 Adrian Sinfield, »Unemployment in an Unequal Society«, in: Brian Showler and Adrian Sinfield, *The Workless State*, Oxford 1981, S. 158.

geblich dringlicheren Anspruch konkurrenziert fühlen. Diese Auffassung wird auch von vielen Frauen vertreten; die zugrundeliegende Verteilungsproblematik besteht übrigens sehr wohl, sodaß man es sich zu einfach macht, wenn man derartige Positionen als nichts anderes deutet als als Bestandteil eines anti-feministischen Syndroms (cf. Kapitel 9). Jedenfalls übersetzen sich derartige Ordnungsvorstellungen in stabile Szenarios für das richtige Leben; weicht man davon ab, muß dies in irgendeiner Form bewältigt werden – durch ideologische Rechtfertigung, Rationalisierung, Täuschung und Selbsttäuschung etc. Eine wichtige Rolle spielt hier das Ausmaß an Zwang – wer sich in einem mühsamen Lernprozeß (oder auch aufgrund eines Bekehrungserlebnisses) entschließt, im Alltag neue Wege zu gehen, der kann zumindest auf Bestände an Reflexion und Ideologie zurückgreifen, die sein abweichendes Verhalten gegenüber sich selbst und auch gegenüber anderen rechtfertigen können. Die »alternativen« Latzhosenträger der Mittelschicht führen dieses Kunststück in mehr oder weniger geschickter Form beständig vor. Wer jedoch durch ökonomische Zufälligkeiten aus der ihm vertrauten Lebensform gerissen wird, der hat es mit der kognitiven Verarbeitung seiner Situation schon wesentlich schwerer, vor allem, wenn es an relevanten Vorbildern mangelt und wenn die für eine solche Bewältigungsstrategie notwendigen symbolischen Fertigkeiten fehlen.

Neben diese Definitionsarbeit, die von Akteuren bewußt oder halb-bewußt oder unbewußt geleistet werden muß, treten noch die Schwierigkeiten des »Stegreifspiels« selbst – man weiß zunächst nicht genau, was der andere tun oder sagen wird, wann man selbst zum Sprechen oder Handeln aufgerufen ist, und welche Konsequenzen dies haben wird. Mißverständnissen und Pannen sind damit Tür und Tor geöffnet; häufen sich diese, kann es zum Zusammenbruch der ganzen Show kommen. Treten noch die geschilderten erschwerenden Umweltbedingungen und psychologischen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit hinzu, dann verwandelt sich das Spiel in harte Arbeit.

Die Arbeitslosigkeit des Vaters und die ganztägige Erwerbstätigkeit der Mutter haben den Alltag der Familie Kaltenbrunner in recht drastischer Form verändert. Hinzu tritt die Arbeitslosigkeit der Tochter, die sich mit Unterstützung ihrer Großmutter dem Familiensystem partiell entzogen hat. Frau Kaltenbrunner entdeckt zahlreiche hausfrauliche Qualitäten an ihrem Ehemann. Er ist in Bezug auf den Haushalt »etepetete«; und wenn sie aus der Feiertagsschicht heimkommt, die sie aus finanziellen Gründen des öfteren einlegt, dann »ist z. B. alles gekocht, alles fertig«. Sie selbst arbeitet als Empaliererin in der Papierfabrik, zwei Wochen Vormittags- und zwei Wochen Nachmittagschicht. Die Arbeit ist hart und monoton; in der Mitte jeder Woche beginnen Frau Kaltenbrunners Hände von dem ständigen Kontakt mit

dem rauhen Papier zu bluten – »... ich kann echt sagen, daß ich mein Geld blutig ...«. Trotz dieser Verlagerung der Ernährerrolle unter heroischer Akzentsetzung wird in der Familie alles getan, um die konventionelle Selbstdefinition des Vaters nicht zu gefährden; zum Konsumverhalten meint Frau Kaltenbrunner unter anderem »... nein, er hat nichts entbehren müssen, der Chef«.

Die Familie Kaltenbrunner geht mit dem Stigma »Arbeitslosigkeit« so um, wie Familien häufig gegenüber Identitätsbedrohungen eines ihrer Mitglieder reagieren – man tut so, als hätte sich nichts Wesentliches geändert. Das Phänomen ist dem »taktvollen« Verhalten verwandt; in Analogie dazu kann auch derartige Definitionsarbeit einseitig oder im wechselseitigen Einvernehmen geleistet werden, um eine objektiv gegebene Gefährdung der Rollenidentität zu entschärfen. In solchen Fällen können zwar bestimmt unbestreitbare Veränderungen nicht weggeschwiegen werden, jedoch in ihrer Bedeutung herabgespielt oder einer vertrauten Situationsdefinition gemäß interpretiert werden.

So wird Herr Kaltenbrunner von seiner Frau auch während der Phase seiner Arbeitslosigkeit als sehr aktiv und geschäftig dargestellt. Als gelernter Maler und Stukkateur hatte Herr Kaltenbrunner gelegentlich bei seinen Leobner Verwandten kleinere Arbeiten verrichtet. Seine Frau beschreibt dies so: »Na, oder sonst hat er eh bei der Oma oft zu Malen gehabt, oder bei der Schwägerin was zum Ausbessern gehabt, und so hat er die Zeit immer deshalb hinüber gebracht.« Es bleibt hier ein Rätsel, wie man eine neunmonatige Phase der Arbeitslosigkeit mit dem Ausmalen bei einer Oma, die eine Neubauwohnung hat, ausfüllen könnte – wenn dies tatsächlich »oft« geschah, dann kann es sich nur um sehr kleine einzelne Arbeitsschritte gehandelt haben. Auf die Frage nach Tätigkeiten im Bereich der Wohnungsinsandsetzung kommt ein resolutes »Ja, das macht alles der Vater«. Bei Herrn Kaltenbrunner selbst stellt sich dies ganz anders dar: »Ich habe bei der Mutter gemalen, und bei der Schwester ein bißchen, nicht, aber sonst ... Ich habe nicht einmal Lust gehabt, daheim zu arbeiten, wenn sie diese Tür anschauen, ich bin Maler, bei meiner Schwester habe ich gearbeitet, aber daheim? Sehen sie diese Tür, das ist ein Witz, nicht? Daheim habe ich eben keine Zeit, keine Lust, da schaut es aus, nicht.« Und während Herr Kaltenbrunner auf die Frage, wie er seine Zeit verwendete, Selbstkritik übt – »Fernsehen geschaut, gelesen, Gasthaus gegessen, also bestimmt schlecht, nicht« – entwirft seine Frau ein wesentlich rosigeres Bild; ins Wirtshaus geht ihr Mann nur, »wenn es gerade paßt« und zwar nur nach dem Fußballspiel. Dies würde heißen »nie«, da ihr Mann seit dem Abstieg des DSV Alpine aus der ersten Division nicht mehr auf den Fußballplatz geht.

Jene dunkleren Töne, die in der Selbstdarstellung von Herrn

Kaltenbrunner durchaus vorhanden sind, sind aus dem von seiner Gattin gezeichneten Bild wegretuschiert. Zum Teil dürfte hier Dankbarkeit dafür, daß er tatsächlich einen Teil der Hausarbeiten übernommen hat, eine Rolle spielen; wenn er arbeitet, dann findet sie es selbstverständlich, daß sie vor ihrer Nachmittagschicht die Hausarbeit erledigt, während er wieder gänzlich den Part des Familienerhalters übernimmt – unter solchen Umständen, meint Frau Kaltenbrunner, »ist es logisch, ich kann nicht erwarten, wenn er heimkommt um zwei, daß er mir vielleicht zur Hand geht, oder sonst was macht. Dann frage ich höchstens, spinnst?« Auch hat die Loyalität der Partner sogar den formalen Schritt der Scheidung überdauert – das Paar wurde vor längerem geschieden, die häusliche Gemeinschaft blieb allerdings ohne größere Unterbrechungen aufrecht. So klingt es durchaus überzeugend, wenn Frau Kaltenbrunner sagt »Ich habe gesagt, solange immer einer Arbeit hat, paßt es schon«; und wenn sie über jene Wochenenden berichtet, an denen sie arbeitet, um den Lebensstandard der Familie zu halten, und dabei anmerkt »Das paßt, der Papa geht schifahren, die Mutter geht arbeiten«, dann schwingt da mehr Stolz als Neid mit.

So solidarisch Frau Kaltenbrunner im ökonomischen Alltag ist, so loyal ist sie gegenüber dem Selbstbild ihres »Chefs«. Herr Kaltenbrunner hat inzwischen im Kalkwerk Arbeit gefunden – auch diese Bereitwilligkeit, unter seinem Niveau zu arbeiten (wie es seine Frau als gelernte Verkäuferin schon seit Jahren tut), stellt natürlich ein entlastendes Indiz dar. Ob sich Frau Kaltenbrunner auch in einer noch längeren Phase der Arbeitslosigkeit ihres Mannes noch so unverdrossen und belastbar gezeigt hätte, wissen wir nicht. Während der vergangenen Periode jedenfalls zog sie einigen symbolischen Profit aus dem Bewußtsein, ihrem braven Mann eine Stütze im Lebenskampf zu sein. Die Kosten, die sich daraus für ihn ergeben, werden von ihr zum Teil nicht bemerkt, zum Teil beschönigt. Daß zum Beispiel sie an der Arbeitsstelle einen Staplerkurs gemacht hat, während er noch hofft, irgendwann einmal einen solchen zu machen, fällt ihr bei aller Verhaftung in traditionellen Rollenklischees überhaupt nicht als Anomalie auf. Auch in den Augen der 16jährigen Tochter bleibt Herr Kaltenbrunner das unbestrittene Familienoberhaupt.

Claudia hat längere Zeit eine Arbeitsstelle gesucht und in dieser Zeit auch an einem Berufsvorbereitungskurs teilgenommen. Der theoretische Teil des Kurses hat sie nicht sonderlich belastet – »Ich bin recht gut ausgekommen ... wie schon gesagt, mir ist es da hinein und da wieder hinaus«. Über ihren Vater hat sie eine Stelle im Gastgewerbe gefunden, die sie im Herbst antreten wird. Seit der Scheidung hat die Mutter das Sorgerecht; zu ihr geht Claudia auch, wenn sie Geld

braucht. Wohlwollen und Urteil ihres Vaters sind ihr jedoch außergewöhnlich wichtig. Sie erzählt von seiner Besorgnis um ihre Tugend und Sicherheit – »Ich meine, er macht sich halt übermäßige Sorgen, er hat halt Angst, daß ich vielleicht ein Kind bekomme, oder mir was zustößt, siehst eh genug bei Aktenzeichen und so ...«. In dieser Hinsicht präsentiert sich Claudia wie eine geläuterte Sünderin – sie ist früher schon länger ausgeblieben, »aber das täte ich auch nicht mehr, weil es einfach ein Blödsinn ist, das Ausnützen.« Herr Kaltenbrunner war oft monatelang auf Montage, im vorderen Orient, in Tirol und Deutschland; die ersten Kindheitsjahre hat Claudia überhaupt bei ihrer Großmutter – Herrn Kaltenbrunners Mutter – verbracht. Ihr Ringen um Anerkennung durch den Vater hat etwas Rührendes; die Arena dafür ist jener Bereich, wo sie sich als »anständiges« Mädchen präsentieren kann, wogegen ihre Arbeitssuche zur Bedeutungslosigkeit verblaßt. Herr Kaltenbrunner liefert ihr Stichworte in dieser konventionellen Sittenkomödie. Er bemängelt unter anderem, daß sich das Mädchen »wie ein Indianer« schminkt, um darauf in die Metaphorik seines Gewerbes zu verfallen – sie braucht sich nicht so zu schminken, »daß der Putz herunter fällt ... sie kann sich mit Bedacht schminken, da ist überhaupt nichts dabei, aber sie braucht das nicht mit der Spachtel hinaufschmieren«.

Die häusliche Arbeitsaufteilung stellt sich – wenig überraschend – als Konfliktquelle heraus. Claudia gibt an, daß sie zuhause staubsaugt, was von ihrem Vater energisch bestritten wird; und sie fühlt sich von häuslichen Aufgaben derart belastet, daß sie sogar »Urlaub« davon nehmen muß: »Ich bin jetzt bei der Oma oben, ein bißchen Urlaub machen, weil daheim muß ich zuviel arbeiten, oben muß ich nichts tun ...«. Daß es in der Konstellation arbeitsloser Vater/arbeitslose Tochter/arbeitende Mutter in diesem Bereich zu Schwierigkeiten kommt, war allerdings tatsächlich zu erwarten. Davon abgesehen, ist der Vater für Claudia eine unbestrittene Autoritätsperson, mit dem man auch manchmal eine »Gaude« haben kann, so etwa, wenn sie mit ihm und einer Freundin die Leobner Lokale durchzieht und seinen Geburtstag feiert; jemand, dessen Achtung man sich durch Wohlverhalten erringen kann, und der sich dann gegenüber der weiteren Welt – z. B. dem Arbeitsamt – als Stütze erweist: »... weil mit mir können sie machen, was sie wollen, da drinnen, ich kann da nicht zurückreden, die können mir einreden, was sie wollen, aber wenn der Vati dabei ist, dann geht das einfach nicht.«

Daß Claudia ihren Vater und ihre Beziehung zu ihm romantisiert, steht außer Zweifel. Ein Blick hinter die Fassade wird möglich, als Claudia über einen Film berichtet, den sie anläßlich ihres Kurses im Lebenskundeunterricht gesehen hat; »z. B. in Lebenskunde haben wir Filme gesehen über die Geburt und über die Abtreibung und so, das hat mich irrsinnig interessiert.«

Dieses Interesse paßt zu ihrem Selbstbild als ehemalige Sünderin und zur Bedeutung, die dem Vater als Wächter über die Einhaltung vor allem sexueller Normen zukommt. Der Film handelt von einem Mädchen, das ein Kind erwartete und ihrem zunächst verantwortungslosen Freund: »... dann hat sie es den Eltern erzählt, die Eltern sind natürlich hysterisch geworden, Vater sowieso, nur Abtreibung, nur Abtreibung ...« Die Familie geht zu einem Arzt, der zeigt ihnen einen abschreckenden Film im Film (»das haben wir alles gesehen, die kleinen Teile dann, wie sie in einer Schüssel liegen...«). Die Tochter entscheidet sich gegen die Abtreibung, und: »... dann waren sie alle glücklich«. Diese letzte Formulierung macht recht deutlich, daß die Idee des Films, eine komplexe soziale Problematik durch Märchenhaftes erläutern zu wollen, bei Claudia an die richtige Adresse gelangt ist. Für unsere Zwecke ist ein anderes projektives Merkmal der Erzählung wichtiger; daß der Vater im Film »sowieso« hysterisch geworden ist, verrät, daß Claudia der Kontrolle durch ihren eigenen Vater mit durchaus gemischten Gefühlen gegenübersteht, die sie ansonsten zu verbergen weiß.

Alles in allem hat sich jedoch das Familiensystem gegenüber den Belastungen der Arbeitslosigkeit recht stabil gezeigt. Eine Reihe von Faktoren spielt hier eine Rolle. Die Beziehung der Eltern war einer größeren Anzahl von Belastungsproben ausgesetzt, die sie überstanden hat; damit scheinen die beiden zu einer Art Alterskontrakt gefunden zu haben, der nur mehr schwer erschüttert werden kann. Frau Kaltenbrunners materielle und symbolische Solidarität wird von ihm durch die willige Übernahme neuer Haushälterischer Pflichten erwidert. Die Tochter hat an ihrer Beziehung zum Vater einiges zu arbeiten; dessen Erwartungen glaubt sie am ehesten erfüllen zu können, wenn sie sich als »sittsam« gibt. Zusammen mit ihrem Interesse an Fragen der Sexualität relegiert dies seine und ihre Arbeitslosigkeit zu peripheren Fragen, zumal er ja wieder eine Stelle gefunden und sie eine in Aussicht hat. Schließlich ist noch die günstige finanzielle Situation zu erwähnen. Frau Kaltenbrunner verdient mit Überstunden zwischen 9 und 10 000 Schilling, ihr Mann hatte über 7000 Schilling Arbeitslose und auch die Tochter erhielt während des Kurses 1740 Schilling. Frau Kaltenbrunner rechnet es selbst vor – die Miete beträgt 560 Schilling, »und das bißchen Strom und Gas, was dazu kommt, das ist ein Tausender noch dazu, aber dann sind wir schon fertig.« Dadurch, daß die Mutter als Schichtarbeiterin acht Stunden täglich und oft auch am Wochenende von zuhause fort ist, und durch die häufigen »Urlaube« der Tochter bei der Großmutter kommt es bestenfalls in Ansätzen zu den geschilderten Auswirkungen, vor allem, weil auch der für den Normalfall angenommene finanzielle Mechanismus weitgehend hinfällig ist. Daß Herr Kaltenbrunner trotz seines ausgeprägten Handwerkerstolzes – der sich das ganze Interview hindurch be-

merkbar macht – eine Hilfsarbeiterstelle angenommen hat, zeigt, daß er seine Situation trotz dieser »Privilegien« nicht sonderlich genossen hat. An seine frühere Arbeit denkt er mit Wehmut zurück; in einer Beschreibung rückt er sie in die Nähe eines Zauberkunststücks. Eine Rosette z. B. »wird dann zusammengestellt und hinauf gepickt, und fertig ist es, die Ecken schön verschmiert, nicht ... Da sieht man dann überhaupt nichts, es schaut dann wunderbar aus. Wenn man dann hinaufschaut, sagt man dann, ja wie ist das gegangen, wenn man es nicht weiß ...«. Dennoch sagt er »Ich versteife mich nicht darauf, daß ich in meinem Beruf weiterarbeiten kann, das bringt mir nichts«, wobei es sich, wie seine Arbeitsbiographie demonstriert, nicht um leere Worte handelt.

Unter unseren direkt Betroffenen befinden sich 11 Männer, die vor 1961 geboren sind. Ein kurzer Blick auf diese Gruppe verrät bereits einiges darüber, wo Arbeitslosigkeit zuschlägt – von diesen 11 sind zwei primär behindert, drei sind Opfer von Arbeitsunfällen oder während des Berufslebens erworbenen Krankheiten, einer war bis vor kurzem im Gefängnis. Bei den restlichen 5 finden wir zwei Frühpensionisten vom Typus »aktiver Lebensabend«, Herrn Kaltenbrunner, den »Chef«, Herrn Scherz, der sich durch sichtbare Arbeit legitimiert, sowie den derzeit noch verhinderten Junglehrer Leopold Weingrill. Diese Gruppe stellt 8 Männer vom Typus »Familienerhalter«, zu denen noch drei jüngere – wie z. B. Klaus Holzer – hinzukommen. Die Zusammensetzung der Älteren demonstriert, daß Arbeitslosigkeit – wie jene, die sie als wirtschaftspolitisches Steuerungsmittel einsetzen – einen miesen Charakter hat: Sie drischt auf die Kranken, die Schwachen, die Gestrauchelten los. Gleichzeitig erklärt diese Verteilung, warum der typische Fall des Familienerhalters, der in den besten Jahren steht und die skizzierten Kosten zur Gänze zu tragen hat, seltener ist, als wir angenommen hatten. Theoretische oder methodologische Bedenken brauchen mit diesem Befund nicht verbunden zu werden – unter Österreichs 200 000 Arbeitslosen ist der beschriebene Typus immer noch häufiger vertreten, als einem lieb sein kann.

Schließlich zeigt auch diese kleine Gruppe die Vielfalt der verschiedenen Reaktionsmöglichkeiten auf. Während Klaus Holzer die vorhergesagte diffuse Aggression aufweist, bereitet sich Herr Scherz in einer gemeinsamen Anstrengung mit seiner Frau auf das ihm vorschwebende Leben des Kleinunternehmers vor. Herr Renner und Herr Smetana sehen sich als Frühpensionisten, die sich ihren Ruhestand redlich verdient haben. Entsprechend problemlos wird auch die neue Konstellation im Familienleben geschildert. So etwa Viktor Smetana: »Also rein auf das Familienleben hat es in meinem Fall eine gute Auswirkung, weil ich jetzt mehr für die Familie Zeit habe, das ist

einmal klar.« Dieses vorverlegte Alter kann sich jedoch auch ganz anders darstellen – bei Hans Musker, einem ehemaligen Bäcker, der wegen seines Asthmas bereits zum Lagerarbeiter degradiert wurde, und der jetzt mit 50 auf die Frühpension wartet, tut sich vor allem eine gähnende Leere auf. Spiegelbildlich dazu gibt es das Phänomen der Rückkehr in die Kindheit – Rudolf Burger etwa, der Ex-Häftling, ist nun von seiner Lebensgefährtin und seiner Tochter getrennt und lebt wieder bei seinen alten Eltern.

Auch Walter Knappitsch lebt bei seinen Eltern; anders als der (zu) unternehmungslustige Rudolf Burger, der unter anderem in Nigerien auf Montage war, hat er sich jedoch noch nie aus dem Familienverband gelöst.

Walter Knappitsch litt als Kind an Kehlkopfdiphtherie; während »seines« Interviews kam er praktisch nicht zu Wort, da die Schwägerin und der Vater an seiner Stelle sprachen. Walter machte mehrere Übersiedlungen seiner Familie mit. Er arbeitete jahrelang am elterlichen Hof und in derselben Gerberei wie sein Vater. Nach der Rückkehr der Familie in die Obersteiermark übernimmt der jüngere Bruder den Hof. Walter hat ein Wohnrecht und arbeitet 9 Jahre lang als Hilfsarbeiter in einem Sägewerk. Seit März 1986 ist er nun arbeitslos; Wohnung und Essen hat er zuhause. Er bekommt Kleidungsstücke und Benzingeld als Gegenleistung für die Mitarbeit am Hof. Er bekommt monatlich ca. 4300 Schilling Arbeitslosengeld; davon gehen 3600 Schilling für die Kreditraten fürs Auto weg – sein Vater kommentiert dies mit der Bemerkung »Jetzt packt er es, wenn er nicht daheim wäre, dann ginge es ja saudreckig, nicht.«

Walter hat sein Leben als Anhängsel seiner Familie verbracht, wie Günter Griesbauer ist auch er ein Mündel anderer, eine Rolle, die er nie mehr loswerden wird. Im Sägewerk hatte er Glück – er kam mit Arbeitskollegen und Chef gut aus; und Pech – die Firma ging in Konkurs und er wurde arbeitslos. Er wartet darauf, daß ein örtlicher Tischlerbetrieb die notwendigen Subventionen bekommt, um den Betrieb aufnehmen zu können. Für diesen Fall wurde ihm eine Stelle zugesagt. Im Baugewerbe möchte er nicht mehr arbeiten; er mußte dort drei Maurern zu-reichen: »... da habe ich nichts anderes machen können als wie nur rennen immer. Da haben sie mich wie einen Trottel auf- und abgearbeitet, und da laß ich mich nimmer ein.« Am elterlichen Hof scheint er die ländliche Tradition des Knechts im eigenen Hof fortzusetzen. Eine akzeptable Arbeitsstelle ist daher für ihn ein Reich der Freiheit und Selbstbestimmung.

Walter senior hat den Hof vor drei Jahren übergeben; den Krieg hat er mit einjähriger Unterbrechung zur Gänze mitgemacht. Sonst war er Bauer und Arbeiter, er hat jetzt ein Hüftleiden – »Ich muß ja auf-

passen auch, weil sonst kann es mir passieren, daß ich im Rollstuhl drinnen bin«. Körperlich ist er verbraucht, aber er argumentiert noch sehr lebhaft. Er hat sehr ausgeprägte wirtschaftspolitische Ansichten, die in Jahrzehnten der Plackerei geformt wurden – wie andere zeitgenössische Kommentatoren sieht er ökonomische Probleme in einem individualistischen Bezugsrahmen von Tugend und Sünde, von Fleiß und Faulheit.

Herr Knappitsch findet Österreich »übersozial«, was er merkwürdigerweise mit Spitzengehältern in Verbindung bringt – »Was braucht heute einer 3, 4 Millionen Verdienst im Jahr? ... Ja, was braucht der das? Für den wäre eine Million sicher genug«. Auch stellt er fest, daß sich »um den Armen eh niemand schert.« Dies erinnert ihn an die Ausbeutung »der Schwarzen« – durch Franzosen, wie er selbst beobachten konnte, die »ein stinkfaules Gesindel« waren, ebenso wie die »Polen und alle«. Von seinem Sohn weiß er, daß er ein sehr braver Arbeiter ist, er empfindet dessen Ausschluß von der Arbeitswelt als ungerecht: »... da haben sie ihn gefragt, wie alt er ist, sage ich, achtunddreißig Jahre, da sagen sie, sie nehmen ihn nicht in dem Alter. Man schreibt die Leute schon so früh ab, wo er in seiner besten Arbeitsding's ist.« Auch in diesem Zitat zeigt sich die Vermengung der persönlichen Fürwörter, die ein Charakteristikum des verbalen Stils der Familie ist – »er« wird gefragt, »ich antworte«; und fragt man, wo »er« gearbeitet hat, dann heißt es, »wir« hätten dies oder das getan.

Der Ausschlußmechanismus, der seinen eigenen Sohn betrifft, muß Herrn Knappitsch solange ein Rätsel bleiben, solange er Österreich für »übersozial« hält; hier zahlt er den Preis für seine wenig kohärente Ideologie. Sein Sohn ist für ihn ein folgsames Kind geblieben – »Wenn ich ab und zu geschimpft habe, er hat nie ein Wort zurückgesagt, überhaupt nie.« Walter reagiert auf das häusliche Gefängnis mit Ausbruchversuchen, die seine Mutter so beschreibt: »Er wird selber grantig. Er läßt sich nichts spüren, und plötzlich ist er wieder wo fort; dann fährt er wieder wohin fragen.« Dieses »fragen« fahren um mögliche Arbeitsstellen trägt Züge einer Rationalisierung. Beide Eltern akzeptieren Walters »Autorappel«, der sein ganzes Geld auffrißt. Vermutlich fühlen sie, welch zentrale Bedeutung das Auto für Walter hat, als Fluchtvehikel und als Symbol der erwachsenen Kompetenzen, von denen ihm so viele fehlen. Die Mutter versteht auch die Wichtigkeit der Arbeit für ihren Sohn. »Aber er ginge ja so gerne arbeiten, alle Tage sagt er, Mami, wo soll ich wieder hinfahren fragen, nicht«; und sie ist es auch, die der verqueren Ideologie ihres Mannes die einfache und gültige Begründung für die Unterstützung des Sohnes gegenüberstellt: Er bekommt, »was er so noch privat braucht, nicht, was sollen wir tun? Unser Bub ist es auch«.

Die industrielle Revolution hatte drei hauptsächliche Auswirkungen auf die Rolle der Frau innerhalb der Familie.¹ In der vorindustriellen Familie beinhaltete das der weiblichen Rolle zugeordnete Aktivitätenbündel noch zahlreiche produktive und organisatorische Tätigkeiten; durch die Verlagerung der Produktion von der Familie in die Fabrik wurden »produktive« und »Haushaltsaktivitäten« polarisiert. Zweitens entstanden Institutionen, die jene Dienstleistungen übernahmen, die vorher der (erweiterten) Familie vorbehalten waren. Somit verblieben der Frau lediglich die Aufgaben der Kindererziehung sowie der Bereitstellung primärer sozialer Kontakte. Auch diese dritte Konsequenz kann unter dem Label »Funktionsverlust der Familie« subsumiert werden. Das Phänomen wirkte sich in den sozialen Schichten verschieden aus. Die von »eigentlich produktiven« Tätigkeiten freigesetzten Frauen der Mittelschicht wurden dem kulturellen Imperativ unterworfen, Müßiggang als Statussymbol zu pflegen; allenfalls hatten sie freizeitrelevante Kunstfertigkeiten zu lernen. Frauen der Arbeiterschicht fanden zwar früh und in relativ großen Zahlen Beschäftigung in Spinnereien und anderen Industriezweigen, selbstverständlich auch im Dienstleistungsgewerbe, doch wurde dies meist nur als notwendiges Übel gesehen. Mit steigendem allgemeinen Wohlstand sank in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts der relative Anteil der berufstätigen Frauen: die Doppelfunktion Mutter/Arbeiterin war bereits stigmatisiert, und Teile der Arbeiterschaft hatten sich an mittelständischen Werten orientiert. Dieser Trend kehrte sich unter anderem auch im Gefolge des Zweiten Weltkriegs und der an diesen anschließenden Aufbauarbeit um; da wurden stereotype Vorstellungen über die Fähigkeit oder die Willigkeit von Frauen, bestimmte Arbeiten zu verrichten, durch die soziale Wirklichkeit nachhaltig widerlegt. Schließlich wurde diese Trendumkehr durch die Rezession der letzten Jahre zumindest angehalten, wenn nicht gar in gegenläufige Bewegung versetzt.

Der verstärkte Zustrom weiblicher Arbeitnehmer in die offizielle Ökonomie, besonders aber der Einbruch in ehemalige männliche Reservate, kann als Versuch der Frauen aufgefaßt werden, die im Gefolge der industriellen Revolution verlorengegangene Teilhabe zurückzuerobern. Daß hier bis vor kurzem

zumindest quantitative Erfolge erzielt wurden, läßt sich leicht belegen – so waren 1970 54.2 % aller Frauen zwischen 15 und 60 Jahren erwerbstätig, 1975 waren es 57.2 %, 1977 58.2 % und 1983 57.1 %. Im selben Zeitraum sank die Erwerbsquote der Männer (zwischen 15 und 65 Jahren) von 86.1 % auf 79.2 %.² Parallel zu dieser erhöhten Teilnahme von Frauen an der offiziellen Wirtschaft stieg auch die weibliche Arbeitslosigkeit. In Ländern mit hoher weiblicher Erwerbsquote stieg sie im allgemeinen stärker als die der Männer – auf einem höheren Niveau der Frauenbeschäftigung wirken sich auch Verdrängungsprozesse stärker aus. In Leoben gab es hingegen bis 1980 praktisch Vollbeschäftigung der Männer und ein relativ stabiles Reservoir arbeitsloser Frauen. Als es dann zu ernstzunehmenden Engpässen auf dem Arbeitsmarkt kam, waren beide Geschlechter betroffen – seit 1981 allerdings steigt die Männerarbeitslosigkeit rascher als die der Frauen. Einer der relevanten Faktoren ist hier die immer schon relativ niedrige Erwerbsquote der Frauen.

Bereits diese kurze Skizze zeigt, daß die Anteilnahme von Frauen an der offiziellen Ökonomie in weit stärkerem Maß als jene der Männer von historischen (Zufalls-)Konstellationen abhängt. Bei Bedarf einberufen und dann wieder entlassen und konfrontiert mit widersprüchlichen Imperativen blieb es den Mitgliedern dieser weiblichen Reservearmee verwehrt, jene gefestigten Traditionen zu entwickeln, die der männlichen Arbeiterschaft zu einem kohärenten Selbstverständnis verhalfen. Diese Widersprüche zeigen ihr schärfstes Profil, wenn eine Frau-und-Mutter-Ideologie mit den verschiedensten Varianten feministischer Argumentation und Agitation zusammenprallen, doch treten sie auch in subtileren Formen zutage. Wenn Frauennarbeit ein komplexes Bild bietet, dann muß dies notwendigerweise auch die Frauenarbeitslosigkeit tun; hier tritt hinzu, daß Frauen, unabhängig von aller feministischen Rhetorik, auf dem Arbeitsmarkt eine benachteiligte Gruppe darstellen. Dies schürt nicht nur die gesellschaftspolitische Kontroverse, sondern verleiht dem Arbeitsverlust der Frau einen spezifischen Charakter. Dieser unleugbaren Benachteiligung korrespondiert die Idee, daß es sich bei Frauen um besonders schutzwürdige Geschöpfe handelt; der Idee entspringen dann häufig Maßnahmen, die die Benachteiligung noch verschärfen – so können etwa gesetzgeberische Maßnahmen, die z.B. die Gleichheit der Entlohnung sichern sollen, weniger dazu beitragen, das angestrebte Gerechtigkeitsideal zu verwirklichen, sondern, ganz wie bei der Mindestlohngesetzgebung zugunsten Jugendlicher, die »Begünstigten« aus dem Arbeitsmarkt verdrängen. Sozialpolitik trifft hier auf ein Marktverhalten, das dafür sorgen kann, daß

2 Bundeskanzleramt (Hrsg.), *Bericht über die Situation der Frau in Österreich* (Frauenbericht 1985), Wien 1985, S. 14.

Frauen mit einem Dilemma konfrontiert sind – entweder arbeiten sie zu schlechteren Bedingungen, oder eben überhaupt nicht.

Dokumentieren wir zunächst Ausmaß und Formen dieser Benachteiligung, wie wir sie anlässlich unserer Studie beobachten konnten. Die Einkommenserwartungen der von uns befragten Frauen lagen ebenso deutlich unter jenen der Männer wie das letzte Arbeitseinkommen und die Einnahmen während der Arbeitslosigkeit.

Tabelle 14: Letzteinkommen, Einkommenserwartung und Arbeitslosenunterstützung der befragten Arbeitslosen

	Männer	Frauen
	Median	
Letztes Arbeitseinkommen	10 000	6 250
Einkommenserwartung	9 500	6 000
Arbeitslosenunterstützung	6 000	4 000

Tabelle 15: Durchschnittliches Einkommen aus Arbeitslosenunterstützungszahlungen im Erhebungsgebiet zum Erhebungszeitpunkt

Männer	S 196,30	pro Tag
Frauen	S 131,00	pro Tag

Ob sich dies im Einzelfall in echte ökonomische Härten umsetzt, hängt natürlich vom familiären Status der betroffenen Frau ab. Steuert sie einem Familienbudget ein zusätzliches Einkommen zu, dann wird dies wiederum verschiedene Konsequenzen haben, je nachdem, wieviel die anderen Familienmitglieder, und natürlich besonders der Ehemann, verdienen. In einem Fall wanderten die S 4 000 Arbeitslosengeld der Frau direkt aufs Sparkonto. Handelt es sich um alleinstehende Frauen, dann wirkt sich die in unsere Einkommensstruktur eingebaute Idee, daß der Mann der Familienerhalter ist, zum Nachteil jener Frauen aus, denen ein solcher »Ernährer« fehlt. Daß eine Frau einen Bruttolohn von S 8 000 oder darunter erhält, ist beileibe keine Seltenheit – das ergibt dann bei Alleinstehenden S 3 200 Arbeitslosenunterstützung (oder noch weniger). Die fehlende Untergrenze im österreichischen Berechnungssystem für Arbeitslose und Notstandshilfe (vgl. Kapitel 11) macht sich hier deutlich und unangenehm bemerkbar. Sie verweist gerade Frauen an die Institution der Sozialhilfe oder an informelle Unterstützungsmechanismen und sanktioniert damit den devianten Lebensstil der alleinstehenden – insbesondere älteren – Frau auf das massivste. Beate Becker und Waltraud Klameritsch illustrieren diesen Fall.

Zu dieser im allgemeinen niedrigeren Entlohnung tritt die Qualität der an diesen schlecht entlohten Arbeitsstellen zu verrichtenden Tätigkeiten. Bekanntlich ergreifen Mädchen vorwiegend einige wenige »typisch weibliche« Lehrberufe, eine Ausbildung, die dann in vielen Fällen unverwertbar ist. Der letzten Lehrlingsstatistik der steirischen Handelskammer kann man folgende Zahlen entnehmen:

Tabelle 16: Weibliche Lehrlinge in der Steiermark 1986, nach den häufigsten Lehrberufen

	Anzahl	% kumulativ
Einzelhandelskaufmann	3610	41.5
Kellnerin und Köchin	1283	56.2
Friseurin	1067	68.5
Bürokaufmann	822	78.0
Damen- und Herrenkleidermacher	500	83.7
Sonstige Berufe	1417	100.0
Gesamt	8699	

Damit konzentrieren sich 84 Prozent der weiblichen Lehrlinge in 5 (oder 7, wenn man der Aufgliederung der Handelskammer folgen möchte) Berufen. Es überrascht dann wenig, wenn sich auch gelernte Fachkräfte als Fließbandarbeiterinnen wiederfinden. Weibliche Fließbandarbeit ist jedoch besonders straff organisiert, wie wir an einigen Beispielen bereits gesehen haben – hier werden Frauen Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen zugemutet, die an Männer selten herangetragen werden. Schließlich scheint das typische Ende des beruflichen »Werdegangs« bei unterprivilegierten Frauen die Tätigkeit der Putzfrau oder Aufräumerin zu sein. In unserer Tiefeninterview-Population fanden wir allein unter 22 Frauen im Alter von 25-55 Jahren 5 (=23 %). In der Kontaktinterview-Population arbeiteten von 349 Frauen, die bereits mindestens 20 Jahre im Berufsleben gestanden waren, 65 (=18.6 %) als Aufräumerinnen oder Putzfrauen, es ist dies ein typisches Ende der beruflichen »Werdegänge« von Frauen. Dieser Beruf ist besonders illustrativ – anders als bei den industriell organisierten Putzkolonnen, wo auch Männer tätig sind, ist die Aufgabe der individuellen Betreuung von Haushalten und Bürogebäuden Frauen vorbehalten; es gibt keine Putzmänner oder Aufräumer. Diese Form der beruflichen Tätigkeit ist natürlich eine direkte Verlängerung des Tätigkeitsbereichs der Hausfrau. Es ist charakteristisch für Frauenarbeit, daß die einzelne Frau im allgemeinen nur zwischen der Tretmühle der industriellen Massenfertigung einerseits, dienenden und helfenden Tätigkeiten andererseits – Putzfrau, Kindergärtnerin, Köchin etc. – die direkt dem weiblichen Rollenklischee verhaftet sind, wählen kann.

Rosa Schrank ist erst vor 2 Monaten aus der Oststeiermark zu ihrem jetzigen Lebensgefährten in die Siedlung gezogen. Mit ihren 50 Jahren kann sie auf ein anstrengendes Berufsleben zurückblicken; was vor ihr liegt, ist eher ungewiß. Sie war zunächst 6 Jahre lang als Haushaltshilfe tätig. Sie heiratete und arbeitete zu Beginn der Ehe als Näherin in einer Fabrik; dann kamen die Kinder, und sie widmete sich ganz dem Haushalt. Mit 40 kehrt sie in die offizielle Ökonomie zurück; sie arbeitet in ihrer alten Firma, aber diesmal als Putzfrau. Anfang 1986 brennt ihre Wohnung im Haus des geschiedenen Mannes aus – »...jetzt bin ich auf der Straße gestanden, ich habe keine Verwandten, ich habe keine Bekannten, wo ich hätte können hingehen, nicht«. Sie nimmt das Angebot ihres Freundes, zu ihm zu ziehen, an. Bevor sie übersiedelte, wurde sie beim Werksleiter vorstellig, ob der sie nicht kündigen könne, wodurch sie in den Genuß der Abfertigung gekommen wäre. Dieser naive Wunsch bleibt unerfüllt – »Bei uns wird niemand gekündigt«, erläutert ihr der Werksleiter, vermutlich wahrheitswidrig. So muß sie selbst kündigen und ist seither ohne Arbeit.

Frau Schrank empfand die Geschäftsbedingungen, die ihr das Leben geboten hatte, als etwas einseitig – sowohl als Akkordnäherin als auch als Putzfrau war sie einem Leistungsdruck ausgesetzt, der durch ihr Gehalt von 6000 Schilling nicht aufgewogen wurde: Daß der Mensch »keine Maschine ist«, das »sieht heute ja keiner ein; nur Arbeit und Arbeit und Leistung, aber die Bezahlung ist da nicht so, mit dem mußt du zufrieden sein.« Als sie in die Firma zurückkehrte, fühlte sie sich der Akkordarbeit nicht mehr gewachsen – »...nervlich war ich da ja total fertig, also da hätte ich nähen ja nicht mehr können, weil das geht ja alles Akkord, das ist ja beinhart; wer das nicht sieht, der kann das gar nicht verstehen, wie das wirklich ist.« Selbstverständlich war die Putzarbeit, die sie stattdessen anging, auch kein Honiglecken: »...es ist, wenn man es ganz ehrlich ausdrückt, es ist ja eine Drecksarbeit, nicht, den ganzen Tag Staub, sie können es sich nicht vorstellen, wie es in so einem Betrieb staubt. Und den ganzen Tag Boden bürsten und saugen und den Dings ausleeren da, die Abfälle von der Arbeit, das Papier, und das muß gepreßt werden...Es kann sich keiner vorstellen, was das für eine Arbeit ist, Dreckarbeit. Und dann, der Verdienst, ist ja minimal.«

Sieht man von ihrem Lebensgefährten ab – »...er hat immer gesagt, wenn du keine Arbeit findest, dann leben wir halt von meiner Pension, der Mann ist in dieser Beziehung ja einmalig, muß ich ehrlich sagen« – ist Frau Schrank ziemlich isoliert – als sie »auf der Straße stand«, hatte sie niemanden sonst, an den sie sich wenden konnte; ungeklärt bleibt, was aus ihren Kindern geworden ist, von denen sie im Interview nicht mehr erzählt, als daß sie geboren wurden. Sie definiert sich selbst als »Ein-

zelgänger«; dazu paßt, daß sie ihre Arbeitserfahrungen im Grunde für unkommunizierbar hält, daß sie sich dem Verstehen und der Vorstellung Außenstehender entziehen. Damit hat sie nicht unrecht – man vergißt allzuleicht, daß es Menschen gibt, deren *Leben* zum Großteil aus den Dingen besteht, die sie beschreibt. Ihre Arbeit und die vieler anderer Frauen, wird damit quasi unsichtbar; ein weiteres Merkmal, das diese Arbeit mit der Tätigkeit der Hausfrauen gemeinsam hat. Trotz allem vermißt Frau Schrank die Arbeit – das Zuhausebleiben ist »irgendwie nicht schlecht, aber ich weiß nicht, ganz ehrlich gesagt, füllt es einen nicht aus.« Und sie hat Angst davor, abhängig zu sein: »Ja, weil ich war so viele Jahre unabhängig, das ist nichts, habe ich keine guten Erfahrungen gemacht.«

Zum geringeren Einkommen und der niedrigen Qualität der Arbeit tritt noch ein Arbeitsklima, das sich von dem der Männerwelt doch um einiges unterscheidet. Ein quantitativer Vergleich zeigt, daß Frauen das Verhältnis zu Vorgesetzten schlechter bewerten als Männer:

Tabelle 17: Bewertung des Verhältnisses zu Vorgesetzten

Beurteilung	Männer	Frauen	Gesamt
super	8 (61 %)	14 (44 %)	22 (49 %)
weniger gut	5 (39 %)	18 (56 %)	23 (51 %)
	13	32	n=45

Bei der Bewertung der Kollegenschaft gab es zwar keine quantitativen Unterschiede, doch fielen die Reaktionen der Frauen um einiges extremer aus. Ingrid Geisler etwa meint über die Fabrik, wo sie zuletzt beschäftigt war »5 Frauen sind brutaler und primitiver als wie 100 Männer«; und auch andere von unseren weiblichen Befragten berichteten über »böse und ganz böse Weiber« am Arbeitsplatz. Strukturelle Faktoren kamen dagegen weniger ins Blickfeld – über mangelnde Aufstiegschancen und die Machtasymmetrie, die zwischen Männern und Frauen in der Arbeitswelt besteht, wurde kaum je geklagt. Das ist auch nicht weiter überraschend; diese Dinge stellen den Normalitätshintergrund der Frauenarbeit dar, den man ebensowenig bemerkt wie andere Hintergrundphänomene. Dafür tritt persönliches Mißverhalten umso deutlicher hervor; daher auch die vergleichsweise scharfen Kommentare zur mangelnden Solidarität und zum Intrigantentum, die wir von Frauen bekamen. Auch derartige Verhaltensformen passen jedoch zum Syndrom der Machtlosigkeit. Frau Rauchwalder hat z. B. ihren Arbeitsplatz verloren, weil sie sich sexuelle Belästigungen nicht gefallen ließ – »...und das habe ich nicht notwendig, daß ich mich,

was weiß ich, abgreifen lasse und alles mögliche mit mir da treiben lasse, nur damit ich mir den Arbeitsplatz erhalte...«; andere Arbeiterinnen, so Frau Rauchwalder, hätten den Vorarbeiter mit Wein beschenkt oder seien sogar mit ihm ins Bett gegangen, »das ist nicht gelogen.«

Das geringe Einkommen und die schlechten Arbeitsbedingungen leisten einen offensichtlichen Beitrag zum Phänomen des dualen Arbeitsmarkts und der »sekundären« Arbeiter. Sekundäre Arbeiter zeichnen sich angeblich durch folgende Merkmale aus:³

1. Ersetzbarkeit: Man kann solche Arbeiter leicht loswerden, ohne das Funktionieren eines Betriebs zu beeinträchtigen. Frauen sind oft (in Großbritannien 40 %, in Österreich im Schnitt 24 % der Frauen zwischen 30 und 59 Jahren) Teilzeitarbeiter, die wenig gewerkschaftlichen oder gesetzlichen Schutz genießen. Auch die Priorität, die viele Frauen ihrer familiären Rolle einräumen, wird es einfacher machen, sie loszuwerden.

2. Soziale Differenzierbarkeit: Frauen stellen eine biologisch fundierte soziale Kategorie dar, für die es bestimmte Berufs- und Arbeitsstereotypen gibt, die häufig den Charakter der self-fulfilling prophecy haben.

3. Niedrige Berufsidentifikation: angeblich zeigen Frauen weniger Interesse an Ausbildung, gewerkschaftlichen Aktivitäten, Karriere, etc.

Es ist wohl kaum von der Hand zu weisen, daß gesellschaftliche Diskriminierung diese »niedrige Berufsidentifikation« erst hervorbringt – wo sie tatsächlich vorliegt. Wo die objektiven Aufstiegschancen gering sind, dort wird sich auch das »Interesse« daran in Grenzen halten. Die von uns befragten Frauen erfüllten jedenfalls diese Kriterien zum Teil. Viele von ihnen gaben an, eine Teilzeitarbeit zu suchen; die Geburt eines Kindes war in etlichen Fällen der Anlaß zum Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt; und die von Joseph erwähnten Arbeitsstereotypen sind in Leoben so mächtig wie irgendwo sonst.

Die Vorstellung von »sekundären« Arbeitskräften, denen ein eigener Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, wirft einerseits Verteilungsfragen auf, ist andererseits von Bedeutung für den Zusammenhang zwischen Konjunkturlage und der Teilnahme weiblicher Arbeitskräfte. Einer der theoretischen Ansätze, die angeboten werden, stützt sich auf die Idee, daß in der Rezession Frauen »entmutigt« werden, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Andere Autoren stellen die Beziehung zwischen sekundären Arbeitskräften und Wirtschaftslage genau umgekehrt dar. So wurde zum Beispiel argumentiert, daß als Konsequenz weitverbreiteter Arbeitslosigkeit primärer Arbeitskräfte zusätzliche se-

kundäre Arbeiter in den Arbeitsmarkt eintreten.⁴ Dies kann von der Unternehmenseite her erklärt werden, indem man annimmt, daß teure primäre durch billige sekundäre Arbeitskräfte ersetzt werden; ergänzt wird dies durch die Betrachtung von der Angebotsseite her – Frauen arbeitsloser Männer müssen häufig versuchen, eine Arbeit zu finden, um das Familieneinkommen abzusichern. Daß in der Rezession sekundäre Arbeitskräfte entmutigt werden, stellt dazu die Antithese dar. Allerdings können ja tatsächlich beide Bewegungen gleichzeitig stattfinden; von Interesse ist dann der Nettoeffekt. Naturgemäß überwogen in unserer Population jene Frauen, die sich gemäß der Entmutigungshypothese verhielten, gegenüber jenen, die die »Zusatzhypothese« bestätigten.

Margit Swoboda bezeichnet sich selbst als »mutlos«. Sie hat die dreijährige Hauswirtschaftsschule besucht, was ihr im Nachhinein als Zeitvergeudung erscheint – was sie dort gelernt hat, das hätte sie sich selbst auch beibringen können. Nach der Schule arbeitete sie als Verkäuferin; als das Kind kam, wurde sie »totale« Hausfrau, wie sie es nennt. Dennoch kann sie mit einigen Erfahrungen bei der Arbeitssuche aufwarten. Das Kind ist sechs Jahre alt; Frau Swoboda könnte jetzt einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, doch wird ihr Kind von anderen als Behinderung aufgefaßt – der Leiter eines Supermarktes hätte lieber jemanden, der »ungebunden« ist. Ihr Arbeitswunsch ist so ernst, daß sie auch als Putzfrau gehen würde; tatsächlich bewarb sie sich auch in einem Kaufhaus um eine Stelle als Aufräumerin. Dort mußte sie zur Kenntnis nehmen, wie wählerisch Unternehmer heutzutage sein können. Sie mußte ein Formular ausfüllen, in dem auch nach eigenen Vorstrafen und Vorstrafen des Ehegatten gefragt wurde. Trotz ihrer Empörung füllte sie den Bogen aus; die Stelle bekam sie trotzdem nicht. In einem anderen Fall hatte sie durch eine Annonce von einer Halbtagesstelle als Verkäuferin erfahren; sie mußte dabei entdecken, daß sie nicht die einzige Zeitungsleserin war: »Natürlich bin ich da am Samstag schon um sieben in der Früh aufgestanden und nach Göß hinübergeradelt; habe ich mir gedacht, werde ich sicher die erste sein. Wer geht schon um acht an einem Samstag – aber da habe ich mich gewaltig getäuscht, ich weiß nicht, waren es 40 oder 50, die schon draußen vor der Tür gewartet haben. Ich sage ihnen was, ich habe da etliche Schulfreundinnen getroffen; wir haben dann geredet, und es ist die Zeit relativ schnell vergangen, aber ich habe schon zwei Stunden gewartet und dann bin ich hinein...«

Frau Swoboda berichtet noch von zahlreichen weiteren Vorfällen; sie hat es sich zur Gewohnheit gemacht, nach jeder Vorstellung persönlich nachzufragen, da ihrer Erfahrung nach alle Zusagen der Arbeitgeber, sie werden sich telefonisch oder brief-

4 Ibid., S. 40.

lich melden, leeres Gerede sind. Eine ähnliche Sorglosigkeit im Umgang mit Arbeitssuchenden manifestiert sich auch in anderen Details – dies reicht von der Unverschämtheit einer Geschäftsfrau, die sie einer minutenlangen schweigenden Mustertung unterzieht, bis zur gedankenlosen Unmenschlichkeit der Personalpolitik des beschriebenen Kaufhauses (man hätte sich gedacht, daß man Vorbestraften oder deren Ehefrauen wenigstens unattraktive Arbeitsmöglichkeiten einräumen sollte).

Unter solchen Umständen gewinnt der Prozeß der »Entmutigung« eine Dimension der Degradierung, die den Betroffenen keineswegs verborgen bleibt – man kommt sich vor, so Frau Swoboda, wie ein »Bittsteller«. Ihr ohnehin nicht übermächtig ausgeprägtes Selbstwertgefühl leidet dadurch zusätzlich; sie glaubt an eine gerechte Welt – »...weil es sind so viele Bewerber, das ist eh natürlich klar, daß sie halt die Beste aussuchen...« – und muß daher den Grund für ihren Ausschluß von der Arbeitswelt bei sich selbst suchen. Auch dies führt – zusammen mit der frustrierenden Natur dieser Mißerfolgserebnisse – folgerichtig zur Einstellung der Suchaktivitäten. Die meisten der Vorfälle, über die Frau Swoboda berichtet, liegen auch schon weiter zurück. Dennoch wäre sie sehr an einer Arbeit interessiert. Einerseits war sie gern Verkäuferin, da ihr der Kontakt mit den Kunden Spaß machte; andererseits aus finanziellen Gründen. Das Ehepaar Swoboda war noch nie auf Urlaub; auch um diesen finanzieren zu können, müßte Frau Swoboda über ein eigenes Einkommen verfügen. Ihre Verwandten allerdings meinen, sie sei im Haushalt ohnehin ausgelastet – »Geh, für was willst du arbeiten gehen, hast eh den Haushalt und das Kind, ist eh genug, nicht?« Dies ist eine Auffassung, der sich auch Frau Swoboda selbst gelegentlich anschließt, und der sie sich, was die absehbare Zukunft betrifft, vermutlich anschließen muß.

Die konventionelle Vorstellung, daß eine Frau ohnehin durch die im Haushalt anfallenden Aufgaben Betätigung und Gelegenheit zur Selbstverwirklichung finden könne, ist in der Obersteiermark von ungebrochener Wirksamkeit. Es kann hier wenig überraschen, daß die von der Mittelschicht getragene Kritik an konventionellen Rollenbildern und dergleichen in unserer Population kaum Fuß gefaßt hat. Damit ist auch die Dignität der Hausfrauenrolle und der mit ihr verbundenen Arbeiten weit weniger bedroht als in »aufgeklärteren« Milieus, wo man sich der kuriosen Aufgabe gegenüber sieht, die Hausfrauenrolle im gesellschaftspolitischen Diskurs gleichzeitig aufzuwerten und abzuwerten – ersteres, um z.B. Forderungen nach dem Hausfrauengehalt zu legitimieren, letzteres, um den Ausschluß der Frauen von angeblich lohnenderen Arbeitsrollen zu beklagen. Wie meist bei unterprivilegierten Gruppen ist der Blick der mittelständischen Sprecherinnen dabei fest auf die glitzernden Preise gerichtet, die unsere Gesellschaften zu vergeben haben

– als handle es sich für die weibliche Bevölkerung um eine Alternative, in der die Tätigkeit als Hausfrau jener der Universitätsprofessorin, der Rechtsanwältin oder der Industriekapitänin gegenübergestellt ist. Dies ist jedoch nicht das Nutzenniveau, auf dem die Mehrheit der Frauen »wählt« oder überhaupt wählen kann – ihre reale Alternative ist die zwischen Hausfrau-entätigkeit und Arbeiten, wie sie von unseren Populationsmitgliedern immer wieder beschrieben wurden. Damit gewinnt erstere eine relative Attraktivität, die weniger mit Unaufgeklärtheit als mit den wirklichen Lebensbedingungen dieser Frauen zu tun hat.

Allerdings prallt die Frau- und Mutterideologie nicht nur mit anderen Ideologien zusammen, sondern auch mit eben diesen wirklichen Lebensbedingungen. Der weitverbreitete Gebrauch wirksamer Empfängnisverhütungsmittel, der Funktionsverlust der Familie und eine Reihe anderer Faktoren – etwa das Ansteigen der Scheidungsraten – haben dafür gesorgt, daß sich die Imperative, die aus dem konventionellen Weltbild fließen, häufig an die falsche Adresse richten. Der 40-jährigen Frau, deren Kinder bereits den Haushalt verlassen haben, ist mit der Aufforderung, in ihrer Mutterrolle Erfüllung zu finden, offensichtlich nicht gedient. Ähnliche Erwägungen gelten für jüngere Frauen mit einem schulpflichtigen Kind und einer 50 m²-Wohnung.

Hilde Walter hat Bürokaufmann gelernt. Nach Beendigung der Lehre heiratete sie; da sie ihre Mutter zur Beaufsichtigung des Kindes heranziehen konnte, ging sie schon nach zwei Jahren wieder arbeiten. Ihre Teilzeitbeschäftigung bei der Gemeinde gefiel ihr nicht besonders gut; sie kündigte nach 9 Monaten und bezog dann 12 Wochen lang Arbeitslosengeld. Ihre Arbeitssuche über das Arbeitsamt war erfolglos; in ihrem Beruf gab es überhaupt keine Stellen. Angeboten wurden ihr Tätigkeiten als Putzfrau oder als Küchengehilfin; die wollte sie allerdings nicht. Auch ihre Suchaktivitäten sind mehr oder weniger zum Stillstand gekommen.

Eine der von Frau Walter berichteten Suchepisoden weist verblüffende Parallelen zu den Erfahrungen von Margit Swoboda auf. Vor einem Jahr wurde in einer Videothek eine Aushilfskraft gesucht – »habe ich mir gedacht, weil ein Zettel draußen gehängt ist, habe ich mir gedacht, ich gehe hin und... da war dann der ganze Raum voll, da waren sicher 50 Mädchen drinnen; das wäre halbtags gewesen.«

Wie bei Frau Swoboda, die auf eine Annonce reagiert hatte, hatte auch Frau Walter aus einer allgemein zugänglichen Informationsquelle geschöpft; in beiden Fällen ergab sich dann ein Andrang von Bewerberinnen, der sogar in derselben quantitativen Größenordnung lag (40-50). Auch die Segregation des

Leobner Arbeitsmarktes wird hier recht deutlich – offensichtlich hatten die Stellenausschreiber das Geschlecht der gesuchten Arbeitskraft spezifiziert und keinem Mann war es eingefallen, sich darüber hinwegzusetzen – es hätte ihm auch nichts genutzt. Darüber hinaus illustrieren beide Fälle, daß in Leoben ein Sektor des Frauenarbeitsmarktes völlig verstopft ist, der für jüngere verheiratete Frauen besonders attraktiv ist – eben jener der Teilzeitbeschäftigungen in typischen Frauenberufen, wie z.B. Verkäuferin.

Dies wird auch durch andere Beobachtungen bestätigt. Dagmar Wurm, eine ehemalige Bankangestellte, erinnert sich: »...zu den Zeiten, wo ich angefangen habe zu arbeiten und dann in der Zwischenzeit, ich weiß nicht, ob ich übertreibe, wenn ich sage, daß wir zehn Teilzeitbeschäftigte gehabt haben...es gibt jetzt nur mehr eine Teilzeitbeschäftigte in der Sparkasse, und warum die noch ist, das weiß ich nicht.« In Fall der Banken liegt die Vermutung nahe, daß technische Innovationen den Einsatz von Arbeitskräften in Zeiten hoher Inanspruchnahme des Geldinstituts überflüssig gemacht haben. Im Handel wiederum haben Konzentrationsprozesse jene kleinen Geschäfte, die solche Stellen typischerweise zu vergeben hatten, zum Teil ausradiert. Schließlich dürften die höheren Lohnnebenkosten der Teilzeitbeschäftigten in Zeiten hohen Kostendrucks Teilzeitarbeitsplätze zum Verschwinden bringen.

Frau Walters finanzielle Situation ist um einiges besser als die von Frau Swoboda. Ihr Mann scheint im Außendienst recht gut zu verdienen; das Paar macht regelmäßig Urlaub im Ausland. Herr Walter fährt einen Firmenwagen und das eigene Auto steht meist ungenutzt in der Garage; Frau Walter erwägt daher auch, es zu verkaufen. Diesen Vorteilen im finanziellen Bereich stehen längere Phasen der Trennung als Negativposten gegenüber: »...ich meine, dadurch daß ich oft tagelang allein auch bin, jetzt ist es schon oft recht fad – immerfort lesen und alles.« Frau Walter hat öfter das Gefühl, daß ihr »die Decke auf den Kopf fällt«; dann geht sie in der Stadt einen Kaffee trinken – »...weil das ist, ist schon furchtbar daheim manchmal«. Diese Reizarmut des häuslichen Alltags führt ihrer Auffassung nach zur »Verblödung« – »...ehrlich gesagt man verblödet ja fast daheim, es ist furchtbar, wenn es aussichtslos ist, daß man irgendetwas bekommt.« Diese Frustrationen werden von ihrer Umgebung kaum wahrgenommen, was Frau Walter zusätzlich verbittert: »Na ja, es ist schon oft, daß man hört, du hast es schön, du bist daheim und hast Zeit den ganzen Tag, ich meine, das stört einen schon oft... Tust eh nichts, heißt es, und es ist schon oft, da denke ich mir wohl, da sucht man was und kriegt man nichts, und dann hört man solche Sachen.«

Frau Walter steht so vor einem Dilemma – was sie zuhause tut, wird von ihrer Umgebung nicht honoriert; andererseits ist

ihr der Wiedereintritt in den Beruf verwehrt. So ist sie das Opfer einer Art von Zangenoperation, die ihr auf beiden Seiten die Gelegenheit zur Selbstbestätigung und Selbstverwirklichung nimmt.

Für die »Zusatzhypothese« haben wir in Leoben wenig Anhaltspunkte gefunden. In diese geht die Annahme ein, daß primäre durch sekundäre Arbeitskräfte ersetzt werden können, daß wir es also in dieser Hinsicht mit einem einheitlichen Markt zu tun haben, wenn auch mit verschiedenen Klassen von Arbeitnehmern. Hier wird also Konkurrenz um »geschlechtsneutrale« Arbeitsplätze vermutet, wobei Frauen sich aufgrund ihres niedrigeren Lohnniveaus besser durchsetzen können. Dies ist eine sozusagen synchrone Betrachtungsweise der Konkurrenz zwischen Männern und Frauen um knappe Arbeitsplätze. Auch eine diachrone Perspektive kann hier eingebracht werden – diese bezieht sich auf die Zusammensetzung vorhandener Arbeitsplätze zu verschiedenen Zeitpunkten. Da kann es passieren, daß »männliche Arbeitsplätze« verschwinden, »weibliche« entstehen – wie dies bei der Verlagerung von Aktivitäten vom sekundären zum tertiären Sektor passiert. Das Gegenstück dazu haben wir, wenn die männlichen Computerexperten die Arbeitsplätze der Sekretärinnen wegrationalisieren, wobei noch zu fragen wäre, wie sich die bei der Herstellung der betreffenden Geräte beteiligte Arbeiterschaft zusammensetzt. In dieser langfristigen Perspektive besteht selbstverständlich Konkurrenz zwischen Männern und Frauen: Sie konkurrieren als Gruppen um Anteile an den offiziellen ökonomischen Aktivitäten ihrer Gesellschaft.

Die erste Form des Wettbewerbs, auf die die Zusatzhypothese gemünzt ist, spielt für unser Erhebungsgebiet kaum eine Rolle. Eine Voraussetzung des Bestehens derartiger Konkurrenz ist eine Aufweichung geschlechtsspezifischer Stereotypen in der Arbeitswelt, die in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien – den Herkunftsländern der Zusatzhypothese – wesentlich weiter fortgeschritten ist als in der österreichischen Provinz. In den von den Entwicklungen der Moderne zuerst betroffenen Industriegesellschaften gibt es eine Reihe androgyner Berufsrollen, die bei uns weitgehend fehlen. In den Dienstleistungsberufen etwa wurden zahllose neue Arbeitsplätze geschaffen, die keinerlei geschlechtsspezifischer Typisierung unterliegen – Verkäufer und Verkäuferinnen, gewerbliche Putzkräfte, aber auch Volksschullehrer. Vor allem im Verkaufswesen ist durch den kommerziellen Erfolg der Kaufhausketten und Supermärkte eine Ent-Persönlichung der Dienstleistung eingetreten; es handelt sich nicht mehr um jene intimen persönlichen Interaktionen, die es zwingend erscheinen ließen, in der »Herrenabteilung« männliche Kräfte zu beschäftigen, und umgekehrt. Aber auch im Produktionsbereich dürfte sich dieser

Prozeß beobachten lassen – bei der massenhaften Fertigung von Computerteilen etwa finden wir in Großbritannien Männer und Frauen beschäftigt, während dies bei uns noch immer – in der Theorie wie in der Praxis – typische Frauenarbeit darstellt.

Damit fehlt der Zusatzhypothese in unserem Erhebungsbereich. Dort, wo auch bei uns synchrone Konkurrenz zwischen weiblichen und männlichen Stellensuchern herrscht – Bankangestellte, Volksschullehrer etc. – gibt es kaum Einstellungen. Fallen diese Berufe schon rein quantitativ nicht ins Gewicht, so ist auch aufgrund der dort oft vorliegenden geschlechtsneutralen Gehaltsschemata kein Platz für die Anwendung der Zusatzhypothese. Solche Schemata nehmen dem Unternehmer oder sonstigen Arbeitgeber die Wahl zwischen billigen sekundären und teuren primären Arbeitskräften. Die Konsequenzen sind mehrdeutig – von der Anstellungspolitik der Unternehmer her gesehen kann dies gegen Frauen diskriminierend wirken, unter dem Blickwinkel der Entscheidung des Haushaltes kann es die Teilnahme von Frauen an der offiziellen Wirtschaft fördern. Den theoretischen Hintergrund zur letzteren Annahme liefert die Theorie der Haushaltsentscheidung. Dort wird angenommen, daß der Haushalt eine gemeinsame Nutzenfunktion hat und daß ihm eine Ressource zur Verfügung steht, nämlich die Zeit, die die Haushaltsmitglieder in einer zu optimierenden Kombination auf Freizeit, Arbeit im Haushalt und Arbeit außerhalb des Haushalts aufwenden können.⁵

Wie es tatsächlich mit der Gemeinsamkeit dieser Nutzenfunktion aussieht, wird außer acht gelassen, ebenso, wie die Entscheidungen über diese Allokationen zustandekommen – ob sich die Familie rational deliberierend um den Tisch versammelt oder ob der Mann die Frau arbeiten schickt, ist diesem mikro-ökonomischen Ansatz einerlei. Da nun die Durchschnittslöhne sekundärer Arbeiter unter jenen der primären liegen, wird es meist größeren Nutzen stiften, wenn sich der Mann auf dem offiziellen Arbeitsmarkt betätigt und die Frau den Haushalt führt. An dieser Stelle wirft die Theorie ein Schlaglicht auf die kulturellen Hoffnungen, die an die Aufweicheung geschlechtsspezifischer Stereotypen und die Entstehung neuer Formen der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern geknüpft werden. »Hausmänner« etwa finden wir dort, wo die erwähnten Einkommensdifferenziale verschwunden oder doch von geringer Bedeutung sind – z. B. bei Lehrern – oder in jenen Haushalten, bei denen die Ehefrau ein überdurchschnittliches Einkommen auf dem Markt erzielen kann. Wir sehen, daß das Hausmann-Szenario vorwiegend in der Mittelschicht Verwirklichungschancen hat, und zwar aus ökonomischen Gründen –

hier haben wir eine Situation, bei der ökonomische Faktoren mit ideologischen elegant zusammenwirken. Daß das Hausmann-Szenario in der Unterschicht auf wenig Gegenliebe stößt, braucht daher nicht mit der mangelnden »Aufgeklärtheit« ihrer Mitglieder erklärt zu werden; die »Aufgeklärtheit« mag auch bei jenen Ehepaaren, die sich auf eine alternative Rollenverteilung eingelassen haben, eine wesentlich geringere Rolle spielen als ökonomische Zwänge.

Jedenfalls wirkt diese Mehrdeutigkeit der Betrachtungsweise auch in der umgekehrten Richtung – gibt es Einkommensunterschiede zwischen primären und sekundären Arbeitskräften, dann ist es vom Standpunkt des Haushalts ökonomisch rational, die sekundären Arbeitskräfte »in Reserve« zu halten, während der Unternehmer ein ökonomisch rationales Interesse daran hätte, eben diese Arbeitnehmer mit ihren niedrigeren Löhnen zu beschäftigen, wenn sie eine nur annähernd ähnliche Leistung erbringen. Auch hier sind homogene Arbeitsmärkte vorausgesetzt; eine Voraussetzung, die in Leoben nicht erfüllt ist. Damit ist Frauenarbeitslosigkeit in Leoben vor allem durch den konjunkturellen Zustand des Frauenarbeitsmarktes zu erklären. Kurzfristige Verdrängungseffekte auf Kosten der Männer gibt es kaum; wenn überhaupt, dann treten sie charakteristischerweise dort auf, wo das Kräftespiel des »freien« dualen Marktes durch (quasi-)zentralistische Maßnahmen korrigiert wird – wenn etwa die VOEST-Alpine einige Mädchen in die Lehrwerkstätte aufnimmt, oder die Arbeitsmarktverwaltung eine Arbeitsstelle für eine Tischlergehilfin sponsert, wie im Fall von Johanna Rauchwalder.

Zur zweiten Interpretation der Zusatzhypothese läßt sich im vorliegenden Fall nicht sehr viel sagen. Der arbeitslose Zahn-techniker Viktor Smetana erwähnt ein Beispiel eines solchen längerfristigen Konkurrenzphänomens: Die Arbeit von vorwiegend männlichen Zahntechnikern wird in zunehmendem Maß von Dentallabors besorgt. Dort wiederum arbeiten zum Großteil Frauen, und »...die arbeiten natürlich nach einer bestimmten Zeit fast vollwertig in bestimmten Gebieten und kriegen im Schnitt 4000 Schilling bezahlt, ganztägig – die nehmen natürlich uns auch Posten weg zum Teil, nicht...« Würden solche Prozesse überhand nehmen, könnte daraus ein *Emanzipationsparadoxon* entstehen. Abstrakt kann man dieses wie folgt formulieren: Frauen, die nach Selbstverwirklichung und Anteilnahme durch Arbeit in der offiziellen Ökonomie streben, verschärfen dort den Wettbewerb um die sich in der Rezession verknappenden Arbeitsplätze; dadurch verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen, sodaß die Befreiung des Individuums als Frau durch die Versklavung des Individuums als Arbeitnehmerin erkaufte ist. Aus den geschilderten Gründen stellt dies für die Obersteiermark vorerst allerdings nur eine theoretische Möglichkeit dar.

Realität allerdings kommt einer Situation zu, die von diesen Wettbewerbsphänomenen unterschieden werden muß, wenn nämlich die Ehefrau oder Lebensgefährtin eines arbeitslosen Mannes in jenem Teil des Arbeitsmarktes, der ihr offensteht, als Nachfragende auftritt. Ist dieser Sektor aufnahmefähig, dann kann im Gefolge männlicher Arbeitslosigkeit die weibliche Erwerbsquote steigen; ist es es nicht, erhöht sich lediglich der weibliche Stellenandrang. Im letzteren Fall wurden durch die Entlassung eines Mannes zwei Arbeitslose erzeugt, er und seine Ehefrau, die nun auf dem Arbeitsmarkt aktiv wird, aber keine Stelle findet. Die Entmutigten – häufig Partnerinnen beschäftigter Männer – finden so ihr Gegenstück in den Aktivierten der stillen Reserve. Die Darstellung Herrn Smetanas liefert auch dafür ein Beispiel – seine Frau, eine gelernte zahntechnische Assistentin, bewarb sich um eine Stelle und erhielt zur Antwort »...nein, sie sind zu alt, wir suchen ein junges Dirndl.« Dies gibt zu einer weiteren Beobachtung Anlaß, die die verschiedenen Formen der Zusatzhypothese in ihrer Glaubwürdigkeit beeinträchtigt. Arbeitslosigkeit ist in gewissem Sinn eine *ansteckende* Krankheit; im vorliegenden Fall soll dies folgendes bedeuten. Herr Smetana gehört zu jenen älteren Arbeitnehmern, deren Chancen, wieder eine Anstellung zu finden, aus vielen bereits erwähnten Gründen geringer sind als die jüngerer Männer. Die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Frauen solcher Männer in einem ähnlichen Alter befinden, ist hoch; damit sind aber auch deren Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden und den Einkommensverlust des Ehemanns zu kompensieren, ziemlich niedrig. Erwähnt sei noch Herrn Muskens Frau, die sich partiell im Sinn der Zusatzhypothese verhielt – »Die Frau geht halt jetzt arbeiten, nicht, obwohl sie auch krank ist, so stundenweise, nicht, jeden Tag«; daß sie dabei allerdings einem Mann den Arbeitsplatz weggenommen hat, ist extrem unplausibel.

Die Existenz dualer Märkte, die verwirrende Botschaft einander widersprechender kultureller Imperative, die Interdependenz von Haushaltsentscheidungen – all dies hat bereits einschneidende Implikationen dafür, was es bedeutet, als Frau arbeitslos zu sein. Gleichzeitig sehen wir, daß die Erfahrung der Arbeitslosigkeit gerade bei Frauen ein *vielfältiges Phänomen* sein muß; das Spektrum reicht hier von der *Situation der ökonomisch abgesicherten Hilde Walter bis zur echten wirtschaftlichen Not, die wir bei anderen – vorwiegend alleinstehenden – Frauen gefunden haben*. Entsprechend vielfältig sind auch die Reaktionen der Betroffenen und ihre Vorgangsweise bei der Verarbeitung der jeweiligen Situation.

Bevor wir hier in Einzelheiten gehen, ist eine allgemeine Vorbemerkung erforderlich: Wenn wir die Bedeutung eines Arbeitsplatzes für die Entfaltungsmöglichkeiten und die Teilhabe von Individuen an ihrer Gesellschaft beschrieben haben, dann

haben wir damit auch eine partielle Charakterisierung der Rolle der Hausfrau gegeben. All jene Bedürfnisse, die durch die Innehabung eines Arbeitsplatzes in der offiziellen Ökonomie befriedigt werden, bleiben bei Hausfrauen ungestillt, oder werden indirekt oder durch funktionale Äquivalente erfüllt. Dieser Sachverhalt ist einer genaueren Betrachtung wert: so können wir lernen, was eine Hausfrau, die in ihre akzeptierte Rolle zurückkehrt, einbüßt, und was jenen, denen der Eintritt oder der Wiedereintritt in die offizielle Ökonomie verwehrt ist, entgeht.

Manche Dinge sind bei bestehender Ehe von marginaler Bedeutung: daß die Ehefrau beim Ehemann »mitversichert«, und auf diese Weise in das Netz der Gesundheitsvorsorge eingebunden ist, mag manchen als von gewaltiger symbolischer Bedeutung erfüllt erscheinen. Die praktische Bedeutung ist vermutlich gering zu veranschlagen. Wesentlich schmerzhafter ist die Situation von Geschiedenen, die gleichzeitig nicht als arbeitslos registriert sind – diese müssen sich privat versichern, was eben eine zusätzliche ökonomische Belastung darstellt. Von größerer praktischer Bedeutung ist die indirekte Teilnahme der Hausfrau am Netz der Privatbeziehungen des berufstätigen Ehemanns. Werden die Einladungen zum Abendessen etc. vorwiegend am Arbeitsplatz ausgehandelt, entstehen dort Freundeskreise, dann ist die Hausfrau unter anderem auf den guten Geschmack des Ehemanns angewiesen. Doch sollte man hier nicht übertreiben – gerade auf diesem Sektor haben die meisten Ehefrauen Mitspracherecht, sowie eigene Möglichkeiten, ein Netz von sozialen Beziehungen zu knüpfen. Wie diese Möglichkeiten konkret aussehen, hängt unter anderem von der Siedlungsform ab, allgemein vom Volumen der nachbarlichen Aktivitäten. Es kann jedoch auch hier zurecht darauf verwiesen werden, daß die geographische Mobilität des Ehemanns diese Beziehungsgeflechte fallweise zerstören kann – wie ein Schulkind muß dann die Ehefrau ihren Freundeskreis wegen einer beruflichen Veränderung des Mannes aufgeben. Dasselbe Phänomen kann auch bei sozialer Mobilität eintreten.

Auch auf den anderen skizzierten Dimensionen könnten wir hier den Klagenkatalog der Frauenbewegung mehr oder weniger getreulich wiedergeben; für unsere Zwecke können wir uns jedoch mit der Feststellung begnügen, daß Hausfrauen viele der Defizite, die wir für männliche Arbeitslose identifiziert haben, von vornherein aufweisen – wo z. B. gibt es unstigmatisierte Öffentlichkeit für Frauen (oder ungefährliche, würden manche Feministinnen ergänzen)? Und wenn wir weiter oben bemerkt haben, daß der langfristige Prozeß der Intimisierung und Individualisierung jedermann erfaßt hat, daß jedoch bei der Unterschicht höhere Kosten anfallen, dann ist es naheliegend, hier darauf zu verweisen, daß auch Frauen von den Schattenseiten dieser Entwicklung stärker betroffen waren als Männer,

die des Morgens fortgehen und erst am Abend in den häuslichen Käfig zurückkehren. All diese Schattenseiten der Hausfrauen- und Mutterrolle werden von Michaela Michlmayer in epigrammatisch verkürzter Form zusammengefaßt. Wenn sie noch einmal jung wäre, sagt sie, würde sie nicht mehr heiraten und Kinder kriegen. Sie ist 24 Jahre alt.

Michaela Michlmayer ist gelernte Herrenschneiderin. Nach der Behalterfrist wurde sie zum ersten Mal arbeitslos; in der Folge wechselten Phasen der Arbeitslosigkeit mit kurzfristiger Beschäftigung. Zuletzt arbeitete sie eineinhalb Jahre in der Textilindustrie. Sie mußte dort auch während der Schwangerschaft noch schwer heben; ihr erstes Kind kam zwei Monate zu früh auf die Welt. Das dauernde Überprüfen der Arbeitsleistung durch Stoppungen wurde durch seine schikanöse Handhabung noch verschärft – »das sind echt böse Weiber, auf Deutsch gesagt«. Als sie mit einem Schreiben des Arztes, der empfiehlt, ihr eine andere Arbeitsstelle zuzuweisen, zur Betriebsrätin geht, meint diese »Das gibt es nicht, andere Weiber...haben es auch derpackt, nicht.« Michaela geht schließlich vorzeitig in Karenz. Nun hat sie zwei Kinder und sucht eine Teilzeitbeschäftigung, auch über das Arbeitsamt, zu dem sie sich sehr kritisch äußert.

Die letzte Stelle, die ihr angeboten wurde, war eine 30-Stunden-Beschäftigung, bei der sie auch Samstag und Sonntag hätte arbeiten müssen – »...das kann ich aber nicht tun, ich meine, da sagt mir mein Mann dann auch Servus, nicht, das ist ganz klar.« Ansonsten gab es nur Arbeitsmöglichkeiten als Serviererin, aber dafür fühlt sich Frau Michlmayer nicht geeignet – schon im Haushalt, wenn sie etwas »servieren« muß, fliegen die Teller. Ihre keineswegs ungebrochene Beziehung zur Hausarbeit manifestiert sich auch in zahlreichen anderen Details; so etwa sind ihre Beschreibungen sarkastische Stenogramme. Vormittags geht sie einkaufen, und »...dann gehe ich kochen, Bub abholen, Essen geben, abwaschen, Kinder niederlegen, dann habe ich einmal eine Stunde, eineinhalb...«; wenn es schön ist, geht sie dann manchmal mit den Kindern baden – »...dann komme ich heim Kinder versorgen, Kinder niederlegen, kommt der Mann heim, Mann versorgen, Mann hinten und vorne bedienen, ihm schön tun, wie brav daß er ist... (Lachen)...Haben Sie keinen Mann?«. Ganz allgemein ist das »kein Vergnügen daheim, das können Sie sich vorstellen«. Frau Michlmayers Biographie dürfte hier eine Rolle spielen – als sie noch in die Schule ging, hatte ihre Mutter einen Schlaganfall erlitten; sie mußte kochen und die »ganze Sauarbeit« machen, neben den Schularbeiten. Diese frühe Erfahrung mit der Doppelrolle Schülerin/Hausfrau dürfte heute noch nachwirken; vielleicht erklärt sie auch, warum sich Frau Michlmayer bereits »alt« fühlt. Ihr Wunsch nach Arbeit scheint trotz ihrer permanenten

Geldsorgen durch außer-finanzielle Motive bestimmt – sie gibt an, daß sie mit einem Nebeneinkommen von S 2000 bereits zufrieden wäre.

In ihrer Freizeit geht sie manchmal »Auslagen schauen« – »...aber meistens tu ich das nicht gern, weil da sehe ich immer Sachen...« Sie hat eine Freundin, aber darüber hinaus wenig soziale Kontakte. Die Familie fährt heuer zum ersten Mal auf Urlaub – eine Woche Ungarn. Früher sind sie gelegentlich übers Wochenende nach Kärnten gefahren, mit vorher herauspanierten Hendlern und Kartoffelsalat als Proviant. Ihre Ehe war einigen Belastungsproben ausgesetzt; doch heute hat Michaela Michlmayer das Gefühl, daß das Schlimmste überstanden ist. Der Mann ist »gescheit« geworden, was sie sich als pädagogisches Verdienst anrechnet: »Was glauben Sie, ich habe lange genug gebraucht, damit ich meinen Mann so krieg, wie er heute ist.« Mit Schaudern denkt sie an eine Phase zurück, als ihr Mann im Krankenstand war und anschließend arbeitslos wurde. Durch bürokratische Verwicklungen verzögerte sich die Auszahlung des Krankengeldes – »...inzwischen sind die Mahnungen für Gas, Strom und Wohnung hereingekommen...einer, der das nicht mitgemacht hat, der kann sich das nicht vorstellen.« Ihr Mann steht heute ihrem Wunsch zu arbeiten, neutral gegenüber; er selbst arbeitet viel und meint »...solang ich arbeiten kann, wird es immer gehen.« So versichert er sie einer Solidarität, für die sie dankbar ist, die gleichzeitig aber ihre Abhängigkeit einzementiert. Die Abrichtung ihres Mannes hatte zwar Erfolg; doch noch immer ist Frau Michlmayers Lebenssituation durch eine unglückselige Mischung von Monotonie und Streß gekennzeichnet. Die daraus entstehenden Aggressionen richten sich nun gegen die Kinder – »...und oft rutscht mir die Hand aus, weil ich keine Nerven mehr habe.« Die Kinder setzen dieses Verhaltensmuster untereinander fort; Frau Michlmayer verwarf die Idee, ein Pflegekind aufzunehmen, »weil meine zwei schlagen sich eh schon gegenseitig, dann noch ein drittes Kind? Nein.« Die familiäre Spannung entlädt sich schließlich in einem »Nervenzusammenbruch« – eines Morgens »haben sich die zwei zusammengeschaugt, dann haben sie sich gegenseitig schon abgefotzt...« Frau Michlmayer bekam einen Schreckkrampf und »hintennach habe ich geweint, ich meine, da hat momentan alles ausgelassen.«

Es scheint kaum notwendig, noch gesondert auf die Parallelen zur oben geschilderten Misere des Arbeitslosen hinzuweisen – alle Elemente sind da, die Kontaktarmut, finanzielle Beengtheit, die Rückdrängung auf einen kleinen Kreis von Personen, der Mangel an Sinn, den man mit den täglichen Routineaktivitäten verbinden könnte; und schließlich die Entladung dieser Spannung in Gewalttätigkeit gegen jene, die man liebt oder lieben möchte. Frau Michlmayers Wunsch, über eine Teilzeitbeschäftigung

tigung zumindest kurzfristig aus ihrem Gefängnis auszubrechen, wird damit eminent plausibel. Ebenso deutlich wird, daß die Erfüllung dieses Wunsches unter Umständen eine Überlebensbedingung ihres Familiensystems darstellen könnte; dies als Erinnerung an jene, die sich von der Rückdrängung der Frau in den Haushalt die Rettung des Abendlandes und seiner zweifelhaften Werte versprechen. Der monotone und repetitive Charakter der Hausfrauenarbeit wurde uns einige Male in beredten Worten geschildert. Dagmar Wurm, eine ehemalige Sparkassenbeamtin, fühlt sich als Hausfrau nicht genug »gefordert«:

«...ich sage eh, ich kann mich mit meinem Kind den ganzen Tag befassen, wenn ich will, und ich habe mein Kind auch irrsinnig gern, nur ist es mir halt ein bißchen zuwenig, nicht...und dann natürlich wenn du dementsprechend jetzt gemacht hast, wenn du wieder gebügelt hast, dann hast du halt wieder ein Fenster geputzt, oder hast halt die Stiege runter gewaschen, oder was weiß ich was... Ich sage, es sind ja alles notwendige Sachen, ich müßte sie auch so machen, wenn ich arbeiten würde... nur glaube ich halt, daß es für meine Person anders wäre, wenn ich arbeiten würde...weil ich halt einfach seelisch besser beinander wäre...«

Frau Wurm hätte eine Arbeit lieber »gestern als heute«; denn »so wirst du ja narrisch, so bist du sicher bald in Graz, aber in der Nervenklinik«. Ingrid Geisler, gelernte Schneiderin, die zuletzt in der Liesinger Rollmopsfabrik gearbeitet hatte, sieht ihr Schicksal weniger dramatisch, doch verleiht sie der Hausfrauenarbeit denselben phänomenalen Charakter – »Manchmal werde ich ungeduldig, muß ich ganz ehrlich sagen, weil das Jahr für Jahr und Tag für Tag und Stunde für Stunde die gleiche Arbeit ist«. Wie suboptimal die Wahl ist, die den meisten Frauen offensteht, wird an ihrem Beispiel besonders deutlich. Von ihrer letzten Arbeit sagt sie: »Auch wenn sie mir 15000 Schilling auf die Hand legen, ich ginge nie mehr da hinunter« und: »Ich habe in der Früh ein nervenberuhigendes Mittel gebraucht, damit ich überhaupt hinuntergegangen bin... das war arg, wirklich arg...«

Das Arbeitsleben der meisten Frauen ist so durch Kosten-Nutzen-Bilanzen gekennzeichnet, die sich von denen vieler Männer deutlich unterscheiden. Der Übergang von bezahlter Arbeit in Arbeitslosigkeit und umgekehrt bedeutet häufig, daß die betreffende Person vom Regen in die Traufe gelangt, daß sie ein Bündel entfremdeter Tätigkeiten gegen ein anderes, ebensolches vertauscht. Besonders Langzeitarbeitslosigkeit ist im Vergleich dazu für Männer eine unleugbare Katastrophe. Da die Arbeitsbedingungen der Männer im Durchschnitt besser sind, und da die Hausmannrolle nur für eine verschwindende Minderheit eine akzeptable Alternative darstellt, besteht ein stärkeres Nutzengefälle beim Übergang in die Arbeitslosigkeit; wie erwähnt, sinken Männer damit auf ein Nutzenniveau ab, auf

dem sich viele im Haushalt tätige Frauen immer schon befunden haben. Dies gilt jedoch nicht für alle Dimensionen – selbstverständlich ist die Rolle des Arbeitslosen wesentlich stärker stigmatisiert als die der Hausfrau. Diese Annahmen prognostizieren eine intensivere Arbeitssuche der Männer und eine größere Tendenz zu anomischen und devianten Reaktionen, wenn man als Vergleichsgruppe jene Frauen heranzieht, die sich als Hausfrauen definieren können – eine oft beschwerliche, aber immerhin akzeptierte soziale Rolle. In der Tat gibt es kaum *entmutigte Männer*; Männer einer bestimmten Altersgruppe dürfen ihre Suchaktivitäten überhaupt nicht einstellen, wenn sie sich nicht als Beschäftigungs- und Unterstandslose gänzlich von der »normalen« Gesellschaft abkoppeln wollen.

Das spezifische Dilemma der Wahl zwischen Hausfrauentätigkeit und Frauenarbeit manifestiert sich auch im persönlichen Bereich. Einerseits ließ die Enge der Kleinfamilie unsere Befragten immer wieder zu psychiatrischem Vokabular greifen, um ihre Situation zu schildern; andererseits kann Berufstätigkeit zumindest den Eindruck erzeugen, daß man spezielle »weibliche« Pflichten, besonders gegenüber den Kindern, vernachlässigt. Maria Radakovic, die alleinerziehende Mutter eines 16jährigen, verlor ihre Arbeit, da ihr Arbeitgeber in Konkurs ging. Sie ist eine richtige Leseratte – »Verschieden, von Simmel bis zum... Ich habe ja alles gelesen« – und es mag dieser literarische Hintergrund sein, der sie veranlaßt, ihrem Sohn folgende wohlgesetzte Worte in den Mund zu legen: »Weißt du, liebe Mutter, schön wäre halt schon, wenn du immer zuhause wärst.« Wenn auch unwahrscheinlich ist, daß ihr Sohn sich einer solchen Formulierung bedient hat, ist nicht von der Hand zu weisen, daß er sich sinngemäß geäußert hat.

An ihrem letzten Arbeitsplatz erlebte Maria Radakovic die Auswirkungen der Krise auf einen Kleinbetrieb aus nächster Nähe. Während immer mehr Arbeiter abgebaut wurden, »gewann« sie immer neue Arbeiten hinzu. Ursprünglich als Bürokräftin eingestellt, mußte sie später auch Autos überstellen, bis sie eines Tages ihr Chef mit einer traurigen Mitteilung überraschte: »Ja, Frau Radakovic, jetzt muß ich die im Lager entlassen, und sie müssen in Zukunft auch Lack mischen.« Frau Radakovic weigert sich und geht zur Gewerkschaft; der Grund des Streits entfällt anlässlich des Konkurses des Betriebs.

Die ersten zwei Monate ihrer Arbeitslosigkeit gestalteten sich für Frau Radakovic wie ein Urlaub – ».. ich habe es eigentlich die ersten zwei Monate genossen«. Dann aber wird sie »wurlert«, »weil ich das Arbeiten gewohnt war; nach den ersten zwei Monaten, wo die Erholung dann weg war, dann habe ich keine Ruhe mehr gehabt.« Sie sucht lange erfolglos, da ihre Voraussetzungen nicht die besten sind – z.B. ist sie bereits 41. Da

sie allerdings von ihrer früheren Berufstätigkeit her sehr viele Leute kennt, gelingt es ihr schließlich, eine neue Stelle bei einer Transportfirma zu finden. Vom Arbeitsamt bekam sie nur die obligaten Stellen im Gastgewerbe angeboten – ».. und dann habe ich ihm gesagt, wie er sich das vorstellt...«

Ihre Freizeit während der Arbeitslosigkeit ist ein Thema, das Frau Radakovic zu glatten Kontradiktionen verleitet – »Ich muß Ihnen ehrlich sagen, dadurch...ah...ich kann sagen, die meiste Zeit allein«; und: »Also ich bin eigentlich trotzdem, daß ich allein lebe, wie man sagt, wenig allein.« Sie ist Mitglied einer »Damenrunde«, die auf Anregung des Pfarrers gegründet wurde und sich regelmäßig trifft; diese Frauen waren ihr während der Arbeitslosigkeit eine große Stütze, da sie Geselligkeit, Zuspruch und diverse Sachspenden lieferten. Sie wurde häufig zu Ausflügen und dergleichen eingeladen; beim Schifahren verzichtete sie zugunsten ihres Sohnes – »weil ich selbst habe gesagt, du, beide geht das auf keinen Fall; habe ihm eben eine Jause mitgegeben, daß er nicht Mittagessen oder was braucht, und daß halt gerade die Liftkarte drinnen war. Aber auch nicht so oft, wie er sonst war – wir haben halt überall reduziert.« Ihr Sohn nahm diese und andere Einschränkungen ohne zu murren hin. Er mußte zwar aufs Tennisspielen und andere Dinge verzichten, aber dafür bot die neue Situation andere Vorzüge – »Ich muß Ihnen ehrlich sagen, mein Sohn hat das sehr genossen. Wenn er mittags von der Schule gekommen ist, ist das Mittagessen schon am Tisch gestanden, weil sonst hat er es müssen selber wärmen...« Auch war Frau Radakovic in dieser Zeit viel ruhiger, »nach dem Streß, den ich in der Firma gehabt habe«. Diesen auch von Frau Radakovic als solche wahrgenommenen Gewinnen im persönlichen Bereich standen jene Verluste auf dem finanziellen Sektor gegenüber, die es für Frau Radakovic unumgänglich machten, wieder eine Arbeit anzunehmen.

Über diesen naheliegenden kompensatorischen Mechanismus berichteten mehrere Befragte, und nicht nur Frauen. Erika Brett hatte nach dem Zusperrern ihres Espressos, und nachdem sie als Angestellte ihres Mannes arbeitslos geworden war, in ähnlicher Weise darauf gehofft, mehr Zeit für ihre Kinder zu haben. Sie mußte allerdings eine ironische Erfahrung machen: »Ich habe die ganze Zeit nachgetrauert, daß ich so wenig Zeit für meine Familie habe, ich habe mir das immer alles gemeinsam vorgestellt – sicher auch nicht richtig, weil jeder ein bißchen andere Interessen hat. Inzwischen sind die Kinder größer geworden, die Kinder gehen ihre Wege, und ich bin dem umsonst nachgelaufen...«

In diesem Fall hatte das hektische Berufsleben der Frau Brett bereits seinen dauerhaften Preis gefordert und soziale Beziehungen in irreparabler Weise verformt; auch das kann natürlich

vorkommen. Im allgemeinen jedoch finden Frauen, die aus der Berufstätigkeit in die Familie zurückkehren, dort soziale Aufgaben vor, die ihnen ohnehin kulturell vorgeschrieben sind und die in vielen Fällen auch mit Sinn belegt werden können. Betrachten wir zur Illustration folgende Passage aus einem feministischen Text. »Kindererziehung«, so die Autoren, »besteht aus Aktivitäten, von denen die meisten, wie auch immer man den Energieaufwand mißt, zu den härtesten Arbeiten gehören, die man überhaupt verrichten kann. Nur jene, die selbst Kinder erzogen haben, sind sich voll bewußt, wie sehr Kindererziehung nicht bloß die körperliche Ausdauer, sondern auch den Charakter, die Intelligenz und die Emotionen beanspruchen kann. Kindererziehung beruht in einem Ausmaß auf Geduld, Phantasie und Integrität, das in wenig anderen Aktivitäten erreicht wird. Kindererziehung, kurz gesprochen, ist sehr viel harte Arbeit.«⁶

Die Aussage ist ein wenig hysterisch formuliert (die Autoren scheinen wenig persönliche Erfahrung mit den »härtesten Arbeiten, die man überhaupt verrichten kann«, zu haben), enthält dabei jedoch einen richtigen Kern. Allerdings tritt einiges an Konfusion hinzu – aus den aufgezählten Merkmalen auf den *Arbeitscharakter* der Kindererziehung zu schließen, ist unzulässig; aufgrund dieses non sequitur wird das *persönliche* Element der Kindererziehung und ihre lustbetonte Komponente weggeblendet – Dinge die denjenigen, »die selbst Kinder erzogen haben«, wohl vertraut sein sollten. Man vergleiche die Darstellung des Holzkaufmanns Harald Prem: »Sicher, Kindererziehung ist sicherlich etwas Schönes. Man sieht wie er wächst, man sieht wie er redet, jetzt sagt er wieder ein Wort mehr, heute hat er wieder etwas anderes entdeckt... und es ist eigentlich viel zu lachen dabei, und man braucht sehr viel Energie...« Als Mann, der in dieser Angelegenheit nicht die Hauptlast trägt, neigt er natürlich dazu, die positiven Seiten hervorzuheben; dennoch ist seine Aussage zweifellos intelligenter als die der beiden Feministen. Deren Argumentation hat ganz merkwürdige Konsequenzen – man könnte sie zwar in einen Begründungskontext einbauen, bei dem es zum Beispiel um das »Hausfrauengehalt« geht; gleichzeitig wird jedoch völlig rätselhaft, warum jemals eine Frau den Wunsch verspüren könnte, diese Aufgabe mit der Betätigung in der öffentlichen Ökonomie zu vertauschen – wo Arbeiten, die Charakter und Intelligenz und Phantasie beanspruchen, notorisch rar sind, auch für Männer.

Jedenfalls sollten uns Schicksale wie jenes von Frau Michlmayer nicht davon ablenken, daß es auch mehr oder weniger zufriedene Hausfrauen gibt – wie das Arbeitslosenschicksal kommt auch jenes der Hausfrau in sehr vielen ver-

6 Alison M. Jaggar and William L. McBride, »Reproduction« as Male Ideology«, *Women's Studies International Forum* 8, No. 3, S. 186.

schiedenen Formen einher. Beim Thema Frauenarbeitslosigkeit treten diese vielfältigen Formen auch noch ineinander verzahnt auf – viele weibliche Arbeitslose sind eo ipso Hausfrauen. Weiblichen Jugendlichen kann der Rückzug auf diese bewährte Rolle verwehrt sein; von ihnen wird im nächsten Kapitel die Rede sein. Besonders problematisch wird es bei den Alleinstehenden und Alleinerziehenden; die Idee einer Hausfrau, die nur sich selbst betreut, hat etwas Widersprüchliches, und die Situation von Frauen, die zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf die Teilnahme an der offiziellen Ökonomie angewiesen sind, ist doch um einiges prekärer als die unzufriedener Ehefrauen.

Maria Roscher ist heute 46; sie ist geschieden und die 3 Kinder sind schon außer Haus. Gleich nach der Hauptschule ging sie als au pair-Mädchen in die Schweiz. Mobilität charakterisierte auch den Rest ihrer Arbeitsbiographie. Als sie 11 Jahre nach der Eheschließung wieder ins Berufsleben zurückkehrte, arbeitete sie zunächst im Büro einer Versicherung. Als sie dort aufhörte, ging sie – im Alter von 40 Jahren – als Saisonarbeiterin nach Tirol, später auch nach Kärnten. Diese Beschäftigungsphasen waren durchbrochen von Arbeit im Leobner Raum und Perioden der Arbeitslosigkeit. Diese Mobilität wurde ihr nicht gedankt. Ihre letzte Stelle war bereits eine von der Arbeitsmarktverwaltung geförderte; zum Zeitpunkt des Interviews ist sie schon wieder seit 8 Monaten arbeitslos. Der Faden scheint nun gerissen – am Ende ihrer Schilderung ihres buntbewegten Arbeitslebens sagt sie »Jetzt habe ich nichts mehr gefunden«.

Nützt Frau Roscher ihre Mobilitätsbereitschaft schon recht wenig, so geht es ihr mit dem zweiten Fetisch der arbeitsmarktpolitischen Debatte ebenso. Sie besuchte einen Buchhaltungskurs, sowie einen Maschinschreibkurs – EDV ist der nächste Programmpunkt ihres selbst zusammengestellten Bildungspakets. Sie sieht ein, daß sie trotz dieser Bemühungen gegen Jüngere wenig Chancen hat; ihre gesamte Haltung ist ein Gemisch aus Resignation, Bemühtheit und Träumerei. Sie würde gern ein Altersheim leiten, doch scheint sie keine sehr klare Vorstellung davon zu haben, wie man zu einer solchen Position kommt. Die Selbständigkeit ist jedenfalls ihr großes Ziel; über ihre Jahre als Unselbständige sagt sie »Das waren für mich alles nur immer Notlösungen« und »...als Arbeiterin rundherum mußt du soviel einstecken.«

Die Frage nach ihrer Freizeitgestaltung beantwortete sie zunächst mit einem lapidaren »Mir ist langweilig«; später stellt sich heraus, daß sie von ihren Kindern sehr häufig als unbezahlte Arbeitskraft herangezogen wird, in der ihr vorzeitig aufgedrängten Rolle der »Oma mit viel Zeit«. Frau Roscher fühlt sich ausgenutzt und wehrt sich gegen diese Zuschreibung – »Witzig, ich fühle mich noch gar nicht so, als Oma, die nur mehr für die

Kinder da ist.« Als die Rede auf ihre Finanzen kommt, wird sie fuchsteufelswild: »Was? – komplett weg. Was wollen Sie mit 3600 S Notstand, was wollen Sie da noch, also das ist überhaupt ein Witz.. das ist.. ich muß ehrlich sagen, das ist eine Frechheit. Einem Mann würde man doch nie zumuten, daß der mit 3600 S lebt. Auch wenn er allein ist...aber eine Frau..«

Frau Roscher hat den Beweis geliefert, daß sie die Imperative, die mit der Beharrlichkeit und dem Reflexionsniveau eines Tonbanddienstes immer wieder an Arbeitnehmer herangetragen werden – »Mobilität, Bildung, Bildung, Mobilität« zu erfüllen bereit ist; nur nützt ihr diese Anpassungsleistung recht wenig. Wenn sie auf die Reihe schlecht bezahlter und unattraktiver Jobs zurückblickt, aus denen ihr bisheriges Arbeitsleben bestand, dann resümiert sie: »Ich habe... nie sagen können, das hat jetzt gerade gepaßt, sondern ich war in so einer Situation, daß ich habe müssen schnell zugreifen, ganz gleich, was es war« – und aus diesen Erfahrungen entsteht nun ein verwegener Wunsch. Von »Übergangslösungen« hat sie genug – »...das mag ich nicht mehr. Ich will wirklich einmal was haben, wo ich sagen kann, da kann ich bleiben und da paßt es mir jetzt.« Übertriebene konkrete Erwartungen hat sie nicht; die Stelle einer Aufräumerin im Staatsdienst, mit dem sie so gute Erfahrungen gemacht hat, würde es für sie auch tun. Mit diesem für ältere Arbeitslose typischen niedrigen Aspirationsniveau erinnert sie an einen von Dennis Marsden beschriebenen Arbeitslosen, dessen große Liebe dem Beruf des Lastwagenfahrers gilt; der nach eigener Aussage viele Stunden an der Autobahnbrücke verbringt und den Lastwagen nachsieht, wie sie »einander überholen und mit den Lichtern blitzen«. ⁷ Es ist einigermaßen bemerkenswert, daß wir in Gesellschaften leben, die ihren Mitgliedern die Erfüllung auch solcher Wünsche verwehren. Von unseren arbeitslosen Frauen waren 22 nach 1961 geboren; 7 davon, sowie die 1961 geborene Waltraud Klameritsch, können dem von Frau Roscher dargestellten Typ zugerechnet werden. In allen Fällen sind frühere Ehen auseinandergegangen; die Frauen sind nun meist ohne Partner (in zwei Fällen wurden neue Lebensgemeinschaften eingegangen). In 5 dieser 8 Fälle sind Kinder zu versorgen. All diesen Frauen sind zwei Merkmale gemeinsam – ihre Armut und ihre Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Sie sind nicht jung genug, um Arbeit zu finden, und nicht alt genug, um in Pension zu gehen. Das österreichische soziale Netz ist unter allen möglichen Zielsetzungen herangewachsen (vgl. Kapitel 11); für die hier beschriebene und quantitativ offensichtlich bedeutsame Kategorie wurden allerdings kaum Vorkehrungen getroffen. Im Hintergrund dieser Entwicklung stand stets der Gedanke, daß Frauen ohnehin einen Ernäh-

7 Marsden, op. cit., S. 164.

rer haben – was nicht ins Denkklichee paßt, das fällt dann durch die Maschen. Dies hat zur Folge, daß einige dieser Frauen irgendwo Unterschlupf finden mußten – Rosa Schrank bei ihrem jetzigen Lebensgefährten, Beate Becker bei ihrem Ex-Mann, Waltraud Klameritsch bei ihren Eltern. Es ist nicht verwunderlich, wenn andere, wie etwa Franziska Kogler, dann mit dem Staat und seinen Institutionen eine Art Dauerbeziehung eingehen. Und nichts spiegelt die Situation besser wider als der Rat, den Frau Rauchwalder beim Arbeitsamt erhielt – sie solle nach Hause gehen und »irgendwer« würde schon für sie sorgen. Das Durchschnittseinkommen dieser Frauen (Helene Mittelstrasser und Anna Tiefenbacher vervollständigen die Aufzählung) liegt ohne Kinderbeihilfe bei S 3600. Von den älteren Männern unserer Population heben sie sich dadurch ab, daß sie über noch weniger Geld, noch weniger Geselligkeit und noch weniger Hoffnung verfügen.

Jugendliche Arbeitslose

Es kann kaum überraschen, daß sich in der öffentlichen Thematisierung der Frauenarbeitslosigkeit eine Meinungsvielfalt manifestiert, die aus den verschiedenen an die Problematik herangetragenen ideologischen Positionen folgt. Was hier gesagt wird – und oft auch, wie es gesagt wird – hängt von der politischen Einstellung des jeweiligen Beobachters und seiner relativen Nähe zu feministischen Anliegen ab. Über die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen scheint mehr Konsens zu bestehen – diese wird quer durch die politischen Lager als Katastrophe aufgefaßt; die allgemeine Bedeutung, die dem Phänomen beigelegt wird, zeigt sich schon darin, daß die Betroffenheit dieser Subgruppe als einzige ständig in den Medien ausgewiesen wird, im allgemeinen in irreführender Form («Schon jeder vierte Arbeitslose in X ist ein Jugendlicher» etc.). Die Gründe für diese allgemeine Besorgnis erscheinen zunächst relativ einleuchtend, erweisen sich bei näherer Betrachtung jedoch als recht komplex. Die Gefahr etwa, daß es durch Arbeitslosigkeit zu Fehlsozialisierungen kommen könnte, leuchtet besonders dem konservativen Beobachter ein, für den ein direkter Weg vom Müßiggang zur Lasterhaftigkeit führt. Paternalistisches Denken mag hier eine Doppelfunktion haben – einerseits haben Erwachsene ihre Vorstellungen über das »ordentliche« Leben, die sie auf Jugendliche angewendet haben möchten, andererseits mag es als unfair empfunden werden, wenn gerade Jugendlichen die Chance zur konventionellen Form der Teilnahme an ihrer Gesellschaft genommen wird. Auch der Jugendliche erscheint dann in einer Doppelrolle, als jemand, der einerseits diszipliniert, andererseits – auch wegen seiner Unerfahrenheit – unterstützt werden muß. Selbstverständlich bringen auch weiter »links« angesiedelte Autoren moralisches Engagement in diese Diskussion ein. Davon abgesehen wurden auch schon – weitgehend illusionäre – revolutionäre Hoffnungen mit arbeitslosen Jugendlichen verbunden und die problematische Idee ventiliert, daß diese Gruppe von Betroffenen Details einer zukünftigen »Freizeitgesellschaft« erproben könnten.

Dennoch gibt es Perspektiven, die sich der Vereinnahmung durch diesen Gleichklang entziehen. Zeitgenössische ökonomische »Theorien« der Jugendarbeitslosigkeit implizieren, daß die ganze Aufregung eigentlich überflüssig ist, da das Problem – wenn überhaupt – in anderer Form existiert, als es sich den

Medien und der Öffentlichkeit im allgemeinen darstellt. Zu beachten ist, daß es bei diesen Ansätzen nicht darum geht, das allgemeine Niveau der Arbeitslosigkeit zu erklären, sondern lediglich um die Überrepräsentation von Jugendlichen unter den von Arbeitslosigkeit Betroffenen. Die moralische und politische Bedeutung einer z.B. durch strukturelle Faktoren herbeigeführten Sockelarbeitslosigkeit von Jugendlichen bleibt demgegenüber natürlich bestehen. Einer dieser Erklärungsversuche nimmt die Form der »Stellensuch-Hypothese« an.¹ Diese läuft ungefähr auf folgenden Gedankengang hinaus. Jugendliche streben nach finanzieller Unabhängigkeit, aber nicht um jeden Preis. Der Beitrag, den der Jugendliche normalerweise zum Familienbudget leistet, wird von seiner Zahlungsfähigkeit bestimmt; daher kann es bei weniger »dynamischen« Jugendlichen dazu kommen, daß sie Arbeitsstellen nach nicht-finanziellen Gesichtspunkten auswählen (Arbeitszufriedenheit, etc.), da sie bei schlechter Entlohnung damit rechnen können, daß sie ihre Grundbedürfnisse zuhause weitgehend umsonst stillen können. Verbunden mit der These, daß Informationen über diese nicht-finanziellen Aspekte am ehesten durch häufigen Jobwechsel und kurze Verweildauer erlangt werden können, ergibt dies ein Bild, in dem Jugendliche durch fröhliches, finanziell abgesichertes Herumprobieren die Bewegungsgrößen der Arbeitslosenstatistik stark beeinflussen; daher finden sie sich im Bestand wieder, doch sollte dies zu keinen sonderlichen Besorgnissen Anlaß geben. Die Hypothese der saisonalen Unterbeschäftigung² stellt eine Art Postskriptum zur Stellensuch-Hypothese dar – hier wird behauptet, daß Jugendliche größeren Wert auf Freizeit legen als Ältere. Da Arbeitgeber keine Jobs mit wenig Arbeitsstunden pro Woche und langen Ferien – wie es die Jugendlichen angeblich gewöhnt sind – zu vergeben haben, schaffen sich die Jugendlichen diese Bedingungen selbst, durch Annahme von Saisonbeschäftigungen und anderen Gelegenheitsarbeiten. Diese zusätzliche Erwägung ist für österreichische Verhältnisse wahrscheinlich von untergeordneter Bedeutung – Saisonarbeit in Österreich hat im allgemeinen einen Charakter, der mit der Fortsetzung eines Freizeitstils im Berufsleben inkompatibel ist. Den Typus des jugendlichen »Urlaubers« gibt es allerdings auch bei uns.

Dieter Binder ist 19 Jahre alt und hat zuletzt als Koch gearbeitet. Die Arbeit gefiel ihm sehr gut, er verdiente um die 15 000 Schilling und die Beziehungen zu Arbeitskollegen und Vorgesetzten waren ausgezeichnet. Der Chef war »super, der war ein Deutscher und mit dem hat man eigentlich alles so reden können, was man wollen hat. Über

1 Mark Casson, *Youth Unemployment*, London 1979.

2 Ibid.

alles hat man mit ihm reden können, der war ja relativ locker...« Diese menschlichen Qualitäten waren allem Anschein nach nicht durch kaufmännischen Weitblick ergänzt, denn der Betrieb ging in Konkurs. Dieter wurde Mitte April arbeitslos; beim Arbeitsamt hat er angegebene, daß er sich selbst eine Stelle suchen werde, und daß er Mitte Juli wieder zu arbeiten beginnen würde. Der Beamte war offensichtlich mit den Bedingungen des stillen Kontrakts zufrieden; Dieter ist von Kontrollmeldungen und Vermittlungen völlig unbehelligt.

Seine Arbeitslosigkeit definiert er selbst ganz eindeutig als Urlaub – »Ja, sicher, ich nütze jetzt eigentlich die zwei Monate aus. Ich meine, ich habe jetzt sechs Monate gearbeitet, habe keinen Urlaub gehabt und irgendwie nütze ich die zwei Monate schon aus, ja«. Er benimmt sich auch wie ein Urlauber – er schläft länger, vertreibt sich die Zeit bei Spiel und Sport und geht am Abend öfter fort als sonst. Er lebt zuhause und braucht von seiner Arbeitslosenunterstützung nichts abzugeben; damit halten sich auch seine Entbehrungen in Grenzen – er bräuchte neue Boxen für die Stereoanlage in seinem Auto, eine Anschaffung, die er verschieben mußte. Er weiß auch, daß er jederzeit Arbeit finden könnte: »Ja, bei mir ist das so, ich kriege immer eine Arbeit, wenn ich will. Und jetzt am 1. Juli möchte ich gerne mit meinem Freund Urlaub fahren, und deshalb warte ich noch bis 10. Juli und dann gehe ich erst wieder arbeiten.« Sein ehemaliger Betrieb wurde von neuen Pächtern übernommen; er könnte auch dort wieder anfangen, doch zahlen diese Löhne, die seine Unterstützung nur geringfügig übersteigen. Der lange Schatten der Arbeitsethik fällt allerdings auch über diesen unbekümmerten jungen Mann – seine Eltern mißbilligen das »Tachiniererleben«, das er nach eigener Aussage führt, und er selbst hat entdeckt: »Ich glaube, es ist ein viel ausgeglicheneres Leben, wenn man arbeiten tut. Weil ich weiß nicht, nicht arbeiten, das ist nicht so schön, wie man sich das vorstellt.« Folgerichtig ist dann, daß sich in seinem »Urlaub« Phasen der Ödnis auftun – »..nun, wenn ich nichts mehr zum Anfangen weiß, dann gehe ich entweder mein Auto putzen oder lege mich in die Sonne, kommt darauf an, welcher Tag es ist.«

Sogar eine dritte These über Jugendarbeitslosigkeit finden wir an Dieter Binders Beispiel illustriert, wenn Jugendarbeitslosigkeit als Konsequenz (vor allem staatlicher) Unterstützungszahlungen aufgefaßt wird: da Arbeitslosenunterstützungen »zu hoch« sind, fehlt angeblich der Anreiz, eine Arbeit anzunehmen. Für die österreichische Situation ist auch dieser Erklärungsversuch weitgehend irrelevant, da bei uns Jugendliche weit seltener in den Genuß solcher Zahlungen kommen – dies zeigt sich auch sehr deutlich in unserer Population. Von 23 Personen über 25 Jahren erhielten 19 eine finanzielle Leistung von der Arbeitsmarktverwaltung (83 %); bei 26 jüngeren Ar-

beitslosen waren dies nur 17 (65 %) – in 9 von 26 Fällen bezogen von uns als jugendliche Arbeitslose identifizierte also überhaupt keine staatliche Unterstützung. Die durchschnittlichen Unterstützungszahlungen für die im Erhebungsgebiet zum Erhebungszeitpunkt gemeldeten jugendlichen Arbeitslosen – sofern sie überhaupt anspruchsberechtigt waren – betrugen täglich 154,90 Schilling, während dieser Durchschnitt bei den Älteren bei täglich 162,80 Schilling liegt.

Im Vergleich dazu stellt sich Dieter Binder als einer der wenigen potentiellen Anwendungsfälle dieser »Theorie« dar. Kautelen sind hier angebracht – sicherlich ist (trivial) wahr, daß Dieter unter Umständen die Stelle in seiner alten Firma angenommen hätte, wenn es keine Arbeitslosenversicherung gäbe – doch warum hätte gerade er sie in dieser kontrafaktischen Welt bekommen sollen? Dort, wo es strukturelle Arbeitslosigkeit gibt, fehlt dieser Theorie der Anwendungsbereich – eine noch so schmerzhaft Senkung der Unterstützungszahlungen kann keine Arbeitsplätze herbeizaubern. Sind jedoch genügend freie Arbeitsplätze vorhanden, dann ermöglicht ein System der Arbeitslosenversicherung den einzelnen Individuen, sich in Ruhe nach einer Stelle umzusehen – dies verlängert die Betroffenheitsphasen und erhöht dadurch die Arbeitslosenraten. Man hätte jedoch angenommen, daß solche Zahlungen unter anderem zu diesem Zweck bestehen; nicht nur bleibt es so dem Arbeitnehmer erspart, aus schierer Not den erstbesten Job annehmen zu müssen, sondern es wird auch die Allokationseffizienz des Arbeitsmarktes dadurch erhöht. Zumindest letzteres sollte auch hartgesottenen Vertretern der Theorie des »fehlenden Leistungsanreizes« ein Anliegen sein.

Mark Casson verweist auch darauf, daß staatliche Unterstützung nur eine Form der Subventionierung von Jugendlichen ist; besonders die Absicherung im Familienverband erlaubt es dem Akteur, bei Arbeitsstellen mehr oder weniger wählerisch zu sein³. Wiederum erscheint differentiell höhere Jugendarbeitslosigkeit selbstverursacht, von Jugendlichen, die den Ernst der Lage nicht begriffen haben. So zweifelhaft auch die an dieser Stelle eingeschmuggelten Motiverklärungen und Wertungen sind, ist die Idee der familiären Absicherung doch von einigem empirischen Interesse, besonders für den ländlichen Raum, wo sich der Jugendliche nicht nur versorgen lassen kann, sondern wo er unter Umständen auch bestimmte produktive Aufgaben übertragen bekommen kann.

Alfred Freisatzter hat gleich nach der Schule als Hilfsarbeiter begonnen. Ursprünglich wollte er bei seiner Firma als Lehrling beginnen – »da haben sie aber keinen genommen, keinen Lehrling, weil sie keine

Zeit haben zum Ausbilden«. Von »unrealistischen Erwartungen« kann bei ihm nur bedingt die Rede sein – er war zu der Plastikfirma gegangen, »..weil ich immer nur die schönen Sachen gesehen habe, also so Stapler fahren den ganzen Tag, oben sitzen, und so...« – aber auch diese anspruchslose Vision wird bald enttäuscht. Er verdient 6000 Schilling; dafür arbeitet er häufig auch am Samstag und »..wenn es länger geworden ist, bin ich halt eine Stunde oder zwei länger unten geblieben, ist auch nichts dabei.« Er wird vorwiegend für »Drekarbeiten« herangezogen; das Arbeitsklima ist von der rauen obersteirischen Luft geprägt. Alfred hatte »ein bißchen Schwierigkeiten« mit dem Meister. Diese bestanden darin, »..daß er immer herumgeschrien hat mit mir wie ein Wilder«. Nach 10 Monaten löst sich das Arbeitsverhältnis auf – »..irgendwie halt, der Chef hat gesagt, wenn mir etwas nicht paßt, kann ich gehen, und dann bin ich gegangen.« Alfred fuhr mit seiner Mutter zum Arbeitsamt; dort wurde für ihn sehr schnell eine Lehrstelle in einer Schlosserei gefunden, die er am 1. September antreten kann.

Eine gewisse Vagheit bei der Wahrnehmung seiner Umwelt und seines Schicksals ist für den nun 17jährigen Alfred charakteristisch – auf die Frage nach dem Betriebsrat erklärt er auch diesen für einen »falschen Hund«; erst durch den Eingriff der beim Interview anwesenden Mutter stellt sich heraus, daß er vom Personalchef spricht. Die Firma, die »keine Zeit« für die Lehrlingsausbildung hat, setzt Alfred auch gelegentlich zum Staplerfahren ein, obwohl er die Ausbildung dafür nicht hat; als ihm eine Palette umfällt, wird ihm das allerdings sehr übelgenommen.

Sein Vater ist Nebenerwerbslandwirt; Alfred hilft beim Heuen und bei der Holzarbeit und meint »..irgendwie ist es dem Papa eh lieber, daß ich aufgehört habe da unten...« Auch seine Mutter erklärt mehrmals, wie willkommen seine zusätzliche Arbeitskraft ist; daß er erst im September seine Lehrstelle antreten kann, macht ihr nichts aus – »..ja, haben wir uns gesagt, machen wir uns halt heuer einmal ein schönes Jahr, nicht; wo wir alle drei zum Arbeiten sind, nicht, dann wird es schon leichter...« Sein früheres Arbeitseinkommen verwendet er für Anschaffungen für sich selbst; er hat auch gespart, sodaß er jetzt keinerlei finanzielle Probleme hat, da er für seine Arbeit am Hof auch noch ein »Taschengeld« bekommt. In der Freizeit spielt er gerne Fußball. Zum Fortgehen unter der Woche hat er wenig Lust – »..brauchst eh nur gleich Geld, da ist ja nie was los. Da sitzt eh nur drinnen und wartest, bis die Zeit vergeht.«

Sein Entschluß, als Hilfsarbeiter ins Berufsleben einzusteigen, wird von seiner Mutter als Jugendtorheit aufgefaßt »..freilich, hat man schon gesagt, hättest du gefolgt, nicht, aber er hat sich eben müssen selber die Nase anrennen.« Alfred scheint diese Definition übernommen zu haben; an seiner künftigen Ar-

beitsstelle ist ihm jetzt wichtig, »...daß ich einmal einen Beruf lerne«. Alfred lebt im Grunde als unterbeschäftigter Arbeiter am elterlichen Hof. Es ist nicht anzunehmen, daß seine Berufsaussichten besonders günstig sein dürften, sollte er – frühestens – mit 20 die Schlosserlehre beendet haben; die Rückzugsmöglichkeit auf den Hof wird er auch dann noch haben. Daß ihm seine derzeitige Rolle – halb Kind, halb Knecht – nicht sonderlich behagt, wird allerdings recht deutlich: »Er war ja selber froh, wie es geheißen hat, daß er am 1. September anfängt unten; da hat er einen Freudensprung gemacht, nicht.«

Dieses Muster der Rückkehr auf den elterlichen Hof fanden wir in Liesing einige Male. Es ist allerdings fraglich, inwieweit diese Fälle als Bestätigung der Stellensuch-Hypothese und verwandter Ideen aufzufassen sind. Die entscheidende Frage nach der Richtung der Kausalität kann durch die Zählung solcher Fälle und deren Einbringung in irgendwelche Regressionsmodelle nicht entschieden werden. Manche Ökonomen behaupten, daß Jugendliche unter anderem deshalb arbeitslos werden, weil sie noch im häuslichen Verband abgesichert sind und deshalb mehr Entscheidungsspielraum haben – sie können länger suchen, ihnen nicht genehme Arbeiten hinwerfen, oder sich erholen; all dies kann sich ein Familienerhalter nicht leisten. Andererseits könnte man genauso gut behaupten, daß man Jugendliche im familiären Versorgungsnetz vorfinden wird, weil sie arbeitslos geworden sind. In beiden Fällen haben wir eine Korrelation zwischen zwei Phänomenen; aber von dort bis zu einer adäquaten Erklärung ist bekanntlich noch ein weiter Weg. Von Einzelfall zu Einzelfall kann man freilich zusätzliche Informationen heranziehen, um die betreffende Frage zu beantworten – wurde ein Jugendlicher, im Sinn der »Hypothese des selektiven Abbaus«⁴ ein Opfer profitmaximierender Strategien, indem er zum Beispiel nach Beendigung seiner Lehrzeit entlassen wurde, um einem anderen Lehrling Platz zu machen, dann ist klar, daß er daheim ist, weil er arbeitslos geworden ist, aber nicht umgekehrt arbeitslos geworden ist, weil er daheim sein kann.

Antonia Stürmer war bereits 1980, nach Beendigung der Hauptschule, arbeitslos – »und dann war ich länger daheim, bis ich etwas gekriegt habe«. »Länger« scheint in ihrem Fall zwei Jahre bedeutet zu haben. Im Anschluß an diese Phase lernte sie Friseurin. Nach Beendigung der Lehrzeit verliert sie ihre Stelle, doch findet sie nicht viel dabei – einerseits hält sie dies für branchenüblich: »Mir kommt immer vor, wenn du wechselst, ist es besser für eine Friseurin, das sagen aber eh viele... Wenn du immer dort bleibst, bleibst immer der ewige Lehrling...«, andererseits bekam sie ein Kind und ging in Karenz. Nun

verlebt sie eine verlängerte Kindheit mit eigenem Kind am elterlichen Hof.

Während ihrer ersten Phase zuhause suchte Antonia nicht sehr intensiv nach Arbeit. Dies folgt nicht nur aus der langen Pause zwischen Schulaustritt und Lehrbeginn, sondern aus der Tatsache, daß sie am Hof ohnehin gebraucht wurde: »Bei mir wäre es egal gewesen, weil ich habe daheim geholfen, weil daheim haben sie mich eh gebraucht, zuerst.« Hier ist natürlich ein un-leugbarer Zusammenhang zwischen der niedrigen Intensität der Arbeitssuche und der Einbindung in eine bäuerliche Familie, und auch die Richtung der Kausalität scheint klar – sie war »arbeitslos« im Sinne der Stellensuchhypothese. Andererseits fiel sie anläßlich ihrer zweiten Betroffenheitsphase allem Anschein nach dem selektiven Abbau zum Opfer. Bei Friseuren und Friseusen gibt es hier noch einen zusätzlichen Aspekt, der von Antonia in Ansätzen geschildert wurde. Selbst in Zeiten der Vollbeschäftigung gibt es immer relativ viele arbeitslose Friseusen – dort werden auch Ausgelernte von der Stammkundschaft gemieden, weil sie nicht als vollwertige Kräfte anerkannt werden.⁵ Die Kundinnen selbst lassen keinen Lehrling an sich heran; man läßt sich ja schließlich auch nicht von Medizinstudenten operieren. Die Ausbildung des Lehrlings findet so für die Kundschaft unsichtbar statt (an Übungsabenden etc.); in diesem Sinn bleibt man auch für letztere »ewig der Lehrling«. Diese systematischen Zweifel können beseitigt werden, indem die Ausgelernten einfach die Plätze tauschen.

Auch jetzt wird Antonia wieder gebraucht – »weil wir ja immer eine Arbeit haben, rund um die Uhr«, wie ihre Mutter erläutert. Das Kind beansprucht ebenfalls viel Zeit. Finanziell geht es Antonia wesentlich besser als vorher, als sie noch arbeitete – Fahrtkosten etc. fallen weg, und das Karenzgeld macht um einiges mehr aus als ihr letztes Gehalt. Die ganze Familie ist von dem Baby hingerissen. Antonia und ihre Angehörigen scheinen mit der Gegenwart so zufrieden zu sein, daß die Zukunft nicht einmal Erwähnung findet, als würde das Kind für immer aus dem Wagerl lächeln, als würde das Karenzgeld auf ewig fließen.

Antonia Stürmer scheint jedenfalls auf die offizielle Ökonomie nicht sonderlich angewiesen zu sein; soweit illustriert sie die Stellensuchhypothese. Andererseits sehen wir auch an ihrem Beispiel, wieviele Faktoren im Einzelfall zusammenspielen können, und wir wissen nichts darüber, ob sie das Kind auch bekommen hätte, wenn sich ihr die Möglichkeit einer stabilen Berufslaufbahn geboten hätte. In diesem kontrafaktischen

⁵ Für diese Beobachtung sind wir Frau Edith Pirker, der Leiterin des Arbeitsamtes Leoben, zu Dank verpflichtet.

Raum bewegen sich Hypothesen über die Richtung der Kausalität im Einzelfall; dies ist ein weiterer Grund dafür, warum sie so schwer zu überprüfen sind.

Das Phänomen des selektiven Abbaus scheint jedenfalls – allgemein gesprochen – im Raum Leoben durchaus eine Rolle zu spielen. Ein von uns befragter Unternehmer erklärte ganz offen, daß er Lehrlinge aus Kostengründen nie über die Behaltefrist hinaus beschäftige. Von der Arbeitnehmerseite her haben wir in dieser Angelegenheit das Wort von Sophie Freiburger, die in einer Filiale einer Warenhauskette Verkäuferin gelernt hat – sie hatte schon bald gemerkt, daß man sie nach der Lehrzeit kündigen würde, weil dies eben Teil der Personalpolitik der Firma war. Da Friseurinnen einen beträchtlichen Anteil der weiblichen Erwerbspopulation stellen (cf. Kapitel 9), kommt noch der oben beschriebene Effekt hinzu – ein selektiver Abbau, der nicht durch finanzielle Erwägungen bestimmt ist. Das Phänomen des »Ewig-Lehrling-Bleibens« wurde auch von anderen Befragten beschrieben; dies liefert Ausgelernten ein zusätzliches Motiv, die Stelle zu wechseln, und damit die Arbeitslosenraten der über 18jährigen zu erhöhen. Ein einleuchtender Grund, warum Arbeitnehmer nicht wie ewige Lehrlinge behandelt werden möchten, liegt in deren Arbeitsbedingungen (cf. unten).

Die meisten echten oder vorgeblichen Erklärungen der Jugendarbeitslosigkeit fallen in eine von zwei Gruppen. Die erste sucht die Gründe für die stärkere Betroffenheit der Jugendlichen im Verhalten dieser Jugendlichen selbst; die zweite im Verhalten anderer, vor allem der Arbeitgeber. Dieser Klassifikation entziehen sich demographische Erklärungen und die »Schulabgänger-Hypothese« – letztere postuliert in wenig einfallreicher Weise eine Stauarbeitslosigkeit von Jugendlichen, falls Stellenreduktion in den Unternehmen vorwiegend durch »natürlichen Abgang« erfolgt.⁶ Daß dies in unserem Erhebungsgebiet der Fall war, steht außer Zweifel, da unter anderem die Personalpolitik der Alpine genau die von der Hypothese verlangte Form angenommen hat. Die demographische Erklärung, die auf den »Baby-Boom« verweist, hat ebenfalls wesentlich mehr mit Arithmetik als mit dem Verhalten von Menschen zu tun; da diese demographischen Trends in Leoben ganz ähnlich verlaufen wie in Gesamtösterreich (und weiten Teilen der Welt), können wir sie im weiteren ignorieren.

Jenen Hypothesen, die sich vor allem auf Annahmen über das Verhalten von Jugendlichen stützen, ist ein Modell jugendlichen Verhaltens gemeinsam – der Jugendliche erscheint da als ungenügend in die harte Wirklichkeit der Arbeitswelt sozialisiert: Er ist wählerisch, möchte gern viel Freizeit und interessante Arbeitsbedingungen, hat über die letzten Jahrzehnte

hinweg ganz allgemein »unrealistische Aspirationen« erworben, und er ist empfindlich – wenn es ihm am Arbeitsplatz zu rauh hergeht, dann zieht er sich schmallend in den Schoß der Familie zurück. Manfred Liebel hat hier von einem »genuin kapitalistischen Paradoxon« gesprochen, wo sich der Wunsch nach nicht-entfremdeter Arbeit dem Betrachter in mangelnde Arbeitswilligkeit verkehrt.⁷ Dies passierte vielleicht auch jener Grande Dame von Liesing, die wir nach dem Weg zu Jürgen Schusters Wohnung fragten. Wir hatten sie schon mehrmals im Dorf getroffen, wenn wir Kontaktinterviews machten. Als pensionierte Chefsekretärin hatte sie viel Zeit für Besuche; traf man sie, dann erzählte sie gern haarsträubende Anekdoten aus der schlechten alten Zeit, als in der Hochkonjunktur die Arbeitgeber den Arbeitnehmern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert waren. Nun, auf unsere Frage hin, spitzt sie sinnend den Mund, um schließlich folgenden Wahrspruch zu fällen – »Die aber, die wollen nicht arbeiten«.

Jürgen Schuster ging gleich nach der Schule arbeiten – er wollte zwar Mechaniker lernen, konnte aber keine Lehrstelle finden. Als Bauhilfsarbeiter war er etwa ein Jahr tätig, doch war ihm die Arbeit dort zu beschwerlich – »...es ist schon eine schwere Arbeit am Bau, das Ziegel tragen, und das ganze halt.« Dann folgte eine Beschäftigung, deren Charakter im Dunkeln bleibt, bis auf die Bedingungen: »Beim (unverständlich) kannst du von 6 bis 8 Uhr am Abend auch arbeiten, verdienst 4 bis 5000 Schilling, das würde ich keinem empfehlen.« Er wird zum ersten Mal arbeitslos und findet dann eine Stelle als Lagerarbeiter. Dort wird ihm der technologische Fortschritt zum Verhängnis, im Verein mit der personalpolitischen Regel »last in – first out«: »...ich war in der – teilweise – in der Sortieranlage, und da haben sie eine neue Maschine...und da haben sie mich abgebaut...da haben sie einen weniger gebraucht, und der was zuletzt kommt, der wird abgebaut, ist eh klar.«

Jürgen wird wieder arbeitslos, macht den Führerschein und findet eine Stelle als Fahrer im Getränkehandel. Diese verliert er durch selektiven Abbau, der diesmal sozial motiviert ist – nach einem halben Jahr braucht die Firma einen Mann weniger, und »...da fährt der Kalcher...der hat müssen den nehmen, der eine Familie hat; und weil ich keine habe, ist eh klar.« Er ist nun seit März arbeitslos und wartet auf eine Stelle als Kraftfahrer; angeblich hat er sogar eine in Aussicht.

Diese abwechslungsreiche Arbeitskarriere liefert geradezu ein Kaleidoskop der vielen Entstehungsarten individueller Jugendarbeitslosigkeit. Der heute 20jährige Jürgen Schuster blickt bereits auf vier verschiedene Arbeitsstellen, drei Phasen der Ar-

⁷ Manfred Liebel, »Arbeitslust durch Arbeitsverlust?«, in: Sybille Latumer und Benhard Schön, (Hrsg.), *Jugendarbeitslosigkeit*, Reinbek 1975, S. 57.

beitslosigkeit und den Präsenzdienst zurück. In mancher Hinsicht entspricht er dem oben skizzierten Modell des »unrealistischen« Jugendlichen. Auch seine Freizeitgestaltung entspricht dem »Urlauber«-Muster, mit Tennis, Kino, Disco. Zuhause, am Hof seiner Großmutter und seiner Tante, hat er Essen und Wohnung umsonst; dies war auch so, als er noch Arbeit hatte. Andererseits schieben sich bereits Umstände in den Vordergrund, die jenseits seiner Verfügungsmacht liegen – eine zu unstete Arbeitskarriere macht Umgebung und Arbeitgeber mißtrauisch. So kann der jugendliche Arbeitslose vom Typus »Urlauber« entdecken, daß er einmal zu oft Urlaub gemacht hat; oder es kommen Mechanismen in Gang, die selbstverstärkenden Charakter haben. In Zeiten verringerten Stellenangebots ist das Ausprobieren von Arbeitsplätzen eine riskante Strategie – »last in – first out« ist gerade bei ungelernen Arbeitern üblich und sorgt dafür, daß jene, die einmal arbeitslos waren, es immer wieder werden.

Jürgens Leben spielt sich in einem merkwürdigen Spannungsfeld von Beharrung und Beweglichkeit ab. Er kam schon als Kind zur Großmutter. Als Erwachsener genießt er nun die geschilderten ökonomischen Vorteile, sodaß er gänzlich unwillig ist, außerhalb der näheren Umgebung Arbeit anzunehmen. Gleichzeitig spielen Fahrzeuge für ihn eine zentrale Rolle. Er kennt viele Fernfahrer und hat jetzt selbst den LKW-Schein gemacht; mit 24 möchte er Fernfahrer werden. Als Kind wollte er Lokomotivführer werden. Seine Mutter ist derzeit am Hof; es läßt sich jedoch nicht klären, in welcher Rolle, ob als Gast oder Saisonarbeitslose. In ähnlich unklarer Gestalt spukt sie durchs Interview. Irgendwelche frühkindliche Entwurzelungen mögen hier eine wichtige Rolle für Jürgens späteres Schwanken zwischen Seßhaftigkeit und Flucht spielen, vielleicht auch für seine »unstete« Arbeitskarriere. Als einer der wenigen in unserer Population liest er auch Bücher. Diese handeln von Transportmitteln: »Ja... was mich interessiert, über Flugzeuge, LKWs und die Züge...Schiffe«.

Jürgen hat als Kraftfahrer bis zu 150 Überstunden im Monat gemacht; als Lagerarbeiter wurde er wegen der Überstunden auf den Zeitausgleich vertröstet, zu dem es nie kam – »..ja, haben sie uns mit dem Schmäh gelegt«. Auch sonst hat sein kurzes Arbeitsleben bereits einige recht harte Phasen aufzuweisen. Dennoch steht die ehemalige Chefsekretärin mit ihrer Zuschreibung der Arbeitsunwilligkeit nicht allein. Jürgen hat erfahren, daß einige Leute in Liesing ihm selbst die Schuld an seiner Arbeitslosigkeit gegeben haben – »Da sind in Liesing nur, kann man sagen, drei oder vier Leute dabei, die das gesagt haben, jetzt eigentlich ist es ruhig.« Diese hat er direkt zur Rede gestellt, seiner Auffassung nach mit großer Wirksamkeit: »Früher haben sie ein bißchen geredet; und eben die Leute, die

geredet haben, die bin ich gleich angegangen, gleich kalt, und jetzt ist eigentlich überhaupt nichts.«

Der Wunsch nach nicht-entfremdeter Arbeit nimmt bei Jürgen besonders bescheidene Formen an – er möchte LKW-Fahrer sein und sozusagen in der Bewegung zur Ruhe kommen. Und ist es so verwunderlich, daß gerade Jugendliche auch in der Arbeit nach Selbstverwirklichung suchen, wenn diese auch noch so bescheidene Formen annimmt? Schließlich werden Menschen im »Jahrhundert des Kindes« auf eine Weise sozialisiert, die ihnen Selbstverwirklichung geradezu vorschreibt; wird dann diesem Imperativ in der Arbeitswelt nachgekommen, dann verliert der Jugendliche seine Stelle und wird von derselben Gesellschaft, die diese »unrealistischen« Erwartungen erst erzeugt hat, aufgefordert, es doch etwas billiger zu geben. Das sogenannte »Jahrhundert des Kindes« findet ohnehin nur partiell statt, vor allem in der kinderzentrierten Kleinfamilie der Mittelschicht und der aufstiegsorientierten Unterschicht; für die Arbeitswelt hingegen gilt wohl eher Edgar Friedenbergs Metapher, nach der die Jugend ein »inneres Kolonialvolk« darstellt.⁸ Dadurch öffnet sich für Jugendliche eine besonders grausame Schere zwischen Verheißung und Realität.

Markus Horvath wechselt zunächst vom Gymnasium an die Hauptschule. Dort hatte er nach der vierten Klasse »ein schönes Zeugnis« und ging daher an die Mittelschule zurück. Nach eineinhalb Jahren trat er von dort aus und lebt ungefähr sechs Wochen zuhause. Er ging dann für weitere sechs Wochen als Kellnerlehrling auf Saison. Dies gefiel ihm überhaupt nicht – die Arbeitswelt hielt unangenehme Überraschungen für ihn bereit: »...wenn man Schule geht, dann weiß man nicht, was arbeiten heißt, sagen wir so, in Kitzbühel habe ich schon gesehen, was das heißt.« Seitdem lebt er wieder daheim bei den Eltern und sucht eine Stelle als Verkäufer, eine Tätigkeit, über die er wiederum wenig konkrete Vorstellungen hat – »...und da verkauft man halt, oder? Sonst eigentlich eh nichts, da verkauft man halt«. Früher wollte er noch »studieren und dann hinaufkommen«.

Bei seinem Einstieg in die Arbeitswelt hätte es Markus wohl noch schlimmer treffen können – besonders die jüngeren Kollegen und die Arbeitszeit (sieben bis zwei, und jede Woche zwei Tage frei) waren »super«. Doch auch dies konnte die negativen Erfahrungen nicht kompensieren. Markus hatte selten Kontakt mit den Gästen – »..und der Direktor hat dann gesagt, ich wäre unfreundlich, und der Beruf wäre nichts für mich und so, und dann bin ich halt gegangen.« Der Direktor »hat immer geschaut, daß wir fest arbeiten, und daß man freundlich ist«. Beim Interview war Markus allerdings sehr entgegenkommend. Die Ver-

⁸ Edgar Z. Friedenberg, *Coming of Age in Amerika*, New York 1963.

mutung liegt nahe, daß es ihm nicht gelungen ist, in der kurzen Zeit jene Verstellungskünste zu erlernen, die in manchen Bereichen des Gastgewerbes subtil sind – wenn etwa Tiroler die plump scherzende Fassade bieten, die von Gastronomen für »Freundlichkeit« gehalten wird. Der Großteil seiner Tätigkeit bestand jedoch im »Putzen« – »..ja, Aschenbecher, Kerzenständer; aber das war bei denen üblich, haben die gesagt, wenn einer kommt, hat er putzen müssen...« Im Juni, so wurde Markus in Aussicht gestellt, würde ein Neuer kommen, der ihn bei diesem Initiationsritus ablösen würde (»der darf dann wieder putzen«); wie wir wissen, bestand Markus die Prüfung nicht. Wahrscheinlich erfüllen solche Selektionsverfahren sogar ihren Zweck. An der jugendlichen Authentizität, die Markus vermutlich in seine Interaktionen mit den Gästen einbringen wollte, besteht in dieser Branche ja kaum Bedarf, während die Belastbarkeit gegenüber monotonen und die meisten Menschen systematisch unterfordernenden Verrichtungen hoch sein muß. Markus zieht ein dementsprechend düsteres Fazit seiner Erfahrungen – »...der Mensch, das Individuum da, das zählt nicht mehr. Du bist einfach ein Stück Vieh oder eine Nummer, oder so was, nach der Art geht das, du bist eine Nummer, und wenn du ihm nicht gefällt, dann kannst du gehen, Pech.«

Auch als Arbeitslosem geht es Markus nicht gerade glänzend. Er hat keinerlei Einkommen, nicht einmal ein Taschengeld. So verbringt er die meiste Zeit in seinem Zimmer und befaßt sich mit Videospiele oder liest Comics. Sozial ist er in ein Zwischenreich geraten – zu den ehemaligen Schulkollegen und zu den jugendlichen Arbeitern und Arbeitslosen der Siedlung oder auch Leobens hat er naturgemäß keinen Kontakt. Sein ursprüngliches Feriengefühl hatte durchaus seine Berechtigung – immerhin ist er unter anderem lange Zeit hindurch um fünf Uhr früh aufgestanden, um rechtzeitig in Eisenerz in der Schule zu sein – doch währte es nicht lange: »..weil ein, zwei Wochen ist es lustig, juhu, jetzt haben wir Ferien oder was, aber nach ein, zwei Monaten ist es halt Scheiße.« Seine Situation wird durch häusliche Reibereien erschwert; die Eltern wundern sich darüber, daß ihm »beim Herumsitzen nicht fad wird«, ohne zu bemerken, daß er sich ohnehin langweilt, und auf die Bitte um ein wenig Geld heißt es »verdiane einmal was« – wie die Intensität seiner Arbeitsuche zeigt, würde er das ohnehin gerne tun.

Er hat sich telefonisch bei verschiedenen Firmen beworben und ist dabei auf offene Lehrstellen gestoßen, die beim Arbeitsamt nicht gemeldet waren. Zur Zeit gibt es nicht allzu viele Lehrstellensuchende, die sofort beginnen könnten; so sieht sich Markus z.B. bei seiner Bewerbung in einem Lebensmittelgeschäft nur vier oder fünf Mitbewerbern gegenüber. Den Aufnahmetest hat er bestanden; seine Nichte, die 20 bis 30 Lehrstellen abklappern mußte, bevor sie etwas fand, hat sich dem-

selben Test unterzogen und ihm das Frageprogramm verraten. So konnte er sich über die mysteriöse Größe »Tara« aus einem Büchlein informieren, während er andere Probleme, die dem humanistischen Bildungsideal verhaftet waren (»die Hauptstädte von Europa und so«), aufgrund seiner Schulbildung lösen konnte. Markus hat noch mehrere andere potentielle Lehrstellen aufgetrieben; seine Aussichten, schließlich doch eine zu bekommen, dürften nicht schlecht sein. Inzwischen zahlt er einen hohen Preis für sein »Scheitern« auf dem Stolperpfad der höheren Bildung. Die in den vorhergehenden Kapiteln beschriebenen strukturellen Zwänge der Arbeitslosenexistenz finden sich bei ihm in fast reiner Form; die Arbeitswelt hingegen hat sich ihm gegenüber kaum von ihrer einladendsten Seite präsentiert. In diesem Dilemma darf es nicht verwundern, daß er der versäumten Chance, die er sich von der Schulbildung erhofft hat, nachtrauert – und daß er jene kleinen Restbestände von Hoffnung, die ihm in diesem Zusammenhang noch geblieben sind, nur sehr zaghaft artikuliert: »...weil Verkäufer, das täte mir so taugen auch irgendwie; sagen wir, sicher ist es nicht ideal, oder was, ich habe einmal wollen studieren, und dann – aber mit dem wird es sich noch zeigen.«

Die von Friedenberg diagnostizierte Behandlung Jugendlicher als Angehörige einer unterlegenen Minderheit zeigt sich nirgends deutlicher als bei den Lehrlingen. So scheint es Angelika Kaufmann der besonderen Hervorhebung wert, daß während ihrer Lehre in einem Lebensmittelgeschäft die Lehrlinge nicht schlechter behandelt wurden, als die Ausgelernten: »Ja, bei uns war es so, also wir haben einen ausgelernten Mann gehabt als Verkäufer und drei, vier Lehrlinge; und ich muß sagen, da sind die Lehrlinge genauso geachtet worden, wie die Ausgelernten, und daß jeder jedem seine Arbeit gemacht hat. Wenn irgendwer was gebraucht hat, dann ist immer geholfen worden. Das ist nicht so, daß die wirklich immer haben arbeiten müssen.«

Mit dieser Schilderung steht Frau Kaufmann ganz und gar allein. Mit der Achtung gegenüber Jugendlichen hapert es oft schon bei der Stellensuche. Christina Hölzl, eine Saisonarbeitslose in Liesing, berichtet von der gemeinsamen Lehrstellensuche mit ihrer Tochter Helga als einem sehr frustrierenden Erlebnis – »...also Monat für Monat bin ich mit ihr auf das Arbeitsamt gefahren; und dann sind wir gerannt... dort war sie zu groß, dort war sie zu klein.« In einem Musikgeschäft mußte Helga auf der Gitarre vorspielen; sie trug einen Minirock, »...und da hat sie gespielt, o.k., alles in Ordnung, nicht, und mein Gott, ich sage Ihnen, was glauben Sie, was der gesagt hat?« Interviewerin: »Was hat er denn gesagt?« Frau Hölzl: »Wissen Sie was, wir suchen eine Verkäuferin und keine – ; so, so ähnlich hat er es herausgebracht, sie können sich eh vorstellen was, nicht. Das

hat mir der ins Gesicht gesagt. Und kein Animiermädchen, oder so was...Wissen Sie eh, beim Gitarre spielen sitzt man dann noch so dort, und dann die langen Haare, ich sage Ihnen, geschämt habe ich mich...Und ich habe gesagt, nie mehr, bitte, zieh an, was du willst, aber nur keinen Minirock, beim Arbeitsamt fahren«.

Schließlich fällt es doch, das bis dahin umkreiste Wort: »Nein, aber der hat das wörtlich gesagt, sie suchen keine Nutte, so hat der das herausgebracht, sondern eine Verkäuferin«. Bemerkenswert an dieser Episode ist auch, daß die Sensibilitäten der Mutter weit mehr im Vordergrund stehen, als jene der Tochter. Letztere ist zwar »angelaufen, rot, als wie«, doch davon abgesehen sieht sich Frau Hölzl als Zentrum der Geschichte – *ihre* Emotionen werden thematisiert, und die beleidigende Äußerung scheint *sie* zum Ziel zu haben (»Das hat mir der ins Gesicht gesagt«). Durch Beziehungen gelingt es Frau Hölzl schließlich, für Helga eine Stelle als Kochlehrling zu finden. Auch dies ging nicht ohne Reibungen ab: »...wir haben müssen hin zum Personalchef, und wie er das Zeugnis gesehen hat, zwei Dreier, hat er gesagt, ach Gott, ach Gott, so was nehmen wir normal nicht.« Das Mädchen hatte den zweiten Klassenzug abgeschlossen; dieser Tatbestand erschien dem Personalchef als von großer prognostischer Aussagekraft für die beruflichen Fähigkeiten einer Köchin. Hin- und hergerissen zwischen diesem personalpolitischen Konzept und der Intervention zugunsten des Mädchens geriet der Mann anscheinend unter großen psychischen Druck, der sich in frommen Stoßseufzern entlud.

Den Glücklichen, die schließlich eine Lehrstelle ergattern, ergeht es häufiger so wie Markus Horvath als wie Angelika Kaufmann. Ein Kasernenhofton, der sich weniger durch militärische Präzision als durch phonetische Lautstärke auszeichnet, herrscht an vielen Lehrstellen. Präzision wäre in der Lehrherr-Lehrling-Beziehung übrigens ein wichtiges Desiderat. Der Grund dafür ist einfach. Lehrherrn oder sonstige Auszubildende bewegen sich in einer Arbeitswelt, die ihnen seit Jahrzehnten vertraut ist; daher beziehen sie sich auf diese Welt in sprachlichen Äußerungen, die auf einem impliziten Vorverständnis beruhen, das dem Lehrling notwendigerweise fehlt. Befehle ebenso wie Erklärungen, die dem Auszubildenden sonnenklar erscheinen (»Gib mir den Vierer, schnell!«), werden dann dem Lehrling zu großen Rätseln. Dies resultiert in Reaktionen, die dem Lehrherrn wie Dummheit oder Unfolgsamkeit erscheinen; dann folgt schließlich das erwähnte Gebrüll.

Wo sich dieses didaktische Grundproblem der Ausbildung am Arbeitsplatz ergibt, ist wenigstens noch Lehrtätigkeit zu beobachten. Auch diese entfällt jedoch des öfteren. Bettina Geisler schildert ihre Schneider-»lehre« so: »Ich muß freilich sagen, ich

kann kaum was von dem Beruf, weil als letztes Lehrlin, was habe ich getan? Geputzt, eingekauft, Milch geholt, Garten gearbeitet, Fäden ausgezogen und Wohnung geputzt, nicht. Ich meine, da kannst du dann nicht weiß was auftischen, was du etwa gelernt hast.« Und Hilde Walter machte ähnliche Erfahrungen mit ihrer kaufmännischen Lehre: »...es war außer Rechnungsnummern eintragen und Rechnungen kontrollieren nicht viel Aufregendes dabei. Also die haben nicht dementsprochen, was im Lehrbrief drinnensteht; also dies und jenes müßten sie ja normal dem Lehrling beibringen, das war da draußen eigentlich nicht.«

Diese Mißachtung der Person und die Verletzung legitimer Erwartungen kann sich einigermaßen zuspitzen. Otilie Dornbusch blickt auf eine abgebrochene Lehre im Gastgewerbe zurück; der Schock des Übergangs von der Familie in die Arbeitswelt war in ihrem Fall besonders groß:

»Da haben wir müssen arbeiten, das war ja sowieso das Größte. Der Vati hat mich gleich angemeldet für das Gastgewerbe. Naja, bin ich hinunter, und ich weiß es noch so gut, da haben wir oben so ein Ding gehabt, so ein Mansardenzimmer dort allein, in so einem kleinen Raum sind wir zu fünf gelegen. So ein Bretterboden – der Vati hat gesagt, er tut es schön herrichten, er tut es mir tapezieren, daß es mir gefällt. Aber ich muß ehrlich sagen, nach einem Monat, habe ich gesagt nach einem Monat, Vati, da hast du den Lehrvertrag, und ich sage dir gleich, da bleibe ich nicht. Hat er gesagt, ja, ist wurscht, dann lernst du etwas anderes.«

Diese geplante Ausdehnung der elterlichen Fürsorge auf die Arbeitsumstände der Tochter hat etwas Rührendes – freilich hätte der Vater das Mansardenzimmer schöner gestalten können, aber wie hätte er auf die übrigen Arbeitsbedingungen Einfluß nehmen können? Die dürften nicht sehr angenehm gewesen sein, denn Frau Dornbusch fährt fort: »Und meine Freundin, die hat dann weiter gelernt, aber ich muß ehrlich sagen, die war so fertig, die hat immer gesagt, ich bringe mich um, ich bringe mich um...ja, ich weiß es noch gut, haben wir immer gesagt, wenn wir über die Murbrücke vorbei gegangen sind, wir hüpfen da in die Mur hinein. Ich habe gesagt, ich gehe heim, ich bleibe nicht länger da wie einen Monat.«

Und für jene, die diese Berichte unserer Befragten für Überreibungen halten, sei Brigitte Kristandl zitiert, die sich selbst als »Stichlerin« bezeichnet, die es an ihrer Arbeitsstelle nicht leicht hatte. Zuletzt hatte Brigitte den Lehrling »aufgestichelt«, seine Rechte wahrzunehmen. Dies brachte den Chef auf den Plan – »und das ist so hochgespielt worden, bis ich halt auch narrisch geworden bin, und dann ist wieder ein Wort gefallen, nicht, dann hat es wieder geheißt, von dir lasse ich mir das lange nicht sagen, du Dreckmensch, nun, und alles Mögliche halt, nicht. Ich

meine, das läßt man sich dann auch nicht gefallen. Weil schließlich und endlich ist man ein erwachsener Mensch!«

Während Brigitte Kristandl so an der Seite der Jugend kämpft, enthüllt sie in ihrem Schlußsatz ohne jegliche polemische Absicht, was man in der Obersteiermark für den durchaus normalen Umgangston gegenüber Jugendlichen hält.

Gegen diesen Hintergrund ergeben die Hypothesen der anglo-amerikanischen Ökonomen, soweit sie das Bild unbekümmert herumsuchender Jugendlicher mit unrealistischen Flausen im Kopf nahelegen, keinen besonderen Sinn. Weit davon entfernt, nach Selbstverwirklichung und anderen exquisiten kulturellen Gütern zu streben, geht es an vielen Arbeitsplätzen für Jugendliche mehr darum, die Zeit der Anstellung ohne größere psychische – oder manchmal auch physische – Schäden zu überstehen. Bei großem Stellenandrang um jugendliche Arbeitsplätze werden ohnehin beide Verhaltensweisen sanktioniert, ob man nun tatsächlich den in den Augen mancher Leute grotesken Anspruch hat, einen halbwegs angenehmen Arbeitsplatz zu haben, oder ob man aus schierer Verzweiflung das Handtuch wirft. Man erwirbt zum ersten Mal das Stigma »Arbeitslosigkeit«, und kein potentieller Arbeitgeber kann sich darum kümmern, wie es zustande gekommen ist. Dessen Mißtrauen erwacht gegenüber Leuten, die eine »unstete« Arbeitskarriere begonnen haben. Nach einiger Zeit »gibt es nichts, was sie gegenüber jüngeren Schulabgängern empfehlen könnte«⁹. Wird dies einmal verstanden, dann breitet sich Job-Stagnation auch unter Jugendlichen aus; dann sind Jugendliche an Arbeitsplätze gekettet, die sie irgendwann einmal irgendwie besetzen konnten, und dies inmitten eines kulturellen Klimas, in dem die »Freiheit« und »Selbstverwirklichung« auf allen Plakatwänden und in jedem Werbespot gefeiert werden, ob es sich nun um perlende Getränke oder politische Programme handelt.

Die Kinderzentriertheit der modernen Familie erzeugt Erwartungen, die legitim sein mögen, in der Arbeitswelt jedoch mit einiger Zwangsläufigkeit enttäuscht werden. Darüber hinaus läßt sie der Folgegeneration auch eine gewaltige Bürde auf. Man kann hier, mit Sennett, vom Verrat an den elterlichen Erwartungen sprechen¹⁰. Geht es bei Sennett um die Frustrationen aufstiegsorientierter Eltern, die »geschuftet haben, damit es die Kinder einmal besser haben«, und die von ihren Kindern, die den sozialen »Aufstieg« tatsächlich geschafft haben, dann verachtet werden, so haben wir es hier mit dem Gegenstück zu tun, mit jenen Fällen, wo die gewaltigen Investitionen, die die meisten

9 K. Roberts et al., *Unregistered Youth Employment and Outreach Careers Work*, London 1981.

10 Richard Sennett and Jonathan Cobb, *The Hidden Injuries of Class*, New York 1972.

Eltern zugunsten der Zukunft ihrer Kinder getätigt haben, keine Früchte zu tragen scheinen. Ist es schon für den Berufstätigen schwer, sich dieser Bürde zu entledigen, indem er den Eltern Job, Haus, Auto, Ehepartner und Kinder präsentiert, so steht der arbeitslose Jugendliche hier vor einem unüberwindlichen Hindernis. Betrachten wir hierzu den Fall des 31jährigen Leopold Weingrill, der trotz seines höheren Alters hierher gehört.

Leopold Weingrill studierte Biologie und Geographie und hatte nach dem Probejahr eine erste siebenmonatige Phase der Arbeitslosigkeit. Daran schloß sich eine einjährige Tätigkeit in einem Labor (im Rahmen des Akademikertrainings) an. Seit Jänner 1986 ist er Projektleiter bei einem vom Arbeitsamt Leoben geförderten Lehrerprojekt. Er sieht sich dort als eine »Schlüsselkraft für das Arbeitsamt«. Seine Verlobte ist ebenfalls Lehrerin, hat aber eine feste Anstellung. Seine Arbeitslosenphase von 7 Monaten nennt er »ganz kurzfristig«; andererseits behauptet er über das Projekt: »da sind sechs arbeitslose Lehrer bei mir beschäftigt.« Im Probejahr gefiel es ihm ausgezeichnet, u.a. »weil die Altersstruktur sehr ideal ist«. Seine Kollegen waren vorwiegend zwischen 35 und 40. Über die Fußballmannschaft wurde er sozial »relativ schnell integriert«, wie die anderen Probelehrer auch. Diese junge Truppe von Fixangestellten erzeugt allerdings gerade jenen Engpaß, unter dem Leopold zu leiden hat.

In jener Phase, wo er überhaupt ohne jede Beschäftigung war, hatte Leopold gelegentlich »depressive Stimmungen«, die sich auch seiner Freundin mitteilten – »Aber es macht einen irgendwie depressiv, wenn man nachher nicht das machen kann, was man eben wirklich gerne machen würde«. Hier erinnert er an *seine* Investition, immerhin 23 Jahre auf der Schülerseite des offiziellen Bildungssystems. Auch er hat sich immer schon für seine Fächer interessiert und z.B. als Kind schon Steine gesammelt. Die Ablösung vom Elternhaus scheint noch immer nicht ganz vollzogen zu sein. Noch im Alter von 29 Jahren lebte er zuhause; während des Probejahrs lernte er seine Verlobte kennen: »Ich weiß nicht, bei mir ist das irgendwie so geflossen, weil es war irgendwie witzig, nicht, weil es war die Phase, in der ich die Eva kennengelernt habe, und dann war ich aber trotzdem noch daheim.« Die Zähigkeit dieses Übergangs findet hier auch sprachlich ihren Niederschlag; auch zum Zeitpunkt des Interviews ist nicht restlos klar, wo er nun »eigentlich« wohnt. Diese Unschärfe im privaten Bereich spiegelt die unklare Definition seines beruflichen Status. Finanzielle Probleme hatte und hat er keine, »weil das soziale Netz war in meinem Fall recht eng gespannt, nicht, weil einerseits habe ich die Eltern gehabt, dann habe ich die Arbeitslose gehabt, dann habe ich eben dann Notstandshilfe gehabt, und meine Freundin, die verdient auch normal.«

Das Interview verlief in Gegenwart der Mutter; es gab viel Gelächter und Leopold bewies Anflüge von Selbstironie, die den Effekt seiner recht offensichtlichen Bemühungen um seine bedrohte Identität mildern – wenn er etwa von den Leuten spricht, die bei ihm beschäftigt seien, und damit die eher unpassende Mütze des Industriekapitäns aufsetzt. Seine Mutter, die ebenfalls interviewt wurde, hat bereits Erfahrungen in der Bewältigung von Identitätskrisen – unter anderem verlegt sie ihr »Pflichtjahr« und drei Jahre Lehre in die *Nachkriegszeit*, auch auf Rückfrage des Interviewers; zum Pflichtjahr gesellen sich eine Geldprämie, die in Mark bezahlt wurde, und ein Ortsgruppenleiter als Anachronismen. Sie stammt aus einem 12-Kinder-Haushalt; ihre Kindheit war von Armut geprägt. Ihre Anteilnahme am erhofften sozialen Aufstieg ihres Sohnes war groß – »..genauso wie es früher im Gymnasium war, wenn der einen Fleck einmal gekriegt hat, der ist bei der Tür hereingekommen, oje, habe ich gewußt, das ist schief gegangen.« Während des Studiums »durfte« er, wie es seine Mutter formuliert, bei einem Freund wohnen. Der war der Sohn eines Rechtsanwalts; Leopold brauchte keine Miete zu zahlen; dafür fuhr Frau Weingrill regelmäßig in die Stadt, um die Wohnung der beiden Studiosi zu putzen. Darüber hinaus half sie, zusammen mit ihrem Mann, dem Rechtsanwalt auch beim Hausbau. Über die Studienzeit ihres Sohnes spricht sie, als hätte sie mitstudiert – die Studenten kamen nach Leoben, »..sind baden gefahren, und kommt doch herein, und die waren halt da bei uns, und da habe ich ihnen halt was zum Essen gegeben, und das war alles so herrlich, eigentlich die ganze Zeit«. Und auch heute ist das sonnige Bild ihrer heilen Welt von keinerlei Schatten durchwirkt – »...und es ist herrlich, wenn sie da sind, die Jungen, und das ist alles schön bei uns. Problemlos, sagen wir so, nicht; und wenn man dann noch eine Schwiegertochter, die einem echt zusagt, kriegt, das ist ja herrlich, was Schöneres kann man sich nicht wünschen, was Besseres.« Der späte und holprige Beginn der Berufskarriere verkehrt sich für sie zu glänzenden Erfolgen (»..und jetzt rennt das wunderbar, und er leitet das, er ist Projektleiter von dem«). Daß gerade derartige Projekte – mit dem Segen des Schulleiters und des Elternvereins organisierte Förderungsstunden – den Beginn einer Arbeitsteilung unter der Lehrerschaft markieren, bei der ihr Sohn seine Aufstiegsträume unter Umständen ad acta legen kann, sieht sie nicht. Derartige Arrangements können von Übergangslösungen zu festen Einrichtungen werden; dann stehen sich im Bildungswesen zwei Typen von Lehrern gegenüber: Die gut bezahlten pragmatisierten Lehrkräfte des offiziellen Sektors, von denen viele heute schon mit Zähnen und Klauen um jede Überstunde kämpfen, einerseits, und die schlecht bezahlten eines halb-offiziellen Reparatursektors andererseits, die jene Unfälle beheben

sollen, die oft erst durch das Wirken ihrer privilegierten Kollegen entstehen. Bei dem Sortierprozeß, der angehende Lehrer einer dieser beiden Gruppen zuweist, werden Leute wie der ein wenig verträumte Leopold Weingrill mit seiner Herkunft aus der Unterschicht als erste unter die Räder kommen. Seine gegenwärtige Situation sollte ihm einen Vorgeschmack dieser Entwicklung geben. Angesichts des großen persönlichen Aufwands, den die ganze Familie in seiner Laufbahn eingebracht hat, ist es für alle Beteiligten kurzfristig rational, wenn sie derartige düstere Gedanken gar nicht aufkommen lassen. Der einzige, der wegen des unsicheren beruflichen Status des Leopold Weingrill Kritik geübt hat, ist der Vater seiner Verlobten, der unter allgemeinem Gelächter für »altmodisch« erklärt wird.

In unserer Population von direkt Betroffenen war Leopold Weingrill das einzige Mitglied mit abgeschlossener Hochschulbildung; er war auch der einzige Maturant. 80 % hatten die Volks- oder die Hauptschule abgeschlossen; 13 (=18 %) hatten eine Berufsbildende Mittlere Schule absolviert. Diese Absolventen waren mit einer Ausnahme weiblich, vor allem Mädchen, die in den letzten Jahren die Handelsschule oder eine dreijährige Hauswirtschaftsschule besucht hatten. Bei unserer Gesamterhebung fanden wir folgende Verteilung der Schulbildung:

Tabelle 18: Höchste abgeschlossene Schulbildung der Wohnbevölkerung im Erhebungsgebiet

	Anzahl	Prozent
Volksschule	403	25.8
Hauptschule	826	52.8
BMS	120	7.7
BHS	52	3.3
AHS	54	3.5
Hochschule	16	1.0
Sonstige	92	5.9
Gesamt	1563	100.0

Gegenüber den 7.7 % der Gesamtpopulation sind demnach die Absolventen der Berufsbildenden Mittleren Schulen bei unseren Arbeitslosen ganz deutlich überrepräsentiert. Dies spiegelt das bekannte Phänomen der Verdrängungskonkurrenz auf dem Bildungssektor – kamen früher die Handelsschüler bei Banken oder Versicherungen unter, dann sind das heute nur mehr Absolventen der Handelsakademie oder der Gymnasien. Die Bildung, die unsere betroffenen Mädchen und Frauen mitbekommen haben, bedeutet einen Wettbewerbsnachteil – ge-

genüber jenen mit mehr formaler Schuldbildung, vermutlich aber auch gegenüber Lehrlingen. Es sei daran erinnert, daß es eine Mißinterpretation dieses Befundes wäre, würde man in »mehr Bildung« eine Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit sehen – mehr Bildung erzeugt keine Arbeitsplätze, sondern nur besser ausgebildete Arbeitslose. Da sich diese Trivialität in Unternehmerkreisen, aber auch in der Arbeiterkammer und in den Medien noch nicht gänzlich herumgesprochen hat, sei sie hier noch einmal ausgesprochen.

Es wäre übertrieben, den Eltern dieser Mädchen gewaltige Aufstiegshoffnungen zuzuschreiben. Die Handelsschule sollte wohl vor allem die Weichen zum Übergang von »blue collar« auf »white collar« stellen, während die Hauswirtschaftsschule ohnehin vorwiegend als Vorbereitung auf die Hausfrauenrolle angesehen wird. Ob man im zweiten Fall von einer *Fehl*investition auf dem Bildungssektor sprechen kann, ist fraglich. Die Handelsschule allerdings produziert genau jene Kosten, die wir – in geändertem Maßstab – auch bei arbeitslosen Akademikern vorfinden: Enttäuschte Aufstiegshoffnungen und eine Belastung der Beziehung zwischen den Generationen.

Die heute 21jährige Gerti Menger kam 1983 aus der Handelsschule und sah sich einer sehr geringen Nachfrage nach ihrer Arbeitskraft gegenüber – »... wie ich fertig war mit der Schule, da habe ich überhaupt nichts gehabt eigentlich«. Die Welt der Saisonarbeit im Gastgewerbe hat sie während der Schulzeit kennengelernt – in den Ferien war sie drei Jahre lang als Küchenhilfe in Tirol. Sie ging als arbeitslose Handelsschulabsolventin ein halbes Jahr lang vergeblich zum Arbeitsamt (»fast jeden Tag«), bis eines Tages ihre Mutter eingreift: »Und jetzt hat meine Mutter einmal gesagt, sie geht hinein. Das geht ihr schon auf die Nerven, das geht nicht mehr, wenn ich nichts kriege, und die hat sich dann mit dem einen Typ da beim Arbeitsamt, die hat sich ziemlich aufgeregt. Es hat keine zwei Wochen gedauert, dann habe ich eine Arbeit gehabt ...« Es handelte sich allerdings zunächst um einen halbjährigen Bürokurs beim BFI (»nur war der eigentlich echt für nichts«). Nach dem Kurs war Gerti wieder ein halbes Jahr lang ohne jede Beschäftigung, bis sie ein wiederum gefördertes Praktikum beim Bundesheer bekam; mit diversen Verlängerungen dauerte dies ein Jahr. Im November 1985 rüstet sie – sozusagen – ab und geht in Karenz.

Ihren Kurs hat Gerti in sehr schlechter Erinnerung – sie lernte nichts, was sie nicht in der Handelsschule gelernt hatte, und »es sind Lehrer gekommen, die sind oft draußen gesessen und haben nur geraucht und geredet«. Am EDV-Teil des Kurses war Gerti sehr interessiert: »EDV haben wir gemacht im Rechenzentrum draußen, aber da haben wir nichts tun dürfen, weil wir die Geräte nicht haben dürfen angreifen, weil das ist so gefähr-

lich ...« Der Kurs war den Teilnehmern in glühenden Farben geschildert worden; es wurde ihnen gesagt »... wenn wir bei diesem Kurs dabei sind, innerhalb von drei, vier Monaten wird über die Hälfte weg sein, weil sie alle wegkommen, weil jeder eine Arbeit kriegt, gelt; Arbeit bekommen haben zwei oder drei von den ganzen, von den zwanzig Leuten.« Diese Versprechungen sind umso merkwürdiger, als die den Kurs veranstaltende Institution selbst nicht an dessen Qualität zu glauben scheint. Die Arbeiterkammer suchte zur betreffenden Zeit eine Sekretärin und die verbliebenen 15 Teilnehmer des Kurses wurden eingeladen, sich zu bewerben – »... ja, wir können den Test mitmachen, weil wir haben sicher gute Chancen ...«; aufgenommen wurde dann eine Außenstehende. Der ärgste Feind dieser Lehrgänge hätte sich keine bessere Diskreditierung einfallen lassen können, als dies den Veranstaltern gelungen zu sein scheint.

Beim Bundesheer hat Gerti ihre Glanzzeit. Sie arbeitet zunächst in der Telephonvermittlung: »Das habe ich nicht ausgehalten oft, da waren zwei ältere Frauen, bei die 40 oder 50 Jahre, aber es war krampfhaft, die hat die Eifersucht so aufgefressen, weil die Männer sind dann nicht mehr zu ihnen gekommen, Kaffee trinken, sondern die sind zu mir gekommen, um Kaffee zu trinken, und solche Sachen, weil sie alle einmal neugierig waren, wie neue Mädchen beim Bundesheer ausschauen ...« Sie wird dann in eine Kompaniekanzlei versetzt, wo sie ganz Henne im Korb ist – »... ich habe schon, ich habe sechs Chefs gehabt, wenn man es genau nimmt, aber die waren wirklich sehr nett.« Das Auftreten dieser Praktikantinnen setzt dem grauen militärischen Alltag neue Glanzlichter auf – der Bataillonskommandant hält ihnen eine Ansprache, in der er sie aus jahrzehntelanger Einübung konsequent als »Meine Herren!« anredet. (»Der Chef, der war ziemlich verwirrt, ich meine er war recht nett, aber richtig verwirrt, der Chef ...«). Die Arbeit gefällt Gerti ganz ausgezeichnet («... ich möchte immer wieder so eine Arbeit haben, das war echt traumhaft, die Zusammenarbeit und alles, das war wirklich gigantisch...«). Ihre Bemühungen um eine Fixanstellung waren allerdings vergeblich; sie erklärt dies mit Intrigen von seiten des »Personalchefs«, wer immer das sein soll. Gertis Erzählung beweist eine gänzliche Unvertrautheit mit der militärischen Terminologie – wie es ihr gelungen ist, sich ein ganzes Jahr gegen dieses Begriffssystem abzuschotten, bleibt ein Rätsel. Sie kompensiert dies durch Liebe zum soziologischen Detail. Beide Eigenschaften manifestieren sich in ihrer Schilderung der Zustände in anderen Kompanien: »... und da habe ich schon gesehen, wie es da zugegangen ist, gelt, wenn der Chef hereingekommen ist und mit dem Unteroffizier getobt hat, kurz darauf hat der Unteroffizier mit dem noch Niedrigeren getobt, und der Niedrigere hat mit dem Schreiber getobt, und der Schreiber hat dann nachher mit seinen Kollegen im

Zimmer getobt, die nur so im Feld umherrennen, gelt, es ist wirklich so von oben heruntergegangen, gelt.«

Während ihrer früheren Phasen der Arbeitslosigkeit befand sich Gerti in einer Art von sozialem Niemandsland; das war ihr auch bewußt: »Das ist – man ist zwar arbeitslos, aber man zählt nicht zu den Arbeitslosen ... also bist du eigentlich gar nichts, wenn du von der Schule wegstommst, bist du nicht arbeitslos, nicht versichert, und sonst auch nichts, gelt.« Sie bereut sehr, in die Handelsschule gegangen zu sein – »... und so, nach der Schule kriegst du überhaupt nichts, da stehst du da und hast nichts mehr, da haben echt meine Eltern zahlen müssen für mich ...« Ihre Mutter berichtet in diesem Bereich von einer strengen Administration: Das Taschengeld war zuerst monatlich ausgezahlt worden; da Gerti nie damit auskam, wurde auf einen wöchentlichen Auszahlungsmodus übergegangen (»Also zwar erst am Montag, weil wenn sie es Samstag gekriegt hätte, dann wäre es am Montag schon weg gewesen«). Gertis Vater, ein Alpine-Arbeiter, war von der Lebensweise seiner Tochter nicht begeistert. In Gertis Schilderung: »Mei, ich habe schon viel gestritten, immer gestritten, es war immer wieder, mein Vater wollte besonders, daß ich Saison arbeiten gehe, und ich hätte das aber nicht noch einmal durchgehalten, das war grauenhaft, wirklich, und ich habe mich so dagegen gewehrt, ich habe gesagt, ich gehe zum Arbeitsamt, sooft es geht, daß ich eine Arbeit kriege, aber Saison, das halte ich einfach nicht mehr aus ...«

Darüber hinaus wollte Gerti ihren Freund und ihren Bekanntenkreis nicht verlassen. Die Mutter berichtet zunächst nur, der Vater habe »gemeckert«; ein wenig später meint sie »... jetzt fällt mir das erst auf, weil sie das fragen, daß ich halt immer schlichten habe müssen ...« Für Gerti ist die Saisonarbeit nach ihrer Erfahrung mit dem Bundesheer inakzeptabel geworden; dort hat sie kennengelernt, was für sie als nicht-entfremdete Arbeit zählt: »... ich habe mich da irrsinnig wohl gefühlt, gelt, ich war da wer, ich war da nicht irgendwer, sondern ich war wer, wenn wer was gebraucht hat, dann ist jeder zu mir gekommen, und so Sachen, ich habe alles gewußt ...« Sie hatte dort das Gefühl gehabt, *geachtet* zu werden und im Rahmen ihrer Fähigkeiten *kompetent* zu sein; wenn man von den besonderen Umständen absieht, kann man hier darauf verweisen, daß eine gerechte und wohlgeordnete soziale Welt genauso solche Paarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitsplätzen zu maximieren sucht.

Obwohl Gerti schon mehrmals dem Bildungsschwindel aufgesessen ist, glaubt sie noch immer an ihn – sie sieht die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit in der individuellen Fortbildung am Computer, dann »ginge das ja viel geschwinder mit den Arbeitslosen«. Die Doppeldeutigkeit dieser Klausel

bemerkt sie nicht, weil sie auch den Zusammenhang zwischen Elektronik und Rationalisierung nicht bemerkt hat. Neben den Auseinandersetzungen mit ihrem Vater mußte sie in ihrer Betroffenheitsphase auch Feindseligkeiten in der Öffentlichkeit hinnehmen: »... so, wenn man am Vormittag in der Stadt spazieren geht, von den Leuten, die vorbeigehen, schau dir das an, tut nichts, immer sandeln, gelt ... ich habe auch oft die Bemerkung gehört, der Hitler gehört wieder her, das habe ich wohl oft gehört in Leoben ... wenn sie so mit den anderen getuschelt haben, gelt, schau dir die Jungen an, keiner arbeitet, keiner will arbeiten, die wollen gar nicht arbeiten und so; wenn du einmal am Vormittag im Park gesessen bist ... dann hat es schon geheißen, der Hitler, wenn der da wäre, da gäbe es schon wieder was zum Arbeiten.«

Ist schon der Gedanke, daß individuelle Bildungsanstrengungen das kollektive Problem der Arbeitslosigkeit lösen könne, abwegig, so wird die Situation völlig absurd, wenn auch die Bildungsinvestition des einzelnen dessen berufliche Chancen eher verschlechtert als verbessert. Die Mutter der 15jährigen Margarete Trummer hat die Bildungsbotschaft im Radio vernommen – »gerade jetzt haben sie im Radio geredet, daß hauptsächlich die arbeitslos sind, die nur die Pflichtschule haben ...« Auch aufgrund dieser Quasi-Information möchte sie, daß Margarete noch weiter die Hauswirtschaftsschule besucht, deren ersten Jahrgang sie im Rahmen des Polytechnikums gerade hinter sich gebracht hat. Margarete war in der Hauptschule im 2. Klassenzug; entsprechend erfolglos war bisher ihre Lehrstellensuche. Sie berichtet, daß der Berufsberatungstest nur im ersten Klassenzug durchgeführt wurde; für die Verantwortlichen gehören offensichtlich die Absolventen des zweiten Klassenzugs zu den bereits aufgegebenen Patienten. Das Interview wird praktisch zur Gänze von der Mutter bestritten, die sich in mehrfachen Wiederholungen darüber beschwert, daß sie beim Arbeitsamt »kurz abgefertigt« wurden. Von Behörden und Medien im Stich gelassen, leidet sie unter einem Informationsmanko, aus dem heraus sie im Bildungssektor vermutlich auf das falsche Pferd setzen wird. Andererseits meint Frau Trummer, daß die Tochter in den Ferien arbeiten gehen solle, damit man sieht, »wie sie spurt überhaupt«. Als das arme Mädchen auf die Frage nach ihren Berufswünschen ausnahmsweise einmal zu Wort kommt, sagt sie mit kleiner Stimme: »Ich tät schon jedes nehmen«. Mit dieser Reaktion stand sie nicht allein: Michaela Prexl antwortete auf die Frage »Wie stellen Sie sich ihre Arbeit vor?« mit »Daß ich möglichst bald was finde.«

Diese Mädchen stehen einem Arbeitsmarkt gegenüber, der sie nicht einmal einläßt; von der Suche nach Stellen mit »interessantem Sozialklima« und dergleichen kann daher wohl kaum die Rede sein. Und es bedarf nicht allzu großer Phantasie, um

die Brücke zu schlagen zwischen der Situation dieser jungen Mädchen und jener von Helene Mittelstrasser oder Anna Tiefenbacher, deren Arbeitskarrieren bereits zu Ende gehen. Dazwischen liegen nicht viel mehr als dreißig Jahre; sie sind typischerweise angefüllt mit einer Reihe schlecht bezahlter und abstumpfender Jobs, mit ein oder zwei Beziehungen, mit zwei oder drei Kindern – die Art von Leben, das jenen, die darauf zurückblicken, die Frage aufnötigt, ob das schon alles gewesen sein könne.

Natürlich *muß* es nicht so kommen; menschliche Akteure verfügen über oft bemerkenswerte Ressourcen, die sie in der Auseinandersetzung mit einer oft ziemlich harschen sozialen Umwelt mobilisieren können. Die 18jährige Sabine Bernthaler besuchte nach der Hauptschule zwei Jahre lang die Schule für Sozialdienste. Sie hatte vorgehabt, Säuglingsschwester zu werden, wegen einer Saisonarbeit versäumte sie die Aufnahmeprüfung für die Schwesternschule und blieb im Gastgewerbe – mit sanfter Unterstützung seitens des Arbeitsamtes – hängen. Zu ihrer eigenen und zur allgemeinen Überraschung machte sie die Entdeckung, daß ihr diese Berufstätigkeit gefiel.

Sabine arbeitete zunächst in einem kleinen Gasthaus im Bezirk. Dort hat es ihr »irrsinnig gut gefallen«, ebenso wie später in Tirol. Dort arbeitete sie in einem kleinen Dorf und wurde von Stelle zu Stelle weitergereicht – unter anderem fand sie auch zwei verschiedene Stellen als Verkäuferin. Sie lernte ihren Freund, einen Kellner, kennen und ging mit ihm zweimal auf Saison. Zwischendurch war sie immer wieder daheim in Leoben. Ihre Sommersaison 1986 ist allerdings kurz – ihr Freund geht tanzen, während sie die Gäste bedienen muß, und wird in diesem Verhalten auch noch vom Wirt bestärkt. Die private Beziehung zerbricht ebenso wie die berufliche; Sabine kündigt nach drei Wochen und ist seitdem wieder als Saisonarbeitslose zuhause.

Der Übergang vom Status der Schülerin in die Arbeitswelt wurde Sabine durch einige Faktoren erleichtert. Sie verdiente in Tirol 10 000 Schilling netto, die Arbeit machte ihr Spaß, und sie hatte ihren Freund – sie war ziemlich plötzlich in jemanden mit den Kompetenzen, dem Einkommen und den Partnerbeziehungen eines Erwachsenen verwandelt worden und hatte diesen Übergang gut verkraftet. Sie sieht sich plötzlich umworben von Firmen – sie hat ihren Stellenwunsch bei der Gemeinde und beim Reisebüro in Seefeld deponiert, »...und dort habe ich dann auch gleich eine Stelle gehabt, da haben mich so viele angerufen, da habe ich gar nicht mehr gewußt, was ich nehmen soll.« Zur Zeit hat sie fünf Stellen in Aussicht; allerdings ist sie »draufgekommen, daß die Chefleute auch immer mehrere haben, nicht, und dann auf einmal ist dann schon eine dort, und du glaubst, du hast das schon sicher, nicht; jetzt such ich mir auch

mehrere, da fühle ich mich einfach sicherer.« Sabine steuert noch eine weitere lehrreiche Beobachtung zur Funktion des Arbeitsmarktes im Fremdenverkehr bei: »..Kellner oder Kellnerinnen gibt es genug, ich meine zwar nicht mitten in der Saison, da kommt nichts Gescheites mehr nach...«. Dieser bewegte Teilmarkt ist wie ein Tanz; nachdem er eröffnet wurde, finden sich die Partner, und einige Mauerblümchen bleiben über. Von diesen berichten dann österreichische Journalisten, die während ihres Skiurlaubs in dem Hotel, in dem sie abgestiegen sind, ihre eigenen empirischen Recherchen treiben. Sie belehren dann ihre Leser unter Rückgriff auf herzergreifende Geschichten von ihrem Wirt, der um keinen Preis einen Schankburschen oder ein Zimmermädchen finden konnte, über den »Arbeitskräftemangel« im Fremdenverkehr.

Die Abruptheit, mit der sich Sabine vom Elternhaus gelöst hat, wird durch ihre periodische Rückkehr gemildert. Sie verbringt dann eine Art Urlaub zuhause, schläft länger, schaut sich manchmal den Vormittagsfilm im Fernsehen an, verbringt aber auch viel Zeit mit ihren Eltern, bei Gesellschaftsspielen oder Spaziergängen. Dafür, daß diese Urlaube nicht zu lange werden, sorgen auch die wachsamen Nachbarn: »Weil ich genau weiß, wenn ich länger da bin, dann sagt jeder, die ist arbeitslos, und die will sowieso nichts tun, und was weiß ich was noch; also da schaue ich lieber immer, daß ich so schnell wie möglich wieder abhauen kann.« Für ihre Freundinnen, die noch die fünfjährige Hauswirtschaftsschule besuchen, hat sie nur Mitleid – »..da gehe ich lieber gleich was verdienen, und da habe ich echt mein Geld schon verdient, da weiß man, was man davon hat, bevor ich da fünf Jahre drinnen sitze, und dann stehe ich genauso da wie vorher.« Mit dem so verdienten Geld, so Sabine, wird sie sich »etwas aufbauen«.

Sabine Bernthaler findet ihr Gegenstück in der gleichaltrigen Roswitha Sommer, die ganz anderen Werten verhaftet ist. Roswitha hat die dreijährige Haushaltungsschule besucht und war dann drei Monate arbeitslos. Sie wurde an die Übungsfirma des BFI vermittelt; nach neun Monaten, kurz vor dem Interview, ist sie »ausgestiegen« und nun wieder arbeitslos. Sie äußert sich sehr positiv über die Übungsfirma – »Es ist echt eine gute Einrichtung, das muß ich schon sagen, weil es echt praxisbezogen auch ist.« Abgesehen von ihren Schilderungen über diese Arbeitserfahrung ist nichts aus ihr herauszubekommen. Sie ist am Interview ebenso desinteressiert wie an ihrer eigenen Arbeitskarriere. Wie ihre ganze Familie gehört Roswitha einer Sekte an, deren Mitglieder die Gewohnheit haben, von Haus zu Haus zu missionieren. Es ist zu vermuten, daß sie sich lediglich aus einer vagen Solidarität mit unserer Interviewerin, die ebenfalls von Haus zu Haus ging, zu einem Interview überreden ließ. Das Familienleben ist »echt gut«, wie das bei ihrer Sekte vorge-

schrieben ist; in der Freizeit strickt und schwimmt sie. Wegen ihrer Missionstätigkeit möchte sie auf keinen Fall mehr als halbtags arbeiten. Über ihre Berufswünsche äußert sie sich extrem vage bis phonetisch unverständlich. Ihr Blick ist so fest ins Jenseits gerichtet, daß diesseitige Probleme, wie Arbeit und Arbeitslosigkeit, auch wenn sie sie selbst betreffen, daneben völlig unerheblich werden.

Wir sehen auch an diesem Beispiel, wie vielfältig die Verarbeitungsmechanismen des jugendlichen Arbeitslosen sind – eine Vielfalt, die der Mannigfaltigkeit der Entstehungsgründe korrespondiert. Daß es eine einfache Erklärung der Jugendarbeitslosigkeit im Bezirk Leoben nicht geben kann, hat unsere Sammlung von Fällen auf das Deutlichste illustriert. Was die Auswirkungen anlangt, hat Jugendarbeitslosigkeit ein merkwürdiges Doppelgesicht. Einerseits gibt es Faktoren, wie den elterlichen Erwartungsdruck und die mangelnde Absicherung durch wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen, die kostenerhöhend wirken; andererseits werden bestimmte psychische und soziale Kosten, die bei Erwachsenen auftreten, bei Jugendlichen in geringerem Ausmaß oder überhaupt nicht anfallen. Ganz wie bei den älteren Arbeitslosen finden wir dann in dieser Gruppe eine stärkere Polarisierung – es gibt mehr harmlose Fälle, aber auch mehr Fälle, bei denen Arbeitslosigkeit zu einer tödlichen Bedrohung der Existenz wird. Die allerschwersten Fälle gingen naturgemäß nicht in unser Netz – wenn man in einem bestimmten Gebiet die Wohnbevölkerung erhebt, dann wird man keine obdachlosen Jugendlichen antreffen können. Andererseits sind letztere nur um einen Karriereschritt weiter als jene von uns Befragten, die gänzlich auf die elterliche Unterstützung angewiesen sind. Bei solchen Formen der Abstützung durch informelle Mechanismen ist der Einzelne der Geduld und Strapazfähigkeit der ihn Unterstützenden gänzlich ausgeliefert; und zerreißt einmal das Band der elterlichen Solidarität, dann findet sich der betroffene Jugendliche tatsächlich »auf der Straße« wieder. Dort wird er dann unter Umständen von Sozialarbeitern aufgelesen; und die sind, bei allem Bemühen, in der beständigen tragikomischen Rolle von Feuerwehrleuten, die immer dann am Brandort erscheinen, wenn nur mehr die Asche glimmt.

Das Dienstleistungsamt

11.1. Einleitung

Wir haben in den vorausgehenden Kapiteln ein Bild der Situation des Arbeitslosen entworfen, das diesen als Opfer absurder sozialer Zwänge zeigt – als Adressaten einander widersprechender Botschaften und Leidtragenden vitiöser Zirkel, die von niemandem absichtlich produziert werden, die aber dennoch unerbittlich in das Leben betroffener Einzelner eingreifen. Diese modernen Kosten werden gerade bei steigendem Wohlstand der Gesellschaft immer höher, sodaß der Verweis auf das angebliche Schwinden »absoluter« Armut und auf die grundsätzliche materielle Absicherung der Mehrheit unserer Bürger hier völlig ins Leere geht. Diese Absurdität wird von den Beamten der Arbeitsmarktverwaltung in Ansätzen wahrgenommen und schlägt sich dann, je nach Reflexionsniveau, mehr oder weniger kostenintensiv in ihrer Lust- und Leidbilanz nieder. Hiezu treten Probleme, die sich aus der historisch gewachsenen Funktion des Arbeitsamtes ergeben, und schließlich dafür sorgen, daß die Rollendiskrepanzen des Beamten jene seiner Klienten spiegeln und reproduzieren. Dies mag dem einzelnen Beamten, dem seine berufliche Identität keine schlaflosen Nächte bereitet, wie eine maßlose Übertreibung vorkommen; wir werden im folgenden versuchen, seinen Schlaf ein wenig zu stören.

Wir werden uns vor allem mit den Problemen auseinandersetzen, die sich aus dem Auftrag an das moderne Arbeitsamt – und die in ihm Tätigen – ergeben, eine Reihe von Funktionen zu erfüllen, von denen unklar ist, ob sie überhaupt von ein und derselben Organisation geleistet werden können. Die im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung tätigen Institutionen erfüllen folgende Aufgaben: (1) Vermittler von Arbeitsplätzen; (2) Auszahlungsstelle für Versicherungs- und/oder Transferleistungen; (3) Kontrollor verschiedener relevanter Merkmale ihrer Kunden – Arbeitswilligkeit, Gesundheit, Mobilität etc.; (4) Organisator von Fortbildungsmaßnahmen; (5) Subventionsgeber für Unternehmungen; (6) Arbeitsmarktbeobachtung und Statistik und schließlich (7) Berufsberatung. Wie sich auch in der formalen Organisation der einzelnen Arbeitsämter zeigt, stellen Vermittlung und Leistung die zentralen Aufgaben dar; es wäre daher besonders bedenklich, wenn diese beiden Funk-

AUFGABEN SEI

tionen miteinander schlecht verträglich wären; in der Tat läßt sich schon a priori die Vermutung aussprechen, daß eine Kopplung von Stellenvermittlung mit Fürsorge- oder Versicherungsleistung eine schlechte Prognose hat. Man denke sich zum Vergleich eine zentralistische Reorganisation des Individualverkehrs, in deren Gefolge ein und dieselbe Stelle sowohl Autos verkauft (Vermittlung) als auch Beförderungsdienste (Leistung) organisiert, bloß weil beides »mit dem Autofahren zu tun hat«. Einer solchen Einrichtung kann schon von vornherein eine denkbar geringe Chance auf effizientes Funktionieren vorhergesagt werden. Ganz so naiv waren die Geburtshelfer des österreichischen Systems der Arbeitslosenversicherung allerdings nicht – sie faßten Aufgaben nicht deshalb zusammen, weil sie »etwas mit Arbeit zu tun hatten«, sondern in Verfolgung der Idee, daß die Vermittlungsfunktion die Gerechtigkeit der Leistungen garantieren sollte. Dieser an sich einsichtige Gedanke sollte nicht nur an der Praxis scheitern – er trug auch jene Prinzipienvermischung in das österreichische System der Arbeitslosenversicherung hinein, an der dieses noch heute leidet. Dieses System ist keine Mischung miteinander verträglicher Elemente, sondern eine Mißgeburt, die alle Merkmale eines schlechten politischen Kompromisses trägt. Werfen wir einen kurzen Blick auf den historischen Hintergrund, bevor wir diese Behauptung näher belegen.

Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, als hunderttausende ehemalige Soldaten und die aus der Kriegsindustrie entlassenen Arbeiter ein sozialrevolutionäres Potential bildeten, waren auch Exponenten des bürgerlichen Lagers bereit, sozialpolitische Maßnahmen zur Eindämmung der Revolutionsgefahr zu akzeptieren. Die Jahre zwischen 1918 und 1920 waren gekennzeichnet durch eine breitflächige Sozialgesetzgebung, die mit dem Namen des damaligen Staatssekretärs Ferdinand Hanusch verbunden ist und in den späteren Jahren der Ersten Republik jenen »revolutionären Schutt« bildete, den die bürgerlichen Parteien beseitigen wollten. Die kurze Phase sozialpolitischer Reformen ist unter dem hier gewählten Blickwinkel interessant, weil sie illustriert, daß ein unter Improvisationszwang entstandenes System von Normen und Institutionen zu einer sehr langlebigen Einrichtung werden kann. Im November 1918 erließ das Sozialministerium eine »Vollzugsanweisung«, um das Heer von Beschäftigungslosen durch Fürsorgezahlungen politisch zu besänftigen. Die ursprünglich für dreieinhalb Monate befristete Maßnahme legte den Grundstein für die noch heute geltende Arbeitslosenversicherung. Anfangs war nur für den Kreis der demobilisierten ehemals krankenversicherten Arbeiter und für die aktuell krankenversicherungspflichtigen Arbeitslosen eine Unterstützung in der Höhe des Krankengeldes vorgesehen, die für Familienerhalter um eine

Zulage erhöht wurde. Die Kosten wurden zur Gänze von der Staatskasse getragen, eine Mittelaufbringung durch die Unternehmer wurde in späteren Vollzugsanweisungen, die vorrangig der Verlängerung der Geltungsdauer dienen, in Aussicht gestellt. Stellt man die damalige innenpolitische Situation in Rechnung, wird deutlich, welch bewundernswerte Leistung erbracht wurde, als es innerhalb weniger Wochen gelang, ein organisatorisches Gerüst für die Arbeitslosenfürsorge zu schaffen. Drei Ebenen wurden damals – bis heute nachwirkend – geschaffen: eine »Industrielle Zentralkommission« beim Sozialministerium, 14 »Industrielle Bezirkskommissionen« (anfangs auch für das Sudetenland vorgesehen!), sowie örtliche »Zahlstellen« und »Arbeitslosenämter«. Auf der untersten Ebene wurden bereits bestehende Einrichtungen mit diesen zusätzlichen Aufgaben betraut.

Als Zahlstellen wurden Steuerämter, Krankenkassen und Krankenkassenverbände benutzt – und räumlich und funktional davon getrennt wurde die Aufgabe des Arbeitslosenamtes bereits bestehenden Arbeitsnachweisstellen übertragen. Während es in Wien davon relativ zahlreiche gab, die in der Form von Facharbeitsnachweisstellen einzelner Berufsorganisationen seit längerem mit Öffentlichkeitsrecht ausgestattet waren (noch heute sind die Wiener Arbeitsämter nach Berufen bzw. persönlichen Merkmalen wie Behinderung gegliedert) mußten in vielen Bundesländern Arbeitsnachweisstellen erst gegründet werden; vorübergehend waren sogar die Gemeindeämter mit dieser Aufgabe betraut.

Es muß als historischer Zufall qualifiziert werden, daß die bestehende Einrichtung der Arbeitsnachweise die zusätzliche Aufgabe, als Arbeitslosenamt zu fungieren, übertragen bekam. In den früheren Erlässen und Verordnungen ist von dieser Zufälligkeit noch einiges zu spüren, wenn beispielsweise die Aufgabe der Arbeitslosenämter dahingehend umschrieben wird, daß sie »zunächst die Aufgabe (haben), den Arbeitslosen entsprechende Arbeit zuzuweisen«, und »erst wenn die Arbeitsvermittlung erfolglos geblieben ist, greift die Arbeitslosenfürsorge Platz«. Daraus spricht einerseits das Wissen um den Improvisationscharakter des Systems wie auch andererseits der ältere Geist der Armenfürsorge mitschwingt. Die Trennung von Arbeitslosenamt und Zahlstelle blieb während der Ersten Republik bestehen. Die Entwicklung der Normen, welche 1920 zu einem definitiven Abschluß kamen, als das Arbeitslosenversicherungsgesetz (das nach dem Willen der Staatsregierung »Gesetz über die Unterstützung der Arbeitslosen« hätte heißen sollen und erst vom Sozialausschuß der Konstituierenden Nationalversammlung umbenannt wurde) beschlossen wurde, folgt einer deutlich erkennbaren Logik: Erhöhung der Schwelle für die Teilnahme einerseits, Individualisierung andererseits.

Diese Entwicklung kann hier nicht im Detail nachgezeichnet werden, ihre wesentlichen Marksteine seien trotzdem genannt:

November 1918: Festlegung einer am durchschnittlichen Krankengeld der entsprechenden Berufsgruppe orientierten Unterstützungssumme für den Personenkreis der demobilisierten Soldaten.

November 1918: Ausweitung auf Angestellte, die entweder krankenversicherungspflichtig sind oder einer Tätigkeit nachgehen, die ihrer Art nach krankenversicherungspflichtig wäre (gilt für die vornehmlich weiblichen Hilfskräfte der Heeresverwaltung und Kriegsfürsorge), mit Ausnahme der Pensionsbezieher und derjenigen Arbeitslosen, die eine Abfertigung erhielten.

Juni 1919: Statuierung von Regeln für den Verlust des Unterstützungsanspruchs, und zwar im Fall des Austritts aus Arbeit ohne ausreichende Rechtfertigung (vierwöchige Sperre), im Fall der Unterlassung der obligaten zweiwöchentlich zu erfolgenden Kontrollmeldungen (zweiwöchige Sperre) und im Fall der Weigerung, eine angebotene entsprechende Beschäftigung anzunehmen (zweiwöchige Sperre, im Wiederholungsfall dauernder Verlust).

Juni 1919: Einführung von Mißbrauchsbestimmungen.

Juni 1919: Beschränkung des Personenkreises der Anspruchsberechtigten: Gestaltet sich der Arbeitsmarkt so, daß in bestimmten Berufsgruppen allen Arbeitslosen eine Arbeit vermittelt werden kann, so kann für einen Sprengel oder ein bestimmtes Gebiet die Auszahlung (befristet oder unbefristet) eingestellt werden.

August 1919: Senkung der Unterstützungszahlungen und weitere Erhöhung der Teilnahmeschwelle: achttägige Sperre nach Arbeitsverlust.

September 1919: Einführung der amtsärztlichen Prüfung der Erwerbsfähigkeit. Wer sich dieser Untersuchung entzieht, verliert den Anspruch auf Unterstützung. Wer als erwerbsunfähig klassifiziert wird, wird der Armenfürsorge überantwortet.¹

Während dieser Zeit wird, um einen »Überblick über Umfang und Tragweite der Arbeitslosenunterstützung zu gewinnen« auch eine »fortlaufende Statistik der Arbeitslosenämter« begonnen. Die hier skizzierte Entwicklung, deren ad-hoc-Charakter allein schon daran abgelesen werden kann, daß für die kurze Zeit von November 1918 bis März 1920 zahlreiche Verlängerungen des Provisoriums per Vollzugsanweisung erlassen werden mußten, mündet im Jahr 1920 im Arbeitslosenversicherungsgesetz. Die Details dieses Gesetzes interessieren hier weniger, aufschlußreich sind die Prinzipien, denen dieses folgt: Ausgehend von der Unmöglichkeit eines reinen Versicherungs-

¹ Cf. *Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung*, Jg. 1 ff., Wien 1919 ff.

wesens und angesichts der »tiefen Not des Augenblicks« wird eine Unterstützung jenen Personen gewährt, die aufgrund »objektiver Momente« – »in der für den Arbeitssuchenden ungünstigen Gestaltung des Arbeitsmarktes« – keine Arbeit haben; nicht aber jenen, die aus »subjektiven (Gründen): der körperlichen oder geistigen Unfähigkeit zur Arbeit oder gar der mangelnden Arbeitslust«, ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die Klientel bilden schon 1920 jene Personen, die anspruchsberechtigt sind (also in einem gewissen Intervall eine regelmäßige Beschäftigung nachweisen können) und arbeitsfähig sind (und dies gegebenenfalls auch überprüfen lassen müssen). Vom Bezug ausgeschlossen bleiben jene, die freiwillig den letzten Arbeitsplatz verließen, sich einer Überprüfung ihrer Arbeitsfähigkeit widersetzen oder angebotene »entsprechende« Arbeitsstellen nicht aufnehmen. Diese Grundsätze sind für die weitere sozialpolitische Entwicklung verbindlich geblieben, geändert wurde in den folgenden Jahrzehnten nur der Kreis der Anspruchsberechtigten, die Dauer und Höhe von Unterstützungszahlungen.

Sehr aufschlußreich sind einige weitere Bestimmungen des ersten Arbeitslosenversicherungsgesetzes: große Aufmerksamkeit wird schon 1920 der Mißbrauchsmöglichkeit gewidmet; ein »bedenkliches Staatsrentnertum« dürfe nicht gezüchtet werden, und die Nötigung zur »Nachschulung« wird ausdrücklich betont: die Arbeitslosen »werden umlernen müssen, je früher desto besser für sie und für die Belebung der Volkswirtschaft«. Gerade im Kontext der gegenwärtigen Mißbrauchsdebatte ist interessant, daß die Höhe der Bezüge unter anderem deswegen niedrig angesetzt wurde – »nur ein Existenzminimum sichern soll« – weil »es dem Arbeitslosen regelmäßig möglich sein wird, sich durch Gelegenheitsarbeiten ein, wenn auch unsicheres, Nebeneinkommen zu verschaffen«. Ursprünglich bestand sogar die Absicht, keine Familienzulagen zu gewähren, da es »mitunter schwer (wäre), für den Arbeitslosen mit hoher Familienzulage eine derart entlohnte Beschäftigung zu finden, daß in dem Unterschied zwischen dem Arbeitsverdienste und der Unterstützung ein ausreichender Antrieb zur Übernahme von Arbeit gelegen ist«.²

Ganz offensichtlich stand bei der Einrichtung dieses Systems die Vermittlungsaufgabe gänzlich im Hintergrund – vermittelt

2 Alle Zitate aus: Erläuternde Bemerkungen betreffend das Gesetz über die Unterstützung der Arbeitslosen (Regierungsvorlage), 680 der Beilagen der Protokolle der Konstituierenden Nationalversammlung. Cf. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung, 783 der Beilagen und Gesetz vom 24. März 1920 über die Arbeitslosenversicherung, *Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich Nr. 153*. Einen systematischen Überblick bietet Emmerich Talos, *Staatliche Sozialpolitik in Österreich*. Rekonstruktion und Analyse, Wien 1981, S. 143 ff.

wurde andernorts, doch vielleicht bereits in der Absicht, die Arbeitswilligkeit der Unterstützten zu prüfen; noch heute lautet die gesetzliche »Definition« der »Arbeitswilligkeit«: »Arbeitswillig ist, wer bereit ist, eine durch das Arbeitsamt vermittelte zumutbare Beschäftigung anzunehmen...«. Damit ist die Vermittlungsfunktion eindeutig der Kontrollfunktion untergeordnet. Die einst und jetzt dahinterstehende Logik ist einfach: Die, die es »verdient« hatten, mußten einfach versorgt werden, nicht zuletzt aufgrund ihrer Anzahl; gleichzeitig war die Angst vor »Staatsrentnern« so groß, daß man Versorgungsinstrumente an Kontrollinstrumente binden mußte – dieser Geist durchweht noch heute Wohltätigkeitsunternehmungen aller Art, die fast ausnahmslos mit strengen Disziplinierungsmaßnahmen verknüpft sind. Diese Angst wiederum wurzelt in der puritanischen Idee, daß es viel schlimmer ist, wenn einem, der es nicht »verdient«, Wohltätigkeit widerfährt, als wenn umgekehrt ein »Würdiger« leer ausgeht. Diese Perversion der christlichen caritas manifestiert sich auf das deutlichste in der zeitgenössischen Mißbrauchsdebatte; sie stand auch an der Wiege der österreichischen Sozialgesetzgebung – schärfste Kontrollen erschienen angesichts der Schlechtigkeit der Menschen als unumgänglich. So verfiel man auf das untaugliche Mittel der Vermittlungspraxis als Prüfinstanz der »Würdigkeit« der Unterstützten. Woher diese Untauglichkeit rührt, soll im nächsten Abschnitt dargelegt werden.

11.2. Märkte und Makler

Bei echten Versicherungen ist es dem Versicherer egal, was der Kunde mit der Leistung anfängt – jemand, dem das Auto gestohlen wurde, kann mit dem Geld aus der Diebstahlsversicherung den langersehnten Urlaub finanzieren; man bekommt den Schaden ersetzt, unabhängig davon, ob man auch weiterhin dem Automarkt zur Verfügung steht (dies ermöglicht erst verschiedene Varianten des Versicherungsbetrugs). Bei der Arbeitslosenversicherung genügt es jedoch nicht, daß der Schadensfall eingetreten ist, um anspruchsberechtigt zu werden; der »Versicherte« muß weitere Merkmale aufweisen, etwa jene der »Arbeitsfähigkeit« oder »Arbeitswilligkeit«. Ein Versorgungsprinzip überlagert hier das Versicherungsprinzip; kann sich eine echte Versicherung auf die Überprüfung beschränken, daß ein Schadensfall tatsächlich eingetreten ist – und daß ihn der Versicherte nicht mutwillig oder fahrlässig selbst herbeigeführt hat – so muß unter dem Versorgungsprinzip über solche Einzelfälle hinausgegangen werden. Es geht nun um nichts weniger als die Feststellung bestimmter Charaktermerkmale des »Versicherten«; diese schwierige Aufgabe sollte nach der optimisti-

schen Auffassung der Juristen und Ökonomen, die bei der österreichischen Sozialgesetzgebung Pate standen, durch Vermittlungstätigkeit geleistet werden. Soweit die Theorie, die allerdings nicht sonderlich gut durchgedacht war. Man hätte sich zusätzlich überlegen müssen, wer unter welchen Bedingungen überhaupt einen Vermittler oder Makler in Anspruch nimmt.

Betrachten wir als instruktive Analogie Institute, die Ehen oder Partnerschaften vermitteln. Zu jedem beliebigen Zeitpunkt gibt es einen *Bestand* an Alleinstehenden; innerhalb eines bestimmten Zeitpunktes gibt es auch *Bewegungen* – Ehen werden geschlossen und aufgelöst. Je kürzer die durchschnittliche Dauer der Ehe, desto größer die Zahl der zu einem bestimmten Zeitpunkt verfügbaren potentiellen Partner, desto höher der Bestand (dessen Höhe selbstverständlich noch von anderen Faktoren abhängt). Tritt eine hohe Suchintensität hinzu (die Ehemülligen gehen zu vielen Parties, sprechen einander auf der Straße an etc.) dann wird ein Vermittler völlig überflüssig – der »doppelte Zufall des reinen Tausches«³, wo A hat, was B will, und B, was A will, hat genug Gelegenheit, einzutreten. Die Situation liegt anders, wenn – im Extremfall – die Ehe unauflöslich ist. Wenn wir annehmen, daß der Ehemüllige ab einem gewissen Zeitpunkt auf eine bestimmte Alterskohorte festgelegt ist, dann kann es Bestände von »Übriggebliebenen« geben, denen überhaupt keine Bewegung (Witwen und Witwer werden verbrannt) oder sehr geringe Bewegungen gegenüberstehen. Auf Parties wird man dann vor allem Paare treffen, auf der Straße Verheiratete ansprechen. Koordination der Alleinstehenden wird notwendig – sie können dem Klub der Einsamen Herzen beitreten, oder sich an einen Makler wenden. Zu Zeiten eines sehr bewegten Ehemarktes müssen Vermittlerdienste nur von jenen in Anspruch genommen werden, die keine Zeit zur Suche haben, oder die sehr unattraktiv sind. Kein Wunder, daß es dabei auch zu finanziellen Transfers kommt.

Der Arbeitsmarkt ist im allgemeinen der Gesellschaft mit häufigem Partnerwechsel wesentlich ähnlicher als jener mit unauflöslichen Ehen. Arbeitnehmer probieren Arbeitsstellen aus und Arbeitgeber Arbeitnehmer: und im allgemeinen werden recht unzweideutige Signale über die Willigkeit, eine Beziehung aufzunehmen, ausgesendet: Der potentielle Arbeitnehmer erscheint etwa persönlich am Fabrikstor, der potentielle Arbeitgeber gibt eine Annonce auf. Die Beziehung kann relativ unproblematisch aufgenommen werden, und bei kurzer Dauer auch relativ einfach wieder gelöst werden. Vermittlertätigkeiten erübrigen sich.

Nun führen wir Nachfrage- und Angebotsüberschüsse in unser Bild ein. Hat ein Krieg die Mehrzahl der Männer hinweg-

3 Cf. Fred Hirsch, op. cit., S. 97.

gerafft, dann haben die Männer nicht die geringste Motivation sich eines Maklers zu bedienen – sie werden von Frauen »be-
lagert«. Frauen können in einer solchen Situation natürlich ver-
sucht sein, sich an Leute zu wenden, die ihnen angeblich zu
einem Partner verhelfen können. Diese Versprechungen
müssen notwendigerweise unerfüllt bleiben, solange die
Männer kein Motiv haben, ebenfalls die Maklerdienste in An-
spruch zu nehmen. Dann können z.B. die Mitgiftjäger und die
reichsten Bräute zusammengeführt werden. Und umgekehrt,
wenn aus irgendeinem Grund Frauenmangel eingetreten ist.
Genauso geht es aber nun auf dem Arbeitsmarkt zu – wenn ein
Stellenüberschuß herrscht, haben die Arbeitsmakler keinen
Stellensuchenden zu vermitteln, wenn es ein Überangebot von
Stellensuchenden gibt, dann haben die Vermittler keine Stellen.
Diese Ungleichgewichtssituationen waren in der Vergangenheit
eher die Regel als die Ausnahme. Unter solchen Bedingungen
wird die Maklerfunktion des Arbeitsamtes *unerfüllbar*, wäh-
rend sie ansonsten ruht.

Diese zweite Behauptung ist vermutlich um einiges kontro-
versieller als die erste; wir werden sie daher etwas genauer
belegen. Vermittlerdienste werden dann in Anspruch genom-
men, wenn dadurch Suchkosten gesenkt und/oder Suchzeiten
verkürzt werden können. Dies ist nur dann möglich, wenn der
Vermittler gegenüber einem selbständig handelnden Individuum
einen *Informationsvorsprung* hat. Darüber hinaus kann die
Suchaktivität tabuisiert sein oder aus anderen Gründen als un-
angenehm empfunden werden. Im Fall der Partnersuche kann
man das Ansprechen auf der Straße für unschicklich oder zu-
mindest für wenig erfolgversprechend halten, die lockere Ge-
selligkeit von Parties kann einem zuwider sein; in solchen
Fällen steigt die Wahrscheinlichkeit, daß sich der Betreffende
an einen Vermittler wendet, bei dem jene registriert sind, deren
Absichten meist klar deklariert sind. Im Grunde wird hier eine
Form stigmatisierten Handelns durch eine andere ersetzt,
werden Risiken der Peinlichkeit gegen andere solcher Risiken
ausgetauscht, doch brauchen wir uns hier darum nicht zu
kümmern. Wesentlich ist, daß bei der Arbeitsvermittlung genau
der umgekehrte Tatbestand zu diagnostizieren ist – während die
selbständige Arbeitssuche in keiner Weise stigmatisiert ist, ist
es die Arbeitssuche über das Arbeitsamt sehr wohl. Die Koppe-
lung der Vermittlungs- mit der Leistungsfunktion spielt hier
eine zentrale Rolle – dort nehmen die »schwachen« Arbeitskräf-
te, die »Erfolglosen« etc. ihre Unterstützungszahlungen entgegen,
dort bekommen sie noch heute die »Notstandshilfe« (in
Ausführung derselben inneren Logik könnte man den erfolglo-
sen Versuch unternehmen, die Ehevermittlung über Bordelle
abzuwickeln). Unter diesem Blickwinkel, der die *psychologi-
schen* Suchkosten einbezieht, untergräbt die Leistungsfunktion

des Arbeitsamtes dessen Vermittlungsfunktion (solange die Leistungen stigmatisiert sind). Damit gerät ein selbstverstärkender Zirkel in Bewegung – die Vermittlungsdienste des stigmatisierten Vermittlers werden nur als letzte Ausflucht in Anspruch genommen, was die Qualität seines Angebotes senkt. Dies spricht sich dann herum und sorgt dafür, daß die Arbeitsuche über das Arbeitsamt weiterhin als quasi-deviante Aktivität wahrgenommen wird. Der Anreiz, sich eines solchen Vermittlers zu bedienen, sinkt damit für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber unter Null. Die empirischen Belege für diese fortwauernde negative Wahrnehmung der Arbeitsuche über das Arbeitsamt haben wir im Kapitel 5 geliefert.

Im Gefolge dieses Prozesses wird auch die dem Arbeitsamt zur Verfügung stehende Information entwertet. Eine lange Liste von Wohnungen nützt dem Wohnungssuchenden wenig, wenn diese alle unbewohnbar sind. Die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamtes wird auf einen Teilmarkt beschränkt, auf dem einander die potentiellen Partner, ob zu recht oder zu unrecht, als unattraktiv wahrnehmen. Damit fehlt dem Arbeitsamt aber die Information über das, was gesucht wird – »gute« Arbeitskräfte und »gute« Arbeitsstellen. Zwar können seit der Einführung des EDV-unterstützten Arbeitsmarktservice in jedem lokalen Arbeitsamt alle freien Stellen ausgewiesen werden, die in Österreich zu einem bestimmten Zeitpunkt angeboten werden. Dieser prinzipielle Vorsprung schmilzt im Vermittlungsalltag jedoch rasch zusammen – nicht nur die Qualität der vorhandenen Stellen, sondern auch Bezirksegoismen auf Seiten des Arbeitsamtes, mancher Unternehmer und mancher Belegschaftsvertreter führen dazu, daß Auswärtige erst in zweiter Linie eingestellt werden; dies und die so oft beklagte, aber meist durchaus verständliche (vgl. Kapitel 5) »mangelnde Mobilitätsbereitschaft« der Arbeitnehmer sorgen dafür, daß diese technologieunterstützte Information nutzlos wird – und damit zur Nicht-Information.

Während der erfolgreiche Vermittler in gewöhnlichen Märkten für seine Dienste bezahlt wird, kehrt sich dies für den so vielfältig behinderten Vermittler Arbeitsamt um – die Arbeitsmarktverwaltung muß finanzielle Reize einführen, soll ihre Vermittlungstätigkeit nicht gänzlich desintegrieren. Für Arbeitssuchende ergibt sich dieser Anreiz direkt aus den finanziellen Leistungen und den diese umschreibenden gesetzlichen Bestimmungen. Damit verändert sich das Verhältnis zwischen den beiden Funktionen aufs neue: War die Vermittlungstätigkeit zumindest von der latenten Funktion her im Dienste der Auszahlung von Leistungen und der Überprüfung der »Würdigkeit« der Empfänger gestanden, so zieht nun die Leistungsabteilung mehr oder weniger willige Kunden für die Vermittlungsabteilung an.

Die Einrichtung geförderter Arbeitsplätze andererseits motiviert die Unternehmenseite, sich der Vermittlungsdienste des Arbeitsamtes zu bedienen. Man nennt dies »aktive Arbeitsmarktpolitik«, doch ist diese Aktivität wiederum nichts anderes als die Reaktion auf die Sachlogik des Arbeitsamtes und der Maklertätigkeit. Die Spezialisierung auf einen Teilmarkt der unattraktiven Stellen und der unattraktiven Stellensucher paßt ebenfalls hierher – solche Partner müssen ja am ehesten mit einer Prämie versehen werden. Bei der konkreten Verteilung dieser Prämien kann die Sachlogik allerdings an ihre Grenzen stoßen. Man denke sich den Ehevermittler, der einem Mann eine Frau anträgt – »ja, ich weiß, sie ist abgrundtief häßlich, und kochen kann sie auch nicht, aber wir zahlen ihnen 95 Prozent der Höchstprämie«, und dies womöglich noch vor den Ohren der Frau. Die Tatsache, daß der betreffende Mann ein griesgrämiges Scheusal ist, dem schon 14 Frauen davongelaufen sind, findet hier keine Berücksichtigung. Solche Episoden sind natürlich nur bei Frauenüberschuß möglich; bei Männerüberschuß müßte sie die Prämie bekommen. In anderen Worten: Bei Vollbeschäftigung müßte ein schlechter Arbeitsplatz mit einem Lohn ausgestattet sein, der kompensatorisch wirkt. Dieser Mechanismus hat bei einem gesunkenen Angebot an Arbeitsplätzen überhaupt keine Verwirklichungschancen. Nun stehen wieder Stellen zur Verfügung, die auf allen Dimensionen unattraktiv sind; diese haben die höchste Wahrscheinlichkeit, in das Angebot des Arbeitsamtes aufgenommen zu werden – sie sind auch jene, die selbst von den Beamten für unzumutbar erklärt werden.

Durch die Prämierung der eigenen Vermittlungstätigkeit erscheint das Arbeitsamt wie ein Dienstleistungsbetrieb, der für seine »Dienstleistungen« nicht bezahlt wird, sondern stattdessen bezahlen muß – wie ein Friseurlehrling, bei dem man sich nur gegen Schmerzensgeld die Haare schneiden läßt. Hinzu tritt ein Grunddilemma der Arbeitsmarktverwaltung, das sie mit manchen anderen Bürokratien teilt. Ausmaß und Natur ihrer Aufgaben hängen eng vom Zustand eines Marktes ab, auf dessen fundamentale Parameter auch die »aktivste« Betätigung der AMV keinen Einfluß mehr hat. Die bürokratische Organisation kann aber nicht mit der nötigen Flexibilität auf diese Veränderung reagieren – man denke zum Vergleich an die Organisation, die Kriegsblinde betreut und deren Klientel mit mathematischer Unerbittlichkeit schrumpft. Da die Herbeiführung eines Krieges außerhalb des Handlungsbereiches dieser Organisation liegt, bleiben ihr nur andere Reaktionsmöglichkeiten – z.B. selbst zu schrumpfen, was von den in ihr Tätigen natürlich bekämpft wird. Eine andere Möglichkeit ist eine Verlagerung des Aufgabenbereiches, wie die Ausdehnung der Betreuung auf die Zivilblinden; oder die Einrichtung eines neuen und umfangreichen Schulungssystems für die alte Klientel.

Für die Arbeitsmarktverwaltung bedeutet das, daß auch ihre Weiterbildungs- und Umschulungsfunktion aus diesem Grunddilemma erwächst – wobei sich die Übernahme dieser Aufgaben nahtlos in die kurzfristige Interessenstruktur der Unternehmerschaft einfügt. Im Bewußtsein, daß man die »Schwächeren« unter die Haube bringen muß, macht man sich daran, diese zu »verbessern«; man übernimmt damit Kosten, die früher als Ausbildungs- oder Umschulungskosten von Unternehmern getragen wurden, bietet gleichzeitig Bildungsmöglichkeiten an, die nach Auffassung letzterer inferior sind, und fördert eine Verdrängungskonkurrenz, die letztlich zu Lasten der »Allerschwächsten« gehen muß, daneben aber zur Lösung des kollektiven Problems keinen nennenswerten Beitrag leistet. Wiederum findet sich der Beamte mit der Verwaltung von Maßnahmen befaßt, deren Sinnhaftigkeit durchaus zweifelhaft ist. Diese Agenden sind der Organisation in einem Prozeß zugewachsen, der zwar seine innere Logik hat, dessen Endprodukt jedoch nicht unbedingt die optimale oder überhaupt nur eine vernünftige Verteilung von Aufgaben sein muß. Und auch dort, wo der zentrale koordinierte Einsatz von finanziellen Mitteln sinnvoll und allem Anschein nach auch mit positiven Konsequenzen für die betroffenen Individuen behaftet ist – etwa beim Projekt Eisenstraße – trifft man auf Widerstände: »Die Wirtschaft« sperrt sich gegen eine derartige Konkurrenzierung, ungeachtet der Tatsache, daß sie die in solchen Projekten erbrachten Leistungen weder übernehmen kann noch will. Und auch bei diesem, allem Anschein nach zumindest vorläufig sehr erfolgreichen Projekt treten Probleme auf, die über die durchaus vorhersehbaren Klagen der Wirtschaftstreibenden hinaus weisen. Die Entlohnung erfolgt nach dem Kollektivvertrag, was sie schon von der Höhe her für viele Leute unattraktiv macht. Zusätzlich erfolgt sie nicht unter dem Titel »Lohn«; zusammen mit einer Reihe von anderen Faktoren führt dies zu Identitätsschwierigkeiten der Projektmitarbeiter, die sich meist nicht einmal entscheiden können, ob sie arbeitslos sind oder nicht. Die großangelegte Einrichtung solcher Projekte würde die offensichtliche Gefahr einer weiteren Segmentierung des Arbeitsmarktes mit sich bringen, wo »die Schwächeren« an gemeinnützigen und anderweitig unfinanzierbaren Projekten arbeiten, aber um einen geringen Lohn, mit weniger Sicherheit, praktisch ohne Aufstiegschancen und mit einem obskuren Stigma behaftet. Auch hier ist fraglich, ob eine im Einzelfall oft sehr nützliche Maßnahme irgendein kollektives Lösungspotential in sich trägt.

Soweit vorerst zur Vermittlungsfunktion des Arbeitsamtes, deren prinzipielle Unerfüllbarkeit in direktem Zusammenhang mit den Schulungs- und Subventionstätigkeiten der Institution steht. Die Leistungsfunktion wiederum hat Tücken, die derar-

tigen Problemen noch vorgelagert sind – eine davon besteht darin, daß nicht leicht zu verstehen ist, worum es sich bei diesen Leistungen überhaupt handelt. Dies wiederum hat die kühn klingende Konsequenz, daß der einzelne Beamte in dieser Angelegenheit weder weiß, was er tut, noch was er ist. Freilich kann uns der Beamte über seinen Tagesablauf Auskunft geben und uns *seine* Beschreibung der Aufgaben liefern, die er zu erfüllen glaubt. Die Gefahr allerdings, daß er die Ideologie seiner Institution mit deren sozialer Realität verwechselt, kann dadurch nicht aus der Welt geschaffen werden. Darüber hinaus ist selbst diese Ideologie recht unklar.

11.3. Versicherungsgesellschaft oder Risikogemeinschaft?

Die Idee, daß es sich bei den Zahlungen der Arbeitsmarktverwaltung zumindest in den ersten sechs Monaten um Versicherungsleistungen handelt, wird schon durch deren Namen nahegelegt. Friedrich Hayek hingegen, ein wichtiger Vordenker jener »Wendepolitik«, die sich gegen das angebliche Ausuferndes Wohlfahrtsstaates richtet, behauptet schlicht, daß es sich bei dem Ausdruck »Arbeitslosenversicherung« um einen Etikettenschwindel handle – wir hätten es bei solchen Institutionen nicht mit Versicherungssystemen zu tun, sondern mit Instrumenten einer (zwangsweisen) Umverteilung⁴. Wenn sich selbst ein Denker vom unbestreitbaren Kaliber Hayeks mit solchen Viertelwahrheiten zufriedengibt, dann darf es nicht Wunder nehmen, wenn in dieser Sache nicht nur bei den Kunden der Arbeitsmarktverwaltung große Unsicherheit herrscht.

Reine Versicherungssysteme zeichnen sich durch vier Merkmale aus, die für unsere Zwecke besonders bedeutsam sind. (a) Versicherungen führen eine vom Staat und von anderen mit ihnen konkurrierenden oder kooperierenden Versicherungen getrennte Kasse. Unabhängig davon, ob interne Umschichtungen vorgenommen werden – wenn z.B. ein defizitärer Bereich durch einen profitablen subventioniert wird – muß das Gesamtsystem einen Gewinn abwerfen, der zumindest die Gehälter der Angestellten abdeckt. (b) Selbstverständlich kann sich nur der um Auszahlungen aus dieser Sonderkasse bemühen, der diese auch mitfinanziert hat, indem er sich am Versicherungssystem beteiligt hat; (c) die Höhe der Prämien und Auszahlungen wird nach versicherungsmathematischen Gesichtspunkten errechnet; geht alle verfügbare Information in diese Berechnungen ein, dann handelt es sich um eine *faire* individualistische Risikogemeinschaft, wie es sich um ein faires Glücksspiel handelt,

wenn die Wettquotienten unter Zugrundelegung aller relevanter Information erstellt wurden; und (d) es ist dem System essentiell, daß eine *Ungleichverteilung* der Schadensfälle erwartet wird und im allgemeinen auch eintritt – wie es zum Wesen der Lotterie gehört, daß einige Gewinne machen, die ihren Einsatz übersteigen, während andere den Einsatz verlieren.

Betrachten wir nun die Arbeitslosenversicherung unter diesen Gesichtspunkten. (a') Von einer *getrennten Kasse* kann hier offensichtlich nicht gesprochen werden. Die Arbeitgeber etwa, die in den angeblichen »Topf« einzahlen, erbringen eine Steuerleistung; aus ihrer Warte von Einzahlungen in ein Versicherungssystem zu sprechen, wäre eine groteske Verdrehung des Tatbestandes. Sie »versichern« freilich *andere*, aber in diesem Sinn »versichert« auch der Raucher andere, wenn die Erträge der Tabaksteuer nicht ihm selbst, sondern – wie dies eher üblich ist – anderen zugutekommen. Das Finanzierungssystem der Arbeitslosenversicherung ist (b') gegenüber *diversen Steuerleistungen nicht abgeschlossen*. Damit wird aber die Beschränkung der Leistungsberechtigten auf die »Einzahler« – das sind jene Arbeitnehmer, die unter dem Etikett »Arbeitslosenversicherung« Einzahlungen leisten – *willkürlich*. Gegenüber z.B. rauchenden Selbständigen wird das Versicherungsprinzip hervorgekehrt, wenn sie sich um *Auszahlungen* bemühen; bei ihren *Einzahlungen* ist dieses Prinzip jedoch außer Kraft gesetzt. Das britische System der »social security« ist um einiges konsistenter als das österreichische der *Sozial»versicherung«* – dort steht ein Versorgungs- und Absicherungsprinzip im Vordergrund, was unter anderem in der Entkoppelung von Leistungen und zweckgebundenen Einzahlungen seinen Niederschlag findet. Die allgemeine soziale Absicherung des einzelnen wird dort als öffentliches Gut finanziert, wie etwa der Straßenbau (man stelle sich vor, Straßen dürften nur von jenen benutzt werden, die schon seit Jahren in den »Topf« der Mineralölsteuer eingezahlt haben). (c') Die Prämien und Auszahlungen einer Arbeitslosenversicherung *können* nicht nach versicherungsmathematischen Gesichtspunkten berechnet werden, sonst müßten z.B. obersteirische Schlosserlehrlinge die höchsten Prämien bezahlen. In der Tatsache, daß Einkommenschwächere kleinere Prämien zahlen, liegt ein (unumgängliches) Moment der Umverteilung. Bei den *Auszahlungen* wird es bereits wieder unlogisch – diese haben bekanntlich keine Untergrenze (Versicherungsprinzip) aber eine Obergrenze (Versorgungsprinzip). (d') Schließlich ist es *sowohl* der Versicherungsgesellschaft *als auch* der Versorgungsgemeinschaft wesentlich, daß Schadensfälle ungleich verteilt sind. Der, dessen Haus abgebrannt ist, entnimmt große Summen aus der gemeinsamen Kasse, während andere nur einzahlen – dies heißt jedoch offensichtlich nicht, daß sich der Schadensträger auf

Kosten anderer bereichert. Unter dem Versicherungsprinzip wäre der Langzeitarbeitslose genau jener Schadensträger, der im allgemeinen mehr aus der Kasse entnehmen wird, als er eingezahlt hat – wäre es der Regelfall, daß man bestenfalls soviel entnimmt, wie man eingezahlt hat, dann hätte man auf das Eingehen einer Risikogemeinschaft verzichten und das Geld auf ein Sparkonto legen können. Unter dem Versorgungsgedanken wird dem einzelnen ein *Recht* zugestanden, sein ökonomisches Überleben durch einen kollektiven Mechanismus finanziert zu bekommen. Im ersten Fall kann man überhaupt nicht von einer Transferzahlung sprechen, im zweiten handelt es sich um einen gerechtfertigten Einkommenstransfer; in beiden Fällen ist jener Betrachtungsweise, die den Langzeitarbeitslosen z.B. als »Schmarotzer« auffaßt, die Grundlage entzogen.

Reine Versicherungssysteme, wie sie oben charakterisiert wurden, können neben dem individuellen Nutzen der Risikoverringerung auch kollektive Güter hervorbringen, z.B. mehr allgemeine Sicherheit (oder ihr Gegenteil – man stelle sich den österreichischen Straßenverkehr vor, wenn alle Autos vollkaskoversichert wären). Dies trifft selbstverständlich auch auf Zwangsversicherungen und öffentliche Systeme der Existenzabsicherung zu – sie können z.B. die allgemeine Lebensqualität heben, indem sie den ökonomischen Existenzkampf entschärfen. Die Bereitstellung von öffentlichen Gütern bedingt des öfteren ein Ausmaß an Umverteilung – eben jene, die z.B. dann eintritt, wenn reichere Leute in stärkerem Ausmaß zur Finanzierung der Landesverteidigung herangezogen werden. Im Falle der Arbeitslosenversicherung kann man sich die Frage, ob solche Umverteilungseffekte wünschenswert sind, sparen, solange man die Idee eines solchen Systems der sozialen Absicherung im Prinzip bejaht (wie dies sogar Hayek tut) – dann muß man diesen (echten) Umverteilungseffekt in Kauf nehmen. Davon zu unterscheiden (was Hayek versäumt) ist der *scheinbare* Umverteilungseffekt, der sich daraus ergibt, daß manche Leute mehr aus dem allgemeinen Fonds entnehmen als andere – dies ist jeder Versicherung, jeder Lotterie und a fortiori jeder Risikogemeinschaft mit Elementen eines öffentlichen Gutes wesentlich.

Unfairen Nutzen ziehen dann nur jene aus dem System, die kassieren, obwohl der Schadensfall nicht eingetreten ist; wie jemand, der einer sehr gutgläubigen Versicherungsgesellschaft vorspiegelt, sein Haus wäre abgebrannt, und die Prämie zur Errichtung eines Zweitwohnsitzes verwendet. Die analogen Interpretationen im Fall der Arbeitslosenversicherung sind offensichtlich – die Pfuscher, die Arbeitsunwilligen etc., obwohl natürlich im Einzelfall schwer zu entscheiden ist, wer einer dieser Klassen zuzurechnen ist. Ist es vernünftig, den modernen Staat als eine solche Risikogemeinschaft mit Aspekten eines öffent-

lichen Gutes einzurichten? Die Antwort darauf liefert dieser Bericht als Ganzes. Wir können die wesentlichen Aspekte der österreichischen Arbeitslosenversicherung in folgender Tabelle zusammenfassen:

Versicherungsprinzip

Leistungen bei Eintreten des Schadensfalles (Arbeitsverlust), wenn Anwartschaft erfüllt ist und wenn Bezugsdauer nicht erschöpft ist.

Berechnung der Leistungen proportional zu den Einzahlungen, daher: keine Untergrenze.

Beschränkung der Leistungen auf »Einzahler«.

Ruhen der Leistung bei Kündigung durch den Arbeitnehmer.

Versorgungsprinzip

Leistungen nur bei Vorliegen bestimmter Persönlichkeitsmerkmale (z.B. »Arbeitswilligkeit«), daher: Kontrolle.

Berechnung der Leistungen nach Bedürftigkeit. Familienzuschläge. Obergrenze der Ansprüche.

Berechnung der Prämien aufgrund des Einkommens.

Subvention der Auszahlungen durch Nicht-Anspruchsberechtigte.

Auszahlung der Notstandshilfe – verschärfte Kontrolle.

Einbindung bestimmter »Nicht-Einzahler« durch spezielle Maßnahmen - Kurse, Akademikertraining etc.

Von der praktischen und empirischen Seite abgesehen, handelt es sich hier vom theoretischen Standpunkt aus weniger um eine geglückte Mischung als um einen Wechselbalg zwischen einem Versicherungssystem und einem »social security«-System; daher ist nicht verwunderlich, daß die meisten Klienten ebenso wie viele Mitglieder der Arbeitsmarktverwaltung nicht genau wissen, mit was sie es eigentlich zu tun haben; diese theoretische Konfusion übersetzt sich zwangsläufig in eine konfuse Praxis. Probleme entstehen somit in diesem Bereich auf mehrere Arten – einerseits durch die Verbindung der Vermittlungs- und der Leistungsfunktion, andererseits aus der Unerfüllbarkeit ersterer und der Unklarheit letzterer.

Das Versicherungsprinzip geht, wie gesagt, über Bord, wenn die Arbeitswilligkeit oder -fähigkeit der »Versicherten« zur Bedingung der Leistung gemacht und entsprechend kontrolliert wird – eine echte Versicherung beschränkt sich auf die Überprüfung der Frage, ob der Schadensfall eingetreten ist. Genau

dies kann in der Praxis von Beamten des Arbeitsamtes passieren, wenn sie den Klienten während der ersten 3 Monate mehr oder weniger unbehelligt lassen – sie rücken damit ihre Mischinstitution in die Nähe einer echten Versicherung. Ob sie von dieser Strategie Gebrauch machen, oder Gebrauch machen müssen, hängt natürlich vom Zustand des Arbeitsmarktes ab – wer keine freien Stellen hat, kann auch niemanden vermitteln. Das heißt aber, daß auch nach dieser Phase – der Phase der perzipierten Versicherungsansprüche – die Möglichkeit fehlen kann, die Arbeitswilligkeit des Klienten zu überprüfen, wie dies der Gesetzgeber vorgesehen hat und wie es nun auch der Beamte möchte. Erinnert sei daran, daß diese von Beamten informell definierte Frist insofern viel zu streng bemessen ist, als sie die Arbeitslosenversicherung nach der in jedem Fall unzutreffenden Logik des Sparvertrages behandelt.

Die kombinierte Vermittlungs- und Kontrollfunktion wird somit bei großem Stellenandrang zunächst von den Beamten selbst außer Kraft gesetzt und wird später unerfüllbar. In der sozialen Realität setzt sich damit ein Versorgungsprinzip durch, wie es vom Gesetzgeber für die gesamte Phase der Arbeitslosigkeit vorgesehen war, indem er die Auszahlung von Leistungen an »Arbeitswilligkeit« und dergleichen koppelte. Ob dieses jedoch sachlogisch richtig angewendet wird – ob nur die »unverschuldet Bedürftigen« im Gegensatz zu den »Schmarotzern« versorgt werden – läßt sich durch Vermittlungstätigkeit nicht überprüfen. Dem Beamten, der in dieser Phase nicht dem kaufmännischen Prinzip der Versicherung, sondern dem moralischen der Versorgung der »Schuldlosen« verhaftet ist, bleibt dann nur mehr der informelle Mechanismus der Schikane, um seinen Moralvorstellungen zu einer begrenzten Wirksamkeit zu verhelfen. Es ist dies einer jener Fälle, wo sich die Gerechtigkeitstheorie des Beamten – eine mehr oder weniger ausgebauten Konzeption darüber, wem was »zusteht« – in sein Handeln übersetzt. Diese normativen Entwürfe stellen die Grundlage von Kategorisierungen der Klienten dar und prägen so Varianten des Interaktionsstils. Davon zu unterscheiden sind Fragen des allgemeinen Umganges mit Klienten, der von den Unklarheiten durchsetzt ist, die sich aus der nebeligen Definition der ganzen Institution und damit auch ihrer Rollenträger ergibt. Diese Mehrdeutigkeiten bestehen nicht erst seit der Umetikettierung der Institution zum »Arbeitsmarktservice«, sondern entspringen einer automatisch entstehenden Diskrepanz, wenn »Beamte« »Dienstleistungen« erbringen. Sie sind auch nicht auf die Arbeitsmarktverwaltung beschränkt, wie jene Schaffner beweisen, die sich benehmen, als wären sie im Rahmen der Hoheitsverwaltung mit dem Transport von Untertanen befaßt.

11.4. Beamte und Kunden

Im letzten Teil dieses Kapitels wollen wir zeigen, wie die Beamten des Arbeitsamtes mit den bisher geschilderten Ambivalenzen ihrer Tätigkeit umgehen, und welche Auswirkungen das auf ihre Klientel hat. Der Grundgedanke ist hier, daß die bisher angestellten Erwägungen – eine Art »reine« Theorie des zur Debatte stehenden sozialen Feldes – prognostizieren, daß es in der Interaktion zwischen Beamten und Kunden zu bestimmten typischen Mustern und kaum vermeidbaren Störungen kommen muß. Bei der Betrachtung dieser empirischen Konsequenzen stützen wir uns auf Expertengespräche und die Feldbeobachtungen zweier Projektmitarbeiter; vor allem auf die Erzählungen unserer Befragten. Im Rahmen einer Analyse und Darstellung jener oft nicht wahrgenommenen Kosten (im weitesten Sinn), die Arbeitslosen aufgebürdet werden, ist es ganz natürlich, die Darstellung jener zu berücksichtigen, die eben diese Kosten zu tragen haben. Neben dieser subjektiven Betrachtungsweise erheben wir jedoch auch den Anspruch darauf, durch die Darstellungen unserer Interviewten etwas über die soziale Wirklichkeit des Arbeitsamtes lernen zu können; diese Darstellungen hängen nämlich keineswegs in der Luft, sondern sie sind in ein Netz zusätzlicher Beobachtungen eingebunden, die entweder aus der Studie selbst oder aus anderen Erfahrungskontexten stammen. Daraus ergeben sich Kontroll- und Validierungsmöglichkeiten, die über interne Konsistenzprüfungen unseres empirischen Materials hinausgehen.⁵

Der skizzierte Grundgedanke der Ableitung konkreter Verhaltensweisen aus einem theoretischen Entwurf der Funktionsweisen der Organisation verweist uns auf die einfache, aber wichtige Tatsache, daß weite Bereiche des Handlungsfeldes der Beamten durch strukturell vorgegebenes determiniert sind. Innerhalb dieses Rahmens bleibt Raum für den persönlichen Stil der Akteure. Es besteht nicht der geringste Widerspruch zwischen dem von uns entworfenen Bild einer Behörde, die mit widersprechenden Imperativen konfrontiert ist, einer unklaren Definition der von ihr zu erbringenden Leistung unterliegt und von einem Markt abhängt, den sie selbst nicht autonom gestalten kann, und den vorwiegend positiven Urteilen unserer Befragten über das persönliche Verhalten der Beamten. Hier wurde mit »nett«, »sehr nett«, »sehr höflich«, »freundlich« und dergleichen geantwortet: mehr als drei Viertel (76 %) von jenen,

⁵ Für eine anders gewichtete Analyse des Problems cf. Eva Cyba u.a., »Verwaltung in der Demokratie«, 2. Teilbericht, 5. Band *Determinanten und Restriktionen der österreichischen Arbeitsmarktpolitik*. Eine Fallstudie zum Problem regionaler Disparitäten, Wien, 1977, bes. S. 157 ff. (mimeo).

die sich dazu äußerten (n=38), benutzten eine derartige Charakterisierung. Eine quantitative Betrachtung der sehr positiven Zeugnisse, die den Beamten persönlich ausgestellt wurden, ergab überraschenderweise auch keine Variation dieses Beurteilungsmusters mit intuitiv naheliegenden Variablen, wie der Häufigkeit des Kontakts oder der Dauer der Arbeitslosigkeit. Zu vermuten ist, daß eine größere Stichprobe hier zu Ergebnissen geführt hätte – aus exemplarischer Perspektive sind es natürlich die Bezieher von Notstandshilfe etc., die sich oft mit einiger Verbitterung über die Behandlung durch die Beamten beklagen.

Wir werden auf diese Unterscheidung zwischen »Laufkundschaft« und »Stammkundschaft« noch zurückkommen. Hier die Darstellung einer Arbeitslosen, die auf diesem Kontinuum ungefähr in der Mitte liegen dürfte: »Könnte ich auch nichts (Negatives) sagen, so waren sie ganz normal, wie es halt in einem Amt zugeht, oben vielleicht ein bißchen hektischer, wenn du hinaufgehst, da im 1. Stock, wo die ganzen Damen drinsitzen, die sind schon ein bißchen, merkt man genau, launisch und so. Ich meine, das weiß ich von mir selber auch, wenn dir was nicht taugt, wenn dauernd viele Leute sind, und der hat wieder das nicht mit und das nicht mit, da wirst du schon grantig auch, das merkt man schon. Aber das ist überall gleich, in jedem Betrieb gibt es das. Und sonst ist alles relativ gut, normal abgelaufen.«

Die vielfältigen Bekundungen über die »Nettigkeit« der Beamten machen recht plausibel, daß die Probleme der Klienten nur selten aus den Launen der Beamten resultieren; die zitierte Schilderung verrät auch auf Seiten der Kunden ein Bewußtsein davon, daß etwa auftretende Schwierigkeiten aus strukturellen Zwängen resultieren. Erfahrbar werden auch diese allerdings nur als Einstellungen und Handlungsweisen der Beamten, mit denen man jeweils konkret zu tun hat. Dabei verfügen die Beamten natürlich über eine breite Palette von Deutungsmöglichkeiten der ihnen übertragenen Aufgaben; gesetzgeberische Absichten und latente Funktionen der Organisation kristallisieren sich in den Handlungen der freundlichen Beamten, die so erst die konkrete Gestalt des dem Arbeitslosen gegenüber tretenden Dienstleistungsamtes erzeugen.

Das Gebäude des Leobner Arbeitsamtes scheint aus einer Epoche zu stammen, als noch echte »Ämter« gebaut wurden. Über einige Stiegen hinauf und durch große Glastüren hindurch gelangt man in einen großen Vorraum, der heute sowohl den »Offenen Kundenempfang« als auch die Wartenden beherbergt. An drei Seiten dieses schmucklosen und in den Wintermonaten zugigen Raumes, der an einen Bahnhofswartesaal erinnert, befinden sich Türen zu den Zimmern der Beamten des Geschlossenen Kundenempfangs. Dort warten zu müssen, dürfte bei den

Betroffenen nur in Ausnahmefällen den Eindruck hervorrufen, die umworbene Kundschaft eines Versicherungsunternehmens zu sein. Dem entspricht die Dauer der Wartezeit, wie man es von Ämtern gewohnt ist; oder auch von Dienstleistungsunternehmen, bei denen meist ein deutliches Machtgefälle zwischen den Erbringern der »Dienstleistung« und ihren Klienten besteht. 38 Prozent der Befragten (n=45) gaben an, im allgemeinen länger als eine Stunde gewartet zu haben. In den allermeisten Fällen ordnen sich die Arbeitslosen diesen Bedingungen auch willig unter: »Gehen Sie heute zum Doktor, da muß ich auch warten« sagt Anna Tiefenbacher, eine arbeitslose Aufwärtlerin; und die ehemalige Lohnverrechnerin Irmgard Hausner, deren Beziehungen zum Arbeitsamt durch einen erfolglosen Vermittlungsversuch ebenso belastet sind (»es waren schon 10 vor mir dort«) wie durch das Ansinnen, als Serviererin tätig zu werden (»...immer eine andere Branche, was du gar nicht willst«), spricht in diesem Zusammenhang vorwiegend von »Ewigkeiten«: »...und deshalb hast du so ewig lange warten können, nur weil die eine Ewigkeit getratscht hat, vielleicht auch geschäftlich, das weiß man nicht...oder auch zwischen-durch eine Ewigkeit noch geraucht hat, das ist auch vorgekommen, das verstehe ich nicht ganz...«. Auch sie verwendet die medizinische Analogie: »...das ist wie bei einem Arzt« und macht mit diesem Vergleich deutlich, um welche Kategorie von Dienstleistung es sich für sie – und wohl auch für die anderen, die das Arbeitsamt mit dem Finanzamt und ähnlichen Institutionen vergleichen – handelt: Die Kundschaft tritt stathöhe- ren und mit eigenen Kompetenzen ausgestatteten Experten gegenüber, deren Diagnose bzw. Bescheide für die Klienten richtungsweisende Bedeutung hinsichtlich des weiteren Lebens haben.

Versucht man aus den Darstellungen der Betroffenen den *allgemeinen* Interaktionsstil der Beamten herauszudestillieren, dann wird deutlich, wie sehr die Idee der »Hoheitsverwaltung« in einer Institution weiterwirkt, die in optimistischer Weise – als könnten Worte Wunder wirken – auf »Arbeitsmarktservice« umgetauft worden ist. Zunächst findet man das grundsätzliche Charakteristikum amtlich-bürokratischen Handelns – die formal gesehen enge Definition des Aufgabenbereichs und der Grenzen der Zuständigkeit des jeweiligen Beamten – auch beim Arbeitsamt wieder. Dieter Adamer gehört zu jenen Leuten, die der Welt gern einige Reibungsflächen bieten; dies spiegelt sich auch in der Darstellung seiner Erfahrungen mit dem bürokratischen Alltag des Arbeitsamtes: »Aber es ist halt so wie auf jedem Amt, da sind soviel Junge drinnen, ich habe nichts gegen die Jungen. Ich war selber jung und froh, daß ich eine Arbeit gekriegt habe oder was, nicht, aber die haben von hinten und vorne keine Ahnung, die kennen nur ihre Statuten, die sie ein-

gedrillt kriegen, nicht, wenn es nicht genau nach dem Nummer eins, zwei, drei, vier, fünf herunterläuft, dann fallen sie aus dem Gleis, dann wissen sie nicht mehr, was sie sagen sollen und dann werden sie eben stur, dann fangen sie zum motschgern an und alles mögliche, ist mir schon passiert auch schon. Oder sie fangen an, den Beamten herauszukehren, obwohl sie es doch noch gar nicht sind. Steht VB am Türl oben und die schreit, ich bin Beamte, nicht.«

Dieses »aus dem Gleis fallen« ist nun allerdings etwas, was von den Beamten in gewissem Sinn sogar erwartet wird, wenn ihnen von Schulungsleitern und Vorgesetzten der Gedanke der Serviceinstitution nahegebracht wird. Letztere erfordert eben den »unbürokratischen« flexiblen Helfer, der seine toten Statuten den lebendigen Interessen seiner Kunden unterordnet. Auch ein Gutteil der Arbeitslosen erwartet von ihnen Gespräche, Verständnis und Hilfe – und nicht »bloß« die Erledigung ihres Falles nach den Buchstaben der dafür geschaffenen Gesetze: »Naja, sie sagen dir halt, was zu sagen ist, nicht, aber direkt näher eingehen, oder daß du eventuell deine Probleme erzählen könntest oder was, also ich weiß nicht.«

Ingrid Geisler, die die Vermittlungspraktiken des Arbeitsamtes als »ein bißchen eine Fopperei« empfindet, scheint sich auch nicht ganz sicher zu sein, ob für diese »Probleme« das Arbeitsamt die richtige Stelle sei. Tatsächlich dürfte es eine zu weitgehende Erwartung an das Arbeitsamt sein, wenn man von seinen Beamten fordert, die Rollen von Sachbearbeitern, Berufsberatern, Familienhelfern, Sozialarbeitern und Beichtvätern in einer Person zu vereinen. Andererseits wird man die für die Festlegung der Außendarstellung der Arbeitsmarktverwaltung zuständigen Agenturen von einer Mitverantwortung an der Entstehung derartig überzogener Hoffnungen nicht freisprechen können. In Klagen, wie der von Frau Geisler, und sie ist beileibe nicht die einzige, die derartige Wünsche äußerte, spiegelt sich das in Plakaten und Werbespots formulierte Selbstbild der Arbeitsmarktverwaltung wider – und muß auf Enttäuschungen stoßen.

Ironischerweise usurpieren die Beamten der Arbeitsmarktverwaltung die Rolle des Lebensberaters gerade dann, wenn es ihnen nicht zusteht und auch von den Betroffenen nicht erwartet wird. Dem Berufsberater wachsen plötzlich paternalistische Schwingen. Dann kippt die Situation der Beratung über Berufswünsche und Berufsmöglichkeiten um in eine Erziehungs- und Eheberatung, wo der Beamte plötzlich als mahnender und strafender Erziehungsberechtigter agiert. Beate Becker mußte sich sagen lassen: »Ja, was müssen sie sich scheiden lassen«. Einer 43jährigen Frau das vorzuwerfen, mag ihrer besten Freundin gestattet sein – und könnte dort zum Bruch der Freundschaft führen. Von einem Beamten, der über einen weiteren Fall von Notstands-

hilfeszahlungen verärgert sein mag, muß man sich derartige Vorwürfe allerdings nur dann gefallen lassen, wenn er über massive Sanktionsmöglichkeiten verfügt, und man daher gut tut, seine Laune nicht zu reizen. Einer Verwechslung, der Beamte offenkundig gerne erliegen, nämlich Zahlungen ihres Amtes wie Benefizien zu behandeln, die aus der eigenen Tasche zu begleichen wären, verdankte auch Herr Holzapfel die Ermahnung, »hätten sie sich keine Familie angeschafft«, als er sich über die Höhe der Unterstützungszahlung nicht gerade freudig erregt zeigte. Das frühere Privileg der Familiengründung wurde in der Moderne demokratisiert; daß man heiratet und Kinder aufzieht, ist fester Bestandteil des individuellen Lebensentwurfs, ein Recht, das z.B. der Beamte der Arbeitsmarktverwaltung völlig selbstverständlich für sich in Anspruch nimmt. Wenn nun einem Arbeitslosen bedeutet wird, daß er unvorsichtig war, als er den nicht bloß akzeptierten, sondern sogar geforderten Schritt der Familiengründung setzte, dann ist das von der Idee her eine Umkehrung eines Demokratisierungsprozesses, der tatsächlich stattgefunden hat. Was für andere Recht und Pflicht zugleich ist, soll dem Arbeitslosen vorenthalten werden – auch dies ist ein Beitrag zur systematischen Entrechtung und Degradierung. In solchen Episoden wird deutlich, daß dem Kunden des Dienstleistungsamtes nicht nur die *formale Verfahrenslogik* der Bürokratie, sondern auch das *Machtgefälle* entgegentritt, das zwischen derartigen Institutionen und deren Rollenträgern einerseits, den betroffenen Individuen andererseits besteht; wie der Patient im modernen Spital nicht nur der allseits beklagten »entmenschlichten« Medizin gegenübersteht, sondern sehr wohl auch Menschen, die allerdings oft dem falschen Drehbuch nachleben, wenn sich Ärzte wie preußische Generäle benehmen und Schwestern wie deren Adjutanten. Dieselbe Verwerfung und ein vergleichbares Machtdifferential finden wir auch beim Arbeitsamt. Sichtbar wird das Phänomen in einer Unzahl von Details, aber auch in recht konsistenten Verhaltensmustern.

So berichtet Ernst Holzapfel mit einiger Erbitterung von einem erfolglosen Versuch, über eine Firma, zu der er vermittelt werden sollte, Genaueres zu erfahren. Und in Parenthese fügt er hinzu: »Da rennt so ein lieber Vogel herum immer, wenn Du zu dem ›Guten Morgen‹ sagst in der Früh, der gibt dir sowieso keine Antwort«. Von einem niedrigeren Anspruchsniveau aus stellt sich derselbe Sachverhalt allerdings anders dar. Brigitte Kristandl geht von ihren Erfahrungen mit der Krankenkasse aus (»Zum Beispiel auf der Krankenkasse ist es so eine Sache – sie sind die Götter und du bist der kleine Depp, sozusagen«) und kommt zu einer durchaus positiven Bewertung des Arbeitsamtes: »Aber am Arbeitsamt gibt es das auch nicht; also wenn die von ihrem Zimmer herauskommen und du sitzt am Gang, wirst du begrüßt«. Sie ist so beeindruckt von dieser Be-

obachtung, daß sie sie dreimal wiederholt und schließt«...ich meine, das ist schon einmal ein positiver, freundlicher Punkt«.

In dieser Angelegenheit scheinen wir uns im allgemeinen doch auf dem Betätigungsfeld der so oft hervorgehobenen persönlichen Freundlichkeit zu befinden. Auch im Fall des nächsten Zitats scheint interpretative Vorsicht angebracht: »Also gerade, daß man sich hinsetzen darf, falls überhaupt das angeboten wird. Oder man setzt sich gleich hin, dann schauen sie eh schon komisch. Und dann eben so von oben herab, nicht, ›Also was wollen Sie, Sie beziehen ja von uns die Notstandshilfe, auf was warten Sie dann oder was wollen Sie überhaupt von uns‹, so ungefähr«.

Derartige Formen der Unhöflichkeit dürften – wenn sie vorkommen – häufig unbemerkt bleiben. Gerade bei Beziehern der Notstandshilfe drängt sich eine Situationsdefinition, nach der hier ein Almosenempfänger einem Organ der Hoheitsverwaltung gegenübersteht, geradezu auf. Die zitierte Befragte geht schon sehr lange und oft zum Arbeitsamt; dies mag ihre Wahrnehmung für feinere Details geschärft haben, andererseits aber selbstverständlich auch das Verhalten der Beamten modifiziert haben. Im vorliegenden Fall sind die Sitzgelegenheiten, die für die Kunden in den Beratungszimmern bereitstehen, eigentlich überflüssig. Gäbe es sie nicht, käme der Verdacht, man sei jemand, um den sich ein Amt bemüht, wohl gar nicht auf. So wie man auf Polizeistationen oder beim Finanzamt von vornherein nicht mit einem Interieur rechnet, das einladend ist, ebenso kann eine derartige Innenausstattung, wenn sie nicht von entsprechenden Verhaltensweisen der Beamten begleitet wird, erst darauf aufmerksam machen, daß sich zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine Kluft öffnet. Aufgrund der Besonderheiten des Falles muß man sich zwar vor einer vorschnellen Generalisierung hüten; allerdings haben wir demonstriert, daß kein sachlicher Grund besteht, gegen jene, die zu den eigentlichen Schadensfällen des ganzen Systems gehören, zu diskriminieren. In diesem Sinn beklagt sich unsere Befragte zu recht.

Von vermutlich allgemeinerer Bedeutung sind die Diskrepanzen, die beim Offenen Kundenempfang bestehen. Der Beamte ist durch den Schalter von seinen Klienten getrennt und wirkt oft im Hintergrund seines Territoriums, wo er mit zusätzlichen Tätigkeiten befaßt ist. Um mit ihm Kontakt aufzunehmen, müßte man ihn meist laut ansprechen und womöglich sogar bei seiner dienstlichen Tätigkeit *unterbrechen* – die wenigsten Mitglieder unserer Population würden derartiges überhaupt wagen. Typischerweise drücken sich daher potentielle Kunden des Arbeitsamtes dort wortlos und verlegen herum, gehen oft überhaupt wieder fort oder greifen nur sehr zögernd zu den aufliegenden Materialien; folgerichtig erhalten auch die Schilderungen unserer Befragten kaum Hinweise auf verbale

Kommunikation zwischen Beamten und Klienten beim Offenen Kundenempfang. Auch dieser liefert ein weiteres Beispiel bürokratischer Wortmagie – es passiert zwar einiges dort, aber es gibt keinen »Kunden« und es wird auch niemand »empfangen«. Beim Offenen Kundenempfang bleibt das primäre Bedürfnis des Klienten, eine Arbeit zu finden, notorisch unbefriedigt; die Erfüllung anderer Bedürfnisse, wie etwa nach einer Aussprache über die eigenen Probleme, scheidet wiederum an den Arbeitsumständen und der Selbstdefinition des Beamten. Der angebliche Kunde ist dann nicht nur der Bittsteller, sondern sogar praktisch unsichtbar; damit wird der Offene Kundenempfang zum Ort der unvermeidlichen Frustration.

Das Warten auf den öden Gängen haben wir bereits als unattraktives Merkmal des Dienstleistungsamtes geschildert. Wenn man hingegen zu einem bestimmten Termin erscheint, zu dem man unter Angabe der Uhrzeit vorgeladen wurde, dann kann es passieren, daß man vor verschlossenen Türen oder leeren Zimmern steht. Auch in solchen Fällen kann man sich kaum mehr als gleichrangiger oder geachteter Interaktionspartner fühlen: »Hat sie mir zugeschrieben, ich soll hinunterkommen. Ja, um 8 Uhr hat sie da, ich bin hinuntergefahren, ich war um halb acht dort, um dreiviertel neun ist die Dame einmal gekommen, da habe ich angeklopft, bin hineingegangen, ja jetzt müssen Sie einmal warten, hat sie gesagt, ja habe ich gewartet zehn Minuten was. Dann habe ich noch einmal angeklopft, bin ich noch einmal hineingegangen, hat sie gerade Kaffee getrunken und Zigaretten geraucht. Ja, ich habe keine Zeit noch. Das ist so gegangen bis halb zehn. Dann um halb zehn bin ich hineingekommen. Dann hat sie ein anderes Fräulein vorgenommen, weil das war eine Freundin von ihr, weil sie per Du waren. Und das ist halt, mir ist das mehr oder weniger egal...«

Die Kaffeepausen – willkommenes Intermezzo des grauen Büroalltages – sind für jene, die bestenfalls am Duft mitnaschen können, ein besonderes Ärgernis, weil sie schließen können, daß ihre Anliegen während dieser Zeit beiseitegelegt werden. Dem Maurer, der Ziegel und Kelle beiseite legt, droht natürlich keine Verstimmung von seiten seiner Arbeitsobjekte. Bei Beamten und anderen Akteuren, die mit Menschen zu tun haben, wird diese Verdinglichung in Kauf genommen, wenn sie durch eine anschließend erbrachte Leistung kompensiert wird. Im Fall der vergeblich vorsprechenden Arbeitssuchenden tritt das genaue Gegenteil ein: sie warten (in vielen Fällen) umsonst und außerdem noch unnötig länger. Stammkunden des Arbeitsamtes wissen um diese Bräuche Bescheid und richten ihre Vorsprachen so ein, daß sie die Kaffeepause vermeiden. Diese wird anscheinend recht pünktlich eingehalten.

In anderer Weise kann man jedoch sehr wohl in die Privatsphäre des Beamten involviert werden. Besonders bei Routine-

fällen entartet das Beratungsgespräch zu einer irrelevanten Charade, die man ohne weiteres auch durch private Telefongespräche unterbrechen kann. Manches Gespräch, das dem Kunden als privates erscheint, kann allerdings dem Kontext der Arbeit des Beamten entstammen, so wenn er mit Personalchefs telefoniert und um diese freundlich zu stimmen, das eine oder andere private Wort an sie richtet. Dies bedroht die Integrität des Kunden recht unmittelbar: Die Abwicklung privater Angelegenheiten in Anwesenheit von Personen, zu denen kein Verhältnis der Vertrautheit besteht, ist ein Zeichen der Geringschätzung – die Aristokraten vergangener Zeiten ließen häufig ihren Diensthofen großzügigen Einblick in ihr Intimleben, da es auf die Meinung dieser Niedriggestellten überhaupt nicht ankam.⁶ Dieses Regelsystem wirkt heute noch weiter – in Anwesenheit von Vorgesetzten oder unbekanntem und möglicherweise gleichrangigen Fremden führt man keine Privatgespräche. In schöner Symmetrie dazu kommt es vor, daß Beratungsgespräche geführt werden, während die Tür zum Nebenzimmer offensteht – dies ermöglicht Zurufe von einem Zimmer ins andere. So wird nicht nur die Ernsthaftigkeit des Beratungsgesprächs diskreditiert, sondern auch die Privatsphäre des Klienten – der auf deren Wahrung gegenüber den sozial überlegenen Beamten sehr wohl Wert legen kann – mißachtet.

Diese Mißachtung kulminiert, wenn in Anwesenheit des Betroffenen mit potentiellen Arbeitgebern Förderungsprämien ausgehandelt werden. Beate Becker berichtete über folgendes Erlebnis: »Ja, wir waren dann selber dort; meine Tochter war dann schockiert. Sie hat gesagt, Du Mama, jetzt mag ich nachher nicht mehr. Hat er den Betrieb angerufen, hat er gesagt, ja, wenn Sie das Mädchen nehmen, kriegen Sie einmal ein halbes Jahr 70 Prozent vergütet für sie; so die ganzen, ich weiß nicht, Soziallasten oder was sie da tragen... Die haben sich da ein bißchen gesträubt oder wie, ja, dann ist er gestiegen auf 80 Prozent, bis auf 95 Prozent. Dann hat mein Dirndl gesagt, Sie, hat sie gesagt, wissen Sie was, ich lasse mich nicht verschachern – wenn der hinaufsteigt auf 95 Prozent, dann muß sich der denken, ja das ist ja ein kompletter Dodel, die er jetzt einstellen soll.«

Der Servicegedanke, der von Imagestrategen in den Werbekampagnen der Arbeitsmarktverwaltung so laut und falsch hinausposaunt wurde, kommt auch im Bereich der Beratung häufig unter die Räder. Es scheint jedenfalls nicht gelungen zu sein, die Beamten dazu zu bringen, mit naheliegenden und leicht gewährbaren Hilfeleistungen freizügig zu verfahren. Mehrfach berichteten Befragte, daß ihnen Tips oder Hinweise, die man

⁶ vgl. Erving Goffman, *The Presentation of Self in Everyday Life*, Harmondsworth 1971, S. 151.

ohne viel Aufwand hätte geben können, vorenthalten wurden. Eine gewisse Zähigkeit, die man auch dort beobachten kann, wo sich das Arbeitsamt finanzielle Leistungen abringen läßt, herrscht auch im Bereich der Information. Sabine Bernthaler wurde ihrer Aussage nach »hunderttausendmal hin- und hergeschickt«. Eine gewisse Zurückhaltung bei der Vermittlung der relevanten Information dürfte hier wohl eine Rolle gespielt haben: »Ja, ich mein, zuerst hab ich nicht Bescheid gewußt, ich bin einfach mit dem Formular hinein und da haben sie gesagt, ja, ich muß alles aufschreiben, nicht, also von wann bis wann ich dort und dort gearbeitet habe und alles, ja gut, habe ich das gemacht und nachher haben sie gesagt, ich hab einen Arbeitsplatz nicht gemeldet gehabt, dabei war ich eh immer drinnen. Ja normal muß das eh auf dem Arbeitsamt aufliegen. Dann hab ich ihnen eine Bestätigung hineingebracht. Ja, die ist nicht richtig, da muß ich eine andere bringen. Jetzt habe ich noch einmal da hinauffahren müssen. Bis die dann wieder gekommen ist und was weiß ich was alles, nicht. Ja gut, es hat dann schon geklappt, sicher, nicht, aber naja, da bin ich immer gesessen, die sagen dir einfach, ja, das mußt du bringen und wenn das an dem Zeitpunkt nicht da ist, dann ist nichts. Aber die beraten dich nicht, wie du es machen könntest oder was weiß ich. Also mit einer Frage brauchst du da gar nicht kommen.«

Eine andere Befragte sprach hier treffend von einem »Ping-Pong-Spiel«, bei dem der Arbeitslose zwischen verschiedenen Institutionen hin- und hereilt, wobei ihn oft falsche oder einander widersprechende Informationen beflügeln; dies paßt zu der bereits in Kapitel 4 charakterisierten Tendenz, mit der Zeit von Arbeitslosen wenig sorgsam umzugehen. Eine Gegenreaktion auf dieses ansonsten ubiquitäre Phänomen stellt die eingebürgerte Praxis der Beamten dar, auswärtige Arbeitslose und Mütter seltener vorzuladen oder gar anzubieten, regelmäßige Vorsprachen zu unterlassen. Daß es sich bei diesen Begünstigten um eine Minderheit handelt, wird an den Angaben über die Häufigkeit des Besuchs des Arbeitsamtes deutlich. Immerhin die Hälfte der Befragten erklärte, einmal wöchentlich oder öfter beim Arbeitsamt vorzusprechen. Stellt man weiters in Rechnung, daß 63 Prozent unserer Population schon länger als 6 Monate arbeitslos sind, bedarf es nicht allzu großer Phantasie, um eine hauptsächliche Frustrationsquelle von Arbeitslosen zu identifizieren – häufig erfolgende Vorsprachen mit relativ langen Wartezeiten, die sich im allgemeinen als vergeblich erweisen.

Die haushälterische Einstellung der Beamten beim Umgang mit Informationen zeigte sich auch in zahlreichen, oft erstaunlichen Wissenslücken unserer Befragten. In diesen Wissenslücken kommt eine Tendenz der Beamten zutage, ihre Beratung auf einen eng definierten Bereich der Eigenzuständigkeit ein-

zuschränken; es ist die formal konzipierte Aktivität des Arbeitsamtes, die festlegt, welche Informationen erteilt werden – während Auskunftsheischende selbstverständlich Belehrung über jene Dinge erwarten, die *für ihre Situation* relevant sind. Dementsprechend fällt ein Vergleich, den die Mutter des behinderten Erich Drageric zwischen einem Beamten der Bezirkshauptmannschaft, der dem Helfer- und Beraterideal näherkommt, und dem Arbeitsamt zuungunsten des letzteren aus: »... das hat mir damals der Herr Klug von der Bezirkshauptmannschaft, der war sehr für Behinderte, obwohl er nicht damit zu tun gehabt hat.. Er hat meinem Sohn wirklich, ich muß ganz offen und ehrlich sagen, der hat mir Dinge gemacht und mir geholfen herumtelefonieren, wo könnte man das und jenes erreichen für das Kind, was es heute nicht mehr gibt. Der Mensch hat alles gemacht, so einer gehört auf das Arbeitsamt.«

Trotz seiner verdienstvollen Einstellung und Handlungsweise brauchen wir Frau Drageric nicht zu folgen, wenn sie annimmt, daß Herr Klug ein besserer Mensch sei als die Beamten des Arbeitsamtes; der Unterschied liegt wohl darin, daß sich ersterer als Berater und Helfer definiert hat, während es letzteren schwerfällt, zu einer vergleichbaren Selbstdefinition zu gelangen. Die Gründe dafür haben wir erläutert.

So können auch einfachste Hilfeleistungen zu kurz kommen. Als Rudolf Burger zum ersten Mal beim Arbeitsamt vorsprach, wußte er seine Versicherungsnummer nicht; etwas, was leicht zu beheben wäre, dachte er: »Wenn sich die Frau dort hinsetzt und anruft hinüber zur Versicherung hat sie sie in zwei Minuten, die Versicherungsnummer. Sie hat es mir zweimal nicht getan, das dritte Mal hat sie es dann getan. Ich meine, dann habe ich selber gesehen, es geht ja, das hätte sie mir können beim ersten Mal auch gleich machen, oder?«

Zu dieser engen Definition der Verpflichtung gegenüber dem Kunden tritt eine obrigkeitsstaatliche Neigung, ihm nicht allzu genaue Einschau in das Amtshandeln zu gewähren. Sehr deutlich kann man diesen Befund anhand der seit einiger Zeit in den Arbeitsämtern verwendeten EDV illustrieren. Von ihren Vorkämpfern als besonders kundenfreundlich gepriesen, ziehen die »Computerkastln« im Vermittlungsalltag recht häufig Aggressionen auf sich. »Die sitzen vor einem Computerkastl, wenn man hinkommt, gibt man denen die Karte hin, der tippt da durch die Gegend und schaut und schaut und schaut...«

Die Interaktion zwischen Beamten und Kunden wird sukzessive ersetzt durch eine zwischen Beamten und dem »Ding«, dem »Kastl oder was das ist« und der Klient verkümmert zum Stichwortgeber. Mag darin noch die frische Faszination der neuen Technik zum Ausdruck kommen, kann diese Erklärung für das damit produzierte Resultat nicht mehr gelten.

Allein schon aufgrund der Aufstellung der Geräte (sie sind

dem Beamten zu- und damit dem kontrollierenden Blick des Klienten abgewandt) bestimmt der Beamte, was er beispielsweise während eines Beratungsgesprächs »notiert«. Jeder zweite der von uns Befragten wußte nicht einmal, welcher Berufswunsch im Computer eingegeben war; alle Befragten vertrauten darauf, daß der Beamte sie richtig verstanden haben würde. Man darf bezweifeln, ob der Interpretationsvorgang durch den Beamten immer angemessen erfolgte (die uns vorliegenden Transkripte der Interviews lassen es nicht immer zu, festzustellen, welcher Beruf oder welche Tätigkeit von den Befragten angestrebt wird, was sowohl damit zu tun hat, daß die Befragten auf ein Arbeitsangebot erst nach dessen Vorliegen reagieren möchten, aber auch damit, daß bei einigen der Wunschberuf von der Notwendigkeit überlagert wird, irgendeine Arbeit aufzunehmen – um wieviel verzerrender muß dann wohl erst die Eintragung eines Berufskürzels ausfallen).

Die EDV, die einer verbesserten Information dienen sollte, wird kontra-produktiv, wenn das, was in ihr gespeichert wird, den Charakter der geheimen Verschlusssache gewinnt. Darüber hinaus entfaltet das Speichermedium merkwürdig verselbständigte Eigenschaften – »Sie haben mich nicht mehr gefunden im Computer«, klagte Michaela Prexl – was bis zur Zuerkennung magischer Kräfte oder zumindest amtlicher Kompetenzen reichen kann: »Der hat immer gesagt: ›Sie, die Computer sind zuständig, ich kann Ihnen überhaupt keine freie Stelle geben, das steht alles im Computer drinnen und die Liste liegt auf!‹ hat er immer gesagt«.

Die im vorhergehenden theoretischen Teil skizzierten Spannungen finden somit eindeutig ihren Niederschlag in den alltäglichen Interaktionen zwischen den Beamten und ihrer Klientel. Eine Dienstleistungsrhetorik, die einer durchaus argumentierbaren politischen Perspektive entspringt, wurde einer Institution übergestülpt, deren Wurzel in ganz anderen Denktraditionen liegen. Der Geist der Institution ist noch immer von einem staatlichen Hoheitsdenken geprägt, das sich dort, wo die Beamten und ihre Klienten zusammentreffen, in Verhalten übersetzt, dessen entscheidende Charakteristika nur undeutlich bewußt werden. Bei den Arbeitslosen entsteht so ein diffuses Ressentiment; der Beamte wiederum sieht sich einem Widerspruch zwischen der offiziellen Ideologie seiner Dienststelle und seiner alltäglichen Praxis gegenüber – auch dieser Widerspruch braucht nicht auf der völlig bewußten Ebene wahrgenommen zu werden. Diese Spannungen sind bewältigbar, solange sich die Klienten den unsichtbaren, aber fühlbaren Gesetzen der Institution unterordnen, indem sie das Wohlverhalten von Untertanen zeigen. Wenn sie jedoch die Dienstleistungsrhetorik ernst nehmen und von den Beamten Leistungen einfordern, die diese oft beim besten Willen nicht erfüllen

können, dann kommt Sand in das behördliche Getriebe; was vorher nur unterschwellig die Interaktion durchwebte, wird nun sichtbar, und der aufmüpfige oder auch nur naive Klient wird daran erinnert, daß er trotz allem mit der Obrigkeit konfrontiert ist. So stehen Kunden, die nie genau wissen, mit wem sie es eigentlich zu tun haben, Beamten gegenüber, die ebenfalls nicht genau angeben können, ob sie nun Helfer oder Verwalter sind. Diese wechselseitige Unklarheit der Situationsdefinition läßt beiden Parteien eine große Bürde auf. Diese wird zusätzlich erschwert durch die dem Arbeitsamt zugeordnete Vermittlungsaufgabe, die es nur in den seltensten Fällen zur Zufriedenheit der Beteiligten erledigen kann. Das häufige Resultat im interaktiven Bereich ist eine Art Freundlichkeit im Leerlauf, die bei reflektierteren Kunden bereits wieder negativ wahrgenommen werden kann. Gerti Menger, der zwar eine geförderte Arbeitsstelle vermittelt worden war, die sich aber dennoch unzufrieden zeigte, faßte dies in die sarkastischen Worte: »Sehr nett, viel zu nett, für das, daß sie nichts getan haben«.

Zu diesen allgemeinen Merkmalen der Beziehungen zwischen Beamten und Kunden tritt der einleuchtende Sachverhalt, daß die Klientel des Arbeitsamtes keine homogene Population darstellt. Konfrontiert mit einer im Grunde undurchschaubar komplexen empirischen Realität ist der Beamte genötigt, durch seine klassifizierende Tätigkeit Ordnung in diese Vielfalt zu bringen. Seine Aufgabe ist dabei noch wesentlich schwieriger als die anderer Makler, die sich ebenfalls ein – am besten zutreffendes – Urteil über ihre Klienten bilden müssen. Wenn jemand beim Eheinstitut auftaucht, dann ist das der beste Indikator dafür, daß er tatsächlich einen Partner sucht – es gibt keinen Grund, die Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen in Zweifel zu ziehen, wie auch ein Wohnungsinteressent, der sich an das Realitätenbüro wendet, dies kaum zum Zeitvertreib tun wird. Viele der Klienten des Arbeitsamtes sind jedoch in dieser Hinsicht von Anfang an belastet – bei jenen, die eine finanzielle Leistung beziehen, kann dies als Hauptgrund des Kontaktes mit der Arbeitsmarktverwaltung aufgefaßt werden. Die Motive des Klienten sind unklar und müssen in einem Interaktionsprozeß ausgehandelt werden. In diesem Prozeß erwirbt der Arbeitslose eine arbeitsmarktrelevante Identität für den Beamten, die er sich schließlich auch selbst zu eigen machen kann.

Den vom Beamten vorgenommenen Klassifikationen liegen seine Berufserfahrung und sein Alltagswissen zugrunde – Erkenntnisquellen, die einigermaßen problematisch sind, aber selten als problematisch wahrgenommen werden (vgl. unten). Eine erste grobe Unterscheidung kann zwischen *technischen* und *moralischen* Kategorisierungen getroffen werden. Die technischen Klassifikationen können nach dem Modell des Ehevermittlers interpretiert werden, der sich auf seine »psychologi-

schen« Kenntnisse verläßt, um festzustellen, wer zu wem paßt; er würde seinen Auftrag um einiges überschreiten, wenn er sich auch ein Urteil darüber anmaßte, wer überhaupt einen Partner verdient – in Zeiten des Ungleichgewichtes zwischen Angebot und Nachfrage wäre er allerdings fast gezwungen, auch solche Entscheidungen zu treffen. Der Arbeitsvermittler, der sich einem großen Stellenandrang gegenüber sieht, ist in eben dieser Situation – wenn nur einer Minderheit der Klientel geholfen werden kann, ist die Entscheidung darüber, wer der oder die Glückliche ist, nicht nur weit schwerer zu treffen, sondern wird auch den Einbezug normativer Kriterien erforderlich machen.

Wie es dem Ehevermittler darum geht, glückliche Ehen zu stiften, so muß der Arbeitsplatzvermittler darauf achten, die Erwartungen seiner Klienten nicht allzusehr zu enttäuschen. Dies gilt vor allem für die Arbeitgeber: Da der Beamte darauf angewiesen ist, von Unternehmen Stellen gemeldet zu erhalten, motiviert ihn sein professionelles Eigeninteresse, die an sich schon spärlich sprudelnde Quelle nicht gänzlich zum Versiegen zu bringen. Er wird also darauf achten, daß er den Firmen »gute« Arbeitskräfte vermittelt, um im Gegenzug weiterhin Stellen offeriert zu bekommen. Dies bedeutet, daß er die »Warteschlange« der Arbeitssuchenden zunächst nach seinen eigenen »technischen« Vorstellungen über die Qualität seines »Materials« sortiert. Reiht er auch die Arbeitsplätze nach demselben Prinzip, dann stehen sich am Ende der Warteschlangen unattraktive Arbeitnehmer (nach den Kriterien der Vermittler, die auch jene der Arbeitgeber sein können) und unattraktive Arbeitsplätze gegenüber. Kommen zwischen diesen Verbindungen zustande, dann werden diese meist unglücklich verlaufen: die betreffenden Stellen und Arbeitnehmer kommen dann wieder auf den Markt, und das Spiel beginnt von vorne.

Durch derartige Mechanismen werden sowohl Mehrfach-Betroffene als auch Langzeitarbeitslose erzeugt. Diese stellen dann die Stammkundschaft des Arbeitsamtes; besonders gegenüber dieser wird dann eine moralische Perspektive in die Situation eingebracht. Als Gesellschaftsmitglieder und als Mitglieder einer Agentur zum Ausgleich sozialer Lasten partizipieren die Beamten des Arbeitsamtes an einer – wie vage auch immer formulierten – Vorstellung von Gerechtigkeit. Diese legt es ihnen nahe, jenen vorrangig zu helfen, wieder Arbeit zu bekommen, die ihnen am unschuldigsten zu sein scheinen. Dieses hohe Maß an Moralisierung des Amtshandelns war von gesetzgeberischer Seite vorbereitet (Sperrfrist für jene, die selbst gekündigt haben etc.) und wird zusätzlich verstärkt, wenn in den Medien über Trittbrettfahrer und Sozialschmarotzer gejammert und an Stammtischen über die Tachinierer schwadroniert wird. Damit erwächst dem Beamten die Aufgabe, sich über die »Schuldfrage« ein Bild zu machen; er muß sich entscheiden, ob

der Klient als Opfer widriger Umstände aufzufassen ist, oder ob er seine Notlage durch Unbesonnenheit, Arbeitsunlust und andere Formen des Fehlverhaltens selbst herbeigeführt hat.

Die beiden Dimensionen »gut«/»schlecht« und »schuldig«/»unschuldig« liefern eine Vier-Felder-Klassifikation. In wessen Personenstammbaum »Geistig sehr schwach, Charaktermangel, arbeitsunwillig« zu lesen ist, der ist offensichtlich sowohl schlechtes Vermittlungsmaterial als auch ein schlechter Mensch, während Behinderte einerseits »unschuldig«, andererseits schlechtes Vermittlungsmaterial sind. »Gute« Arbeitskräfte, die z. B. durch den Konkurs ihres Arbeitgebers ihre Stelle verloren haben, scheinen die Anstrengungen des Vermittlers nicht nur zu lohnen, sondern auch zu verdienen; die vierte Zelle allerdings scheint leer bleiben zu müssen – wie könnte jemand, der an seiner Arbeitslosigkeit selbst schuld ist, gutes Vermittlungsmaterial sein? Dies verweist uns auf die mangelnde Unabhängigkeit der beiden Dimensionen, wobei der geschilderte Warteschlangenmechanismus einen zusätzlichen Beitrag zur Verstärkung dieses Zusammenhanges leistet.

Dies macht die Klassifikation nicht unbrauchbar; sie isoliert z.B. den typischen Versorgungsfall, jemanden, der ohne eigenes Zutun schlechte Arbeitsmarktchancen hat. Die Förderungen und Kurse der Arbeitsmarktverwaltung, die dem Versorgungsprinzip entspringen, sind für diesen Typ sozusagen maßgeschneidert. Eine angeborene Behinderung etwa kann zunächst die Ressourcen an moralischer Empathie, über die der Beamte verfügt, mobilisieren – solchen eindeutigen Versorgungsfällen wird mit mehr Engagement geholfen, sie werden intensiver beraten und die Auszahlung von Leistungen ist mit weniger Antagonismus besetzt. Ein Beispiel dafür liefert Toni Loidl, der von den Beamten sagt, »die waren alle nett, und so«, um dann über diesen bei unseren Befragten üblichen Respons hinauszu-gehen: »Ich habe mich von der beraten lassen, und die hat mich eigentlich gut beraten, ich kann nichts sagen, das war wirklich eine nette Frau...und die hat auch geschaut, daß das mit dem Kurs alles in Ordnung geht, und da habe ich mich eigentlich gar nicht mehr viel scheren brauchen, das ist sowieso vom Arbeitsamt ausgegangen«. Die weiter oben beschriebenen Rollendiskrepanzen treten hier weitgehend in den Hintergrund – einem von Geburt an Behinderten gegenüber kann man sich recht leicht als Helfer definieren. Auch solche Personen können jedoch den Verdruß des Beamten erwecken, wenn sie zuviel fordern, zu oft erscheinen und dadurch zu »lästigen«, wenn auch hilfsbedürftigen Dauerpatienten werden. Erich Drageric ist das beste Beispiel dafür, ein Behinderter, der um jeden Preis an der »normalen« Welt teilnehmen möchte und bei jedem versuchten Schritt auf Hindernisse stößt – die Idee des Beamten, daß er mit 24 aus »Altersgründen« seine Bemühungen einstel-

len solle, paßt sich nahtlos in diesen komplexen Ausschlußmechanismus ein. Auch Herr Drageric entlastet die Beamten dadurch, daß er zu einem einmonatigen Kurs abgeht; der gefällt ihm so gut, daß er das Vorhaben formuliert, sich »an diese Leute zu klammern«. Diese Verwendung der Sprache des Ertrinkenden illustriert recht gut, welche enge Beziehung gerade Behinderte zu staatlichen Institutionen gewinnen können – eine Enge, die es dem staatlichen Helfer und Berater oft nicht ganz leicht machen dürfte, bestehende Erwartungen zu erfüllen.

Jene Arbeitskräfte, deren Chancen, wieder in der offiziellen Ökonomie Beschäftigung zu finden, halbwegs intakt sind, können eine Zeitlang als »Versicherungsfall« behandelt werden, wenn dem Betroffenen von Beamten und Umwelt zugestanden wird, daß sie zurecht Leistungen aus dem mythologischen »Topf« entnehmen. Dann wird weitgehend darauf verzichtet, die Klienten mit Vorladungen oder Vermittlungen zu behelligen. In dieser Phase haben die Arbeitslosen nahezu ausschließlich mit der Leistungsabteilung zu tun. Anlässlich der Errechnung der Höhe der Bezüge geht es zu wie beim Kontakt mit anderen Ämtern oder auch Versicherungen – man muß Bestätigungen beibringen, Formulare ausfüllen, sich Untersuchungen unterziehen und warten. Ist diese Hürde einmal genommen, dann erübrigt sich auch der Kontakt mit der Leistungsabteilung; die Zahlungen treffen dann in schöner Regelmäßigkeit bei den Empfängern ein. In dieser Hinsicht gab es von Seiten unserer Population keinerlei Klagen. Auch jene, die zwar schlechte Beschäftigungschancen haben, aber durch ihre langjährige Teilnahme am Erwerbsleben legitimiert sind, können als unproblematische Versicherungsfälle aufgefaßt werden. Je älter der Arbeitslose, desto naheliegender ist die Betrachtungsweise, daß es sich um echte Versicherungsleistungen im Gegensatz zu finanziellen Transfers handelt. Und wie der Akt des Behinderten vom Schreibtisch des Sachbearbeiters verschwindet, weil er an einem Kurs teilnimmt oder eine geförderte Arbeitsstelle erhält, so verschwindet auch der Akt des älteren Arbeitnehmers, der in die Frühpension abgeht. Daß sein Wunsch nach Arbeit hier unter die Räder gerät – der ja ohne weiteres bestehen kann – fällt dabei vermutlich nicht weiter auf.

Mit dem normalen Versicherungsfall gehen die Beamten eine Art stillschweigenden Kontrakt ein, der sich auf die Vermeidung wechselseitiger Irritation bezieht. Dies wird nicht von allen Klienten sofort verstanden. Mit der Begründung »Ich muß ja, weil sonst sagen die, der ist ja gar nicht interessiert an seiner Sache« ging ein Befragter vom Beginn seiner Betroffenheitsphase an regelmäßig zum Arbeitsamt; ein solches Verhalten kann dem Beamten ähnlich unerwünscht sein, wie Fleißaufgaben des Schülers einem Lehrer, der bereits mit Korrekturtätigkeit überlastet ist. Auch die alleinstehende Maria Radakovic illustriert das Phänomen. Sie erholte sich die ersten zwei Monate

ihrer Arbeitslosigkeit vom »Konkursstreß« – sie hatte wegen eines Firmenzusammenbruchs ihre Arbeitsstelle verloren – entdeckte jedoch dann, daß sie mit der Arbeitslosenunterstützung finanziell kaum durchkommen konnte. Frau Radakovic hatte S 10300 verdient, bekam dann S 5370 Arbeitslosengeld, zusätzlich die Kinderbeihilfe für den Sohn. Da ihre Wohnungskosten monatlich S 3600 ausmachten, blieben für zwei Personen kaum S 3000 zum Leben. Ihre häufigen Besuche beim Arbeitsamt schildert sie folgendermaßen:

»Und dann immer wieder ständiges Hingehen zum Arbeitsamt, das hat immer geklagt: ›Was tun Sie schon wieder da?‹ Sag ich: ›Ich will eine Arbeit, ich kann mit dem Geld, das ich da kriege, nicht leben und ich will unbedingt eine Arbeit‹. Sagt er: ›Tut mir leid, Sie können in die Computerliste schauen, nur Gastgewerbe.‹ Sag ich: ›Es muß doch irgendwo eine Möglichkeit einmal sein, daß irgendwer um Bürokräfte anfragt‹. ›Nein, ich habe nichts, und wenn ich auch was hereinkriege, Sie sind nicht die erste, wir haben Leute, die länger warten‹. ›Ja‹, sag ich, ›dann werde ich es weiterversuchen‹. Sagt er: ›Bitte kommen Sie nicht so oft, andere haben zwei Jahre keine Arbeit und kommen nicht so oft wie Sie.‹ ... Er war wohl sehr nett und hat mich beruhigt und hat gesagt ›Schauen Sie, wir werden schon, irgendwann, wird sich was ergeben‹. Aber mit dem Nettsein allein genügt es mir halt auch nicht.«

Es sei erwähnt, daß Frau Radakovic schließlich eine Arbeit fand, allerdings über das umfangreiche Netz von Bekannten, das sie an ihrer früheren Arbeitsstelle aufgebaut hatte.

Wie kurzzeitig Arbeitslose die Beamten nervös machen, wenn sie zu oft kommen, so können auch Langzeitarbeitslose negativ auffallen, wenn sie inaktiv wirken. Wo man sich auf diesem Koordinatenkreuz gerade verortet sehen soll, entzieht sich häufig der Kenntnis der Betroffenen, da das Senden massiver Signale zur Erläuterung des Inhalts des impliziten Kontrakts (»Bitte kommen Sie nicht so oft«) nur eine Notlösung sein kann. Dadurch entstehen Grauzonen der Erwartung, in denen leicht der Eindruck entstehen kann, daß man immer das Falsche macht, unabhängig davon, wie man sich nun eigentlich verhält – »Ja, was machen Sie schon wieder da, es tut mir leid, ich habe nichts für Sie.« Läßt man sich aber drei Wochen nicht anschauen, dann heißt es, »wo waren Sie so lange?«

Diese und andere Techniken der Beamten, den Ansturm auf ihre Büros zu regulieren, müssen natürlich auch im Kontext der unterschiedlichen Auslastung der Institution in verschiedenen Konjunkturphasen gesehen werden; staatliche Bürokratien können auf solche Schwankungen nur einigermaßen träge reagieren. Ein Vergleich der Zahl der registrierten Arbeitslosen mit jener der Beamten des Arbeitsamtes Leoben zu vier verschiedenen Zeitpunkten ergibt folgendes spektakuläre Bild:

Tabelle 19: Durchschnittliche Bearbeitungszeit je Arbeitslosem im Arbeitsamt Leoben

Jahr	Monat	Vorgemerkte Arbeitslose	Bearbeitungszeit je Berater
1980	Februar	280 Männer 576 Frauen	28 Minuten
1980	August	96 Männer 314 Frauen	58 Minuten
1983	Februar	1330 Männer 750 Frauen	11 Minuten
1983	August	656 Männer 641 Frauen	18 Minuten

Vorgemerkte Arbeitslose nach Landesarbeitsamt Steiermark; eigene Berechnung.

Die letzte Spalte beruht auf einer einfachen Berechnung: dividiert man z. B. die im Arbeitsamt Leoben wöchentlich geleisteten Amtsstunden durch die Zahl der Arbeitslosen, dann standen im August 1980 pro Person wöchentlich durchschnittlich 58 Minuten Bearbeitungszeit zur Verfügung; diese sank bis Februar 1983 auf 11 Minuten. Daß derartige Schwankungen mit einigen Problemen verbunden sind, leuchtet wohl unmittelbar ein.

Aus dem Anschwellen des Kundenkreises bei nicht wesentlich erhöhtem Personalstand ergaben sich als unmittelbare Konsequenzen: Verzicht darauf, »aussichtslosen« Fällen Zeit zu widmen, Einschränkung der Beratungstätigkeit, Herabsetzung der Kontrollen, allgemeine Routinisierung des Kundenverkehrs, geringere Sorgfalt bei der Verarbeitung von Informationen. Es muß ziemlich genau das passieren, was auch bei Ärzten geschieht, die sich einer Patientenflut gegenübersehen. Selbstverständlich sind viele der Klagen, die von unseren Populationsmitgliedern geführt werden, auch in diesem Zusammenhang zu sehen; und während die Ärzteschaft selbstverständlich die Mitverantwortung für die in ihrem Bereich bestehenden Engpässe tragen muß, stehen die Beamten der Arbeitsmarktverwaltung dem korrespondierenden Phänomen schuldlos gegenüber. In diesem Zusammenhang gehört auch die Strategie, Vorsprechenden zu erklären, sie würden per Postkarte verständigt, falls etwas »Passendes« hereinkomme. Gutgläubige warten dann oft lange und vergeblich, weil sie längst aus dem Bestand der »Kartei« genommen wurden. Margit Swoboda etwa wartet noch immer auf das versprochene Schreiben, das sie nicht mehr erhalten wird; unter anderem genügt eine einmalige Vorsprache auf dem Arbeitsamt wohl nicht, um beim Beamten den Eindruck eines ernsthaften Interesses an einem Arbeitsplatz hervorzurufen.

In solchen Fällen greifen Theorien der Beamten darüber, wer wirklich eine Stelle braucht – »versorgte« Ehefrauen weniger als andere etc. – und das Verhalten der Arbeitssuchenden ineinander und lassen den Fall als wenig problematisch erscheinen. Vermittlungsbemühungen sind hier weniger lohnend als in dringlicheren Fällen; eine solche Dringlichkeit ist natürlich bei Leistungsbeziehern weit eher gegeben als bei jenen, die das Arbeitsamt als reine Vermittlungsstelle benützen möchten. Ähnlich unproblematisch sind auch jene Leistungsbezieher, die bereits eine Stelle in Aussicht haben, vor allem also Saisonarbeiter; auch sie werden ohne viel Reibung und ohne frustrierende Vermittlungsversuche des Beamten in den Zustand des Beschäftigtseins übergehen. Es besteht daher ein Doppelmotiv auf Seiten des Beamten, seine Klienten z. B. ins Gastgewerbe zu schleusen: Einerseits hat er dort tatsächlich Stellen anzubieten, andererseits erhöht sich so die Anzahl der unproblematischen Fälle, wenn es gelingen sollte, jemandem die Existenz des Saisonarbeiters auf Dauer schmackhaft zu machen. Die Informationen fließen auch in dieser Angelegenheit nicht allzu frei; vieles bleibt einem impliziten Einverständnis überlassen, das einigermaßen störungsanfällig ist. Brigitte Kristandl etwa, eine Verkäuferin zwischen zwei Stellen, macht sich Gewissensbisse (»Da haben sie sicher genug andere, was schon länger arbeiten, Arbeit suchen halt; und so habe ich fälschlich eigentlich gemeldet eben, daß ich Arbeit suche«) wegen ihrer temporären Inaktivität im Bereich der Arbeitssuche; Gewissensbisse, die angesichts der geschilderten Situation völlig überflüssig sind.

Ernst wird es mit der Vermittlungspraxis, wenn der Verdacht entsteht, daß sich ein Versicherungsfall zum Versorgungsfall herausmausern möchte; und bei jenen, denen dies schon gelungen ist, obwohl ihnen wegen ihres »Selbstverschuldens« die moralische Legitimation für diesen Status abgesprochen wird. Das Verhalten im Vermittlungsfall wird dann zum Prüfstein der »Arbeitswilligkeit« und damit der Berechtigung zum Bezug finanzieller Leistungen. Da nun der Stellenandrang z. B. zum Zeitpunkt unserer Erhebung 14:1 betrug, ist dieses Instrument in der Wirklichkeit wesentlich schwieriger zu handhaben, als es sich z. B. unsere Leitartikler vorstellen. Deren gedankenlose Propaganda setzt sich sogar in den Gehirnen jener fest, die selbst von Arbeitslosigkeit intensivst betroffen sind. Frau Kaltenbrunner hat selbst eine Periode der Arbeitslosigkeit hinter sich; noch kurz vor dem Interview waren sowohl ihr Mann als auch ihre Tochter arbeitslos. Dennoch übertreffen ihre arbeitsmarktpolitischen Visionen sogar den Gesetzgeber an Strenge. Sie kennt jemanden, »der hat fast 9 000 Arbeitslose gekriegt, wieso, warum, weiß ich nicht«; ausgehend von derartigen »Ungerechtigkeiten« ist sie der Ansicht, daß die Bezieher von Arbeitslosengeld den Empfängern der Notstandshilfe gleichgestellt werden sollten:

»Nein, weil ich sage, ein Junger, ein Alleinstehender, der kann wirklich, wenn er keine Arbeit hat, auf Saison oder sonst was gehen; nur weil er sagt, du, ich bin KFZ-Mechaniker, ich gehe da nicht als Tellerwäscher oder Liftboy, oder sonst was...das täte ich alles streichen, wenn Du es nicht willst, dann kriegst Du kein Geld, Aus-Schluß-Basta, das sehe ich nicht ein, da wäre ich hart. Ha, ha.«

Die Befolgung solcher Rezepte würde lediglich den Stellenandrang über die Branchen gleichmäßiger verteilen – und derartig erhöhen, daß der Handlungsspielraum der Vermittler noch weiter eingeengt wäre; es ist ein Rezept mit eingebauter Selbstvereitelung. Die Situation ist auch so schon schlimm genug. Zwar bekamen 68 Prozent (n=41) der von uns Befragten mindestens einmal eine Stelle zugewiesen; diese berichteten jedoch über 18 Episoden, die den Charakter untauglicher Vermittlungsversuche trugen, da sich die angebotene Stelle als bereits mit jemandem anderen besetzt herausstellte. Elfmal wurden Stellen angeboten, die falsch beschrieben oder extrem dequalifizierend waren oder wo die Ablehnung vom potentiellen Arbeitgeber ausging; in 7 Fällen wurden die angebotenen Stellen von den Arbeitssuchenden abgelehnt.

Maria Roscher ist eine besondere Stammkundin des Arbeitsamtes, da ihr vom Arbeitsamt bereits mehrere Stellen mit Erfolg vermittelt wurden. Über die Stellen selbst äußert sie sich sehr negativ, über das Arbeitsamt hingegen positiv: »Ja, also, eine Arbeit suchen, ist da gar nicht drinnen, weil das Arbeitsamt ist in dieser Beziehung sehr zuvorkommend, weil wenn sie etwas haben, wo sie glauben, was mir gefallen könnte, dann kriege ich ein Karterl, bitte kommen Sie herein«. Die Zwiespältigkeit ihrer Empfindungen gegenüber den erfolgten Dienstleistungen tritt sehr deutlich in der Konfusion ihrer Aussage zutage; davon abgesehen illustriert ihr Fall recht deutlich die These von der inferioren Qualität der Arbeitsstellen, die dem Arbeitsamt zur Verfügung gestellt werden. So arbeitete Frau Roscher in einem Autohaus (»für diese miese Arbeit waren es 5300 S«), eine Stelle, die sie nicht genommen hätte, wenn ihr nicht »das Arbeitsamt das Messer an die Kehle gesetzt« hätte.

So finden sich die Beamten in einer wenig beneidenswerten Position – wenn sie »glückliche Ehen« stiften, also einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer zusammenbringen, die miteinander zufrieden sind, so gehört dies zu den raren Erfolgserlebnissen. Viel öfter klagt mindestens einer der vorgesehenen Partner, wenn nicht beide. Als Instrument der Kontrolle der Arbeitswilligkeit und Unterstützungswürdigkeit der Klienten ist die Vermittlungstätigkeit ungeeignet – die Beamten selbst wissen um die niedrige Qualität der ihnen zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze und können es daher auch jenen, die sie der »Arbeitsscheu« verdächtigen, nicht verdenken, wenn sie die

angebotene Stelle ablehnen oder bald wieder verlassen. Sie sind dann in der Lage von jemandem, der mit einem Holzhammer ausgerüstet wird, um die Widerstandsfähigkeit von Eierschalen zu überprüfen. So löst sich das »Wissen« um die arbeitsmarkt-relevanten Eigenschaften der Klientel von der angeblichen Überprüfungsinstanz endgültig ab; was bleibt, ist der persönliche Eindruck, der aus den – von vornherein belasteten – Interaktionen mit problematischen Klienten entsteht und sich in mehr oder weniger schmeichelhaften Etikettierungen niederschlägt. So entstehen Computeraufzeichnungen, die eine zählleibige Eigenexistenz zu führen beginnen, als würden sie zu dem Zweck angefertigt, den Beamten bis zum nächsten Mal nicht vergessen zu lassen, was er über den Betroffenen zu denken habe. Das skizzierte obrigkeitsstaatliche Element des Dienstleistungsamtes entfaltet sich nun gänzlich; die stille Oberfläche teilt sich und Leviathan reckt seinen Schädel empor. Man kann dann etwa lesen: »Am 13. (...) um ... Uhr vom (durch die AMV geförderten) Kurs ausgeschlossen. X. wurde bereits einmal verwarnet; hat trotzdem andere Kursteilnehmer belästigt und einen Kursteilnehmer sogar nach Kursschluß verprügelt«.

Die Tatsache, daß der Beamte eine Handlung, die nun wirklich außerhalb seiner Überwachungskompetenz liegt – nämlich die Prügelei nach Kursschluß – nicht nur notierenswert findet, sondern auch noch mit einem entsprechenden Attribut (»sogar«) versieht, macht deutlich, daß mit diesem Klienten bereits verfahren wird, als solle er weder »vermittelt« noch »geschult« werden, sondern als ginge es darum, seinen Charakter zu erforschen. Was außerhalb eines Kurses geschieht, also essentiell Privatsache ist, kann, falls es ein strafwürdiger Tatbestand ist, der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebracht werden, es sollte allerdings in den Akten einer Behörde, die mit Arbeitsvermittlung etc. zu tun hat, nichts zu suchen haben. Diese hier deutlich werdende Tendenz zur charakterologischen Behandlung, zur Stigmatisierung der »ganzen Person« – die an die Sprache der geschlossenen Anstalten erinnert – ist weder ein Einzelfall noch sollte sie den Beamten individuell zugerechnet werden und damit die Qualität eines moralischen Vorwurfs bekommen; die Beamten agieren hier nicht anders, als es die Vorschriften ihrer Behörde von ihnen verlangen. Wenn man über so ungreifbare Dinge wie »Arbeitswilligkeit« zu entscheiden hat, kann man sich offenbar nicht anders behelfen, als daß man sich ein Bild von der Person macht – und in solche Bilder gehen, wie man weiß, immer auch Aspekte ein, die wenig oder gar nichts mit der Sache zu tun haben, für die sie eigentlich angelegt werden.

»Geistig sehr schwach, Charaktermangel, arbeitsunwillig« steht in einem anderen Personenstamm-»Blatt« und man kann sicher sein, daß, wer immer diese Zeile liest (und natürlich

werden die Eintragungen nicht nur von dem einen Betreuer gelesen), über die so beschriebene Person Bescheid weiß. Das Fatale daran ist nicht die Tatsache der Eintragung, sondern die Art der Klassifikation von Personen, – denn was sagt es schon, daß jemand »geistig schwach« ist. Jahrhundertlang gab es gerade für derart Etikettierte Arbeiten, die beileibe nicht angenehm waren, sie aber dennoch auch über Arbeit in die lokale Gesellschaft integrierten. Nicht viel anders verhält es sich mit Eintragungen wie »neigt zur Alkoholsucht«, wobei man auch hier überrascht zur Kenntnis nimmt, in wie hohem Ausmaß ein vulgärwissenschaftlicher Duktus in das Gesellschaftsbild von Beamten diffundierte: von einer Sucht muß die Rede sein, damit die Disqualifizierung des Arbeitssuchenden die Aura des fraglos Richtigen erhält.

Auch in diesem Bereich finden wir ein Schwanken zwischen Strategien der Ausgliederung der moralisch und intellektuell »Schwachen« und der paternalistischen Haltung von Sozialarbeitern, die wissen, was für ihre Klienten am besten ist, wenn sie sich wieder eingliedern wollen: »Kursbesuch dient der Beseitigung von Frustrationserscheinungen und Minderwertigkeitskomplexen, sowie der Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit, amp. gerechtfertigt«. Das Kürzel am Ende heißt: »arbeitsmarktpolitisch gerechtfertigt« – stünde es nicht dort, hätte der Beamte vorschriftswidrig gehandelt. Was muß das für ein »Kurs« sein, der derartig Titanenhaftes zu leisten in der Lage ist? Allem Anschein nach handelt es sich hier nicht um die Finanzierung einer Psychotherapie – und dennoch soll dadurch ein ganzes Bündel von Komplexen beseitigt werden.

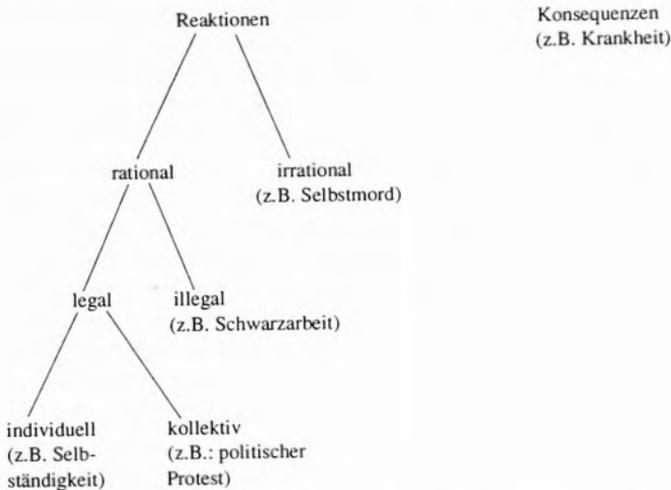
Diese wenigen Beispiele von Eintragungen im Kommentarfeld des PST zeigen zweierlei sehr deutlich auf. Zum einen hantieren die Beamten der Arbeitsmarktverwaltung mit Versatzstücken der Psychiatrie und man darf bezweifeln, ob sie die für eine auch nur einigermaßen korrekte Verwendung nötige Vorbildung aufweisen. Zugleich machen diese Etiketten, die man unter einer anderen Perspektive – die die Frage der Ausbildung der Beamten ausklammert – als im Gewand einer Wissenschaftssprache einherschreitende Alltagserklärungen sehen kann, deutlich, daß sie nicht als deskriptive Kategorien Verwendung finden, sondern der moralischen (Dis-)Qualifikation dienen: was bei einem Arbeitslosen als Alkoholsucht firmiert, würden dieselben Beamten bei einer statushohen Person, einem Bürgermeister oder Minister, sich bestenfalls hinter vorgehaltener Hand zuzuraunen getrauen. Wer ohne Arbeit ist, habe gefälligst moralisch untadelig zu sein und findet man kein anderes »Vergehen« als das des Alkoholkonsums, dann wird ein Durchschnittsverhalten moralisiert und zu einem sittlichen oder medizinischen Defizit stilisiert. Andererseits wirft die Verwendung von Etiketten wie den oben zitierten ein bezeichnendes Licht

auf die »Bewältigung« des Dilemmas der Beamten, zwischen Schuldigen und Unschuldigen, zwischen rechtens Unterstützung Beziehenden und Sozialschmarotzern innerhalb ihrer Klientel differenzieren zu wollen. Dann dient es natürlich der kognitiven Entlastung, wenn man jene Stammkunden des Arbeitsamts, die man trotz aller Anstrengungen nicht aus dem Bestand hinausbekommt, entweder als dauerhafte Pflege- oder Betreuungsfälle kategorisieren, oder als »Charakterschwäche« oder »zur Alkoholsucht Neigende« für ihr Schicksal persönlich haftbar machen kann.

Damit kommen wir zum Ende unserer – notwendigerweise – gedrängten und pointierten Darstellung. Um der Sachlage in ihrer ganzen Komplexität auch nur annähernd Herr werden zu können, hätte es einer Abhandlung im Buchformat bedurft. Der Grundriß einer solchen ausführlichen Darstellung liegt allerdings hier vor. Wenn es uns in diesem Kapitel darum ging, die Verstricktheit von im allgemeinen wohlwollenden und bemühten Einzelpersonen in einem Wirrwarr einander widersprechender Erwartungen und Definitionen nachzuzeichnen, dann wollten wir damit zeigen, daß die Kosten der Arbeitslosigkeit und des gesellschaftlich unvernünftigen Umgangs mit diesem Phänomen auch bei anderen als den primär Betroffenen anfallen. Die beherrschenden Mächte unseres politischen und alltäglichen Lebens sind Wirtschaft und Markt einerseits, Staat und Bürokratie andererseits. Auch im Phänomen der Arbeitslosigkeit begegnen einander diese Mächte; es entsteht eine eigenartige Verflechtung, die den Arbeitslosen zu ersticken droht, wenn ihm von beiden Seiten oft recht einseitige Geschäfte angeboten werden. Es entbehrt nicht der Ironie, daß auch der Beamte der Arbeitsmarktverwaltung in derselben Umschlingung zappelt.

Reaktionen und Konsequenzen

Wir haben im Vorhergehenden zahlreiche Reaktionsmöglichkeiten und Verarbeitungsstrategien von Arbeitslosen beschrieben. Ziel dieses abschließenden Kapitels ist es, diese Handlungsalternativen noch einmal zu systematisieren und auf jene, die bisher zu wenig Berücksichtigung fanden, kurz einzugehen. Das folgende Baumdiagramm illustriert die von uns angestrebte Systematik und die Anordnung unseres Vorgehens:



Wir beginnen mit den Reaktionen, die sich durch ihre mehr oder weniger bewußte Komponente von den vorwiegend kausal zu interpretierenden Konsequenzen unterscheiden. Wenn wir zur weiteren Zergliederung den Rationalitätsbegriff verwenden, dann ist selbstverständlich nicht an die hier uninteressante formale Zweck-Mittel-Rationalität gedacht. Auf die Komplikationen des Rationalitätsbegriffs brauchen wir uns hier nicht einzulassen; wir begnügen uns mit der Bemerkung, daß die psychischen Kosten der Arbeitslosigkeit so hoch werden können, daß der Akteur unter dem Druck der Situation zusammenbricht oder zerquetscht wird – »irrational« ist dann jedes Verhalten, das einen derartigen Ausgang des Dramas beschleunigt. Trivialerweise ist als rationale und legale Reaktion auf Arbeitslosigkeit die Wiederaufnahme bezahlter Arbeit zu nennen. Von den 71 direkt Betroffenen unserer Population hatten 8 zum Zeitpunkt

des Interviews schon wieder Arbeit gefunden. Nur in zweien dieser Fälle hatte das Arbeitsamt eine vermittelnde Rolle gespielt; ansonsten wurden die Stellen über persönliche Kontakte, Abklappern von Betrieben, aber auch durch Einschaltung lokaler politischer Graden gefunden. In 3 (vermutlich sogar 4) dieser Fälle kam es zu einer Niederstufung vom Facharbeiter zum Hilfsarbeiter oder sonstigen Ungelernten. Dies illustriert ein *Dilemma* zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit, das sich für jene aufzutut, die den naheliegendsten Ausweg aus der Arbeitslosigkeit suchen. Das Dilemma entsteht in einer individuellen und einer kollektiven Variante. Vom Standpunkt des Individuums aus wirken einen Reihe von Faktoren zusammen, die ihm den Wiedereintritt in die Arbeitswelt mehr oder weniger verleiden können. Wie wir in Kapitel 11 erläutert haben, ist die Qualität der Stellen, die über das Arbeitsamt vermittelt werden, im allgemeinen niedrig; jene, die über das Arbeitsamt eine Stelle finden sollen, stehen dann meist vor einer Wahl auf einem ziemlich niedrigen Nutzenniveau – zwischen Arbeitslosigkeit einerseits, schlecht bezahlter und anstrengender Arbeit andererseits. Aber auch bei der Stellensuche über andere Kanäle steht der Arbeitssuchende oft vor ganz erstaunlichen Optionen. Gisela Spirk etwa wurde eine Stelle als »Dienermadel« mit einem Gehalt von 2000 Schilling offeriert. Ottilie Dornbusch berichtet über ein junges Mädchen, das um 100 Schilling täglich 8 Stunden lang arbeiten geht (»ist ja wurst, ob ich daheim herumhocke, oder mir die 100 Schilling verdiene«). Maria Bretterklieber hatte einige Zeit lang mit dem Gedanken gespielt, selbst wieder arbeiten zu gehen, und mußte bei ihrer – halbherzigen – Arbeitssuche folgende Erfahrung machen: »Ich habe schon versucht, daß ich vielleicht irgendwohin arbeiten gehen kann, zu so einer – z.B. in Trofaiach hat ein älterer Herr eine Haushälterin gesucht, die was ihm den Haushalt führt. Da wollte ich hingehen, da hätte ich schon verdienen können ein bißchen, aber er darf mich nicht anmelden. Weil ich darf ja nicht arbeiten gehen, weil ich krankheitshalber in Pension gegangen bin, das wäre nur so stundenweise gewesen, und dann habe ich dort angerufen und dann hat der Mann gesagt, er will eine haben, die bei ihm schläft auch. Habe ich gesagt, da bin ich nicht die Richtige, tut mir leid, und habe wieder aufgelegt.«

Der berufliche Abstieg des einzelnen – auf einer Reihe von Dimensionen – kann natürlich auch in der Hochkonjunktur vor sich gehen; in Phasen mit höherer Arbeitslosigkeit ist sozusagen die Bahn abschüssiger. Die dem Arbeitslosen offerierten Stellen sind häufig auch unsicher; nimmt er die Stelle an, dann droht ihm eine weitere Phase der Arbeitslosigkeit mit einem wiederum gesunkenen Einkommen. So kann eine sich nach unten drehende Spirale entstehen, die den Betroffenen mit immer schlechteren Alternativen konfrontiert.

Unter dem kollektiven Aspekt sinkt die Attraktivität der Option »Arbeit« insgesamt und für jedermann. Bei zunehmender Arbeitslosigkeit kommt es im allgemeinen zu einer Schwächung der Gewerkschaften; verbunden mit einer Rhetorik des »Maßhaltens« kann dies zu Reallohnverlusten besonders der schlechter Verdienenden führen. Auch im monetären Verteilungskampf haben Unternehmer dann alle Trümpfe in der Hand; dies geht bis zu den 7.5%igen Lohnkürzungen, die in einer großen obersteirischen Fabrik »ausgehandelt« wurden. Am Arbeitsplatz wächst der Konformitätsdruck, die Solidarität zwischen den Arbeitern sinkt ebenso wie die Bereitschaft, auf Jüngere oder Ältere oder Behinderte Rücksicht zu nehmen. Ganz allgemein weht die rauhe Brise der Rezession auch in die menschlichen Beziehungen am Arbeitsplatz hinein. Michaela Michlmayer berichtet z.B. über die unheilige Allianz zwischen gestiegenem Leistungsdruck und verfallender Solidarität: »..da hast du müssen hinten nach sein, weil ich habe ja gesagt, die eine hat sieben, acht Packerln gemacht, nicht, nach dieser Zeit ist auch vorgegangen worden; sie hat das leicht geschafft, die anderen nachher, die schauen nachher wieder, die was schwächer sind, ist eh klar, nicht. Dann kommen natürlich Streitigkeiten heraus, eine Gruppe gegen die andere Gruppe...Jetzt haben wir schon oft gesagt, Silvia, sei nicht so schnell, gib ein bißchen nach, nicht – tu ich nicht, weil das ist mein Geld.«

Die sprichwörtliche Vorgesetztenäußerung »Sie können gleich gehen, es warten schon genug andere auf eine Arbeit« wurde in allen möglichen Variationen immer wieder berichtet. Viele Unternehmer haben es in der gegenwärtigen Wirtschaftssituation selbst nicht leicht; wenn man sich erinnert, wie viele unserer Befragten in Betrieben arbeitslos geworden sind, die in Konkurs gegangen sind (cf. Kapitel 3), dann kann man sich die Schwierigkeiten diese Unternehmer ebensogut vorstellen wie ihre Laune am Arbeitsplatz. Rationalisierung und Intensivierung als unternehmerische Strategien zur Bewältigung der Absatzkrise produziert Arbeitslosigkeit und senkt gleichzeitig die Lebensqualität. Zusätzlich verschlechtern sich die ohnehin nicht allzu glänzenden Arbeitsbedingungen jener, die am ehesten von Arbeitslosigkeit bedroht und betroffen sind, wahrscheinlich am schnellsten. Diese Verschlechterung der allgemeinen Arbeitsbedingungen verschärft selbstverständlich das individuelle Dilemma. Dieses reproduziert übrigens die Struktur der These vom »mangelnden Leistungsanreiz« als »Ursache« der Arbeitslosigkeit¹, allerdings aus anderer Perspektive – wir gehen nicht davon aus, daß die den Arbeitslosen gewährten Unterstützungen »zu hoch« sind, sondern verweisen

1 A.B. Atkinson, »Unemployment Benefits und Incentives«, in: John Creedy, *The Economics of Unemployment in Britain*, London 1981, S. 128-149.

unter anderem darauf, daß die dem Arbeitslosen angebotenen Löhne »zu niedrig« sein könnten. Oder in anderen Worten: Wollte man die von vielen Unternehmern und Ökonomen geforderten drastischen Unterschiede zwischen Unterstützungszahlungen und Arbeitseinkommen bei gewissen Lohnniveaus herbeiführen, dann ginge dies nur unter völliger Aufgabe des Prinzips der Grundversorgung (cf. Kapitel 11). Die Konstruktion des österreichischen Systems der Arbeitslosenversicherung ist im übrigen der ideale Wegbereiter einer solchen Entwicklung.

Eine weitere Strategie stellt der Übergang von der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit dar. Dies ist gerade in Österreich extrem riskant, da sich Selbständige vom wohlfahrtsstaatlichen Auffangnetz entkoppeln.

Josef Scherz hat eine abwechslungsreiche Arbeitskarriere hinter sich. Er lernte Maschinenschlosser in der Lehrwerkstätte der ÖBB und arbeitete später in der Werkstatt und im Verschub. Er kündigte, weil er sich nicht schon wieder versetzen lassen wollte, und arbeitete zunächst als Monteur in Wien, wobei er täglich von Leoben nach Wien pendelte. Nach zwei Jahren hatte er davon genug (»nicht daß ich ein Langschläfer bin«); er ließ sich auf Büromaschinenteknik umschulen und arbeitete 5 Jahre lang in Wien – »...dann habe ich mir gedacht, die Steiermark ruft, ich muß einfach herein.« Er hatte auch ein Angebot von einer kleinen Leobner Firma, das jedoch von Anfang an als riskant erschien – »...und er hat gesagt, werden wir sehen, wie es sich ausgeht mit drei Leuten, aber nach drei Monaten ist es sich nicht mehr ausgegangen, und ich habe keinen Job mehr gehabt.«

Auch Herr Scherz zeigte jene berufliche und geographische Mobilität, die vom »modernen« Arbeitnehmer immer wieder gefordert wird; und auch bei ihm wurde das nicht sonderlich honoriert – nach seiner Rückkehr hätte er in Tirol arbeiten können, aber er wollte nicht, er war ja heimgekehrt; in den Augen jener, die Mobilität immer von anderen fordern, eine hoffnungslose Sentimentalität. Seine erste Arbeitslosigkeitsphase beendet ein politischer Mandatar in der Rolle des Christkinds – Herr Scherz erhält einen Brief von einem Nationalratsabgeordneten, der ihm zu seiner neuen Arbeit gratuliert. Später ruft die Leobner Parteizentrale an – »...ich hab mich überhaupt nicht ausgekannt, was die wollen, ich hab mir gedacht, die wollen mir irgendwas verkaufen – und nein, hat sie gesagt, ich habe für Sie eine Arbeit...«. Was hier genau vorfiel, bleibt im Dunklen; Herr Scherz fängt jedenfalls in der ihm vermittelten Schlosserei an. Die Freude ist kurz, denn auch diese geht nach vier Monaten pleite »...da ist der Chef gekommen und hat eben gesagt, tut mir leid, Sie arbeiten fleißig, aber wir sind in Ausgleich gegangen. Wir haben blöd geschaut alle«.

In der Zeit der Arbeitslosigkeit hat Herr Scherz Tischlern und drehen gelernt und kunsthandwerkliche Gegenstände verfertigt – Holzvögel, Ostereier und dergleichen. Auch seine Frau Grete bemalt Bauernruhen und Glas. Da zusätzlich auch das Haus gebaut wurde, war Josef Scherz während seiner Arbeitslosigkeit äußerst geschäftig. Er hat zwar jetzt wieder eine Arbeit als Betriebsschlosser in einer Tischlerei; wenn das Haus fertig gebaut ist, möchte er sich jedoch gemeinsam mit seiner Frau selbständig machen. Ein unternehmerisches Temperament und vielfältige Geschicklichkeiten wird er jedenfalls – sollte es soweit kommen – einbringen können.

In unserer Population war allerdings die umgekehrte Bewegung – vom Kleinunternehmer zum Arbeitslosen – häufiger, trotz der rechtlichen Schwierigkeiten, die einer solchen Statusänderung im Wege stehen. Josef Scherz' Schilderung allein läßt vermuten, daß man als Kleinunternehmer in der Obersteiermark ebenso prekär lebt, wie als Arbeitnehmer. Um diesen Weg beschreiten zu können, braucht man einige Voraussetzungen – Risikofreude, Geschicklichkeit, Kapital. Wer all dies mitbringt, braucht dann noch einen ganzen Haufen Glück. Erika Brett ist einer der vier Fälle von verunglückten Kleinunternehmern, die wir unter den 33 älteren Arbeitslosen unserer Population fanden. Sie mußte entdecken, daß die Einführung eines Linksabbiegeverbots über das Schicksal ihres Tankstellen-Espressos entscheiden konnte.

Auch das vorzeitige Ausscheiden aus dem Berufsleben kann hier genannt werden. In manchen Fällen, wie bei Viktor Smetana, der nun seinen zahllosen Hobbys intensiver nachgehen kann, oder bei Michael Renner, kann man hier bloß von einem verfrühten »aktiven Lebensabend« sprechen; auch für diese Strategie haben nicht alle Arbeitslosen die richtigen Voraussetzungen.

Hans Musker hat 15 Jahre lang als Bäcker gearbeitet; wegen des Mehlstaubs entwickelte er Asthma und mußte den Beruf aufgeben. Er blieb zwar in der alten Firma, doch war er nun Hilfsarbeiter und verdiente 2000 Schilling weniger. Seine erste Arbeit war ihm auch lieber gewesen, weil er mehr Verantwortung hatte, als »erster Helfer beim Ofen«. Nach 19 Jahren als Handelsarbeiter wird er aus gesundheitlichen Gründen gekündigt. Er ist jetzt fünfzig Jahre alt. Sein Antrag auf Frühpension wurde einmal abgelehnt; die Gewerkschaft ist ihm jetzt bei seiner Berufung behilflich. Er lebt zur Zeit vom Pensionsvorschuß, das sind 5600 Schilling, von denen 2100 Schilling für Wohnungskosten weggehen. Seine Frau ist zwar auch krank, muß aber aus finanziellen Gründen als Aufräumerin gehen.

Hans Musker hat seine Mitgliedschaft bei seiner politischen Partei aufgegeben, da er sich den Mitgliedsbeitrag nicht mehr

leisten kann – die Partei hat sich von ihm ohne Widerstand getrennt. Er hat keine Bekannten – »Nein, der eine ist schon gestorben vor 6 oder 7 Jahren, mit dem ich immer beinander war. Der ist in der Au da unten beim Baden ertrunken, der hat einen Herzinfarkt gehabt.« Er sucht Schwammerln und pflanzt Gemüse im Schrebergarten; seine Frau zieht dort Blumen. Davon abgesehen hat er keine Hobbys; er entlastet seine Frau, indem er zusammenräumt, abstaubt, einkauft. Er trinkt nicht und raucht nicht. Am Ende des Interviews findet er selbst eine Formel, die dessen Inhalt zusammenzufassen scheint: »...in den Beruf kann ich nicht mehr gehen, weil das habe ich ärztlich...haben wir ein Glück«.

Statt Unternehmer zu werden, bieten sich verschiedene Übergangslösungen an. Arbeitsintensive Herstellungsverfahren können von Arbeitslosen wiederbelebt werden – da haben wir dann das Töpfern und Weben und Spinnen der »alternativen« Szene und der Mittelschichthausfrau, das man unter Umständen auch in ein meist bescheidenes Einkommen umsetzen kann. Kommt originäre Aneignung hinzu (das Sammeln von Wiesenblumen, um die gesponnene Wolle zu färben), dann haben wir es mit Tätigkeiten zu tun, die dem Arbeitslosen geradezu auf den Leib geschneidert sind – die Materialien sind billig bis kostenlos, und der Herstellungsvorgang wurde wegen seiner Arbeitsintensität durch die industrielle Fertigung verdrängt. In Großbritannien finden sich Ansätze einer solchen »Arbeitslosenkultur«, die durch ökonomische Zwänge mindestens ebenso geformt ist, wie durch »alternatives« Bewußtsein. Es sei an dieser Stelle lediglich an die ökonomische und politische Mehrheitigkeit derartiger Rückzugsstrategien erinnert.

Von dieser Grauzone aus gelangt man endgültig zur »schwarzen« Ökonomie – zu einer durchaus (individuell) rationalen Bewältigungsstrategie, die allerdings illegal ist. Wie bei allen Formen devianten Verhaltens ranken sich hier Legenden um die Häufigkeit und die Erscheinungsformen der betreffenden Aktivität. Jedermann kennt aus eigener Erfahrung irgendwelche Pfuscher; über die wird dann gesprochen, und es entfaltet sich die bekannte Logik des Gerüchts. Die weitergereichten »Informationen« verändern sich von Station zu Station; verdiente der Pfuscher zunächst noch 10 000 Schilling, dann kann dieses Einkommen nach wenigen Stationen auf 50 000 angewachsen sein. Waren die beteiligten Schwarzarbeiter zunächst noch drei, dann verändern sie sich vielleicht zu »einer ganzen Partie« und dann zu »dreißig« etc. Diese Gerüchte und Spekulationen mit systematischen Forschungsergebnissen zu kontrastieren, ist nicht ganz einfach. Daß sich die Auskunftsbereitschaft bei dieser Angelegenheit naturgemäß in Grenzen hält, ist nur einer der Gründe dafür. Wir fanden allerdings einen jungen Mann, der in dieser Hinsicht äußerst unbekümmert war.

Dietmar Fotter hat seine Lehre in einem Bauhilfsgewerbe absolviert. Seine letzte Stelle hat er selbst gekündigt; eine neue Stelle sucht er nicht, da er demnächst zum Bundesheer muß – er würde unter dieser Voraussetzung auch nichts bekommen, sollte man vermuten. Dietmar Fotter korrigiert diesen Eindruck jedoch: »Ich hätte jetzt schon wieder was bekommen, nur habe ich mir jetzt gesagt, jetzt kriegst du 6 Monate Stempelgeld, pfuschen tust du auch fest, das ist leicht bei mir, und ich mache mir jetzt mehr Geld, als wenn ich bei der Firma arbeiten täte. Und ich brauche das Geld beim Bundesheer, weil da hast du nichts; ich habe ein Kind, habe eine Wohnung, habe ein Auto, muß für das sorgen können, in den acht Monaten, wo ich nichts bekomme; und darum, ich kenn den Chef persönlich gut, bei dem ich halt hätte anfangen können, und da habe ich gesagt, Du, nein, lieber nicht.«

Herr Fotter verrät eine einigermaßen kommerzialisierte Einstellung, wenn er davon spricht, daß er nicht nur für sein Kind, sondern auch für seine Wohnung und sein Auto »sorgen« möchte; auch scheint er nicht zu wissen, daß es in diesen Angelegenheiten zum Teil finanzielle Unterstützungen seitens des Bundesheers gibt. Auf den ersten Blick jedenfalls scheint er genau dem arbeitslosen Pfuscher der Legende zu entsprechen – jemand, der in kühler ökonomischer Kalkulation Arbeitslosenunterstützung und Nebeneinkünfte zusammenzählt und zu dem Schluß kommt, daß er ohne offizielle Arbeitsstelle besser dran ist. Bei genauerer Betrachtung stellt sich allerdings heraus, daß er einem *arbeitenden* Pfuscher wesentlich näher kommt – er ist durch persönliche Beziehungen in eine wirtschaftliche Szene eingebunden, über die er Informationen und Aufträge bekommt. Seine Chancen, wieder eine Stelle zu finden, scheinen gut zu sein; bis auf die Tatsache, daß er zum Teil »Urlaub« macht und »Versicherungs«-ansprüche einlöst, unterscheidet ihn wenig von einem Arbeitsbesitzer. Letztere sind es auch, die vermutlich den Großteil des Volumens an Schwarzarbeit bestreiten – die Gründe dafür sind naheliegend: erfolgreiche Schwarzarbeiter müssen über die entsprechenden sozialen Kontakte, über relevante Fähigkeiten und die für viele Arbeiten notwendigen Maschinen verfügen. All dies ist Arbeitsbesitzern wesentlich leichter zugänglich als Arbeitslosen. Besonders jugendlichen Arbeitslosen fehlen überhaupt die Fähigkeiten – Markus Horvath antwortete auf die entsprechende Frage mit einem schlichten »Ich kann nichts«, während Michaela Prexl auf die Unterstellung, sie könnte nebenbei etwas verdienen, nur hilflos lachen konnte. Jene Kontakte, die zur Geschäftsbeziehung zwischen dem Schwarzarbeiter und seinem Auftraggeber führen, werden vermutlich häufig während der offiziellen Arbeitszeit hergestellt – ein Arbeitsloser, der bereit wäre, sich anheuern zu lassen, hat da schon mehr Schwierigkeiten, mit potentiellen Auftraggebern in Kontakt zu kommen. Die Partner

devianter Transaktionen haben es notorisch schwer, zueinander zu finden; ein legaler oder legitimer Kontext liefert hier den idealen Deckmantel. Für die Schwarzarbeit erfüllt die offizielle Ökonomie eben diese Funktion. Und auch die teuren Maschinen und Werkzeuge, die man für viele Arbeiten braucht, gibt es in der Welt der Beschäftigten zur Genüge. Und jene, deren Kompetenzen ohne viele Kapitalgüter zum Einsatz gebracht werden können, konkurrieren in der Regel mit einer größeren Zahl gleichartiger Anbieter dieser Dienste. So wie in Universitätsstädten die Zahl derer, die Nachhilfstunden anbieten, überproportional ist (und andererseits die Anbieter dieser Dienste meist nicht gewillt sind, in die Provinz zu pendeln, um den dortigen Markt zu versorgen), dürfte es sich auch bei den schwarzarbeitenden Friseuren und Friseurinnen um einen Markt handeln, der einer dauerhaften Nischenexistenz von Pfuschern wenig Raum gibt. Auch Dietmar Fotter gehört zur begünstigten Klasse jener, die wie der Maler nur einen Pinsel oder die Friseurin nur eine Schere zu ihrer Arbeit benötigen. Arbeit hätte er genug, doch sieht er die Schwarzarbeit nicht als Dauerlösung an – »...aber das ist nichts für die Dauer, ich möchte es nicht, und ich bin mir sicher, daß ich nach dem Bundesheer gleich schaue, daß ich wo hinkomme und daß ich dort bleiben kann.«

Herr Fotter war der einzige von unseren 71 direkt Betroffenen, der in einem derartigen Ausmaß pfuschte (wenn man vergangene Episoden oder geringfügige Schwarzarbeit, über die gelegentlich berichtet wurde, ausklammert). Aktuelle Nebenbeschäftigungen im geringfügigen Ausmaß wurden in 20% der Fälle angegeben (n= 64). Es ist damit eher unwahrscheinlich, daß konsequente und ertragreiche Schwarzarbeit für mehr als eine verschwindende Minderheit der Arbeitslosen eine realistische Option darstellen könnte.

Betrachtet man andere Formen illegalen Verhaltens, dann fällt auf, welch prominente Stelle Arbeitslose in der Kriminalberichterstattung eingeräumt bekommen; könnte man dem Lokalteil der Zeitungen Glauben schenken, dann müßte ein Großteil der verbrecherischen Aktivitäten Österreichs von »Arbeitslosen« oder »Beschäftigungslosen« bestritten werden. Dies dürfte zum Teil ein Klassifikationsphänomen darstellen; wurden früher auch Arbeitslose in den Zeitungsspalten vermutlich oft mit ihrem Beruf ausgewiesen, so dürfte es heute häufiger vorkommen, daß irgendwelche wirkliche oder angebliche Missetäter als »arbeitslos« etikettiert werden, auch wenn sie z.B. zur Tatzeit nicht arbeitslos waren, oder vielleicht zu einem früheren Zeitpunkt arbeitslos waren, inzwischen aber wieder Beschäftigung gefunden haben. Andererseits sollte es niemanden überraschen, wenn Personen, die von einer legalen Erwerbsmöglichkeit abgeschnitten werden, sich nach illegalen Einkunftsquellen umsehen. Drogenhandel oder auch nur das

mit System betriebene Stehlen von Kleidungsstücken von den Wäscheleinen der Hausfrauen – wie es in britischen Großstädten bereits üblich geworden ist² – stellen dann zwar gesellschaftlich mißbilligte, aber ökonomisch rationale Aktivitäten dar. Die in Zeiten der wirtschaftlichen Krise vermutlich ansteigende »inkompetente« Kriminalität gerät da schon eher in den Verdacht der Unvernunft; die Grenze zwischen dem Rationalen und Irrationalen ist hier nicht leicht zu ziehen. Bei amateurhaften Banküberfällen etwa fällt eine von außen herangetragene Kosten-Nutzen-Rechnung meist sehr zu Ungunsten des Akteurs aus. Zwar kann es sich hier um schlichte fehlerhafte Einschätzungen der eigenen Fähigkeiten und der zu erwartenden Risiken handeln – also um eine Form der Irrationalität – doch kann es sich auch um eine Art Hilferuf des Individuums handeln, das ähnlich wie beim »expressiven« Selbstmordversuch einerseits auf seine ausweglose Situation aufmerksam machen möchte, oder sich oder andere bestrafen möchte, andererseits jedoch eine durchaus rationale Strategie verfolgen kann, nämlich seinem Leben eine drastische Wende zu geben; auf manchen Dimensionen zum Guten, da der ertappte Bankräuber das Chaos seines »verpfuschten« Lebens gegen ein großes Ausmaß an Ordnung eintauscht. Dieses Sich-Überantworten an die von der Gesellschaft bestellten Helfer und Strafer läßt sich vermutlich bei Devianten vielerlei Typs identifizieren, die dem Druck widersprüchlicher Erwartungen und Erfahrungen nicht mehr gewachsen sind.

Es erübrigt sich beinahe, gesondert darauf zu verweisen, daß wir bei unserer Erhebung recht wenig von all dem fanden oder finden konnten. Die Türen der kriminellen Population unseres Erhebungsgebietes blieben den Interviewern ebenso wie den nachgehenden Mitgliedern des Projektteams fest verschlossen; während man an jenen, deren ausweglose Situation sich einmal in einer Verzweiflungstat entladen wird, diese Disposition ja nicht ablesen kann. Genausowenig läßt sich auf Grund unserer Erhebung etwas über extrem marginalisierte Gruppen sagen, etwa über Obdachlose oder Prostituierte; obwohl in Bezug auf letztere einiges an Gerüchten an uns herangetragen wurde. Auch diese Reaktionsformen gibt es, doch gehören sie nicht zur »alltäglichen« Arbeitslosigkeit, um die es uns vor allem ging.

Selbstverständlich war auch kein Populationsmitglied bereit, uns etwas über eigenen Drogenmißbrauch oder solchen der Familienmitglieder zu sagen; danach waren sie natürlich auch nicht gefragt worden. Gelegentlich nur kam es zu farbenfrohen Schilderungen über *Außenstehende*; so berichtet eine Befragte über den Vater des Freundes: »...ja, zu den Kindern sagt er, ihr Rabenviecher, gehts was arbeiten, und selber tut er überhaupt

² Cf. Jeremy Seabrook, *Unemployment*, Oxford 1984.

nichts.« Den Zweitältesten habe der Vater »..zum Saufen erzogen; den hat er um fünf Uhr in der Früh, hat er ihn heraus gehaut aus dem Bett, und dann sind sie zum Bauern gegangen, da kriegen sie Most und Schnaps und Bier...« Im Vergleich dazu sieht eine der wenigen Schilderungen zu diesem Thema, die sich auf *Familienmitglieder* bezieht, so aus: »Und mein Mann neigt dazu, wenn ich nicht da bin oder wenn niemand da ist, daß er ein bißchen ins Gasthaus geht und dort ein bißchen sitzen bleibt und von dem bißchen werden es dann Stunden, und dann hat er halt ein paar Bier, er verträgt eh nicht viel, da braucht er eh nur vier, fünf trinken. Und dann kommt er heim und dann ist er nicht gar, wie soll ich sagen, ist er nicht der Beste dann, wenn er was getrunken hat, dann kommt er natürlich, kommt ihm dann alles heraus, wissen Sie eh, das was er so in sich hinein nimmt, und das ist halt so, das kann man nicht ändern, aber wenn er was getrunken hat, dann kommt das heraus. Das kommt aber nicht oft vor, ich sage nur, das käme vor, wenn niemand da wäre.«

Wie sensibel dieser Bereich ist, zeigt sich an der wechselnden Festlegung auf den Realitätscharakter des Erzählten – der Mann »neigt« zunächst zum Biertrinken, dann wird behauptet, das käme »nicht oft« vor, und schließlich wird der ganze Bericht zurückgenommen und im hypothetischen Raum angesiedelt.

Wie es zwischen dem Rationalen und Irrationalen eine Grauzone gibt, so können auch Reaktionen und Konsequenzen einander überlappen und miteinander verwoben sein. Es gibt hier komplexe interaktive Prozesse, wo die Anpassungshandlungen des Individuums kausale Konsequenzen oder auch normative Reaktionen der Umwelt hervorrufen und wiederum zu neuen Anpassungsleistungen des einzelnen motivieren. Das Endresultat jedenfalls ist eine deviante Identität.³ Hermann Kainer verlor einen seiner Arbeitsplätze, weil in seiner Firma Geräte verschwanden, und er verdächtigt wurde, diese entwendet zu haben. Damals kam es zu einer erfolglosen Hausdurchsuchung; seitdem fühlt er sich von der Gendarmerie verfolgt. Er wurde unter anderem wegen Radfahrens in betrunkenem Zustand zu 16 500 Schilling Geldstrafe verurteilt. Dies beruhte seiner Darstellung nach auf purer Erfindung eines schikanösen Beamten – ».. ich habe nichts gesoffen den ganzen Tag, wenn ich den ganzen Tag am Dach oben bin und Eternit nagle ...«. Bei einer anderen Gelegenheit sieht er sich von einem örtlichen Postenkommandanten schikaniert: »Dann hat er gesagt zu meiner Mutter, ja, er wird den Hausherrn anrufen, daß er uns hinaus-hauen soll da, er weiß, andere Leute, was eine Wohnung brauchen, lauter solche Sachen ...«. Hermann Kainer ist sicherlich ein schwieriger Charakter, doch sprechen einige Indizien dafür,

daß ein Teil der Verantwortlichkeit für seine permanenten Auseinandersetzungen mit den Behörden bei letzteren zu suchen ist. Ganz allgemein ist Herr Kainer in Dingen, die seinem Image durchaus schaden könnten, von erstaunlicher Offenheit; dies verleiht auch den entlastenden Details seiner Darstellungen eine höhere Glaubwürdigkeit.

Für den ländlichen Exekutivbeamten ist es wesentlich einfacher, einen Überblick über seine wirkliche oder potentielle oder imaginäre Klientel zu gewinnen, als für sein städtisches Gegenstück. Dies verleiht ihm die Gewißheit, daß er die »Braven« und die »Bösen« seines Sprengels kennt, daß er über seine Schächchen Bescheid weiß wie ein Dorfpfarrer. Dadurch entfalten jedoch Etikettierungsmechanismen ihre volle Macht; passiert irgendetwas, dann »weiß« man, wer als Täter in Frage kommt. So tritt der einmal Etikettierte in eine ungewollte Stammkundenbeziehung zur staatlichen Ordnungsmacht. In einer bezeichnenden Schilderung berichtet Hermann Kainer vom unwirschen Auftritt eines Gendarmen, der die polizeiliche Meldesituation der beiden Lebensgefährten überprüft, eine Art Fleißaufgabe des Beamten, die in eben dieser Stammkundenrelation ihre Erklärung findet. Das Arbeitsleben Hermann Kainers ist von einer gewissen Orientierungslosigkeit charakterisiert. Unklar bleibt, warum er nicht mehr als Koch arbeiten möchte. Er bastelt elektronische Geräte; die nötigen Kenntnisse eignet er sich aus teuren Büchern an, die er selbst gekauft hat. Er zeigt jedoch kein Interesse daran, diese Neigung in eine berufliche Laufbahn einzubringen. Er scheint von Berufen, für die man einen Führerschein braucht – wie z. B. Baggerfahrer – sehr angezogen, doch hat er aufgrund seines devianten Vorlebens kaum Chancen, den Führerschein zu bekommen, wie ihm von Seiten der Gendarmerie versichert wird. Er ist ein vielseitig begabter Mann. Was an seinem Fall erstaunt, ist die Massivität, mit der die Umwelt auf seine vergleichsweise milde Devianz reagiert hat. Zusammen mit seinem »negativen Einkommen« (cf. Kapitel 7) greifen hier Faktoren ineinander, die allesamt dieselbe Stoßrichtung haben; ihr Ziel ist die endgültige Marginalisierung eines Individuums. Von diesen Faktoren ist der Arbeitsplatzmangel einer der wichtigsten: Er stellt jene ökonomischen Sanktionsmechanismen bereit, durch die unsere Gesellschaft zu einer Mühle wird, die alle glatt reibt, und jene, die noch immer Kanten zeigen, erbarmungslos zerquetscht.

Auch Rudolf Burger gehört zu den devianteren Mitgliedern unserer Population – zum Zeitpunkt des Interviews ist er gerade vor fünf Wochen aus dem Gefängnis entlassen worden, nach Verbüßung von zwei Dritteln einer sechzehnmonatigen Haftstrafe. Er ist gelernter Schlosser; er war viel im Ausland auf Montage und hat dabei sehr gut verdient. Wieder in Österreich, arbeitete er in einer Firma, die in

Konkurs ging. Mit seinen Ersparnissen und mit Gelegenheitsarbeiten übertauchte er eine zweijährige Phase der Arbeitslosigkeit, während der er über ein Jahr ohne Bezug war – er hatte auf die Notstandshilfe verzichtet. Er ging schließlich wieder ins Ausland. Er wird in eine Schmuggelaffäre verwickelt – »...ja, ich habe das ja selber nicht gewußt zuerst, was wir da überhaupt, das war so ein Ding...«

Nach der Entlassung sucht Rudolf Burger zunächst über das Arbeitsamt Arbeit. Dort kann man sehr wenig für ihn tun; man sagt ihm auch, daß es für Ausgelernte keine Umschulungen gebe. Herr Burger interessiert sich sehr für Hydraulik; auch er hat sich in Leoben Bücher zu diesem Thema gekauft. Sein Bildungswille nützt auch ihm nichts; schließlich findet sein Bewährungshelfer eine Arbeit für ihn. Rudolf Burger arbeitet nun als Bauhilfsarbeiter; sein Arbeitstag im erweiterten Sinn dauert nun von vier Uhr früh bis acht Uhr abends (cf. Kapitel 5). Das ist nur ein Teil seiner fortgesetzten Buße. Die Wohnung, die er mit seiner früheren Lebensgefährtin eingerichtet hat, ist nun weg; der Kontakt zu seiner sechsjährigen Tochter ist abgerissen. »..was soll ich, ich zahle meine Alimente und aus, Schluß, fertig...ja, ich weiß nicht, das Kind ist zwar immer wild gehängt auf mir und alles, aber wenn du einmal...Freitag glaube ich, ja Freitag war es, Freitag bin ich nach Leoben gefahren, da habe ich ihren Vater getroffen und der hat eh gesagt, ich soll hinkommen, ich soll einmal, die fragt immer um mich, und alles.« Herr Burger spricht hier vom Vater seiner Ex-Lebensgefährtin; die, die immer um ihn fragt, ist seine kleine Tochter. Er gibt vor, nicht »herumstreiten« zu wollen; besonders der Gedanke, mit dem Jugendumt zu tun zu haben, schreckt ihn. Das ist bei jemandem, der mit Behörden schon mehr zu tun hatte, als ihm lieb war, nicht weiter überraschend. Gleichzeitig möchte er einen Trennungsstrich gegenüber der Vergangenheit ziehen – »..was vorbei ist, ist vorbei...«; ein hinzugefügtes, fragendes »oder?« signalisiert, daß er sich hier nicht ganz sicher ist.

Über Konsequenzen im eingangs erläuterten Sinn läßt sich aufgrund unserer Erhebung ebenfalls nicht viel sagen. Krankheit als Konsequenz der Arbeitslosigkeit kann überhaupt nur bei Langzeitarbeitslosen diagnostiziert werden, da ja eine kausale Zurechnung bei jenen, wo Phasen der Arbeitslosigkeit mit Perioden der Beschäftigung abwechseln, kaum möglich ist. Auch bei unserer Population ist es unmöglich, die Auswirkungen der Arbeitsbedingungen von jenen der Arbeitslosigkeit zu isolieren.

Anton Loidl hat Maurer gelernt; er folgte darin dem Beispiel seines Vaters. Er ist Epileptiker und räumt beim Interview ein, daß das nicht die ideale Berufswahl war – »Naja, der ideale Beruf ist es nicht, aber passieren kann überall was, es kann auf der Straße was passieren, es kann dort was passieren...das hängt vom Schicksal ab.« Er arbeitete

20 Jahre lang bei einer Baufirma, bis diese in Konkurs ging. Wegen seiner Behinderung fand er dann längere Zeit keine Arbeit; schließlich stieß er über das Arbeitsamt zum Projekt »Eisenstraße«, über das er voll des Lobes ist – angenehme Arbeitsbedingungen, sinnvolle Tätigkeit, gutes Arbeitsklima etc.

Herrn Loidls Familie steht sichtbar unter Streß. Neben der schwierigen beruflichen Situation des Vaters ist da noch die sechsjährigen Tochter, ein hübsches, schwarzhaariges Kind, das die Krankheit des Vaters geerbt hat. Beim Kontaktinterview war die Familie gerade von einer Konsultation mit Innsbrucker Neurologen zurückgekehrt. Frau Loidl ist eine resolute Frau; sie ist das kämpferisch-beherzte Zentrum ihrer Familie. Er ist ein stiller Mann, der besonnen formuliert und nie lächelt, oder gar lacht; er macht einen zugleich wachsamem und resignierten Eindruck. Lebhaft wird er, als nach dem Interview die Rede auf die Fußballweltmeisterschaft in Mexiko kommt. Während seiner Arbeitslosigkeit hat er sich viel mit seiner Tochter befaßt. Das Mädchen ist sehr zappelig; anlässlich des Kontaktinterviews entwindet es sich seiner Mutter und umarmt den Interviewer, der nicht weiß, ob er lachen oder weinen soll. Das Letztere wäre passender gewesen. Mitte September wird Herr Loidl in der Zeitung als abgänglich gemeldet – er war vom Schwammerlsuchen nicht mehr zurückgekehrt. Zwei Tage später wurde er auf einer Lichtung tot aufgefunden. Die Obduktion ergab Herzversagen als Todesursache.

Welche Kausalfaktoren in diesem konkreten Fall eine Rolle spielten, kann unmöglich genau bestimmt werden. Das Arbeitsleben dieses Mannes – und damit die Arbeitslosigkeit – stehen hier sozusagen nur unter Verdacht. Aber ist das nicht eigentlich schon genug? Persönliches Leid – wie jenes, das in der Verletzbarkeit des menschlichen Körpers gründet – wird es immer geben. Anders steht es um die gesellschaftliche Ordnung, die wir alle erzeugen, und in deren Rahmen der Einzelne versucht, seinen oft bescheidenen Lebensplan zu verwirklichen. Niemand hätte Anton Loidl seine physische Krankheit abnehmen können; doch wieviele von uns arbeitslos werden, und wie wir mit denen umgehen, die es werden, das liegt in unserer Hand.

Daß kollektive Strategien notwendig sein werden, soll das Problem der Arbeitslosigkeit unter Kontrolle gebracht werden, ist eines der Zentralthemen des vorliegenden Berichts. Wir haben an einigen Stellen die Schwierigkeiten erwähnt, die der politischen Organisation der Arbeitslosen im Wege stehen. Diese bilden ein Gesamtsyndrom, das man als politische Paradoxie der Arbeitslosigkeit bezeichnen könnte. Werden Arbeitslose durch ihre Lage marginalisiert und von der Öffentlichkeit abgekoppelt, versinken sie in Apathie, oder reagieren sie mit

»unpolitischer« Gewalt, dann werden jene, die ihre Situation im Grunde nur durch politisches Handeln meistern könnten, entpolitisiert. Durch diesen Rückzug aus Politik und öffentlicher Debatte legen sie dann ihr kollektives Schicksal in die Hände jener, die Arbeit haben; und das sind in vielen Fällen ihre Gegner.

Das Stigma »Arbeitslosigkeit« ist in den meisten Fällen temporär; dann kann man es einfach durch Arbeitsaufnahme ablegen. Auch dies zieht der politischen Durchschlagskraft der Arbeitslosen offensichtlich Grenzen. Wenn alle schwarzen Amerikaner hätten weiß werden können, dann hätte es die »Black Panther«-Bewegung nie gegeben. Wie auch wir sehen mußten, tendieren jene, die das Stigma »arbeitslos« abgelegt haben, dazu, dies als untypischen Betriebsunfall ihrer Karriere aufzufassen; sie sprechen dann so über Arbeitslose, als hätten sie nie zu dieser Gruppe gehört. Die Herausbildung einer politisch relevanten Arbeitslosenidentität könnte nur um den hohen Preis der dauerhaften Marginalisierung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe erzielt werden. Eine vernünftigeren Variation dieser Idee bestünde darin, daß der einzelne Arbeitsbesitzer im Arbeitslosen seine eigene Vergangenheit wiedererkennt, oder das, was er in Zukunft werden könnte. Damit wäre ein Weg zum rationalen Umgang mit dem Problem vorgezeichnet.

Die Gewitterwolken, die sich schon so lange über der obersteirischen Industrieregion zusammenbrauen, stehen vor der Entladung. Wie sich die geplanten Massenentlassungen in der ohnehin schon gepeinigten Region auswirken werden, wissen wir nicht. Der unverwüstliche Ex-Stukkateur und jetzige Hilfsarbeiter Max Kaltenbrunner kleidet sein eigenes Schicksal in die prophetischen und optimistischen Worte »Dort, wo einmal Gras gewachsen ist, wird wieder eines wachsen«; es wäre schön, wenn sie auch für das kollektive Geschick seiner Landsleute gelten könnten.

Postskriptum: Ein Jahr danach

Anfang Juli 1987 kehrten wir in unser Erhebungsgebiet zurück, um eine (recht informelle) Nachbefragung unserer Interviewpartner durchzuführen. Wir erhoben – manchmal zwischen Tür und Angel, manchmal am Gartenzaun, gelegentlich auch in langen Gesprächen in der Küche oder der guten Stube – Informationen zur Arbeitskarriere unserer Betroffenen seit dem Abschluß der Haupterhebung vor einem Jahr. In ca. einem Drittel der Fälle mußten wir uns mit Auskünften von Angehörigen begnügen; es besteht allerdings kein Grund, die Verlässlichkeit dieser Informationen zu bezweifeln, solange sie sich auf das vergleichsweise »harte« Datum des beruflichen Status unserer Populationsmitglieder beziehen. Die meisten dieser Angehörigen hatten auch schon vor einem Jahr mit uns zu tun gehabt; sie erkannten uns wieder, oder wußten zumindest mit der Idee unserer Studie etwas anzufangen, und gaben daher bereitwillig Auskunft. Die Betroffenen selbst erwiesen sich ebenfalls als sehr zugänglich; freilich variierten die einzelnen Darstellungen hinsichtlich ihrer Offenheit und Ausführlichkeit je nach Laune und Temperament der Befragten und je nach der Beschaffenheit der jeweiligen Interviewsituation. Auf Ablehnung stießen wir in einem einzigen Fall: Michaela Michlmayr, die noch ein Jahr davor ein sehr ausführliches und offenes Interview gegeben hatte, gab zwar an, sie hätte Arbeit gefunden, weigerte sich aber, darüber zu sprechen. Es handle sich, so sagte sie, um ihre »Privatangelegenheit«; ein merkwürdiger Hinweis, hatte sie doch vor einem Jahr sehr eingehend über ihre privaten Sorgen berichtet. Auch in einigen anderen Fällen hielt sich die Klarheit der Auskunft in Grenzen. Tabelle 20 ist in diesem Licht zu interpretieren; Auch wegen der niedrigen Besetzungszahlen ist die Aussagekraft in quantitativer Hinsicht gering. Das allgemeine Bild, das wir der Tabelle entnehmen können, dürfte allerdings zutreffend sein.

11 von 61 Nachbefragten hatten sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen. Diese waren allesamt weiblich; ca. ein Viertel der Frauen unserer Population waren somit einem Entmutigungs- oder Verdrängungsprozeß zum Opfer gefallen. Die Jüngeren haben sich dabei mehr oder weniger bereitwillig für die Rolle der Mutter entschieden, entweder als junge Hausfrau oder als ledige Mutter im Verband ihrer ursprünglichen Familie. Von den restlichen 50 Nachbefragten waren zum Zeitpunkt der Erhebung 26 in Arbeit, 24 waren noch immer oder schon wieder arbeitslos. Von den 26 Arbeitsplatzbesitzern waren allerdings

Tabelle 20: Übersicht über die Nachbefragung 1987

	Männer		Frauen		Gesamt
	alt	jung	alt	jung	
Befragte 1986	11	12	22	26	71
Befragte 1987	9	11	16	25	61
Arbeit gefunden	5	6	5	10*	26
(davon gefördert)	(1)	(2)	(1)	(0)	(4)
Arbeitslos	4	5	7	8	24
davon: durchgehend	(2)	(4)	(6)	(7)	(19)
davon: neuerlich	(2)	(1)	(1)	(1)	(5)
Arbeitssuche beendet	0	0	4	7**	11
verstorben	1	0	1	0	2
keine Informationen	1	1	5	1	8

»alt«: vor 1961 geboren; »jung«: ab 1961 geboren.

*: davon 1 Saisonbeschäftigung, 1 Lehre;

** : davon 2 SNH-Bezieherinnen.

vier im Rahmen von Kursen oder ähnlichen Maßnahmen der AMV beschäftigt. Dieter Adamer etwa arbeitet als Kraftfahrer für eine vom Arbeitsamt unterstützte »Selbst«-Hilfeorganisation von Arbeitslosen, die sich mit Entrümpelungsaktionen und ähnlichem befaßt. Er war von zu Hause ausgezogen, besuchte allerdings seine Frau und seine zahlreichen Kinder etwa zweimal wöchentlich. Frau Adamer jedenfalls betrachtete seinen Auszug nicht als etwas Endgültiges. Von den verbliebenen 22 konnten 3 eindeutig als »Springer« identifiziert werden; sie hatten zum Zeitpunkt der Nacherhebung zwar Arbeit, hatten davor aber eine zusätzliche Betroffenheitsphase durchgemacht. Max Kaltenbrunner etwa hatte zum Zeitpunkt des Erstinterviews bereits wieder Arbeit gefunden, diese aber im Winter 1986/87 wieder verloren. Die Zahl der Springer dürfte allerdings wesentlich höher anzusetzen sein. So hatte der behinderte Walter Knappitsch im September 1986 wieder in seiner alten Firma als Sägearbeiter begonnen; zum Zeitpunkt der Nacherhebung war ihm allerdings bereits angedeutet worden, daß ihm die neuerliche Entlassung bevorstehe. Von einem Übergang in relativ stabile Beschäftigungsverhältnisse läßt sich also nur bei einem geringen Prozentsatz dieser 50 Betroffenen sprechen. ziemlich eindeutig ist die Situation im Falle des früher arbeitslosen Lehrers Leopold Weingrill; er hat nach 4-jährigem Fegefeuer endlich eine feste Anstellung in einem obersteirischen Gymnasium gefunden. Einige unter unseren jüngeren Popula-

tionsmitgliedern haben (vermutlich) dauerhafte Arbeitsplätze gefunden; Roswitha Sommer und Markus Klug wurden jeweils nach einem Praktikum der AMV von einem mittleren Industriebetrieb übernommen. Michaela Prexl hat die allseits geforderte Mobilität bewiesen und arbeitet nun in Tirol.

Wir können aus einleuchtenden Gründen hier keine genauen Zahlenangaben machen; doch mindestens 3 Fünftel, unter Umständen sogar bis zu 4 Fünftel der zur Diskussion stehenden 50 Arbeitskräfte sind als Springer oder Dauerarbeitslose aufzufassen. Damit bestätigt sich das auf den vorhergehenden Seiten entwickelte Bild erneut. Zumindest auf Arbeitsmärkten wie dem von uns untersuchten wirkt Arbeitslosigkeit als Stigma und Ausschlußmechanismus. Zunächst mag Arbeitslosigkeit dem Einzelnen als blindes Schicksal oder auch als Folgephänomen bestimmter devianter Merkmale oder Verhaltensweisen entgegenreten; im Gefolge kann sie dann in beiden Klassen von Fällen entweder zu einer dauerhaft prekären Arbeitsmarktkarriere führen, oder auch zum permanenten Ausschluß. Sie wirkt dann nicht wie eine breit gestreute Krankheit, von der niemand gefeit ist, aber von der sich jedermann rasch wieder erholt, sondern wie eine Infektion, die irreparable Dauerschäden hinterläßt. Damit wird der Unterschied zur Arbeitslosigkeit unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung deutlich. Jene 5.6 Prozent Arbeitslose, die für Österreich 1987 in der offiziellen Statistik ausgewiesen sind, erscheinen dem oberflächlichen Betrachter als gar nicht so verschieden von den 2.5 Prozent Friktionsarbeitslosigkeit vergangener Jahre. Heute wie damals floriert die Wirtschaft – das reale Wirtschaftswachstum betrug 1987 1.5% (1988 voraussichtlich 4.0%). Im Banne solcher Indikatoren beginnt eine Arbeitslosenrate von 5.6 % die Konturen des Annehmbaren zu gewinnen, besonders dann, wenn die Klagen der Unternehmer über einen angeblichen »Arbeitskräftemangel« die Arbeitslosen als Trittbrettfahrer des Wohlfahrtsstaats erscheinen lassen. Übersehen wird dabei, daß sich hinter der Arbeitslosenrate individuelle Schicksale verbergen, die es in Zeiten der Vollbeschäftigung nur in marginaler Größenordnung gegeben hat; zu diesen 5.6 % gehören Abertausende, die einmal einen Fehler gemacht haben, die von Geburt an benachteiligt waren, oder die sich im Verlauf einer langen und beschwerlichen Arbeitskarriere vor der Zeit verschlissen haben. Unsere Erhebung zeigt, daß heute solche Fehler selten verziehen werden, daß solche Schwächen selten toleriert werden, und daß auch der Dank des Vaterlandes gegenüber den Frontsoldaten der ökonomischen Feldzüge sehr spärlich ausfallen kann.

Markus Horvath hat einen Fehler gemacht, indem er seine Bildungskarriere in einem Stadium abgebrochen hat, wo etwas derartiges nicht vorgesehen ist. Seiner desillusionierenden Arbeitserfahrung als Kellnerlehrling auf Saison folgt eine Periode

der Arbeitslosigkeit, die auch zum Zeitpunkt der Nacherhebung noch andauert. Er hat sich bei zahlreichen Firmen beworben oder vorgestellt; er findet jedoch keine Lehrstelle, da die Firmen jüngere Hauptschulabsolventen vorziehen. Mit seinen siebzehn Jahren ist er bereits zu alt für die von ihm gesuchte Lehrstelle.

Michael Renner wartet weiterhin auf die Zuerkennung der Frühpension; er kann nicht verstehen, daß er weder eine Arbeit, noch eine Pension bekommt. Beim Zweitinterview ist seine Frau zugegen und untergräbt das einst von ihm entworfene Bild eines sonnigen und erfüllten Lebensabends. Ihr Mann sei quasi Invalide und werde von den Beratern des Arbeitsamtes auch wie ein geistig Behinderter behandelt (»Ich habe doch keinen Deppen geheiratet ... sein Vater war immerhin Beamter«). Herr Renner, so seine Frau, sei von der Entlassung sehr betroffen gewesen – »Jetzt geht es wieder etwas besser, aber damals, da war er schon fertig ... und dann noch mit dem Alkohol dazu...«.

Anderen fehlt auch die Aussicht auf die Frühpension. Beate Becker hätte an ihrer ehemaligen Arbeitsstelle, einer Bank, wieder zu arbeiten beginnen können; von 5 Uhr früh bis 9 Uhr früh, allerdings konnte sie für diese Stunden keine Betreuung für ihre jetzt 14 Monate alte Tochter finden. Ihre zwei erwachsenen Töchter sind ebenfalls von Arbeitslosigkeit betroffen. Die jüngere direkt; sie lebt bereits in der Wohnung, die Frau Beckers Ex-Ehemann zur Verfügung stellt. Die ältere soll noch im Sommer mit ihren zwei Kleinkindern zuziehen. Diese hatte in Salzburg mit ihrem Lebensgefährten in dessen Dienstwohnung gelebt. Letzterer verlor die Arbeit, die Wohnung, und allem Anschein nach auch die Familie. Die Gemeindeführung von Frau Beckers Ex-Mann wird so zu einem Massenquartier entwurzelter Frauen und Kinder – zusammengepfercht von der Arbeitslosigkeit.

Diese Ausschnitte aus einigen wenigen Biographien können als exemplarisch für die Dutzende von Fällen angesehen werden, die wir bei der Erhebung gefunden haben; diese wiederum stehen für die Tausende und Abertausende, die sich heute in Österreich in ähnlichen Lebenslagen befinden. Diese sind häufig unverschuldet; doch selbst dort, wo man geneigt ist, dem Betroffenen ein Ausmaß von Verantwortung zuzuweisen, muß die Härte der Vergeltung mit Verwunderung erfüllen.

Danksagung

Am Zustandekommen dieser Studie haben viele mitgewirkt. Die Hoffnung, daß die Sozialwissenschaften etwas zum Verständnis sozialer Probleme beitragen könnten, bewog den damaligen stellvertretenden Leiter des Arbeitsamtes Leoben, Hans Kaiser, Soziologen zu suchen, die eine Studie über Arbeitslose durchzuführen bereit wären. Ihm und allen anderen Mitarbeitern der Arbeitsmarktverwaltung sei für die zuvorkommende Förderung unserer Arbeit gedankt: Mag. Georg Fischer, der im Sozialministerium für die Betreuung dieser Studie verantwortlich war, Dr. Helfried Faschingbauer, Landesarbeitsamt Steiermark und Frau Edith Pirker, Leiterin des Leobner Arbeitsamtes. Den Mitarbeitern während der Erhebung, Gottfried Beham, Eva Maria Mally, Dr. Monika Palt und Irmgard Schrems, gingen wir mit unserer Auffassung von Sozialforschung reichlich auf die Nerven, und dafür, daß sie das hingenommen haben, möchten wir uns bedanken. Renate Hütter und Sylvia Schweighofer erledigten die aufwendigen Transkriptionsarbeiten mit bewundernswertem Eifer und ließen sich von unserer Hektik nicht irritieren. Dipl. Ing. Gernot Lauffer und Dr. Andrea Wolf danken wir für infrastrukturelle Hilfen und Doz. Helmut Kuzmics für die kritische Lektüre von Teilen der vorliegenden Studie.

Schließlich sind wir jenen zu besonderem Dank verpflichtet, die sich bereit erklärten, sich interviewen zu lassen – ohne diese Gespräche hätte die Arbeit nie das Stadium eines Endberichtes erreicht. Dafür, daß wir die Identität der Interviewpersonen hinter Pseudonymen verbergen, werden die Befragten Verständnis haben. Wir können nur hoffen, daß ihnen ihre neuen Namen das Wiedererkennen nicht unmöglich macht.

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Wohnbevölkerung, Beschäftigte und Arbeitslose im Bezirk Leoben 1981 bzw. 1985	13
Tabelle 2: Entwicklung der Zahl der Berufstätigen im Bezirk Leoben 1961 – 1981	14
Tabelle 3: Durchschnittlicher Anteil der arbeitslosen Frauen an den Arbeitslosen des Bezirks Leoben insgesamt	17
Tabelle 4: Übersicht über die Ergebnisse der Kontaktinterviewerhebung	36
Tabelle 5: Bewohner pro Wohnraum	38
Tabelle 6: Höchste abgeschlossene Schulbildung, ausgewählte Schultypen (in Prozent der Befragten)	39
Tabelle 7: Kontaktinterviewpopulation nach Stellung im Beruf	39
Tabelle 8: Kein Berufswechsel zwischen Berufsabteilungen (in Prozent)	40
Tabelle 9: Übersicht über verschiedene Formen, Arbeitslosenraten zu berechnen	44
Tabelle 10: Grund für den Verlust der letzten Arbeit	57
Tabelle 11: Form und Intensität der Kritik, die Arbeitslose erfahren	64
Tabelle 12: Zusammenhang von Ausbildung und aktueller Beschäftigung bei den befragten Arbeitslosen	78
Tabelle 13: Zusammenhang von Ausbildung und aktueller Beschäftigung bei allen Befragten der Erhebungsgebiete	79
Tabelle 14: Letzteinkommen, Einkommenserwartung und Arbeitslosenunterstützung der befragten Arbeitslosen	144
Tabelle 15: Durchschnittliches Einkommen aus Arbeitslosenunterstützungszahlungen im Erhebungsgebiet zum Erhebungszeitpunkt	144
Tabelle 16: Weibliche Lehrlinge in der Steiermark 1986, nach den häufigsten Lehrberufen	145
Tabelle 17: Bewertung des Verhältnisses zu Vorgesetzten	147
Tabelle 18: Höchste abgeschlossene Schulbildung der Wohnbevölkerung im Erhebungsgebiet	185
Tabelle 19: Durchschnittliche Bearbeitungszeit je Arbeitslosem im Arbeitsamt Leoben	225
Tabelle 20: Übersicht über die Nachbefragung 1987	246

Verzeichnis der Abkürzungen und Glossar

AA	Arbeitsamt.
AK	Kammer für Arbeiter und Angestellte.
AIVG	Arbeitslosenversicherungsgesetz.
ALG	Arbeitslosengeld, erhält, wer arbeitsfähig, arbeitswillig und arbeitslos ist, die Anwartschaft (im Regelfall 52 Wochen arbeitslosenversicherungspflichtige Beschäftigung) erfüllt und die Bezugsdauer (12, 20 oder 30 Wochen) noch nicht erschöpft hat.
AMV	Arbeitsmarktverwaltung, d.h. vor allem die Arbeitsämter.
AHS	Allgemeinbildende Höhere Schule (Gymnasium).
BFI	Berufsförderungsinstitut (gewerkschaftsnah).
HAK	Handelsakademie (mit Matura).
KUG	Karenzurlaubsgeld, erhalten Mütter, die während eines Dienstverhältnisses aus Anlaß der Mutterschaft einen Karenzurlaub in Anspruch nehmen, die Anwartschaft erfüllen und mit dem Kind im selben Haushalt leben. Für arbeitslose Mütter gelten eigene Regelungen.
MZ	Mikrozensus, wird vierteljährlich mit einer 1%-igen Bevölkerungsstichprobe durchgeführt und umfaßt auch regelmäßige Sondererhebungen.
NH	Notstandshilfe, erhalten Arbeitslose, die den Anspruch auf ALG und KUG erschöpft haben, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen (davon gibt es allerdings Ausnahmen) und bedürftig sind. Männer und Frauen werden vom Gesetz unterschiedlich behandelt; verheirateten Frauen (Lebensgefährtinnen) wird nur in "besonders berücksichtigungswürdigen Umständen" Notlage zugestanden.
ÖBB	Österreichische Bundesbahn.
PV	Pensionsbevorschussung, heißt, daß älteren Arbeitslosen das Arbeitslosengeld oder die Notstandshilfe als Vorschuß auf eine Leistung aus der Pensionsversicherung ausbezahlt wird.
PST	Personenstamm(-blatt), ersetzt seit Einführung der EDV in den Arbeitsämtern die Karteikarte; in beiden finden sich die persönlichen Daten des Arbeitslosen, ergänzt um "Notizen" des Beamten und statistische Daten (Zahl der Stellenvermittlungsversuche u.a.m.).
SNH	Sondernotstandshilfe, erhalten alleinstehende Mütter, die nach Ende des KUG-Bezuges wegen der Betreuung ihrer Kinder keine Beschäftigung aufnehmen können oder arbeitslos geworden sind und keine Unterbringungsmöglichkeit für ihre Kinder haben.

- SU Sonderunterstützung, erhalten ältere Arbeitslose (untere Grenze: 50 Jahre bei Frauen, 55 bei Männern), die damit stillschweigend und vorzeitig in Pension geschickt werden.
- VZ Volkszählung.
- VOEST größtes österreichisches Unternehmen (früher: VOEST-Alpine, die aus der Fusion verschiedener Eisen- und Stahlfirmen entstand, die heute wieder getrennte Unternehmen sind).
- WIFI Wirtschaftsförderungsinstitut (unternehmernah).

Register der Befragten¹

BEFRAGTE, DIE IN DER STÄDTISCHEN "SIEDLUNG" WOHNEN:

- ADAMER, Dieter (39 J.) 86, 93,
99, 102f., 114, 211, 246.
BECKER, Beate (43 J.) 50, 73,
82ff., 95, 99, 110, 144, 166,
212, 216, 248.
BECKER, Ilse (18 J.) 73, 216.
BERNARDI, Charlotte (53 J.)
117ff.
BERNARDI, Peter (23 J.) 78,
115ff.
BERNTHALER, Sabine (18 J.)
190f., 217.
BRETT, Erika (39 J.) 71, 162,
235.
DRAGERIC, Erich (24 J.) 77,
218, 222f.
DRAGERIC, Sylvia (43 J.) 119,
218.
FREIBERGER, Sophie (20 J.)
174.
HOLZER, Klaus (21 J.) 70, 93,
126-9, 139.
HORVATH, Markus (17 J.) 119,
177ff., 180, 237, 247.
KALTENBRUNNER, Claudia (16
J.) 134-9.
KALTENBRUNNER, Max (37 J.)
64, 71, 78, 114, 134-9, 244,
246.
KALTENBRUNNER, Renate (33 J.)
134-9, 226.
KLAMERITSCH, Waltraud (25 J.)
48f., 52, 95, 144, 165f.
KLUG, Karin (40 J.) 94.
KLUG, Markus (22 J.) 64, 89,
94, 115, 247.
KOGLER, Franziska (40 J.)
69ff., 99, 110, 165.
KRIZAJ, Rudolf (22 J.) 99f.,
121.
LOIDL, Anton (38 J.) 89, 222,
242f.
MAURER, Edith (20 J.) 104.
MENGER, Gerti (21 J.) 119,
186-9, 220.
MENGER, Gertrude (47 J.)
119, 186.
MICHLMAYER, Michaela (24 J.)
49, 158ff., 163, 233, 245 .
MITTELSTRASSER, Helene (37 J.)
71f., 120, 123, 166, 190.
MUSKER, Hans (50 J.) 78, 140,
156, 235f.
PREM, Harald (23 J.) 131ff.,
163.
PREXL, Michaela (16 J.) 189,
219, 237, 247.
RADAKOVIC, Maria (42 J.)
161f., 223f.
RENNER, Michael (53 J.) 52f.,
63, 102f., 139, 235, 248.
ROSCHER, Maria (46 J.) 48, 51,
84, 164f., 227.
SCHALLER, Ottilie (38 J.) 94.
SCHRANK, ROSA (50 J.) 108,
146f., 166.
SILBERBAUER, Vera (24 J.)
131ff.
SMETANA, Viktor (54 J.) 58,
63, 96, 114, 139, 155f.,
235.
SOMMER, Roswitha (18 J.)
104, 191, 247.
SWOBODA, Margit (25 J.) 149-
52, 225.
TIEFENBACHER, Anna (53 J.)
107-10, 166, 190, 211.
WAIDACHER, Silke (24 J.) 70,
126-9.
WALTER, Hilde (26 J.) 47,

¹ Aufgenommen wurden nur jene Befragten, die im Text individuell Erwähnung fanden.

- 151ff., 156, 181.
 WEINGRILL, Elisabeth (59 J.) 184.
 WEINGRILL, Leopold (32 J.) 95f., 139, 183ff., 246.
- BEFRAGTE, DIE IM DORF
 "LIESING" WOHNEN:*
- BINDER, Dieter (19 J.) 168ff.
 BREITTKLIEBER, Maria (43 J.) 56, 60f., 66-9, 232.
 BREITTKLIEBER, Sandra (21 J.) 49, 60f., 66-9, 110, 119.
 BURGER, Rudolf (33 J.) 88, 140, 218, 241f.
 DORNBUSCH, Otilie (32 J.) 181, 232.
 FOTTER, Dietmar (20 J.) 237f.
 FREISATZER, Alfred (17 J.) 170ff.
 GEISLER, Bettina (16 J.) 180f.
 GEISLER, Ingrid (38 J.) 104, 147, 160, 212.
 GRIESBAUER, Günter (48 J.) 129ff., 140.
 HAUSNER, Irmgard (28 J.) 71, 99, 211.
 HÖLZL, Christina (46 J.) 179f.
 HÖLZL, Helga (18 J.) 179f.
 HOLZAPFEL, Ernst (24 J.) 100f., 213.
 HOLZAPFEL, Gabrielle (21 J.) 101.
 KAINER, Hermann (22 J.) 113f., 240f.
 KAUFMANN, Angelika (21 J.) 179f.
 KNAPPITSCH, Walter (39 J.) 115, 140f., 246.
 KNAPPITSCH, Walter sen. (71 J.) 140f.
 KRISTANDL, Brigitte (24 J.) 47, 181f., 213, 226.
 KRISTANDL, Herbert (21 J.) 50.
 PABST, Friederike (50 J.) 62.
 RAUCHWALDER, Johanna (44 J.) 111f., 147f., 155, 166.
 SCHERZ, Grete (34 J.) 63, 235.
 SCHERZ, Josef (33 J.) 54, 63, 72, 139, 234f.
 SCHUSTER, Jürgen (20 J.) 175ff.
 SPIRK, Gisela (17 J.) 50f., 53, 232.
 STÜRMER, Antonia (21 J.) 88, 115, 172f.
 TRUMMER, Margarete (15 J.) 189.
 WURM, Dagmar (29 J.) 115, 152, 160.



+BM75885401

ISBN 3-445-09724-0

**War damals Arbeits-
losigkeit eine Geißel,
dann ist sie heute
meist eine chinesische
Wasserfolter.**

